Gottfried Feder

Kampf gegen die Hochfinanz



Roland Faksimile

Quellen zur Zeitgeschichte

Gottfried Feder (M.d.R.)

Kampf gegen die Hochfinanz

Eine Hauptquelle zur Ideengeschichte und Frühzeit des Nationalsozialismus

*

Faksimile-Dokumentation der Ausgabe
München 1935

Roland Faksimile · Bremen

Forschungsreihe »Historische Faksimiles«

Faksimile-Dokumentation zur Morphologie und Geschichte des Nationalsozialismus
»Quellen zur Zeitgeschichte«
Band II

Herausgegeben von Wieland Körner

Erscheinungsjahr: 2003 · ROLAND-Versand Bremen KG
Verlag Roland Faksimile
D-28334 Bremen - Postfach 33 04 04
Druck: Hansa Antiqua GmbH

Hinweis des Verlages

Die vorliegende Faksimile-Dokumentation erscheint für Forschungszwecke, insbesondere zur Ergänzung von Sammlungen. Es handelt sich bei dieser Quellenschrift um die originalgetreue Wiedergabe eines älterern Druckwerks, dessen Inhalt aus der Zeit *v o r* Gründung der Bundesrepublik Deutschland stammt. Aus diesem Grund können *inhaltlich* an dieses Buch *keine aktuellen politischen oder weltanschaulichen Ansprüche* gestellt werden. Der Verfasser verwendet an einigen Stellen zeittypische Formulierungen aus einer früheren, heute der Vergangenheit angehörenden Geschichts- und Wissenschaftsepoche. Er kommt in seinen Texten fallweise zu Wertungen, die in *heutigen* Druckwerken *nicht* oder *nur eingeschränkt* verwendet werden. Einzelne Formulierungen widersprechen dem Wertekanon unserer Zeit ganz. Gleichwohl liefert das vorliegende Werk ein reiches Quellenmaterial, das wir unseren zeitgeschichtlich interessierten Lesern - mittels moderner Drucktechnik - im Faksimile hiermit neu zugänglich machen. Nichtzuletzt unter dem Gesichtspunkt vergleichender Studien zur aktuellen Globalisierungsdebatte verdient Gottfried Feders »Kampf gegen die Hochfinanz« heute wieder Aufmerksamkeit. - Die Druckqualität des vorliegenden Faksimile-Buches entspricht jener des zur Verfügung stehenden Originals aus dem Jahr 1935.

Ihr Verlag Roland Faksimile

Inhalt: Eine Hauptquelle zur Ideengeschichte und Frühzeit des Nationalsozialismus

Gottfried Feder: »Kampf gegen die Hochfinanz«. 6. Auflage. München 1935.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Wir stehen im zehnten Jahre nach dem denkwürdigen 9. November 1923. An dessen Vortag, dem 8. November, schrieb unser Führer das Geleitwort für mein Buch: „Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“, und darin den Satz: „Das Schrifttum unserer Bewegung hat damit seinen Katechismus bekommen.“ Eine kleine Spanne im Leben eines Volkes der Zeit nach, aber wenn man die Entwickelung unserer Bewegung und die Geschicke unseres Volkes in dieser Spanne betrachtet, eine höchst bedeutsame und entscheidende. Denn diese wenigen Jahre ließen weitaus die Mehrzahl der national fühlenden Deutschen im Nationalsozialismus die Rettung erkennen, und Schritt für Schritt auch erwiesen die Auswirkungen des unseligen Vertrages von Versailles die Berechtigung und die Richtigkeit unserer Forderungen. Unser Führer stand in diesen entscheidenden Jahren vor uns in beispielhafter Unentwegtheit. Die programmatischen Ziele der Bewegung, die an deren Anfang aufgestellt wurden, blieben unverrückt bestehen.

Vor dem deutschen Volke über das, was mir selbst vergönnt war, in diesen Jahren für die Bewegung zu leisten, wenigstens in den Hauptpunkten Zeugnis abzulegen, ist, so glaube ich, eine Pflicht. Ich habe auf die Anfänge zurückzugreifen, die schon in das Jahr 1919 fallen, und es wird vielleicht von Interesse sein, festzustellen, daß bereits damals das Grundzügliche gesagt ward. Mit Absicht wird nur Gedrucktes gegeben. Auch die nur handschriftlich vorgelegten Ausführungen zu veröffentlichen, dürfte noch nicht an der Zeit sein.

Im Mai 1919, bald, nachdem ich meinen Aufsatz „Das Radikalmittel“ veröffentlicht hatte, war es, daß ich in

einem Kurse von Soldaten sprach, unter denen Adolf Hitler war. Adolf Hitler schreibt darüber in seinem Buche „Mein Kampf" (I, 220 ff., Volksausg. S. 229 ff.): „Zum ersten Male in meinem Leben vernahm ich eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsen- und Leihkapital. Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben. Das Verdienst Feders beruhte in meinen Augen darin, mit rücksichtsloser Brutalität den ebenso spekulativen wie volkswirtschaftsschädlichen Charakter des Börsen- und Leihkapitals festgestellt, seine urewige Voraussetzung des Zinses aber bloßgelegt zu haben. Seine Ausführungen waren in allen grundsätzlichen Fragen so richtig, daß die Kritiker derselben von vornherein weniger die theoretische Richtigkeit der Idee bestritten, als vielmehr die praktische Möglichkeit ihrer Durchführung anzweifelten. Allein, was so in den Augen anderer eine Schwäche der Federschen Darlegungen war, bildete in den meinen ihre Stärke." Und weiter: „Als ich den ersten Vortrag Gottfried Feders über die ‚Brechung der Zinsknechtschaft' anhörte, wußte ich sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden würde. Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen. Mir stand die Entwickelung Deutschlands schon viel zu klar vor Augen, als daß ich nicht gewußt hätte, daß der schwerste Kampf nicht mehr gegen feindliche Völker, sondern gegen das internationale Kapital ausgefochten werden mußte. In Feders Vortrag spürte ich eine gewaltige Parole für dieses kommende Ringen."

Auf den folgenden Seiten werden die Hauptfragen der nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik behandelt. Dieses Buch will nicht meine Schrift „Der Deutsche

Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" ersetzen, die vielmehr neben ihm als grundlegende Zusammenfassung des Gegenstandes voll bestehen bleibt, und es will auch nicht eine ausführliche systematische Darstellung des Gebietes vorwegnehmen. Es mag sein, daß die engere Verbundenheit der einzelnen Stücke mit den Zeitgeschehnissen ihnen größere Lebendigkeit verleiht, auch mögen sie in ihrer geschichtlichen Reihenfolge ein nicht unwillkommener Beitrag zu der Geschichte unserer Bewegung sein. Ich habe, um Wiederholungen zu vermeiden, die Aufsätze zum Teil gekürzt. Wie der „Deutsche Staat" bei seiner Neuausgabe in der „Nationalsozialistischen Bibliothek" blieben auch in dieser Wiederveröffentlichung die einzelnen Schriften im wesentlichen und in allem Grundsätzlichen unverändert. Die Stellen des ersten Abdruckes wurden angegeben.

Murnau, im Oktober 1932.

Gottfried Feder

Zur fünften Auflage

Am 30. Januar 1933 hat Reichspräsident von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 5. März hat das deutsche Volk bezeugt, daß es an den Führer glaubt. Das Deutsche Reich ist nationalsozialistisch. Es wurde möglich, Schritt für Schritt die Forderungen, die wir vierzehn Jahre lang stellten, zu erfüllen.

Dieses Buch, das als dokumentarisch gedacht war, da es geschaffen wurde, ist jetzt Dokument für eine Bewegung, die aus einer Hoffnung, einer Zuversicht Wirklichkeit geworden ist. Es erscheint darum unverändert.

Murnau, im September 1934.

Gottfried Feder

Innere Geschichte der Brechung der Zinsknechtschaft

Zur Einführung

Erster Druck im „Völkischen Beobachter“, 1920, Nr. 72

Glücklich, wer der Dinge tiefe Gründe erkannt.
Vergil.

„Wie sind Sie eigentlich auf die Brechung der Zinsknechtschaft gekommen?“ werde ich jetzt des öfteren gefragt. Ich weiß nicht, ob Kolumbus auch des öfteren gefragt wurde: „Wie sind Sie eigentlich auf die Entdeckung Amerikas gekommen?“ Die Antwort auf eine solche Frage kann und wird sehr verschieden ausfallen, je nach der Stellung, die der Frager zur Sache und zur Person nimmt. Immerhin will ich versuchen, eine Antwort zu geben, die den Frager und — was ich in solchen Fällen für noch wichtiger halte — den Gefragten selbst nach bestem Gewissen befriedigt.

Bei der Erkenntnis ganz wichtiger, vielleicht wichtigster Zusammenhänge in großen Weltfragen handelt es sich wohl immer um eine blitzartige Intuition, um die schöpferische Einsicht in bisher dunkle Zusammenhänge, erhellt durch beglückende Ausblicke in die Zukunft. Dieser Geburtsakt einer Idee, dieses plötzliche klare Erkennen einer Wahrheit steht im Schnittpunkt der inneren und äußeren Geschichte des Gedankens. Die innere Geschichte ist oft dunkel und verschleiert, sie verläuft teils ganz im Unterbewußtsein, auf alle Fälle aber lassen sich bei gründlichem Eingehen auf die inneren Erlebnisse Anhaltspunkte für die psychologische Entwicklung eines Gedankens finden, ebenso wie natürlich eine gewisse geistige Einstellung die Voraus-

setzung für die richtige Verwertung der seelischen Erlebnisse ist.

Die geistige Voraussetzung muß nun keineswegs in der Beschäftigung mit einem Spezialfach begründet sein, sondern liegt viel allgemeiner im richtigen Instinkt für gewisse Beziehungen.

In meinem Fall ist ein gutes Gefühl für Größenordnung wohl die Voraussetzung gewesen für die schlüssige Zusammensetzung der zuerst richtig gefühlten und dann wissenschaftlich nachgeprüften Tatsachenreihen. Und in meinem Fachberuf als Ingenieur war mir dieses sichere Gefühl für die Größenordnung immer wichtiger und zuverlässiger für Rechnungsergebnisse oder für die Dimensionierung von Konstruktionsgliedern als die Ergebnisse des Rechenschiebers und der Logarithmentafel, die zwar ziffernmäßig viel genauere Resultate ergeben, aber das richtige „Komma" nicht angeben. Auf das richtige „Komma" aber, d. h. auf die Größenordnung — ob Einer, Zehner, Hunderter oder Tausender —, kommt es an bei der Beantwortung von wirtschaftspolitischen Fragen größten Umfangs, nicht auf die zweite, dritte oder vierte Stelle der Ziffernreihe. Nicht darauf, ob die deutsche festverzinsliche Schuldenlast 275 oder 320 Milliarden beträgt, kommt es an, auch nicht darauf, ob das Gesamtkapital aller deutschen Aktiengesellschaften 13,8 oder 14,6 Milliarden beträgt, sondern es handelt sich darum, daß die festverzinslichen Papierwerte einen Zinsendienst von rund 15 Milliarden erfordern, dagegen die Gesamtdividenden der deutschen Industrie im besten Jahr nur rund 1 Milliarde betrugen; also um die Größenordnung 1 : 15 handelt es sich, um das Verhältnis zwischen den beiden bekanntesten Formen der Wertpapiere, den festverzinslichen Werten und den Gewinnanteilpapieren.

Der Niederschlag nicht immer leichter Lebens- und Berufserlebnisse auf die seelische Einstellung gegenüber dem bequemen Einkommen aus reinem Geldbesitz, aus Zinsen und Dividenden, machte sich durch erhöhte Aufmerksamkeit auf allgemein wirtschaftliche und soziale Verhältnisse geltend. Als junger Ingenieur und Unternehmer mit zu wenig Kapital für die weitgreifende Unternehmungslust lernte ich

bald den eisernen, unbarmherzigen Griff der unpersönlichen Geldmacht kennen, die zuerst den erwünschten „Kredit“ anbietet und gibt, dann aber bei jeder Wirtschaftskrise ausschließlich nach eigensüchtigen Kapitalsinteressen verfährt. Im Ausland sah ich dann, wie das Kreditbedürfnis kleinerer Staaten sorgsam genährt und darauf „großmütig“ der Kredit, z. B. 1913/14 die 600 Millionen der Diskonto-Gesellschaft an Bulgarien, gewährt wurde; dann aber auch, welche demoralisierenden Abhängigkeitsverhältnisse aller Art sich daraus ergaben. Auf diese Weise war schon die Brücke von dem engen persönlichen Erlebnis zu umfassenderer Erkenntnis internationaler Beziehungen gegeben. Die Erkenntnis der starken, untrennbaren finanziellen und sittlichen Zusammenhänge war zwar im Unterbewußtsein vorhanden, aber noch keineswegs klar.

Der große Krieg mit seinen gewaltigen Eindrücken verwischte wohl in den ersten Jahren die Weiterverfolgung dieser finanziellen Probleme, bis dann die riesenhafte Finanzierung des Weltkrieges durch unsere Kriegsanleihen meine Aufmerksamkeit und — mein Mißbehagen über die fortschreitende Verschuldung des Volkes so sehr verstärkte, daß ich mich auch Bankfachleuten gegenüber wiederholt gegen die Form unserer so gepriesenen „fundierten Schuld“ gegenüber den „schwebenden Schulden“ Frankreichs und Englands aussprach. Allerdings wurde ich damals mehr oder weniger mitleidig belächelt, obwohl man mir schon damals zugeben mußte, daß „natürlich bei immer weiter steigender“ Verschuldung von einer eigentlichen „Fundierung“ der Kriegsschuld keine Rede mehr sein könne.

Die Verschuldung des Reiches durch die Notenpresse allein hätte ich für ausreichend genug gehalten, ohne daß man das gesamte Volk auch noch über dies hinaus mit den hohen Zinsen hätte belasten müssen, die natürlich — ebenso wie die Schuld selbst — bei den in Betracht kommenden Riesenziffern niemals mehr als durch wirkliche Vermögenswerte des Reiches gedeckt angesehen werden, sondern immer nur durch die Steuerkraft des ganzen Volkes ihre Deckung finden konnten. Solange ein siegreiches Kriegsende indes die Möglichkeit einer ganzen oder teilweisen Abbürdung der Kriegs-

lasten offen ließ, wurde eine eingehendere Nachprüfung dieser Verhältnisse unterlassen. Als sich dann an unserem armen deutschen Volk in jenen dunklen Novembertagen das Geschick vollzog, da wachten alle jene bewußten und unbewußten, gefühlsmäßigen und verstandesmäßigen Erfahrungen und Kenntnisse wieder auf, und meine plötzlich klar erkannte Antwort auf die bange Frage „Was nun?“ lautete:

Brechung der Zinsknechtschaft!

In einer Nacht entstand die erste Niederschrift, und schon am 20. November 1918 übergab ich der Regierung des Volksstaates Bayern meine Leitsätze und Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft.

Ich betone, daß dabei eigentliche sozialistische Gedankengänge in keiner Weise mitsprachen.

Im Gegensatz aber zu den Revolutionsschlagworten von Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit fand der Gedanke der Brechung der Zinsknechtschaft bei dem marxistischen Ministerium sehr wenig Verständnis. Ganz zu schweigen davon, daß sich die kapitalistisch orientierte Presse zunächst in eisiges Schweigen hüllte.

Mit diesem Hinaustreten des Gedankens an die Öffentlichkeit beginnt die äußere Geschichte des Gedankens, die dann auf die ebenfalls oft gestellte Frage Antwort geben wird: „Was ist denn bisher für die Verwirklichung des Gedankens geschehen?“

Das Radikalmittel

Erster Druck im Februarheft 1919 der „Süddeutschen Monatshefte", München

Nummus non nummum parit! Geld soll nicht Geld gebären können. Ein uraltes Problem der Menschheit — das Zinsproblem — ist in den knappen Worten dieses altrömischen Rechtssatzes ausgesprochen. — „Du sollst von deinem Bruder nicht Wucher nehmen!" fordert die Bibel.

Es lehnt sich etwas in uns dagegen auf, daß Geld als eine an sich unfruchtbare Sache aus sich selbst heraus wächst, vermöge des Zinses; es widerstrebt unserem sittlichen Empfinden, daß reiner Geldbesitz ohne Hinzutun eigener werktätiger Arbeit sich vergrößert vermöge des Zinses. Die Begründungen der Nationalökonomen für die Berechtigung des Zinses wollen nicht recht verfangen; besonders da nicht, wo das Hauptargument für den Zins, das mit dem Geldverleihen verbundene Risiko, ein Minimum wird. Dies ist der Fall bei der überwältigenden Masse der festverzinslichen Anlagen, bei denen es sich großenteils um Werte handelt, die durch die gesetzliche Zuerkennung der Mündelsicherheit eine Minimalgrenze der Verlustmöglichkeit erreichen, so daß bei diesen von einem besonderen Risiko keine Rede sein kann. Bei anderen weniger sicheren Kapitalanlagen — Aktienunternehmungen, G.m.b.H. — steht dem größeren Risiko die größere Gewinnmöglichkeit gegenüber. Wir haben bei diesen Werten auch schon die Grenze überschritten für den engeren Begriff des Leihkapitals.

Was ist Leihkapital? Leihkapital sind S c h u l d e n! Dies wird immer nur zu sehr übersehen. Nicht 100 Milliarden Kapital in Gestalt von Kriegsanleihen besitze das deutsche Volk, sollte man sagen, sondern 100 Milliarden Schulden

hat das deutsche Volk, wofür es die Leihzinsen aufbringen muß; dazu noch weitere 50 Milliarden ungedeckter Schulden, wofür das deutsche Volk ebenfalls die Zinsen aufbringen muß; dazu noch 25 Milliarden Anleiheschulden der Staats- und Reichseisenbahnen, wofür es ebenfalls die Zinsen aufbringen muß; dazu noch 12 Milliarden Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute; dazu noch 11 Milliarden Pfandbriefe der Hypothekenbanken, wofür das Volk in Gestalt von teueren Mieten die Zinsen bezahlen muß; dazu noch 6 Milliarden Schuldverschreibungen der deutschen Städte und Gemeinden, die das deutsche Volk verzinsen muß. Für alle diese Kapitalien muß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit arbeiten um der Zinsen willen.

Weit über 200 Milliarden derartiger Schuldverschreibungen muß das deutsche Volk verzinsen. Dafür muß die gesamte werktätige Bevölkerung Deutschlands von nun an fronen in alle Ewigkeit um des ewigen Zinses willen!

Es ist nun außerordentlich bemerkenswert, daß unsere ganze sozialistische Gedankenwelt von Marx und Engels bis herauf zum Erfurter Programm und dessen wesentlichsten Interpreten Kautsky sich nicht in erster Linie gegen dieses Leihkapital wendet, sondern mit fanatischer Schärfe geflissentlich das industrielle Großkapital als den Fluch für die Arbeiterschaft bezeichnet. Der ersten grundlegenden Frage nach der Richtigkeit des so gerichteten Kampfes müßte eine genaue Untersuchung der in unserer Großindustrie investierten Kapitalien vorangehen. Es wird wohl für die meisten Leser eine Überraschung sein, zu hören, daß dem oben nur ganz summarisch zusammengerechneten weit über 200 Milliarden festverzinslichen Schuldtitel nur 11,8 Milliarden Aktienkapital unserer deutschen Industrieunternehmungen gegenüberstehen. Man wolle sich klarmachen, daß auf allen Gebieten, und zwar in unserer Industrie für Eisen und Kohlen, für Kleidung und Textilwaren, für Steine und Erden, Bergwerke und Schiffahrt, Holz und Glas, in unserem Baugewerbe, in den riesigen chemischen Fabriken, in unserer einst weltbeherrschenden elektrischen Industrie, in unseren Maschinen- und Lokomotivfabriken, Werften und Papierfabriken, in der Transport- und Lebens-

mittelindustrie, kurz: in dem unendlich weiten Gebiet aller Industrien, nur 11,8 Milliarden unseres Volksvermögens investiert sind.

Wir haben durch diese Feststellung eine Plattform gewonnen für die weitere Behandlung unseres Problems. Es ist für alle derartigen Zeitfragenbehandlungen großen Stiles von grundlegender Wichtigkeit, sich über die Größenordnung der in Betracht kommenden Faktoren klar zu werden. Es ist gleichgültig, ob die einzelnen Ziffern um 10—20 % nach oben oder unten schwanken, dagegen ist eine zuverlässige Feststellung der Größenordnung[1]) der verschiedenen Zahlengruppen unerläßliche Voraussetzung.

20 : 1 ist also ungefähr das Verhältnis des festverzinslichen Leihkapitals zum Industriekapital. Dies ist die erste grundlegende Feststellung. Rund 10 Milliarden erfordert die Verzinsung der in Deutschland vorhandenen festverzinslichen Schuldverschreibungen. Rund 1 Milliarde war das Erträgnis der Dividenden sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften. Auch dieses Verhältnis von rund 1 : 10 muß als zweite Grunderkenntnis im Auge behalten werden.

Noch über ein Drittes müssen wir uns klar werden. Das ist das Anwachsen der beiden Kapitalgruppen. Ich muß hier etwas weiter ausholen und hoffe durch einen kleinen Ausflug in die höhere Mathematik das Problem zu erklären. Zunächst einige Beispiele.

---

[1]) Im Jahre 1915/16 gab es in Deutschland nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich insgesamt 4761 Aktiengesellschaften mit insgesamt 15,8 Milliarden Mark Aktienkapital, hiervon gehen ab 397 Banken mit 4 Milliarden Kapital, so daß 4364 Aktiengesellschaften mit den oben angegebenen 11,8 Milliarden Gesamtkapital aller deutschen industriellen Aktiengesellschaften übrigbleiben. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß es außerdem rund 16 000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung gab mit einem Gesellschaftskapital von 3,5 Milliarden. Wenn wir also diese 3,5 Milliarden Kapital der G. m. b. H. auch noch zu der obigen Ziffer von 11,8 Milliarden der A.-G. hinzunehmen, so erhalten wir 15,3 Milliarden großindustrielles Gesamtbetriebskapital. Trotz dieser starken Erhöhung der Ziffer für das Industriekapital ändert sich das Verhältnis zum Leihkapital nicht sehr wesentlich.

Die anmutige Geschichte von der Erfindung des Schachspieles ist bekannt. Der reiche indische König Sherham gewährte zum Dank für die Erfindung des königlichen Spieles dem Erfinder die Erfüllung einer Bitte. Die Bitte des Weisen war, der König möge ihm auf das erste Feld des Schachspieles ein Weizenkorn geben, auf das zweite zwei, auf das dritte vier und so immer auf das nachfolgende Feld die doppelte Anzahl wie auf das vorangegangene Feld. Der König lächelte über die vermeintliche bescheidene Bitte des Weisen und gab Auftrag, einen Sack Weizen zu bringen, um für jedes Feld die Weizenkörner zuzuteilen. Es ist bekannt, daß die Erfüllung dieser Bitte auch dem reichsten Fürsten der Welt unmöglich war. Alle Ernten der Welt in tausend Jahren würden nicht ausreichen, um die 64 Felder des Schachbretts zu füllen.

Ein weiteres Beispiel: Manche werden sich noch aus der Schulzeit an die Qualen der Zinseszinsrechnungen erinnern; wie sich der Pfennig vermehrt, der zur Zeit von Christi Geburt auf Zinseszins angelegt wurde, so daß er sich alle fünfzehn Jahre verdoppelt. Im Jahre 15 nach Christi Geburt ist der Pfennig auf 2 Pfennige angewachsen, im Jahre 30 n. Chr. auf 4 Pfennige, im Jahre 45 n. Chr. auf 8 Pfennige usw. Die wenigsten werden sich erinnern, welchen Wert dieser Pfennig heute repräsentieren würde. Unsere ganze Erde, massiv aus purem Gold, unsere Sonne, die 1 297 000mal größer ist als unser Erdball, all unsere Planeten, rotglühend von Gold, würden nicht genügen, um den Wert dieses auf Zinseszins angelegten Pfennigs auszudrücken.

Ein drittes Beispiel: Das Vermögen des Hauses Rothschild, der ältesten internationalen Plutokratie, wird heute auf etwa 40 Milliarden geschätzt. Bekannt ist, daß der alte Amschel Mayer Rothschild in Frankfurt um das Jahr 1800 ohne nennenswertes eigenes Vermögen durch Wiederverleihung der Millionen, die ihm Landgraf Wilhelm I. von Hessen zur Aufbewahrung übergeben hatte, den Grundstock für das Riesenvermögen seines Hauses legte.

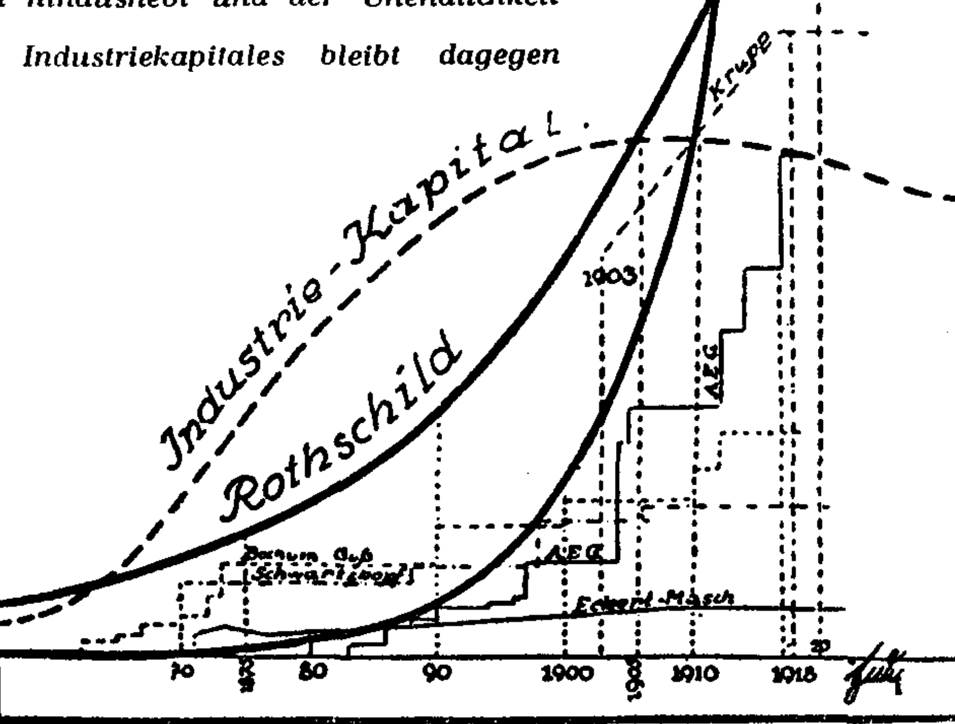
Wäre bei Rothschild das Anwachsen des Geldes durch Zins und Zinseszins nur in dem bescheidenen Tempo er-

Kurven des Industrie- u. Leih-Kapitals.

Die beiden stark aufgezeichneten Kurven sind Leihzinskurven, und zwar zeigt die obere Kurve die Entwicklung des Rothschildschen Vermögens und die untere zuerst flach und dann rapid steigende Kurve zeigt ganz allgemein die charakteristische Entwicklung aller derartigen Kurven, bei denen sich die Ordinaten bei gleichbleibenden Abszissen verdoppeln, Die gestrichelte Linie zeigt die Entwicklungskurve unserer Gesamtindustrie im Laufe der letzten 40—50 Jahre. Die feinen, verschieden gestrichelten Linien zeigen die Entwicklung einer Reihe von beliebig herausgegriffenen großen industriellen Unternehmungen, aus denen der allgemeine Charakter der gestrichelten Kurve des Industriekapitales abgeleitet ist.

Es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die Kurven nicht maßstäblich gezeichnet sind, daß insbesondere die Kurven des Leihkapitals gewissermaßen stark zusammengestaucht erscheinen. So müßte z. B. die Kurve des Rothschildschen Vermögens gegenüber der Kruppschen Kurve mindestens 80mal so hoch angesetzt sein. Der Zweck der Kurvenaufzeichnung ist ja nur der, den grundverschiedenen Charakter der beiden Arten der Kapitalien aufzuzeigen. Die Kurven des Leihkapitals zeigen zuerst eine ganz langsam steigende Entwicklung; die Entwicklung geht dann schneller, bis sie dann immer rasender und alles an sich reißend, weit über menschliche Begriffe sich hinaushebt und der Unendlichkeit zustrebt.

Die Kurve des Industriekapitales bleibt dagegen im Endlichen! Der Verlauf mag im einzelnen noch so starke Abweichungen zeigen, im allgemeinen wird der Grundcharakter industrieller Entwicklung immer so sein, daß nach kräftiger, anfänglicher Entwicklung eine gewisse Zeit der Reife, der Sättigung folgt, worauf dann langsamer oder schneller der Niedergang folgt.



folgt wie bei dem Pfennig, so wäre die Kurve nicht so steil verlaufen. Aber angenommen, die Vermögensmehrung des Rothschildschen Gesamtvermögens geht nur in dem Tempo des Pfennigs weiter, so würde das Rothschildsche Vermögen im Jahre 1935 80 Milliarden, 1950 160 Milliarden, 1965 320 Milliarden betragen und damit das gesamte deutsche Nationalvermögen schon weit übertreffen.

Aus diesen drei Beispielen läßt sich ein mathematisches Gesetz ableiten. Die Kurve, die den Aufstieg des Rothschildschen Vermögens ausdrückt, die Kurve, die sich aus der Zahl der Weizenkörner des Schachbrettes ableiten läßt, und die Kurve, die die Vermehrung des auf Zinseszins angelegten Pfennigs angibt, sind einfache mathematische Kurven. Alle diese Kurven haben den gleichen Charakter. Nach anfänglich bescheidenem und langsamem Anstieg wird die Kurve immer steiler und steiler und nähert sich praktisch bald tangential der Unendlichkeit.

Ganz anders verläuft die Kurve der Industriekapitalien. Auch meistens aus kleinen Anfängen hervorgewachsen, zeigt sich bald ein kräftiges Ansteigen der Kurven, bis eine gewisse Sättigung des Kapitals erreicht ist. Dann verlaufen die Kurven flacher und werden sich in den einzelnen Industrien wohl im allgemeinen wieder etwas absenken, wenn neue Erfindungen zur Entwertung der bestehenden Fabrikanlagen, Maschinen usw. geführt haben. Nur ein Beispiel möchte ich hier herausgreifen: die Entwicklung des Kruppschen Werkes. 1826 starb der alte Krupp fast ohne Vermögen. 1855 erhielt Alfred Krupp seine erste Bestellung auf 36 Kanonen seitens der ägyptischen Regierung. 1873 beschäftigte Krupp bereits 12 000 Arbeiter. 1903 verkaufte Frau Berta Krupp die sämtlichen Werke und Anlagen um 160 Millionen an die Alfred Krupp A.-G. Heute beträgt das Aktienkapital 250 Millionen. Was schließt der Name Krupp für uns Deutsche ein? Den Höhepunkt unserer industriellen Entwicklung. Den ersten Kanonenbauer der Welt. Eine Unsumme zähester, zielbewußtester, intensivster Arbeitsleistung. Für Hunderttausende unserer Volksgenossen bedeutete das Kruppsche Unternehmen Brot und Arbeit. Für unser Volk Wehr und Waffen. Und doch,

was bedeutet das Anwachsen des Kruppschen Vermögens in einem Jahrhundert zähester Arbeit gegenüber dem Wachstum des Rothschildschen Vermögens aus Zins und Zinseszins durch mühe- und endlosen Wertzuwachs? Es ist ein Zwerg diesen Milliarden gegenüber. Nichts zeigt uns klarer den tiefen Wesensunterschied zwischen Leihkapital und Industriekapital. Nichts kann uns den Unterschied klarer machen zwischen den verheerenden Wirkungen des Leihzinses und den Betriebsgewinnen (Dividenden) der in großartigen Industrieunternehmungen angelegten, riskierten Betriebskapitalien.

Es kann nicht genug betont werden, daß die Erkenntnis der mathematischen Gesetze, denen Leihkapital und Industriekapital folgen, uns allein den klaren Weg zeigt, wo der Hebel einzusetzen ist für eine Umwälzung unserer zerrütteten Finanzwirtschaft. Wir erkennen klar, daß nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung, nicht das Kapital als solches die Geißel der Menschheit ist: Das unersättliche Zinsbedürfnis des Groß-Leihkapitals ist der Fluch der gesamten arbeitenden Menschheit!

Kapital muß sein — Arbeit muß sein! Arbeit allein vermag wenig — Kapital allein soll nichts vermögen!

Kapital ohne Arbeit hat steril zu sein! Deshalb ist die wichtigste Forderung, die vornehmste Aufgabe der Revolution, der vernünftigste Sinn einer Weltrevolution die

Brechung der Zinsknechtschaft
des Geldes.

Das Haus Rothschild wird heute auf 40 Milliarden geschätzt. Die Milliardäre der amerikanischen Hochfinanz, die Herren Cahn, Löb, Schiff, Speyer, Morgan, Vanderbilt, Astor, werden zusammen auf mindestens 60—70 Milliarden geschätzt. Bei einer nur 5 prozentigen Verzinsung bedeutet dies ein Einkommen dieser acht Familien von 5 bis 6 Milliarden, das ist nahezu so viel, wie nach den Untersuchungen von Helfferich im Jahre 1912 75% aller Steuerzahler in Preußen Jahreseinkommen hatten. (Es waren damals rund 21 000 000 Zensiten. 75 % hiervon rund 15 000 000. Auf

jeden Zensiten treffen im Durchschnitt 1,56 Angehörige, sohin 23 Millionen Angehörige.)

Rund 38 000 000 Deutsche haben also davon leben müssen, was die oben erwähnten Milliardäre im Jahr Einkommen haben. — Gewiß sind die amerikanischen Milliardäre nicht in dem Sinn reine Leihkapitalisten wie das Haus Rothschild, ich will auch gar nicht darüber rechten, ob die amerikanischen Milliardäre „100-Millionen-Dollar-Milliardäre" sind oder wirkliche „1000-Millionen-Mark-Milliardäre"; im ersten Falle müßte man eben noch ein oder zwei Dutzend weitere Krösusse hinzurechnen. Oder nehmen wir gleich die Rathenauschen „300", dann geht unsere Aufstellung sicher in Ordnung. Es kommt hier auch gar nicht darauf an, eine genaue Ziffer zu geben. Die erkannte Größenordnung von 300 zu 38 000 000 allein öffnet uns die Augen über die Gewaltherrschaft des internationalen Leihkapitals.

Deshalb tut es not, mit einem Ruck diese furchtbaren Fesseln abzuschütteln, die alle werktätige Arbeit ersticken müssen, dem Gelde die Macht zu entreißen, daß es Zinsen gebäre und immer wieder gebäre, bis die gesamte Menschheit dem internationalen Leihkapital restlos zinspflichtig geworden ist.

Schwerkrank ist unser Vaterland, schwerkrank ist die ganze Welt. Das Gift des Mammonismus zehrt am Leib der Menschheit. Der Bolschewismus will die Menschheit kurieren. Zerschmeißen will er sie wie irdene Töpfe. Eine Eisenbartkur will er an der leidenden Menschheit vornehmen, durch Operation glaubt er retten zu können, wo doch die Krankheitsursache schleichendes Gift ist. Nur eine Entziehung des Giftstoffes kann Rettung bringen. Nicht gegen Menschennatur richtet sich der Gedanke der Brechung der Zinsknechtschaft, nicht ausgelöscht wird kühner Unternehmergeist, nicht gehemmt wird die Gütererzeugung — nur der mühe- und endlose Güterzufluß aus wucherischem Zinsgenuß muß ein Ende finden.

Wir wollen uns nun in aller Kürze über die wichtigsten Seiten dieser revolutionären Forderung klar werden, und

zwar wollen wir die Fragen zunächst von unserem nationalen Gesichtspunkt aus betrachten.

Zunächst bedarf es hierzu eines klaren Blickes auf unsere derzeitige Lage. Staatssekretär Schiffer hat sie in seiner großen Rede in der Berliner Handelskammer für „unübersehbar" erklärt. Das ist nur bedingt richtig. Übersehbar ist die ungeheure Verschuldung unserer Volkswirtschaft, die unerhörte Entwertung unserer Zahlungsmittel, kurzum die Tatsache, daß wir über Nacht ein armes Volk geworden sind.

Die Belastungen, die uns durch den Friedensschluß auferlegt werden, lassen sich allerdings nicht übersehen. Die bereits vorhandenen Schuldverschreibungen beziffern sich, wie wir gesehen haben, auf rund 250 Milliarden. Wir wollen einmal annehmen, daß uns die Entente weitere 50 Milliarden an Kriegsentschädigung in irgendeiner Form auferlegt, so sind das zusammen rund 300 Milliarden Schulden. So schwer es sich in den engen Rahmen dieser Abhandlung pressen läßt, müssen doch einige Worte über die Größe des deutschen Nationalvermögens an dieser Stelle gesagt werden. Die Untersuchungen von Helfferich und Steinmann-Bucher beziffern das deutsche Nationalvermögen auf rund 350 Milliarden. Man kann derartigen Feststellungen, so vorsichtig sie aufgebaut sein mögen, nur sehr bedingten Wert beimessen. Sie gelten überhaupt nur für Zeiten *ungestörter Wirtschaft. Sie sind aber auch da schon irreführend*, indem die staatlichen und gemeindlichen Besitzungen mit aufgenommen sind, also auch Straßenbauten, Flußkorrektionen usw. Es leuchtet ein, daß zwar die Herstellung derartiger Arbeiten ungeheures Geld gekostet hat, daß sie aber doch eigentlich keinen Eigenwert haben. Ein besserer Maßstab für die Höhe des Nationalvermögens ist das sogenannte steuerbare Vermögen, wie es sich aus den Steuererklärungen zum Wehrbeitrag oder aus der Kriegsvermögenssteuer ergibt. Hierfür ergab sich eine Gesamtsumme von 192 Milliarden, also ganz erheblich viel weniger als nach den Aufstellungen Helfferichs. Es mag zu dieser Summe noch ein Zuschlag gemacht werden von etwa erfahrungsgemäß 10% für die gesetzlich steuerfreien kleinen Ver-

mögen und etwa ein gleich großer Zuschlag für „stille Reserven".

Jedenfalls erscheint es mir utopisch, von einem Nationalvermögen zu sprechen von über 250 Milliarden. Aber auch diese Ziffer hat nur ganz bedingten Wert. Das Richtigste wäre, mit der Vorstellung eines ziffernmäßig faßbaren Nationalvermögens überhaupt zu brechen und zu der Erkenntnis durchzudringen, daß *das Nationalvermögen ausschließlich seinen Ausdruck findet in der geistigen und körperlichen Arbeitskraft der ganzen Nation*, also Größenordnungen angehört, die mit dem engeren Kapitalbegriff gar nichts zu tun haben. Zwar müssen wir noch eine weitere Quelle des Nationalvermögens in dem Vorhandensein von Bodenschätzen, Waldreichtum und fruchtbarer Erde erblicken, aber auch diese Dinge lassen sich nicht ziffernmäßig fassen, da sie zwischen Null und Unendlich schwanken, je nachdem die Bodenschätze brachliegen oder auf Grund geologischer Gutachten nach Milliarden von Tonnen Kohlen usw. berechnet werden.

Wir wollen nicht vergessen, daß Deutschland eigentlich ein armes Land ist. Monopole besitzt es fast gar keine. Im Reichtum an Bodenschätzen steht es weit hinter den meisten Nachbarländern zurück, ganz zu schweigen von den unerhörten Bodenschätzen des chinesischen, indischen und amerikanischen Reiches. An Fruchtbarkeit des Erdbodens steht es weit zurück gegenüber den gesegneten Gefilden der russischen schwarzen Erde, gegenüber den mühelos produzierenden tropischen und subtropischen Landstrecken. So bleibt uns letzten Endes immer nur die Arbeitskraft und der Arbeitswille unseres Volkes, und wir müssen uns darüber klar sein, daß bei dieser Sachlage von fundierten Anleihen, von einer dinglichen Sicherheit für unsere Schuldverschreibungen keine Rede sein kann.

Ob verzinsliche Kriegsanleihe oder unverzinsliche Reichsbanknote, es steht einzig und allein hinter ihnen die Steuerkraft des ganzen Volkes, und was ist die Steuerkraft anderes als eine Funktion der Arbeitsleistung der gesamten werktätigen Bevölkerung?

Wir müssen uns nun noch über einen weiteren hier angeschnittenen Fragenkomplex kurz klar werden, und zwar über die Hauptposten unserer staatlichen Einnahmequellen und Ausgaben. Es ist ein merkwürdiger Gegensatz zwischen dem breiten Raum, den die Geldbeschaffungsfrage in unserem Privatleben einnimmt, und dem Interesse, das wir den großen Fragen unserer staatlichen Finanzgebarung entgegenbringen, und doch besteht durchaus kein wesentlicher Unterschied zwischen der Einzelwirtschaft und der Volkswirtschaft.

Die Hauptposten der Staatseinkünfte sind: erstens die Reinerträge der Posten und Eisenbahnen, zweitens die aus Bergwerken, Forstverwaltung und sonstigen Staatsbetrieben, drittens die Zölle und indirekten Steuern und viertens die direkten Steuern.

Ich will, um bei derart eminent praktischen Fragen nicht nur theoretische Erörterungen zu pflegen, an Hand des bayerischen Staatshaushaltes[1]) des Jahres 1911 die einzelnen Posten nach ihrer Größenordnung kurz erläutern. — Post, Telegraph und Eisenbahnen brachten 120 Millionen, Forsten, Bergwerke usw. rund 40 Millionen, die indirekten Steuern 53 Millionen, die direkten Steuern 60 Millionen. Weitere 67 Millionen flossen aus Stempelabgaben, Gebühren, Erbschaftssteuern, Grundgefällen, Überweisungen seitens des Reiches usw.

Wie steht es nun mit den Ausgaben? Wir finden hier an erster Stelle die Aufwendungen für die Verzinsung der Staatsschuld einschließlich der Eisenbahnanleihen mit 85 Millionen. Für das Königliche Haus 5 Millionen. Justizverwaltung 27 Millionen, innere Verwaltung 40 Millionen, Kirchen und Schulen 51 Millionen, Finanzverwaltung 13 Millionen, Ausgaben für Reichszwecke 50 Millionen, Pensionen 36 Millionen. Diverse Ausgaben 5 Mil-

---

[1]) Die folgenden Angaben über den bayerischen Staatshaushalt sind in abgerundeten Beträgen dem Bayerischen Statistischen Jahrbuch vom Jahre 1913 entnommen. Es ist dies das letzte vor dem Kriege erschienene Statistische Jahrbuch, das über die bayerischen Finanzen erschöpfende Auskunft gibt. Während des Krieges sind keine neueren Ausgaben erschienen.

lionen. Ein Einnahmeüberschuß von 27 Millionen glich in jenem glücklichen Jahre der bayerischen Finanzen das Jahresbudget ab.

Es interessieren uns im Rahmen unseres Gedankens indes nur die Ausgaben, die durch Brechung der Zinsknechtschaft entfallen können. Hier steht naturgemäß an erster Stelle die Aufwendung für Verzinsung der Staatsschuld mit 85 Millionen, dazu der größte Teil unserer Aufwendung für die Finanzverwaltung mit etwa 10 Millionen, ferner ein großer Teil der Aufwendungen für Reichszwecke, von denen wir die Hälfte mit 25 Millionen ansetzen wollen, und schließlich entfallen heute die Aufwendungen für das Königliche Haus mit 5 Millionen, zusammen 125 Millionen.

Der Ausfall dieser Posten bedeutet die Möglichkeit des Verzichtes auf die Erhebung aller direkten und indirekten Steuern, die, wie wir sahen, 53 und 60, zusammen 113 Millionen einbrachten! Wir sind nun durchaus nicht der Meinung, daß man die direkten und indirekten Steuern ganz abschaffen solle, in vernünftigen Grenzen wirken sie zweifellos einerseits erziehlich, andererseits regulierend. Es ist sicher nicht mehr wie recht und billig, daß das Einkommen aus fundiertem Besitz einer mäßigen, gestaffelten Steuer unterworfen bleibt, der Staat muß ja auch mit seinen Machtmitteln für ungestörten Besitz sorgen; es erscheint ebenso angezeigt, daß Handel und Industrie aus ihren Betriebsgewinnen zu entsprechenden Steuerleistungen herangezogen werden, für sie hat auch der Staat für die Erhaltung und den Ausbau der öffentlichen Verkehrswege zu sorgen; eine entsprechende Mindestkopfsteuer für jeden wahlberechtigten Bürger ist ebenfalls eine Forderung der Gerechtigkeit, vom Staate wird auch die Obhut für Sicherheit der Person und des Eigentums verlangt.

Auf dem Gebiete der indirekten Steuern könnte ein kräftiger Ausbau aller reinen Luxussteuern im besten Sinne regulierend wirken, während alle reinen Volksnahrungsmittel und -bedürfnisse von Steuern frei zu halten wären.

Das Ergebnis einer solchen Steuerpolitik wäre weniger in dem hohen finanziellen Ergebnis zu suchen — davon kann

keine Rede sein, da sie für die große Masse der Bevölkerung nicht eine wirkliche steuerliche Belastung, sondern nur eine Erinnerung sein soll, daß der Mensch nicht nur Einzelwesen, sondern auch Staatsbürger ist und außer staatsbürgerlichen Rechten auch staatsbürgerliche Pflichten hat. Die Erträgnisse sollen weniger zur Entlastung der werbenden Staatsbetriebe verwendet werden, deren Reinerträgnisse, wie wir gesehen haben, genügen, um die ordentlichen Aufwendungen des Staates für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, innere Verwaltung usw. zu bestreiten. Sie sollten dafür verwendet werden, besondere Kulturaufgaben des Staates zu fördern, für die im Rahmen des ordentlichen Staatshaushaltes niemals entsprechende Mittel zur Verfügung standen. Ich denke hier in erster Linie an Säuglingsheime, Blinden- und Krüppelanstalten, Kinderhorte, Mutterschutz, Kampf gegen Tuberkulose, gegen Alkohol und Geschlechtskrankheiten, für Anlage von Gartenstädten und Siedelungen, insbesondere für die Unterbringung und menschenwürdige Versorgung unserer Kriegsbeschädigten.

Unser Blick weitet sich. Wir sehen Neuland. Abschaffung *aller* Steuern *könnte* die Brechung der Zinsknechtschaft bedeuten? Sie würde es bedeuten, wenn wir als siegreiches Volk aus diesem Riesenkampf hervorgegangen wären. So wollen wir nicht zu früh frohlocken, dafür werden die uns von unseren Feinden auferlegten Lasten sorgen. — Aber jedenfalls, wir sehen Neuland auf Grund der soeben angestellten, doch höchst einfachen Betrachtung des Beispiels unseres bayerischen Staatshaushaltes.

In den Grundzügen finden wir ganz ähnliche Verhältnisse in den übrigen deutschen Bundesstaaten, und es ist nicht zuviel gesagt, daß aus den Überschüssen der werbenden Staatsbetriebe, also der Eisenbahnen, Posten, Telegraphen, Forsten, Bergwerke usw., alle staatlichen Aufwendungen für die gesamte Rechtspflege, für die gesamte innere Verwaltung, einschließlich der Staatsbauten, alle Ausgaben für Erziehung und Bildung sowie für Kultuszwecke ohne Schwierigkeit bestritten werden könnten. Also ein geradezu idealer Zustand. Warum ist das nicht so? Der Zins hat sich eingeschlichen. Wegen der Zinszahlung wer-

den der Bevölkerung die Lebensmittel verteuert; wegen der Zinsen werden Zucker und Salz, Bier und Wein, Zündhölzer und Tabake und zahllose andere Gegenstände des täglichen Bedarfes mit indirekten Steuern belegt. Wegen der Zinsen müssen direkte Steuern erhoben werden: Grundsteuern, die auf verteuertes Getreide abgewälzt werden; Haussteuern, die die Mieten in die Höhe treiben; Gewerbesteuern, die die schaffende Arbeit belasten; Einkommensteuern, die unabwälzbar die Lebenshaltung der Beamten und Festbesoldeten herunterdrücken, und endlich ganz am Schluß, bescheiden im Geben, unersättlich im Nehmen, kommt das Leihkapital mit den Kapitalrentensteuern. Aus 253 Millionen eingenommenen Kapitalrenten in Bayern auf Grund der Steuererklärungen des Jahres 1911 wurden ganze 8,1 Millionen an Staatssteuern bezahlt. Wir haben gesehen, daß jede Kapitalrente, jeder Kapitalzins letzten Endes ausschließlich durch die Arbeit des ganzen Volkes aufgebracht werden muß. Wir haben gesehen, daß die Zinsenzahlung für die Staatsschulden den größten Posten in unserem Staatsbudget ausmacht, und wir haben gesehen, daß die Kapitalrenten-Steuerpflichtigen nur einen höchst bescheidenen Beitrag zu den Staatseinnahmen beisteuern.

Nach der Größenordnung zahlt der Kapitalist von den direkten Staatssteuern mit 8 Millionen von 60 Millionen Gesamtsumme der direkten Steuern nur ein Achtel bis ein Sechstel. Die direkten Steuern betragen nach der Größenordnung ungefähr ein Fünftel der gesamten Staatseinnahmen. Somit leistet das Leihkapital nur etwa ein Dreißigstel bis ein Achtundvierzigstel Zuschuß im Hinblick auf die gesamten staatlichen Bedürfnisse.

Grauenhaft wird das Bild erst, wenn wir unseren Reichshaushalt betrachten. Hier liegen die Verhältnisse an sich schon viel ungünstiger. Das Reich hat nicht die Steuerquellen wie die einzelnen Bundesstaaten. Die direkten Steuern sind den Bundesstaaten vorbehalten, die werbenden Betriebe des Reiches beschränken sich auf die Reichspost und die Reichseisenbahn (also: ohne die preußischen

Staatseisenbahnen), und somit bleiben nur die Zölle und indirekten Steuern.

Die Größenordnungen dieser Reichseinnahmequellen (siehe Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1917 und 1918) waren im Jahre 1915 1 Milliarde Reichspost und Eisenbahn, 0,7 Milliarden Zölle, 1 Milliarde indirekte Steuern, 0,8 Milliarden besondere Einnahmen (Wehrbeitrag, Matrikularbeiträge) usw. Auch hier wieder dasselbe Bild. Mehr als ein Drittel, nämlich 1,3 Milliarden, verschlang im Jahre 1915 die Verzinsung der Reichsschuld. Auch hier hat sich wieder das Leihkapital eingedrängt. Auch hier zieht es zu seiner Befriedigung alle indirekten Steuern heran. Zucker zahlt 163 Millionen, Salz 61 Millionen, Bier 128 Millionen, Tabak, Branntwein, Schaumwein, Leuchtmittel, Zündwaren, Spielkarten und zahllose andere Steuermittelchen mußten herhalten, um eine Milliarde zusammenzukratzen, die dann restlos in die Taschen der Kapitalisten fließt.

Heute ist die Aufbringung nur der Schuldzinsen des Reiches ein Rätsel. 5 Milliarden allein verschlingen ja doch die Verzinsungen unserer 100-Milliarden-Kriegsanleihe. Die Einnahmen aus Post und Eisenbahn können kaum noch erhöht werden. Zölle werden wir kaum noch erheben dürfen. So bleibt wohl nur eine Verfünffachung oder Verzehnfachung der indirekten Steuern übrig — eine Unmöglichkeit — oder die klare Einsicht, daß einzig und allein die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes uns Rettung bringen kann. Ein ungeheurer Selbstbetrug war die ganze Kriegsanleihewirtschaft. 100 Milliarden hat das deutsche Volk von sich für seinen Krieg geborgt. 5 Milliarden Zinsen hat es sich dafür versprochen; 5 Milliarden Steuern muß es also bezahlen. Nutzen hat nur der Großkapitalist, der so viel Kapitalrenten bezieht, daß er sie unmöglich aufbrauchen kann; durch die Kapitalrentensteuer wird ihm ja nur ein ganz bescheidener Prozentsatz abgenommen, wie wir gesehen haben.

Ich hoffe schon jetzt durch die großen Linien meiner Beweisführung das menschlich begreifliche Erschrecken vieler

Leser verscheucht zu haben ob des eventuellen Entgangs ihrer Zinsbezüge aus ihren schönen Wertpapieren. Nur ganz kurz möge an einem Beispiel gezeigt werden, daß die ganze Zinsenwirtschaft große Selbsttäuschung ist, und zwar will ich dabei an eine oberste Grenze gehen von gut bürgerlichen Einkommensverhältnissen. Gesetzt den Fall, das Arbeitseinkommen eines Familienoberhauptes sei 10 000 Mark, dazu noch 5000 Mark aus Kapitalrenten, so sind hieraus zunächst ungefähr 1500 Mark direkte Steuern zu bezahlen, ferner werden in Gestalt der teueren Mieten mindestens 1000—1200 Mark für den ewigen Mietzins abzuziehen sein; weitere 1000 Mark dürfen durch die indirekten Steuern der fünf- bis sechsköpfigen Familie aufgezehrt werden, und schon jetzt erkennt man, daß bereits unter den glücklichen Steuerverhältnissen früherer Jahre von den schönen Kapitalrenten des kleineren und mittleren Kapitalisten gar nicht viel übrigbleibt. Heute kann von „Übrigbleiben" schon gar keine Rede mehr sein; im Gegenteil, erhebliche Teile des Arbeitseinkommens werden wohl, wenn man die phantastischen derzeitigen Steuerpläne sich ansieht, auch noch weggesteuert werden. Ganz anders sieht sich natürlich die Sache an für den Großkapitalisten, der, sagen wir einmal, nur 1 Million Kapitalrenten bezieht. (Solche Leute gibt es in Deutschland heute ziemlich viele.) An Kapitalrentensteuer zahlt dieser Glückliche, wenn es hoch kommt, 50—60 000 Mark. An indirekten Steuern zahlt er auch nicht mehr als der Familienvater des vorigen Beispieles. Für seinen Haushalt kann er schließlich auch bei der heutigen teuren Zeit mit 40—50 000 Mark doch noch ganz angenehm leben. Bleiben ihm bare runde nette 900 000 Mark, für die er im nächsten Jahre bei 5 % Zins neue 45 000 Mark Leihzinsen beziehen wird und das von Rechts wegen zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Der kleine Rentner, der nur von seinen Zinsen lebt, wäre zweifellos geschädigt. Ist er arbeitsfähig, so müßte er sich natürlich entschließen, sich ein Arbeitseinkommen zu verschaffen. Damit stellt er sich dann immer noch sehr viel besser als die Millionen seiner Volksgenossen, die nichts haben außer ihrer körperlichen oder geistigen Arbeitskraft.

Will er das nicht, so muß er sein Vermögen einzehren. 20 Jahre lang hat er ja schließlich immer noch daran zu zehren, wenn er wie bisher 5 % an Zinsen von nun ab als Einzehrung verbraucht. Für Personen, die nicht in der Lage sind, zu arbeiten, oder durch Krankheit und Alter geschwächt sind, muß selbstverständlich durch Ausbau der sozialen Fürsorge für alle Bevölkerungskreise für eine entsprechende Existenz gesorgt werden. Es würde weit über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen, im einzelnen den persönlichen Interessen einzelner Schichten der Bevölkerung nachzugehen. Es kann sich bei einer so umwälzenden Forderung auch gar nicht um persönliche Interessen handeln, und trotzdem wird man bei den Auswirkungen des Gedankens die Erfahrung machen, daß die heilsamen Folgen schließlich wieder jedem einzelnen persönlich zugute kommen werden.

Gerade an dem oben angeschnittenen Problem der Zinslosmachung der Kriegsanleihen habe ich schon klarzumachen versucht, daß der kleine Kapitalist, also alle die Hunderttausende, die durch eine mehr als amerikanische Werbetätigkeit für die Zeichnung der Kriegsanleihen zur Hingabe ihrer Ersparnisse veranlaßt worden sind, von den Zinsen nicht nur nichts haben, weil sie ja selbst dafür die Steuern zahlen müssen, sondern bei der auf Schonung des Großkapitales zugeschnittenen Steuergesetzgebung für die Zinsen der Millionenzeichnungen mitzahlen müssen. Ich denke mir, daß, abgesehen von diesen höchst realen Betrachtungen, allein schon ein Appell an alle um das Wohl ihrer Kinder besorgten Anleihebesitzer genügen müßte, um den Verzicht auf ewigen Zins aus den Schuldverschreibungen des Reiches als ganz natürlich hinzunehmen. Was verliert denn eigentlich der Patriot, der seinem Vaterland in höchster Not 10 000 Mark gegeben hat, in diesem Falle anderes als nur ein wucherisches Anrecht darauf, 50 000 Mark allein an Zinsen innerhalb hundert Jahren zu beziehen, ohne daß dadurch sich das Kapital auch nur im geringsten abgenützt hätte? Ewig müssen seine Kinder und Enkel dafür arbeiten, daß nur zu allererst diese Zinsen bezahlt werden können.

Die Frage der Rückzahlung der geliehenen Summen

kann in verschiedener Weise gelöst werden. In meinen kurzen Leitgedanken zu vorliegendem Problem, die ich der Regierung des Volksstaates Bayern am 20. November vorigen Jahres eingereicht habe, habe ich den Vorschlag gemacht, einfach an Stelle der Zinszahlung die Rückzahlung treten zu lassen in 20 Jahresraten von 5%. Ich glaube im folgenden noch einen weit besseren Vorschlag machen zu können, der ob seiner Einfachheit sicherlich den Vorzug verdient: „Die Kriegsanleihestücke werden unter Aufhebung der Verzinsung zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt." Das ist das Ei des Kolumbus. Der Vorteil dieser Maßnahme ist zunächst der, daß eigentlich niemand etwas davon merkt. Die Anleihestücke bleiben ruhig in den Depots liegen, nur kriegen sie keine Jungen, so wenig wie ein Buch oder ein Schrank oder ein sonstiger verbrauchbarer Gegenstand, den man an seinen Freund verliehen hat.

Braucht man Geld, so holt man sich eben einen Schein und bezahlt damit. So viel Schönheit und Papierwert wie unsere übrigen 10-, 20-, 100- und 1000-Mark-Scheine haben die Kriegsanleihescheine ja schließlich auch. Von einer Überschwemmung des Marktes mit Zahlungsmitteln kann bei einer derartig stoßfreien Überführung der Zinsenwirtschaft in die zinsfreie Volkswirtschaft gar keine Rede sein. Die Kriegsanleihestücke befinden sich ja bereits sämtlich wohlverwahrt und aufbewahrt in den Banktresors oder sonstigen vom Volk als diebessicher betrachteten Verstecken, als da sind der wollene Strumpf oder der Misthaufen. Es kann die Tatsache doch gar nicht geleugnet werden, daß die ausgegebenen papiernen Zahlungsmittel in Höhe von ungefähr 40 Milliarden ja auch nicht im Umlauf sind, sondern zum allergrößten Teil in der oben geschilderten Weise thesauriert sind. Unser Bedarf an Zahlungsmitteln waren auch zu Zeiten der Hochkonjunktur vor dem Kriege nur etwa 4—6 Milliarden, und davon, daß wir heute mehr als das Doppelte dieser Summe brauchten, kann bei dem sich immer mehr einbürgernden bargeldlosen Zahlungsverkehr keine Rede sein.

Ganz in der gleichen Weise ist selbstverständlich die Entzinsung für alle festverzinslichen Werte vorzunehmen. Für

diese Werte sowie für die Dividendenwerte wird sich indes mehr die ursprünglich für alle Werte vorgeschlagene „Rückzahlung" an Stelle der Zinszahlung empfehlen, so insbesondere auch für die Hypotheken. Die Brechung der Zinsknechtschaft für die Hypotheken bedeutet zweifellos die Lösung des Wohnungsproblems, die Befreiung von den unerschwinglichen Mieten. Es ist ebensowenig einzusehen, warum der Inhaber einer Hypothek aus der einmal dargeliehenen Summe ewigen Zinsgenuß haben soll, warum ihm ein mühe- und endloser Güterzufluß beschieden sein soll, warum die große Masse eines Volkes nur diesem ungesunden Zinsprinzip zuliebe jahraus, jahrein die hohen Mieten zahlen soll. Nur ganz kurz sei eingeschaltet, daß selbstverständlich von einer völligen Abschaffung des Mietzinses nicht die Rede sein kann, da ja die Verwaltung und Unterhaltung der Häuser ständig Arbeit und Geld erfordert. Es wird also eine Absenkung der Mieten nur so weit eintreten können, als durch die erfolgte Rückzahlung der Hypotheken sich von selbst ergibt.

Im einzelnen auf die zahllosen Fragen, die durch die Auswirkung des Gedankens angeschnitten werden, näher einzugehen, ist hier nicht möglich und nicht der gegebene Ort. Genannt wenigstens seien als die wichtigsten die Frage der Kapitalbeschaffung überhaupt, die Behandlung aller Hypothekenwerte, das Hypothekenwesen, die Banken- und Bankiersfrage, die ganze Einstellung unserer Sozialpolitik, wie schließlich die gesamte dadurch bedingte Umgestaltung unseres Finanzwesens.

Aber eines soll in aller Schärfe betont sein: daß die Brechung der Zinsknechtschaft nicht das geringste mit unserer gesamten werteschaffenden Arbeit zu tun hat, insofern, als dem Unternehmergeist, der schaffenden Arbeit, der Erzeugung von Gütern, dem Erwerb von Reichtum in gar keiner Weise ein Hemmnis bereitet wird; im Gegenteil wird, wie wir gesehen haben, das ganze werktätige Volk von einem dumpfen, unerklärlichen, schweren Druck befreit; unser Seelenleben wird gereinigt von einem berauschenden Gift. Wie richtig im Laufe der Geschichte die

Fruchtbarkeit des Zinsproblems erkannt worden ist, ersieht man daraus, daß zu allen Zeiten und in allen Völkern das Zinsproblem die Geister beschäftigte.

Im Alten Testament finden wir an verschiedenen Stellen, so 3. Mos. 25, 5. Mos. 15, Bestimmungen über Zinsnachlässe in der Form, daß das siebente Jahr jedesmal ein Hall-Erlaß oder Jubeljahr sein sollte, in welchem alle Schulden den Volksgenossen nachgelassen werden sollten.

Solon hat im Jahre 594 v. Chr. durch Gesetz die persönliche Schuldknechtschaft aufgehoben. Man nannte dieses Gesetz die große Seisachtheia.

Im alten Rom verbot die lex Gemicia vom Jahre 332 v. Chr. den römischen Bürgern kurzerhand überhaupt das Zinsennehmen.

Unter Kaiser Justinian wurde ein Zinseszinsverbot erlassen mit der Bestimmung, es dürften überhaupt keine Zinsen mehr gefordert werden, wenn die rückständigen Zinsen bis zur Höhe des ursprünglich dargeliehenen Kapitals angewachsen seien.

Papst Leo I. der Große erließ im Jahre 443 ein allgemeines Verbot, Zinsen zu nehmen; es war bis dahin nur den Klerikern untersagt, Zinsen von einem Darlehen zu fordern. Nun wurde das Zinsenverbot Teil des kanonischen Rechtes und auch eine für die Laien verbindliche Vorschrift. Allmählich schloß sich auch die weltliche Gesetzgebung den kanonischen Anschauungen an und bedrohte das Zinsnehmen sogar mit Strafe. Wir finden dies in den Reichspolizeiverordnungen der Jahre 1500, 1530 und 1577.

Allerdings wurden nun derartige Gesetze viel bekämpft und vielfach umgangen, und es mag nur noch bei diesem ganz kurzen historischen Rückblick als eine erstaunliche historische Tatsache erwähnt sein, daß, während das kanonische Recht vom 11. bis 17. Jahrhundert den Christen das Zinsnehmen verboten hatte, dies den Juden gestattet war.

Es wäre außerordentlich reizvoll, zu untersuchen, welche wirtschaftlichen Auswuchserscheinungen jeweils zu diesen gewaltsamen Lastenabschüttelungen geführt haben. Es wäre besonders wertvoll, zu sehen, welche Mächte und Kräfte die Zinsverbote immer wieder durchbrochen haben.

Im Mittelalter ist ja wohl mit den Wucherern oft kurzer Prozeß gemacht worden, die Bauern oder ausgesogenen Bürger haben sich zusammengetan und die Wucherer erschlagen. Heute sind wir in ein ganz anderes Entwicklungsstadium des Zinsproblems getreten. Solche Pogrome werden aufs tiefste mißbilligt. Es handelt sich auch gar nicht mehr um einzelne lokal begrenzte Krankheitserscheinungen, die durch das Ausschneiden des Eiterherdes bekämpft werden könnten, es handelt sich um eine schwere Erkrankung der ganzen Menschheit. Es mag ganz besonders betont sein, daß in unserer heutigen Kultur gerade die Internationalität der wirtschaftlichen Beziehungen das Zinsprinzip so mörderisch macht. Der gegebene historische Rückblick soll auch gar keine Analogie sein für die heutigen Verhältnisse. Wenn die Babylonier die Assyrer, die Römer die Karthager, die Germanen die Römer überwanden, so gab es keine Fortdauer der Zinsknechtschaft; es gab keine internationalen Weltmächte. Die Kriege wurden auch nicht durch Borgen finanziert, sondern mit den während des Friedens angesammelten Schätzen. Eine sehr bemerkenswerte Zusammenstellung hierüber gibt David Hume in seiner Abhandlung über den Staatskredit. Erst die neue Zeit mit ihrer Kontinuität des Besitzes und ihrem internationalen Recht läßt die Leihkapitalien ins Ungemessene steigen. Der Pfennig, der zur Zeit von Christi Geburt auf Zinsen gelegt wurde, existiert nicht mehr, weil inzwischen mehrmals alle Besitzrechte der Gewalt weichen mußten; dagegen existiert der Pfennig, den der alte Rothschild auf Zinsen gelegt hat, und wird, wenn es ein internationales Recht gibt, in alle Ewigkeit existieren. Es ist außerdem zu bedenken, daß weite Strecken der Erde erst in der neuen Zeit von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft übergegangen sind; ferner, daß erst im 19. Jahrhundert alle Beschränkungen im Zinsennehmen abgeschafft wurden (England 1854, Dänemark 1856, Belgien 1865, Österreich 1868).

Wir müssen nur endgültig mit der Vorstellung brechen, daß dem Leihkapital eine überirdische Macht verliehen sein soll, die Kraft, ewig aus sich selbst heraus zu wachsen, ohne

jede eigene produktive Arbeit, und zwar, wie an den Kurven erläutert, in einem unaufhaltsamen, immer rasender werdenden Tempo, mit einer fürchterlichen aussaugenden Kraft begabt. Alle menschlichen Erzeugnisse, ja alle irdischen Dinge überhaupt sind dem ewigen Weltgesetz von Werden und Vergehen untertan. Jedes Ding nützt sich ab. Alles altert und verfällt schließlich in Staub; nur allein *das Leihkapital sollte ewig sein, und nicht nur ewig unveränderlich, sondern ewig ins Ungemessene wachsend!*

Unerreichbar dem Weltgeschehen und Vergehen soll es thronen über den Wolken, unerreichbar den Gesetzen der Vergänglichkeit, unerreichbar den Gewalten der Zerstörung, unerreichbar den Riesengeschossen unserer Geschütze, die Städte und Dörfer zermalmen; — denn mögen auch Häuser und Hütten, Eisenbahnen und Brücken von Granaten zerschmettert in Staub und Asche sinken: die Hypotheken bleiben bestehen, die Eisenbahn- und die Staatsschuldenverschreibungen werden dadurch nicht ausgetilgt; ewig müssen die unglücklichen Besitzer ihrer zerstörten Wohnstätten, ewig die unglückliche Bevölkerung der von den Verwüstungen des Krieges betroffenen Länder fronen für die Schuldzinsen aus dem Leihkapital. Jubelnd sieht die goldene Internationale dem tollen Treiben der Menschheit zu; die wahnsinnigen Zerstörungen des Krieges, denen Dörfer und Städte, ganze Provinzen zum Opfer gefallen sind, geben die erwünschte Gelegenheit, neue Schuldverschreibungen zu errichten, bis schließlich restlos die ganze Menschheit als Zinssklave der goldenen Internationale dient. Unverkennbar rühren wir hier an die tieferen Wurzeln des Weltkrieges.

Wir haben uns mit diesem Ausblick hoch erhoben über unseren engeren nationalen Gesichtspunkt. Wir müssen daher die Frage noch berühren, ob der Gedanke der Brechung der Zinsknechtschaft, dem zweifellos internationale Bedeutung zukommt, im Rahmen unseres Vaterlandes ausführbar ist. Die Frage muß unbedingt bejaht werden, und zwar allein schon aus den in diesen Zeilen angestellten kurzen Betrachtungen und noch viel mehr aus dem

unüberwindlichen Zwang der Verhältnisse, in die wir geraten sind. Unsere finanzielle Lage ist so phantastisch schlecht, daß nur ein im ersten Augenblick phantastisch anmutendes Mittel retten kann, mit den geplanten Mittelchen unserer gewerbsmäßigen Steuerpolitiker kommen wir nicht weiter; wir werden nur immer tiefer in die Schuldknechtschaft hineinversinken und in die ausgelegten goldenen Schlingen der Entente hineintappen.

Es ist klar, daß wir ausländischen Zinsansprüchen gegenüber als politisch und militärisch machtloses Volk zur Zeit nichts ausrichten können. Diese Zinsen müssen eben bezahlt werden, bis die Kraft unseres befreienden Beispieles die Völker der Welt aufgerüttelt hat und auch sie veranlaßt, die Fesseln der goldenen Internationale zu sprengen. Ich bin mir wohl bewußt, daß ich mit den vorstehenden Zeilen das Problem keineswegs erschöpfend behandeln konnte; ich wollte auch vorerst nur den Gedanken an sich in den Streit der Meinungen werfen; immerhin habe ich versucht, den Gedanken wenigstens so weit zu verankern, daß er in einer Zeit großer Umwälzungen nicht auf Grund hergebrachter Anschauungen hinweggespült werden kann.

Das ungeheure Mißverhältnis zwischen den Milliardenvermögen und den Einkünften von Millionen der werktätigen Bevölkerung, die Erkenntnis, daß die Schäden unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung viel mehr zu Lasten des Großleihkapitals als des industriellen Großkapitals zu buchen sind, die Erkenntnis, daß unsere gesamte Steuerpolitik nur zugunsten des Leihkapitals zugeschnitten war und bei der jetzigen ungeheuren Verschuldung zu einer vollkommenen Aufsaugung der Arbeitskraft des Volkes führen muß; schließlich die Erkenntnis, daß unsere Zins-, Anleihe-, Steuerwirtschaft ein furchtbarer Selbstbetrug ist, mag wohl zu ernstem Nachdenken über die Brechung der Zinsknechtschaft anregen.

Wer sich weiter mit dem Durchdenken des Vorschlages befaßt, der möge immer die beiden Seiten des Kontos im Auge behalten; was sich auf der einen Seite als Verlust, als Entgang darstellt, ist auf der anderen Entlastung, Zuwachs, Verbesserung. Zu wehleidigen Sentiments für

Leute, die ihr Leben auf behagliches Aufzehren ihrer jährlichen Zinsen eingestellt haben, ist der Gedanke natürlich nicht berechnet, obwohl auch diese sich immer sagen mögen, daß trotz allem bei einer derartigen Lösung unserer finanziellen Nöte eine weit ausgedehntere Schonung der mittleren und kleineren Vermögenssubstanzen möglich sein wird, bei der geplanten auch uns als durchaus nötig erscheinenden kräftigen Heranziehung des Besitzes. Und gegenüber der sinnlosen Umstürzung des russischen Wirtschaftslebens wird ihnen die hier vorgeschlagene sinnvolle Umstürzung des unsrigen als das geringere Übel erscheinen.

Der Gedanke will eine geschlossene Front der ganzen werktätigen Bevölkerung herstellen vom besitzlosen Arbeiter, der, wie wir gesehen haben, sehr kräftig im Wege der indirekten Steuer für die Befriedigung des Leihkapitals herangezogen wird, über die gesamte bürgerliche Schicht der Beamten und Angestellten, des bäuerlichen und kleingewerblichen Mittelstandes hinweg, die in Gestalt von Wohnungselend, Bodenzinsen, Bankzinsen usw. die unbarmherzige Gewaltherrschaft des Geldes zu spüren bekommen, bis weit hinauf zu den führenden Köpfen, Erfindern und Direktoren unserer Großindustrie, die alle samt und sonders mehr oder weniger in den Krallen des Großleihkapitals stecken, für die es als erste Lebensaufgabe immer heißt: Renten, Zinsen, Dividenden erarbeiten für die hinter den Kulissen spielenden Geldmächte. Nicht minder gehören auch alle Kreise der Intelligenz, Künstler, Schriftsteller, Schauspieler, Wissenschaftler sowie die übrigen Angehörigen der freien Berufe hinzu.

Mag das Großkapital bewußt oder instinktiv als natürliche Personengruppe oder als Personifikation des Zinsprinzips die Tatsache seiner unbeschränkten Herrschgier zu verdecken suchen, mag unsere ganze aus dem römischen Recht, also dem dem Schutz einer Plutokratie dienenden Rechte hervorgegangene Rechtsprechung noch so sehr den Schutz des Eigentums in den Vordergrund gedrückt haben und damit in das Rechtsbewußtsein unseres Volkes eingedrungen sein, die **Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes muß kommen**

als einziger Ausweg aus der drohenden wirtschaftlichen Versklavung der ganzen Welt durch die goldene Internationale, als einer der Wege, um das Gift des Mammonismus mit seiner Versumpfung und Verseuchung der Mentalität unseres Zeitalters auszutreiben.

Der soziale Staat

Erster Druck in der Wochenschrift für Ordnung und Recht „Auf gut deutsch“, herausgegeben von Dietrich Eckart, 1. Jahrgang, 14. und 15. Heft vom 24. Mai 1919

Die alte Staatsform ist zerbrochen. Was soll an ihre Stelle treten? Das ist das wichtigste Problem für die Zukunft; denn das demokratisch-parlamentarische Monstrum in Weimar, das keine Lebensfähigkeit hat, erscheint nach dem vollkommenen, restlosen Zusammenbruch seiner Illusionspolitik am Ende seiner Tage angelangt zu sein. Die Friedensbedingungen der Entente sind der furchtbare Weckruf, der die sozialistischen Trug- und Traumbilder verscheucht. Wo ist der Verständigungsfriede des Herrn Scheidemann? — Wo ist der Wirtschaftsfriede des Herrn Erzberger — garantiert in einer halben Stunde fertig (!)? — Wo ist der Völkerbund, wo ist die Weltrevolution des Herrn Eisner? Wo ist der Arbeitsstaat, in dem die Produktion sich verdoppelt — wo ist die höhere Gesittung — wo ist überhaupt ein Aufbau zu sehen?

Gewogen und zu leicht befunden — ist schon heute das Urteil des eigenen Volkes, der eigenen Zeitgenossen. Verfluchen und abermals verfluchen wird die Geschichte die deutschen Revolutionäre, die ihr Volk verraten haben, die in kurzsichtigem Größenwahn zuerst dem tapferen Volk den Siegesglauben und den Siegeswillen aus den Knochen gesogen haben und dann mit dem feigen Mut des Meuchelmörders dem Heer in seinen schwersten Tagen in den Rücken gefallen sind, um eine Macht an sich zu reißen, die sie nicht gebrauchen können. Denn es ist ein ander Ding, einen schwankenden Riesen von hinten zu fällen, eine bereits volksfremd gewordene Dynastie zu entwurzeln und ein Beamtentum, das den lebendigen Zusammenhang mit

dem Leben des Volkes verloren hat, aus den Angeln zu heben — und wieder ein ander Ding, seine revolutionäre Kraft zu beweisen, wenn es gilt, dem todwunden Volk neue Lebenskraft einzuflößen und einen neuen lebensvollen staatlichen Organismus vorzubereiten. Wo ist die revolutionäre Kraft der deutschen Revolutionäre? Wo ist die französische, die englische, die italienische Revolution? Wo bleibt die Weltrevolution? — Nichts von all ihren Versprechungen — *nichts haben die Herren Ebert, Scheidemann, Erzberger, Eisner, Hoffmann,* und wie sie alle heißen mögen, halten können. W a r u m? Weil keine neue Staatsidee sie leitet, weil sie eine Klassenherrschaft im besten Falle oder noch schlimmer: e i n e p a r l a m e n t a r i s c h e K o m p r o m i ß w i r t s c h a f t für eine neue Staatsform halten, weil sie vom wahren sozialistischen Staat so weit entfernt sind, daß sie nicht den Mut aufbringen, dem Großkapitalismus zu Leibe zu gehen, weil sie überhaupt noch nicht begriffen haben, worum es sich im tiefsten Grunde in dem Weltkriege gedreht hat, nämlich: um den Endkampf der internationalen Geldmächte, um deren endgültige Weltherrschaft.

Wir fragen uns am besten: Welche Hauptschäden des alten Staates haben wir zu vermeiden? Ich zähle auf:

Das unverantwortliche Gottesgnadentum der Krone, die Tatsache, daß Heer und Flotte sowie das höhere Beamtentum auf den souveränen Herrscher orientiert waren. Ferner die durchaus ungenügende Volksvertretung in den Parlamenten, die, ganz in widerlichem Parteihader verstrickt, jeden Sinn für völkische Interessen verloren hatte, eine Sozialdemokratie, die ihre Lebensaufgabe ausschließlich in der Verhetzung der Arbeiterschaft gegen ihre Arbeitgeber zu finden schien. Das waren wohl die hervorstechendsten Schäden im staatlichen Leben unseres Volkes vor dem Zusammenbruch. Es ist daher die wichtigste Aufgabe, diese Hauptschäden zu vermeiden. Mit den Auswüchsen der alten Staatsform, dem unverantwortlichen Gottesgnadentum, dem übertriebenen und verbildeten Militarismus und Bürokratismus hat die Revolution gründlich aufgeräumt. Aber der viel tiefer sitzende Schaden, der ganze

hoffnungslose Parlamentarismus, steht in höchster Blüte und schickt sich an, wenn nicht alle Zeichen trügen, sich mit den kapitalistischen Gewalten zu verständigen. Damit würde selbstverständlich der einzige tiefere Sinn der Revolution, das ist: die Befreiung der werktätigen Arbeit von der internationalen wirtschaftlichen Versklavung durch die goldene Internationale, aufgehoben und die wirtschaftliche Unterjochung der schaffenden Arbeit unter die Zinssklaverei der mammonistischen Gewalten besiegelt werden.

Deshalb muß der neue Staat sich radikal von allen Grundsätzen westlicher Demokratie abkehren. Er muß insonderheit mit dem parlamentarischen Partei- und Klüngelwesen grundsätzlich brechen und darf vor allen Dingen die politischen und wirtschaftlichen Vertretungen des Volkes nicht in einem Parlament vermengen, sondern muß die grundsätzliche Scheidung nach einem Zweikammersystem vorsehen. Und zwar vertritt das Haus des Volkes (als 1. Kammer) die politischen Belange der Volksgesamtheit, während der Zentralrat die wirtschaftlichen Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten muß.

Das Wichtigste für die Neugestaltung ist ein ganz anderes, auf neuen Grundlagen aufgebautes Wahlsystem, das im folgenden entwickelt werden soll.

Das Haus des Volkes

Das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz, der einzige Leitstern für die Volksvertretung. Es kann sich gar nicht darum handeln, Richtlinien aufzustellen für die oberste Leitung des Staates; sie sind in obigem Grundsatz enthalten.

Wichtiger ist die Form der Wahl für die Beauftragten, die sich pyramidenförmig auf breitester Grundlage aufbauen und jeweils den Besten den Eintritt in die nächsthöhere Stufe eröffnen muß.

Im neuen Staat hat jeder Mensch Anrecht auf Vertretung. Die ganz willkürlich gezogene Grenze eines Mindestalters von zwanzig Jahren ist durch nichts gerecht-

fertigt, weshalb sie fallen muß. Andererseits kann nicht jede Person als Wähler auftreten, obwohl sie Anrecht auf Vertretung hat.

Wähler ist sonach derjenige, der die gesetzliche oder freiwillig übertragene Vertretung von mindestens 5, im allgemeinen von 10 Personen nachweisen kann. Dieser Vertretungsauftrag ist territorial begrenzt und nur einmal am Orte des Hauptwohnsitzes gültig, auch kann jede Person nur eine andere Person zu ihrer Vertretung bestimmen. Es sei dies gleich an einem praktischen Beispiel erklärt:

In einem Landstädtchen von etwa 6000 Einwohnern ist die Liste der Wähler aufzustellen. Es steht dann jeder einzelnen Person der Bevölkerung frei, sich ganz nach eigenstem Ermessen in Gruppen von 5 bis 10 Personen zusammenzuschließen. Die Familie wird den Vater oder die Mutter oder den erwachsenen Sohn oder die älteste Tochter als ihren Vertrauten, als Wähler bestimmen, Knechte und Mägde werden in Gruppen von 10 Personen den ihnen geeignetst Erscheinenden als Wähler bezeichnen und unterschriftlich bestätigen. Die auf diese Weise in einer Gemeinde bestimmten Wähler, also von 6000 Einwohnern etwa 600 Wähler, versammeln sich an bestimmten Tagen, um aus ihrer Mitte die Volksräte zu wählen. Dies geschieht wiederum in der Weise, daß sich Gruppen von je zehn sich gut kennenden Wählern zusammenschließen, um einen aus ihrer Mitte als Volksrat zu bezeichnen. Für diese eigentliche Wahlhandlung ist im Gegensatz zu der bisherigen Methode eines einzigen Wahltages eine ausreichende Frist zu setzen, damit sich auch diejenigen, die sich rein mechanisch in Gruppen zusammenfinden, kennenlernen und aussprechen können, um aus ihrer Mitte den ihnen geeignetst Erscheinenden zu bezeichnen. Ein derartiges Wahlverfahren hat zunächst den außerordentlichen Vorteil vor jedem anderen allgemeinen Wahlsystem voraus, daß es zwar einerseits die Basis für die Volksvertretung noch weiter zieht als bisher und alle natürlichen Personen umfaßt, andererseits sofort wieder den Kreis der eigentlichen Wähler ganz erheblich verkleinert dadurch, daß es

die Ehre, Wähler zu sein, ganz bedeutend einschränkt und von vornherein Personen ausschaltet, die nach Lebensalter, persönlicher Eignung, persönlichem Interesse und persönlicher Vertrauenswürdigkeit nicht als eigentliche Wähler in Betracht kommen.

Die von den Wählern bezeichneten Volksräte sind die erste politische Instanz. Jeder von ihnen vertritt 100 Personen, die ihm ihr Vertrauen geschenkt haben und denen gegenüber er verantwortlich ist, mit denen er durch die Gruppe der 10 Wähler in engster Fühlung steht.

Es erscheint klar, daß auf diese Weise eine sehr sorgfältige Auswahl getroffen wird. Für Machenschaften ehrgeiziger Politiker ist wenig Raum. Das Vertrauensverhältnis ist ein zu enges zwischen Wählern und Gewählten; dadurch wird auch das Verantwortungsgefühl des Gewählten erheblich gesteigert.

Diese Volksräte treten nun ihrerseits in Distriktsversammlungen zusammen. Sie lernen sich dort kennen, schließen sich wiederum in Gruppen von je zehn zusammen und wählen ihre Volksdistriktsräte. Die Distriktsräte bilden entsprechend der Einwohnerzahl der territorial abgeteilten Bezirke die lokalen politischen Volksvertretungen. Sie haben das Recht der Kontrolle der Regierungsorgane, Bezirksämter usw. sowie die Pflicht, gefundene Mißstände den Kreis- oder Regierungsräten anzugeben. Umgekehrt haben sie die Pflicht, alle politisch wichtigen Verfügungen, Regierungsentschließungen den Volksräten bekanntzugeben, um so politisches Verständnis und Anteilnahme an dem politischen Leben des ganzen Volkes bei ihren Wählern zu wecken. Dieser Volks-Distriktsrat, der sich je nach Größe des Bezirks aus 60—100 oder mehr Distriktsräten zusammensetzen kann, vertritt somit je 1000 Personen auf den einzelnen Abgeordneten, somit 60—100 000 oder mehr Einwohner. Auf diesen Distriktstagungen lernen sich wiederum die Distriktsräte näher kennen. Sie haben sich wiederum in Gruppen von zehn und zehn zusammenzuschließen, um einen aus ihrer Mitte als Volksregierungsrat zu delegieren.

Die Volksregierungsräte tagen in längeren

Perioden in den Kreishauptstädten. Sie haben die politischen Interessen ihres Kreises zu vertreten, sie haben analog Kontrollrechte gegenüber den Regierungs- und Kreisbehörden. In analoger Weise wählen dann nochmals die Volksregierungsräte, von denen sich also jeder schon auf 10 000 Wähler stützt, in Gruppen von zehn und zehn einen Abgeordneten in den Rat der Volksbeauftragten. Jeder dieser volksbeauftragten Räte ist somit der direkte Sprecher und verantwortliche Vertreter von 100 000 Personen. Somit würde der Rat der Volksbeauftragten in Bayern 67 Personen stark sein, entsprechend einer Bevölkerung von 6,7 Millionen. Dieser Rat der Volksbeauftragten ist die oberste politische Instanz. Er beschließt die Gesetze und bestellt aus seiner Mitte oder auch aus eigenem Gutdünken außerhalb seiner Reihen den oder die mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Volkspräsidenten, die das Land nach außen und innen vertreten.

Dieser organische Aufbau der politischen Vertretung des Volkes ist keineswegs schwerfällig. Im Gegenteil, er ist gerade durch seine natürliche bodenständige Art der wirkliche Ausdruck einer auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden sozialen Gemeinschaft. Allerdings läßt sich eine solche Wahlhandlung nicht wie bisher an einem Tage absolvieren nach einer vorangegangenen, sinnverwirrenden Wahlpropaganda. Langsam und stetig nur kann die Wahl und der Aufbau dieser neuen politischen Durchdringung des Volkes entstehen. Viele Monate werden darüber hingehen, bis die Volks-, Volks-Distrikts- und Volks-Regierungsräte gewählt sind. Befristet werden trotzdem die Wahlhandlungen sein müssen. Immerhin werden sich bei aller Eigenbrötelei der Deutschen doch schließlich zehn über einen aus ihrer Mitte als ihren geeigneten Vertreter einigen können.

Es muß jedem einzelnen Leser überlassen bleiben, den an sich sehr klaren und einfachen Aufbau des Vorschlages durchzudenken und sich über die Vorteile selbst klar zu werden. Besonders durch Vergleich mit den schweren Nachteilen bei dem jetzt bestehenden Wahlsystem. Ich will gar

nicht behaupten, daß dieser Vorschlag nun wirklich zu einer Auslese der politisch befähigtsten Köpfe führen muß, aber auf alle Fälle führt er zur Ausschaltung aller hohlen Schwätzer und politischen Charlatane.

Der Zentralrat

Wie schon der Name sagt, ist er die über die wirtschaftlichen Interessen des Landes zentral beratende Körperschaft. In ihm findet die Arbeit der gesamten werktätigen Bevölkerung ihren Ausdruck. In ihm sitzen die berufenen fachmännischen Vertretungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Erwerbs- und Berufsgruppen. In ihm sitzen die Abgeordneten der Kreis-A.B.C.-Räte[1]). Es handelt sich also um eine ständische Körperschaft, nicht um eine politische, sondern um die wirtschaftliche Interessenvertretung.

Im Zentralrat müssen alle Stände vertreten sein, und zwar von jedem Stand ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Es kommt hier auch nicht auf die Stimmenzahl an, sondern darauf, daß jeder Stand durch seinen Vertreter zu Wort kommen kann. Die Vergewaltigung einzelner Berufsgruppen ist durch das Vetorecht jedes einzelnen Zentralrates zu verhindern. Es kann auch an sich nicht Aufgabe des Zentralrates sein, feste Anordnungen für einzelne Berufsgruppen zu erlassen, wenn er auch dazu befugt ist. Es handelt sich in erster Linie um eine großzügige Zusammenfassung der gesamten Produktion, um eine Kontrolle dieser Produktion, um die Ermittlung der Bedürfnisfrage und, darauf aufgebaut, um eine Regelung der Produktion und deren Verteilung auf Grund der gewonnenen Übersichten. Hand in Hand damit ist eine großzügige Arbeitsordnung und Arbeitsermittlung zu besorgen. Die Tarifverträge sowie die Entscheidungen in allen Tariffragen liegen ebenfalls in den Händen des Zentralrates.

Der Zentralrat ist hervorgegangen aus den Kreis-A.B.C.-Räten, die ihrerseits wiederum aus den Arbeiter-,

[1]) Sammelausdruck für verschiedene Arten der Räte.

Bauern-, Betriebs-, Fach- usw. Räten der einzelnen Gruppenbetriebe, Stände usw. hervorgegangen sind.

Auch hier ist es zur Vereinfachung empfehlenswert, wenn nicht jede einzelne Person wählt, sondern die Mandatare von mindestens fünf Berufsgruppen als eigentliche Wähler auftreten.

Ziffernmäßig ergibt sich dann ungefähr folgendes Bild für Bayern.

1907 gab es 3 279 914 Erwerbstätige:

	Männer	Frauen
1. Land- und Forstwirtschaft . . .	324 918	873 030
2. Industrie inkl. Bergbau und Baugewerbe	804 837	215 366
3. Handel und Verkehr inkl. Gast- und Schankwirtschaften	4 212 281	145 900
4. Öffentlicher Dienst u. freie Berufe	145 047	36 324
5. Lohnarbeit wechselnder Art . . .	10 569	26 642

Wir würden also zunächst ungefähr 600 000 Wähler haben, die ihre Arbeiter-, Bauern-, Beamten-, Industrie-, Gewerbe-, Handels- usw. Räte für ihren Bezirk wählen. Diese Bezirke gruppieren sich um die größeren Städte und Gemeinden, soweit sie wirtschaftliche Mittelpunkte der betreffenden Gegenden sind. Nehmen wir in Bayern ungefähr 60 derartige wirtschaftliche Mittelpunkte an, so wären im ganzen Land etwa 6000 Bezirks-A.B.C.-Räte zu wählen. Sind in den einzelnen Bezirken, z. B. in den ländlichen Bezirken, weniger Erwerbsgruppen vorhanden, so reduziert sich natürlich diese Anzahl. Diese Bezirksräte kommen in den Kreisstädten zusammen. Sie vereinigen sich dort nun nicht zahlenmäßig, sondern nach ihren Berufen und bestimmen je einen Vertreter in den Kreis-A.B.C.-Rat. Die Kreis-A.B.C.-Räte vereinigen sich wiederum in der Landeshauptstadt zur Wahl des Zentralrates, in dem wiederum jeder Beruf, jeder Stand sich berufsständisch zusammenschließt und einen in den Zentralrat abordnet. Damit ist der Zentralrat gewählt auf ähnlicher Grundlage, wie für die Volksbeauftragten vorgeschlagen wurde.

Der Zentralrat müßte sich also zusammensetzen, wie folgt:

I.	1.	Selbständige Bauern	3,	bäuerliche Knechte			3	= 6
	2.	„ Forstleute	1,	Holz- und Waldarb.			1	= 2
	3.	„ Gärtner	1,	Gärtnereiarbeiter			1	= 2
II.	4.	„ Berg- und Hüttenbauer	1,	Bergarbeiter			1	= 2
	5.	„ Steinbruchbesitzer	1,	Steinbrucharbeiter			1	= 2
	6.	„ Ziegeleibesitzer	1,	Ziegeleiarbeiter			1	= 2
	7.	„ Zementwerke	1,	Zementarbeiter			1	= 2
	8—12.	„ Metallindustrie	5,	Metallarbeiter			5	=10
	13.	„ Chem. Industr.	1,	Angestellte	1,	Arb.	1	= 3
	14—15.	„ Textilindustrie	2,	„	1,	„	2	= 5
	16.	„ Papierindustr.	1,	„	1,	„	1	= 3
	17.	„ Lederindustrie	1,	„	1,	„	1	= 3
	18.	„ Holz- und Schutzstoffe	2,	Arbeiter			2	= 4
	19—21.	„ Nahrungsmittelgewerbe	3,	Arbeiter			3	= 6
	22—23.	„ Kleidungsgewerbe	2,	Angestellte	2,	Arb.	2	= 6
	24.	„ Wäschereien	1,	Arbeiter			1	= 2
	25—26.	„ Bauindustrie	3,	Angestellte	2,	Arb.	3	= 8
	27.	„ Druckereien	2,	„	1,	„	1	= 4
	28—29.	„ Handelsgewbe.	2,	„	2,	„		= 4
	30.	„ Gastwirte	1,	„	1,	„		= 2
	31.	„ Theater	1,	„	1,	„		= 2
	32.	„ Musik, Kunst					1	= 2
		Schriftsteller	2,					= 2
	33.	„ Verkehrsunternehmen	1,	„	1,	„		= 2
	34—36.	„ Staatsbeamte	2,					= 2
	37.	„ Gemeindebeamte	1,					= 1
	38.	„ weitere Gruppen nach Tunlichkeit						=14
							Räte:	100

Der Zentralrat ist, wie wiederholt betont werden soll, der Ausdruck der Arbeitsgemeinschaft des ganzen Volkes. Nur die Besten sollen in ihm Sitz und Stimme haben. Jeder Beruf, jeder Stand soll in ihm zu Wort kommen. Die innigste Zusammenarbeit soll in bestem Sinne erziehlich wirken, in sozialem Sinn dahingehend, daß es sich nicht um die Vertretung von Sondervorteilen für die einzelne Erwerbsgruppe handeln kann, sondern um die beste Einordnung in die Gesamtheit. Dies die allgemeinen Grundzüge für den Aufbau dieses Rätesystems und dessen Verankerung in der Verfassung.

Ich glaube, daß diese allgemeinen Richtlinien für die neue Staatsverfassung darüber keinen Zweifel lassen, daß das vorgeschlagene Zweikammersystem gar nichts mit dem Parlamentarismus der westlichen Demokratien, die ich für unser größtes Unglück halte, zu tun hat. Das Haus des Volkes ist das Abbild des politischen Lebens, der Zentralrat der öffentliche Ausdruck der Arbeit des ganzen Volkes. In den beiden Kammern werden und können nur die Besten der verschiedenen Bevölkerungskreise, nur die Bewährtesten der einzelnen Berufsstände zu Wort kommen.

Mit einem Bilde möchte ich schließen, das insbesondere zeigen soll, daß es sich bei jedem Staatsgebilde eben nicht eigentlich um einen Bau handeln kann, sondern um einen Baum, um ein lebensvolles organisches Gebilde. Die in unserer Ausdrucksweise allgemein üblich gewordenen Vergleiche aus dem Bauwesen, wenn wir uns mit Wiederaufbau unseres Staates befassen, sind durchaus irreführend; denn wenn auch schließlich alle Vergleiche mehr oder weniger hinken, so übersieht der übliche Vergleich einer Volksverfassung mit einem Bau doch allzusehr das wesentlichste Vergleichsmoment, nämlich, daß es sich bei einem Volk um einen Organismus und bei einem Bau um eine tote Konstruktion handelt.

Sehr klar wird diese Überlegung, wenn man das beliebte Bild von dem Trümmerfeld, das wir nun wieder aufbauen müssen, mit dem abgebrochenen Haus vergleicht, das man wieder aufbauen soll. Aus dem Abbruchmaterial

kann man das Haus nicht mehr wieder aufbauen. Dagegen kann ein noch so übel zugerichteter Baum, auch wenn man ihm große Äste weggerissen, selbst ihm einzelne Wurzeln abgehackt hat, wieder aufleben. Aber aus *eigener innerer* Lebenskraft muß diese Erneuerung wachsen beim Baum wie bei einem Volk. Nicht von außen und nicht mit künstlichen Konstruktionen kann einem kranken Organismus geholfen werden, von innen heraus muß die Gesundung kommen. Sorge der neuen Staatskunst muß es sein, die Lebensbedingungen für eine organische Erneuerung zu finden in einer neuen Verfassung, die jedem einzelnen Volksangehörigen im Rahmen der Volksgemeinschaft freieste Entfaltung seiner Persönlichkeit sichert, gegründet auf der klaren Erkenntnis, daß diese freieste Entfaltung der Persönlichkeit im aristokratischen Sinn ihre natürliche organische Grenze findet *in den höheren Interessen der sozialen Volksgemeinschaft.*

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes

Erster Druck 1919, Joseph C. Hubers Verlag, Diessen vor München

Der **Mammonismus** ist die schwere, alles erfassende und überwuchernde Krankheit, an der unsere heutige Kulturwelt, ja die ganze Menschheit leidet. Er ist wie eine verheerende Seuche, wie ein fressendes Gift, das die Völker der Welt ergriffen hat.

Unter Mammonismus ist zu verstehen:

zum ersten die internationalen Geldmächte, die über allem Selbstbestimmungsrecht der Völker thronende überstaatliche Finanzgewalt, das internationale Großkapital, die sog. goldene Internationale;

zum andern eine Geistesverfassung, die sich weitester Volkskreise bemächtigt hat; die unersättliche Erwerbsgier, die rein aufs Diesseitige gerichtete Lebensauffassung, die zu einem erschreckenden Sinken aller sittlichen Begriffe schon geführt hat und weiter führen muß.

Verkörpert und auf die Spitze getrieben ist diese Geistesverfassung in der internationalen Plutokratie.

Die Hauptkraftquelle des Mammonismus ist der mühe- und endlose Güterzufluß, der durch den Zins geschaffen wird.

Aus dem durch und durch unsittlichen Leihzinsgedanken ist die goldene Internationale geboren. Die aus der Gier nach Zins und Wucher jeder Art erwachsene geistige und sittliche Verfassung hat zu der erschreckenden Versumpfung eines Teiles der Bourgeoisie geführt.

Der Leihzins ist die teuflische Erfindung des Großleihkapitals, der Leihzins ermöglicht allein das träge Drohnenleben einer Minderzahl von Geldmächtigen auf Kosten der schaffenden Völker und ihrer Arbeitskraft, er hat zu den tiefen, unüberbrückbaren Gegensätzen, zum Klassenhaß geführt, aus dem der Bürgerkrieg und Bruderkrieg geboren ist.

Ein einziges Heilmittel, das *Radikalmittel* zur Gesundung der leidenden Menschheit, ist

die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

Die Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes bedeutet die einzig mögliche und endgültige Befreiung der schaffenden Arbeit von den geheimen überstaatlichen Geldmächten.

Die Brechung der Zinsknechtschaft bedeutet die Wiederherstellung der freien Persönlichkeit, die Erlösung des Menschen aus der Versklavung, aus dem Zauberbanne, in die seine Seele vom Mammonismus verstrickt wurde. Wer den Kapitalismus bekämpfen will, muß die Zinsknechtschaft brechen.

Wo muß die Brechung der Zinsknechtschaft einsetzen? *Beim Leihkapital!*

Warum?

Weil das *Leihkapital* gegenüber allem industriellen Großkapital so übermächtig ist, daß die großen Geldmächte *wirksam* nur durch Brechung der Zinsknechtschaft des Leihkapitals bekämpft werden können. 20 : 1 ist das Verhältnis des Leihkapitals zum industriellen Großkapital. Über 12 Milliarden Zinsen für das Leihkapital muß das deutsche Volk alljährlich in Gestalt von direkten und indirekten Steuern, von Mietzins und Lebensverteuerung *aufbringen, während sogar in den Hochkonjunkturjahren* des Krieges die Gesamtsumme aller von den deutschen Aktiengesellschaften ausgeschütteten Dividenden nur 1 Milliarde betrug.

Alle menschliche Berechnungsmöglichkeit übersteigend ist das *lawinenartige Wachstum* des Leihkapitals

durch ewigen, endlosen und mühelosen Güterzufluß aus Zins und Zinseszins.

Welchen Segen nun bringt die Brechung der Zinsknechtschaft für das arbeitende Volk Deutschlands, für die Proletarier aller Länder der Erde?

Die Brechung der Zinsknechtschaft gibt uns die **Möglichkeit, die Aufhebung aller direkten und indirekten Steuern** zu betreiben. Hört es, Ihr werteschaffenden Menschen aller Länder, aller Staaten und Kontinente, alle aus direkten und indirekten Quellen fließenden Staatseinnahmen fließen restlos in die Taschen des Großleihkapitals.

Die Erträgnisse der werbenden Staatsbetriebe, als da sind Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Bergwerke, Forsten usw., reichen vollkommen aus, um alle notwendigen Staatsaufgaben für Erziehung, Bildung, Rechtspflege, Verwaltung, soziale Fürsorge daraus bestreiten zu können.

Also: aller wahre Sozialismus wird so lange keinen Segen der Menschheit bringen, als die Erträgnisse aus den gemeinwirtschaftlichen Betrieben gegenüber dem Großleihkapital tributpflichtig bleiben.

Darum fordern wir zunächst als Staatsgrundgesetz für die deutschen Völker, dann als Grundgesetz für alle jene Brüdervölker, welche mit uns die Kulturgemeinschaft eines Völkerbundes eingehen wollen, folgendes:

§ 1. Die Kriegsanleihestücke sowie alle übrigen Schuldtitel des Deutschen Reiches sowie alle übrigen Schuldtitel der deutschen Bundesstaaten, insbesondere Eisenbahnanleihen, ferner die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zum Nominalbetrag erklärt bzw. in Bankguthaben umgewandelt.

§ 2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, Industrieobligationen, Hypotheken usw. tritt an Stelle der Zinspflicht die Rückzahlungspflicht; nach 20 oder 25 Jahren ist somit je nach der Höhe der Verzinsung das geliehene Kapital zurückbezahlt und die Schuld erloschen.

§ 3. Alle Immobiliarschulden, Hypotheken usw. werden nach den im Grundbuch eingetragenen Lasten wie bisher ratenweise zurückbezahlt. Das auf diese Weise entschuldete Vermögen an Haus- und Bodenbesitz wird anteilweise Eigentum des Staates oder des Selbstverwaltungskörpers. Auf diese Weise kommt der Staat in die Lage, die Mietpreise zu bestimmen und abzusenken.

§ 4. Das gesamte Geldwesen untersteht der Zentralstaatskasse. Alle Privatbanken, desgleichen die Postscheckkassen, Sparkassen und Kreditgenossenschaften werden als Filialbetrieb angegliedert.

§ 5. Aller Realkredit wird nur durch die Staatsbank vergeben. Personal- und Warenkredit wird den Privatbankiers überlassen gegen staatliche Konzession. Diese wird unter Berücksichtigung der Bedürfnisfrage und unter Verbot der Errichtung von Filialen für bestimmte Bezirke erteilt. Die Gebührenordnung wird vom Staate festgesetzt.

§ 6. Die Dividendenwerte werden in gleicher Weise wie die festverzinslichen Papiere in jährlichen Raten von 5% getilgt. Die überschießenden Gewinnerträgnisse werden teilweise als Entschädigung für „riskiertes" Kapital (im Gegensatz zu den festverzinslichen und mündelsicheren Papieren) an die Aktieninhaber hinausbezahlt, während der weitere Überschuß entweder sozial verteilt oder zum Aufbau der Preise der Produkte verwendet wird.

§ 7. Für alle Personen, die aus körperlichen Gründen (hohes Alter, Krankheit, körperliche oder geistige Arbeitsunfähigkeit, große Jugendlichkeit) nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, werden die bisherigen, eventuell sogar erhöhten Zinserträgnisse aus vorhandenen Kapitalvermögen als Leibrente weiterbezahlt gegen Einlieferung der Wertpapiere.

§ 8. Im Interesse eines Abbaues der bestehenden Inflation mit Zahlungsmitteln wird eine allgemeine

stark gestaffelte Vermögenseinziehung vorgenommen, die in Kriegsanleihestücken oder anderen Schuldtiteln des Reiches oder der Staaten geleistet werden. Diese Papiere werden eingestampft.

§ 9. Durch intensivste Volksaufklärung ist dem Volke klarzumachen, daß das *Geld* nichts anderes ist und sein darf als eine *Anweisung auf geleistete Arbeit*; daß jede hochentwickelte Wirtschaft des Geldes als Austauschmittel zwar bedarf, aber daß damit auch die Funktion des Geldes erfüllt ist und dem Geld auf keinen Fall durch den Zins eine überirdische Macht verliehen sein kann, aus sich selbst heraus zu wachsen zu Lasten der schaffenden Arbeit.

Warum haben wir dies alles, was so selbstverständlich ist, was man als das Ei des Kolumbus für die soziale Frage bezeichnen muß, bisher noch nicht erreicht?

Weil wir in unserer *mammonistischen Verblendung klar zu sehen verlernt haben, daß die Lehre von der Heiligkeit des Zinses ein ungeheurer Selbstbetrug ist*, daß das Evangelium von dem alleinseligmachenden Leihzins unser ganzes Denken in die goldenen Netze der internationalen Plutokratie verstrickt hat. Weil wir vergessen haben und geflissentlich von den allgewaltigen Geldmächten darüber im unklaren gehalten werden, daß (mit Ausnahme von wenigen Geldgewaltigen) der angeblich so schöne und von den Gedankenlosen so geliebte Zins rein von den Steuern aufgezehrt wird. Unsere ganze Steuergesetzgebung ist und bleibt, solange wir die Befreiung von der Zinsknechtschaft nicht haben, nur Tributpflicht gegenüber dem Großkapital, nicht aber, was wir uns manchmal einbilden, freiwilliges Opfer zur Verwirklichung von Gemeinschaftsarbeit.

Deshalb ist die Befreiung von der Zinsknechtschaft des Geldes die klare Losung für die wahre Weltrevolution: für die Befreiung der schaffenden Arbeit von den Fesseln der überstaatlichen Geldmächte.

Zu § 1. Es ist ganz unerläßlich, daß **sämtliche** staatlichen und kommunalen Schuldenverschreibungen in der gleichen Weise behandelt werden, da nur so eine einheitliche großzügige Regelung unseres gesamten Geldwesens Hand in Hand mit der Brechung der Zinsknechtschaft durchgeführt werden kann.

Zu § 2. Daß die Brechung der Zinsknechtschaft gleichzeitig bei allen übrigen festverzinslichen Papieren vorgenommen werden muß, ist schon aus dem Grunde klar, weil ein unsinniges In-die-Höhe-Schnellen dieser Papiere nicht herbeigeführt werden darf; dies würde aber selbstverständlich eintreten, wenn nur die staatlichen Papiere als zinslos erklärt würden. Die Abtragung der Schuld als solcher wäre durch jährliche Rückzahlung zu betätigen, wodurch eine stetige und gleichmäßige Entschuldung aller belasteten Objekte herbeigeführt würde.

Zu § 3. Dieser Paragraph steht im engsten Zusammenhange mit den vorangehenden ebenso wie mit der in § 5 geforderten Verstaatlichung des Realkredites. Der mit Hypotheken belastete Bauer oder Hausbesitzer bezahlt nach wie vor den Betrag weiter, den er bisher an den Gläubiger zu bezahlen hatte, aber nicht mehr als ewigen Zins, sondern als Rückzahlung. Nach 20, 25 oder 30 Jahren, je nach der Höhe des bisherigen Zinsfußes, wird auf diese Weise der Grund- und Hausbesitz entschuldet sein. Die Hypothekenbank ihrerseits kann natürlich ebenso nur während dieser Zeit die Pfandbriefzinsen entsprechend weiter an Pfandbriefbesitzer bezahlen. Hand in Hand mit dieser Entschuldung tritt ein: Besitzrecht der Gemeinschaft an dem von Hypotheken befreiten Immobiliarbesitz.

Vorauszugehen hätte ein allgemeiner Wohnungs-, bzw. Immobiliarkataster, denn auch der schuldenfreie Immobiliarbesitz hat natürlich das Recht auf Zurückbezahlung des investierten Kapi-

tals sowie ein dauerndes Anrecht auf den Teil des Mietzinses, der zur Bestreitung aller mit Immobiliarbesitz verbundenen Unkosten, Spesen usw. sowie auf entsprechende Entschädigung für persönliche Mühewaltung.

Zu §§ 4 u. 5. Diese Paragraphen fordern die Sozialisierung des gesamten Geldwesens. Geld ist eine nur und ausschließlich von einer staatlichen Gemeinschaft ausgegebene Anweisung auf geleistete Arbeit. Geldzeichen ausgeben ist eines der souveränen Grundrechte des Staates. Die Fälschung der staatlichen Geldzeichen steht unter schwersten Strafen, also ist es eine geradezu zwingende soziale Forderung, das Geldwesen unter die Kontrolle der Gesamtheit zu stellen. Die Arbeitsleistung der Gesamtheit ist das einzige Substrat der Geldzeichen, und nur die Verkennung dieser Grundtatsache hat zu der Verwahrlosung unserer Staatsfinanzen und zu der völligen Anarchie des Geldwesens überhaupt geführt.

Mit der in § 5 vorgeschlagenen Überlassung des Personal- und Warenkredites an Privatbankiers wird ein tiefer Einschnitt in das gesamte Kreditwesen gemacht. Für das staatliche Kreditwesen ebenso wie für das kommunale, und auch für den Realkredit ist mit äußerster Konsequenz und Energie an der Brechung der Zinsknechtschaft festzuhalten, weil sie die unerläßliche Voraussetzung für den sozialen Staat überhaupt ist.

Anders steht es mit dem Personalkredit. An und für sich stellen wir auch für den Personalkredit die Forderung der Zinslosigkeit auf, doch kommt dieser Forderung nicht mehr die ungeheure und prinzipielle Bedeutung zu. Wir erinnern uns an die 250 Milliarden festverzinslichen Leihkapitals gegenüber nur 12 Milliarden Dividendenpapieren. Alle derartigen Kredite, Aktien, Anteilscheine, Kuxe, Beteiligungen usw. sind riskiertes Kapital. Das

Erträgnis dieser Kapitalien hängt von dem Fleiß und der Tüchtigkeit derjenigen Personen ab, denen das Geld anvertraut worden ist. Hier kommt also das Moment des Risikos, der Verlustgefahr sowie des persönlichen Vertrauens in Frage. Dafür erscheint nach wie vor eine gewisse Entschädigung besonderer Art unerläßlich. Der Besitzer von Aktien usw. erhält keinerlei Entschädigung oder Gewinn, wenn das Unternehmen, dem er sein Geld anvertraut hat, nichts verdient. Er verliert sein Geld ganz, wenn das Unternehmen zusammenbricht. Anders ist es z. B. bei dem Inhaber von Schuldverschreibungen der Reichseisenbahn. Die Reichseisenbahnen von Elsaß-Lothringen sind mit dessen Verlust vollkommen verloren. Nichtsdestoweniger bekommt der Inhaber von Eisenbahnanleihen seine Zinsen weiter. Von wem? Aus den Steuern der Gesamtheit. Die Eisenbahnen mögen mit noch so großer Unterbilanz arbeiten wie in Preußen und Bayern im letzten Jahre, die Anleihebesitzer bekommen trotzdem ihre Zinsen. Von wem? Aus dem Tribut der Arbeitskraft und dem Konsum der arbeitenden Bevölkerung.

Man möge sich nur diesen grundlegenden Unterschied recht klarmachen — um endlich einmal zu erkennen, wo der Vampir an der Arbeitskraft des Volkes saugt. Also der Personalkredit soll der persönlichen Behandlung durch die Privatbank überlassen bleiben bzw. wieder zugeführt werden. Die persönliche Tüchtigkeit des Kreditsuchenden, die der Bankier persönlich kennt, soll wieder ausschlaggebend werden für den Personalkredit. Die vom Staate festgesetzten Gebühren regulieren sich von selbst nach der ohnehin durch die Brechung der Zinsknechtschaft einsetzenden Geldflüssigkeit.

Zu § 6. Das prinzipiell in § 5 Gesagte gilt auch für die Dividendenwerte im besonderen. Im Interesse der sozialen Staatsgemeinschaft muß indes gefordert

werden, daß auch für die großen Industrieunternehmungen eine Rückzahlung des einmal geliehenen Kapitals angestrebt wird — um auch hier einen Abbau der Verschuldung der einzelnen industriellen Werke gegenüber denen, die nur Geldgeber sind, herbeizuführen. Denn tatsächlich wiederholt sich hier in kleinerem Verhältnis, was wir bei dem Großleihkapital gegenüber den ganzen Völkern beobachten konnten. Auch hier beutet der Kapitalist den Arbeiter, den Werkmeister, den Ingenieur, den Unternehmer aus, ganz gleichmäßig, denn zuerst kommt der Zwang, Dividende verdienen zu müssen. Erreichen wir aber den Stand der vom ewigen Zinssauger befreiten industriellen und gewerblichen Unternehmungen, so ist erst dann der Weg offen zur Absenkung der Preise, der Fabrikate, der Zuführung und Verteilung des Mehrwertes, teils an die Gemeinschaft, teils an die Arbeiter- und Beamtenschaft und das Direktorium der einzelnen Unternehmungen, also an diejenigen, die wirklich allein Gütererzeugung und Werte schaffen.

Zu § 7. In diesen Paragraphen spielt natürlich auch das ganze Gebiet des Versicherungswesens herein, das sich analog auf zinsloser Grundlage aufbauen läßt. Die eingezahlten Prämien können nicht durch Hinzukommen der Zinsen wachsen, sondern die Versicherungsgesellschaften werden zu Sparkassen, das heißt, das Versicherungsrisiko und der Versicherungsvorteil bleiben erhalten. Hierfür hat die staatliche Gemeinschaft aufzukommen.

Noch nie hat sich eine Idee widerspruchslos durchsetzen können, am wenigsten eine Idee, die so radikal mit den althergebrachten Anschauungen von der Heiligkeit und Unantastbarkeit des Zinses bricht. Bei den erhobenen und zu erwartenden Einwendungen ist immer ein Zweifaches zu beobachten. Zuerst ist zu untersuchen: Was ist absichtliche Entstellung des Gedankens der Brechung der Zinsknechtschaft bei den gemachten Einwendungen? Zum zweiten:

Was ist auf alle ehrlichen und sachlichen Bedenken zu antworten?

Der häufigste Einwand ist die Behauptung: Ohne Zinsfuß wird niemand sein Geld ausleihen.

Wir wollen gar nicht mehr, daß jemand sein Geld herleiht. Kredit war die List, war die Falle, in die unsere Wirtschaft gegangen ist, und in die sie nun hilflos verstrickt ist. — Braucht das Volk wirklich dringend größeres Kapital, so nimmt es zinslos nur gegen Rückzahlung bei der Zentralstaatskasse die benötigten Gelder auf, eventuell gibt es neue Banknoten aus. — Warum soll es denn verzinsliche Scheine ausgeben?! Ob verzinsliches oder unverzinsliches Papier — ganz gleich! Dahinter steht einzig und allein die Arbeitskraft, die Steuerkraft des Volkes. Warum von vornherein jede staatliche Aufwendung mit dem Bleigewicht des ewigen Zinses belasten?!

Ja, aber wie soll der Staat seine Kulturarbeit der Allgemeinheit gegenüber erfüllen? Er muß doch Geld haben und kann dieser Aufgabe doch nur auf dem Anleihewege gegen Zinsvergütung gerecht werden.

Diese Behauptung beruht auf einem ausschließlich mammonistischen Gedankengang. Sie ist nach gründlicher Lektüre des Manifestes bewußt auf Irreführung berechnet. Denn wir haben erstens nachgewiesen, daß alle kulturellen und sozialen Aufgaben des Staates aus den werbenden Staatsbetrieben, aus den Erträgnissen von Post, Eisenbahn, Bergwerken, Forsten usw. nach Brechung der Zinsknechtschaft ohne weiteres gedeckt werden können. Zweitens hat es der souveräne Volksstaat jederzeit in der Hand, durch Ausgabe unverzinslicher Wertzeichen an Stelle der im mammonistischen Staate zur Regel erklärten verzinslichen Wertpapiere für besondere Kulturaufgaben zu sorgen. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum der Staat sich besondere Kulturaufgaben, z. B. Eisenbahn-, Kanal- und Wasserkraftbauten, durch ein ewiges Zinsversprechen ganz unnötig verteuern soll. Kann er aus laufenden Mitteln seiner werbenden Staatsbetriebe nicht die Baukosten usw. bezahlen, so ist kein Grund zu ersehen, warum der Staat nicht das Geld machen soll; das souve-

räne Volk muß ja dafür aufkommen, indem es eben dieses Geld als Zahlungsmittel anerkennt. — Warum soll aber das Volk mit seiner ganzen Arbeits- und Steuerkraft sich hinter ein anderes Stückchen Papier (die verzinsliche Anleihe) stellen, das dem Volk in seiner Gesamtheit nur eine ewige Zinsverpflichtung auferlegt zugunsten des Kapitalisten?! Also weg mit dieser Zwangsvorstellung aus dem mammonistischen Staat!

Es werden dann eben die Kapitalisten die ausgegebenen Papierscheine an sich ziehen und Papiergeld aufstapeln.

Dagegen spricht zweierlei. Erstens wäre dann von sich selbst aus die Forderung schon erfüllt, daß reiner Geldbesitz unfruchtbar sein soll, also die Brechung der Zinsknechtschaft von den Kapitalisten freiwillig vorgenommen; denn wenn der Kapitalist seine Papierscheine zu Hause aufspeichert, so verzichtet er von selbst auf Zinsen. Zweitens spricht dagegen die Angst des Kapitalisten um sein Geld. Man braucht sich nur die schlaflosen Nächte des Papiergeldhamsterers vorzustellen, der große Geldbeträge zu Hause aufgespeichert hält und seinen Besitz ständig von Dieben, Räubern, Einbrechern, Haussuchungen, Feuer- und Wassernot bedroht sehen müßte. Ich bin überzeugt, daß der Biedermann diesen Aufregungen nicht lange Zeit gewachsen wäre und gar bald den Weg zur Staatsbank fände. Die Staatsbank stellt einen Gutschein aus und haftet nun für den Bestand, nicht aber für irgendwelche Zinsen. Im übrigen bleibt ja immer noch jedermann eine dritte Möglichkeit offen: nämlich mit seinem Gelde zu arbeiten, Werte zu schaffen und Güter zu erzeugen, sich an industriellen Unternehmungen zu beteiligen, sein Leben immer reicher und schöner zu gestalten, Kunst und Wissenschaft zu unterstützen, kurzum unter Abkehr vom Mammonskult sein Geld nutzbringend zu verwerten.

Es kann aber doch sein, daß für irgendwelche Zwecke sich dringend privater Kapitalbedarf einstellt, z. B. für Ausprobierung von Erfindungen, Geschäftsgründungen von jungen, tüchtigen Handwerkern, Geschäftsleuten usw.

Zunächst hat dies mit der Brechung der Zinsknechtschaft gar nichts zu tun! Denn erstens muß man logischer-

weise annehmen, daß der Kapitalist, der nach Brechung der Zinsknechtschaft keine Gelegenheit mehr hat, seine Gelder bombensicher anzulegen und auf trägen Zinsgenuß zu spekulieren, viel mehr als früher geneigt sein wird, sein Geld für derartige Zwecke zu riskieren, daß also ein Mangel oder Bedürfnis in dieser Richtung viel weniger als bisher eintreten wird. Oder hat man nicht gerade im Gegenteil von den tüchtigsten Geschäftsleuten, den klügsten Erfindern immer wieder die Klage gehört, wie schwer es sei, im mammonistischen Staat Geld für solche Zwecke zu bekommen, wenn nicht eine „Rente" garantiert werden konnte? Zweitens muß es Aufgabe des kommenden Staates sein, jeder tüchtigen Kraft durch großzügige Unterstützung voranzuhelfen. Hierzu waren bisher, im alten Beamtenstaat, auch schon Ansätze da, aber so engherzige, daß meistens durch die mit der Gewährung staatlicher Unterstützung verbundenen schikanösen Bestimmungen statt einer Förderung eine Hemmung und Verdrossenheit herauskam. Drittens sei bemerkt, daß mit der Bereitstellung von mehreren Millionen ungeheuer viel erreicht werden könnte. Die Arbeitsfreudigkeit, der Fleiß und die Zähigkeit des deutschen Erfinders, Ingenieurs, Handwerkers usw. sind so groß, daß durch das Beteiligungsrecht des Staates an den Ergebnissen glücklicher Erfindungen höchstwahrscheinlich reichlich die gemachten Aufwendungen wieder hereingebracht würden. (England als Beispiel.)

Die Brechung der Zinsknechtschaft führt notwendigerweise zur Aufzehrung des Vermögens.

Wer sein Leben eingestellt hat auf das Verzehren seiner Kapitalzinsen und sich nicht entschließen kann zur Arbeit, bei dem stimmt das allerdings; der wird in 20 Jahren bei jährlich 5% Einzehrung restlos mit seinem Vermögen fertig. Das ist aber ganz in der Ordnung! Wir wollen ja gerade die Brechung der Zinsknechtschaft, wir wollen ja, daß das Rententum aufhört, das höchste Ideal für den Staatsbürger zu sein. — Wir w o l l e n aufhören mit dieser mammonistischen Versumpfung, wir wollen nicht mehr dulden, daß einer, daß viele n u r von ihren Leihzinsen, das heißt: auf Kosten anderer, dauernd gemütlich leben können.

Es ist aber nicht wahr, daß die Brechung der Zinsknechtschaft zur Aufhebung und der Aufzehrung der Vermögen führen muß. Im Gegenteil. Die Brechung der Zinsknechtschaft fördert die Vermögensbildung auf Grund der von den ewigen Zinsabgaben befreiten und entlasteten, werteschaffenden und gütererzeugenden Arbeit. Die Brechung der Zinsknechtschaft führt zu einer durchgreifenden Verbilligung des ganzen Lebens, sie entlastet uns von dem übermäßigen Steuerdruck, so daß für jeden arbeitenden Menschen in Zukunft die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, größer sein muß als bisher. Die güter- und werteschaffende volkswirtschaftliche Arbeit von Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die Brechung der Zinsknechtschaft in gar keiner Weise gehemmt, sondern im Gegenteil möglichst gefördert.

Was hat denn der Arbeiter davon, wenn die Kapitalisten keine Zinsen mehr bekommen?

Diese Frage hätte eigentlich nicht mehr kommen dürfen! Erstens war es ja der stete Kampfruf der Arbeiterschaft, daß die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten, zweitens wird gerade der Arbeiter in Gestalt von indirekten Steuern in hervorragendem Maße herangezogen zur Bezahlung der Leihzinsen.

Die Familienbande werden geschwächt und zerrissen, wenn man den Kindern kein Vermögen hinterlassen kann.

Ganz allgemein meine ich, daß das Geld mit Familiensinn wenig oder gar nichts zu tun hat. Oder hat man gehört, daß die Kinder vermögender Leute mehr an ihren Eltern hängen als die von armen? Oder lieben reiche Eltern ihre Kinder mehr als wenig begüterte? Was ist wohl wichtiger für die Kinder, daß ihnen die Eltern eine möglichst gute Erziehung angedeihen und sie was Tüchtiges lernen lassen, sie zu fleißigen und gesunden und mutigen Menschen erziehen, oder daß sie ihnen einen möglichst großen Geldsack hinterlassen? Im besonderen wird zweifellos ein berechtigtes Streben anerkannt werden müssen, auch finanziell die Zukunft der Kinder sicherzustellen.

Dieses Streben, also der Sparsinn der Eltern für ihre Kinder, wird durch die Brechung der Zinsknechtschaft in keiner Weise nachteilig berührt. Im Gegenteil. Es wird die Möglichkeit von Ersparnissen größer werden, wenn unsere Volkswirtschaft von dem alles umspannenden Druck der Zinsknechtschaft befreit sein wird. Ich kann nicht oft genug wiederholen: Der Leihzins der kleinen und mittleren Vermögen ist ein Schwindel, ein Selbstbetrug, ein Sichdrehen im Kreis, weil alle mittleren und kleineren Vermögen tatsächlich auf dem Umweg der direkten und indirekten Steuern, des Hauszinses usw. jeglichen Nutzeffektes beraubt werden. Aber teuflisch genug hat das Großleihkapital den Glauben an die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Zinses durch die ihm ergebene Presse in aller Welt verbreitet und verkündet. Es läßt jedermann am schönen, betäubenden Zinsgenuß scheinbar teilnehmen, um das schlechte Gewissen einzuschläfern, das mit trägem, arbeitslosem Zinsgenuß unfehlbar verbunden sein müßte, um Kampfgenossen zu werben, wenn es sich um die Verteidigung dieses höchsten Gutes des Mammonismus handelt.

Der Beamte, der Staatsmann wird sagen: Der Staat kann sich nicht von der einmal eingegangenen Verpflichtung seinen Gläubigern gegenüber lossagen.

Was heißt: Verpflichtungen? Ist es vielleicht moralisch, Verpflichtungen einzugehen, von denen der Staat im vorhinein wissen muß, daß er diese Verpflichtungen nur dann erfüllen kann, wenn er den Gläubigern genau in der gleichen Höhe durch Steuern auf direktem und indirektem Wege den Zins wieder abnimmt? Wo bleibt da die Moral?! Oder ist es nicht vielleicht ehrlicher, einzugestehen: Die Zinsen kann ich nur zahlen, wenn ich ebenso viele Steuern eintreibe — ich habe aber damals während des Krieges unbedingt Geld haben müssen, und darum habe ich den Schwindel mit der Kriegsanleihe gemacht. Verzeih, liebes Volk, es war ja schließlich für Dich, und jetzt wollen wir kein Verstecken mehr spielen, ich, der Staat, bezahle keine Zinsen, und Du, der Steuerzahler,

brauchst für die Zinsen keine Steuern zahlen, das vereinfacht wesentlich unsere Geschäfte. Wir ersparen den ungeheuren Steuerapparat und ebenso den außerordentlichen Zinsdienstapparat. Nicht wahr, abgemacht? Und Sie, Herr Scheidemann, setzen ein andermal nicht an jeder Plakatsäule Ihren Namen als Staatssekretär der alten kompromittierten Regierung unter die albernen Erklärungen bezüglich der Sicherheit und Unantastbarkeit der Kriegsanleihe. Sie kompromittieren sich nur selbst. Den Nutzen von dem ganzen Schwindel hat doch nur einzig und allein das Großleihkapital.

Der Finanzpolitiker und Bankfachmann wird die Brechung der Zinsknechtschaft der Kriegsanleihen und Staatsschulden als unmöglich erklären, weil dies gleichbedeutend mit dem Staatsbankerott sei.

Sie verzeihen — staatsbankerott sind wir nach Ihren Reden ohnedies oder müssen es werden. Eine öffentliche Staatsbankerotterklärung wäre aber die größte Dummheit, die wir machen könnten; sie würde zu der tatsächlichen Unfähigkeit der jetzigen Machthaber auch noch die geschichtliche Bestätigung dieser Unfähigkeit vorzeitig bringen.

Wozu denn Bankerott erklären, wenn ich aus der rechten Hosentasche in die linke meine 3 Mark gesteckt habe? Dann muß ich doch deshalb nicht den Bankerott der rechten Hosentasche erklären!

Anders war es doch nicht mit der Kriegsanleihe! Das Reich holte aus den Taschen des Volkes die ersten wirklich vorhandenen Milliarden, dann flossen die Gelder wieder zurück; darauf kam die neue Anleihe, und wieder strömte das Geld zurück; abermals kam die Pumpe und saugte die Milliarden, und wieder ebbten sie zurück, bis glücklich, nachdem das Spiel neunmal wiederholt war, der Staat 100 Milliarden Schulden gemacht hatte. Dafür hatte das Volk 100 Milliarden schön gedrucktes Papier in Händen. Zuerst bildete es sich ein, es sei so und so viel reicher geworden, dann kam der Staat und sagte: „Es ist entsetzlich, ich habe 100 Milliarden Schulden und stehe vor dem Bankerott." — Ja, warum denn? Das ist doch nur eine Selbsttäuschung! Ich selbst kann doch nie bankerott wer-

den, wenn ich mein Geld auch noch so oft von der einen Tasche in die andere stecke. Also über den Staatsbankerott im Hinblick auf unsere internen Kriegsanleiheschulden können wir uns beruhigen. Deshalb brauchen wir wirklich keinen Staatsbankerott anzusagen, und die Riesenarbeit mit den dummen Zinsen und den großen, aber noch dümmeren Steuern können wir uns wirklich sparen. Machen wir uns doch endlich frei davon, die Geschäfte des Großleihkapitals zu besorgen! Nur das Großleihkapital hat Nutzen von diesem Anleihe-Zinsen-Steuer-Schwindel, denn ihm bleibt ein schöner Batzen Geld über, und diesen Überschuß zahlt das arbeitende Volk in Gestalt von indirekten Steuern; der kleine und mittlere Kapitalist aber dreht sich dabei einfach im Kreis herum.

Der Weltwirtschaftspolitiker sagt: Die Brechung der Zinsknechtschaft ist nicht möglich bei uns in Deutschland allein durchzuführen; das muß international gemacht werden, sonst verlieren wir allen Kredit, das Kapital fließt ab, und wir müssen dem Ausland gegenüber doch unseren Zinsverpflichtungen nachkommen.

Diese Frage ist die schwierigste, weil sie uns in Wechselbeziehung zur übrigen Welt bringt. Indes, die Sache hat zwei Seiten. Einmal ist der Gedanke der Brechung der Zinsknechtschaft der Kampfruf aller schaffenden Völker gegen die internationale Zinsknechtschaft des Geldes, und zum andern ist er das Radikalmittel für unsere interne Finanzmisere. Es ist aber eigentlich kein Grund, von einem Heilmittel keinen Gebrauch zu machen, nur weil es der ebenso kranke Nachbar nicht gleichzeitig anwendet. Es wäre doch die aufgelegte Dummheit, wenn wir in Deutschland uns weiter in dem verrückten Kreise drehten und Steuern und Zinsen zahlten, wo wir klar erkannt haben, daß diese scherzhafte Tätigkeit nur ausschließlich eine zugunsten der Großkapitalisten ist. Gehen wir voran mit unserem befreienden Beispiel, befreien wir uns von der Zinsknechtschaft des Geldes, und wir werden in Bälde sehen, daß die Kraft dieses sieghaften, befreienden Gedankens die Völker der Welt veranlassen wird, uns zu folgen.

Ich bin sogar davon überzeugt, daß unser Anfang —

wenn dieser Anfang nicht durch die deutschen Mammonisten unterdrückt wird — mit unwiderstehlicher Notwendigkeit die anderen Völker mitreißen wird.

Der Spartakist sagt: Der ganze Gedanke kommt nur auf eine Schonung des Kapitals hinaus; es bleibt dann doch, wie es war: der Arme hat nichts, und die Reichen bleiben.

Ja, mein Freund, es ist überhaupt sehr schwer, sich mit Dir auseinanderzusetzen, wenn Du wirklich in innerster Seele Kommunist bist, also wirklich haben willst, daß „Alles allen gehören" solle, wenn Du dabei sogar die wirklichen Gedanken der großen Bolschewistenführer in Rußland, besonders Lenins, kennst und für richtig hältst, also die von Lenin als die nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik bezeichnete „allgemeine Rechnungslegung und Kontrolle der gesamten Produktion und Verteilung" für menschenmöglich hältst. Wenn Du Dir aber darüber ganz klar bist, daß diese Aufgabe, wenn überhaupt, so doch nur im entsetzlichsten Zwangsstaat durchführbar ist, und Du bleibst dann immer noch im innersten Herzen überzeugter Kommunist, dann wollen wir nicht weiter miteinander streiten, dann verstehen wir uns eben nicht, wir reden eine fremde Sprache, und die Zukunft wird darüber entscheiden, wo die Rettung liegt, ob in dem Zwangsjackenstaat, der letzten Endes aus dem bolschewistischen Chaos allein hervorgehen kann, oder in dem von mir erhofften neuen Staat mit einer von der Zinsknechtschaft befreiten Volkswirtschaft. Wenn Du aber auf dem Grunde Deiner kommunistischen Seele — wo Du ehrlich bist — noch Gedanken, noch Sehnsucht findest nach Weib und Kind, nach einer Menschenseele, die Dir näher steht als ein Eskimo oder Zulukaffer, wenn Du bei der vom Sowjetleiter befohlenen Fabrikarbeit daran denkst, daß es doch schön wäre, ein eigenes kleines Häuschen zu besitzen, ein Stückchen eigenes Gartenland, wenn es Dir im tiefsten Grunde Deiner Seele doch keine rechte Befriedigung geben will, daß Du wie ein Hund auf der Straße berechtigt sein sollst, jede Dir gerade in den Weg laufende Hündin, will sagen: Weib, zu gebrauchen; wenn Du nur daran denkst, Dir

etwas von Deinem Lohn zu ersparen, das dann Dir allein gehören soll: **dann** bist Du schon kein Kommunist mehr, dann hast Du schon im Herzen mit Deinem so laut verkündeten Schlagwort: „Alles gehört allen" gebrochen, dann willst Du eben **nicht**, daß Alles allen gehöre, Du willst, daß eben doch das, was Du Dir wünschest, Frau, Kind, Haus, Hof, Ersparnisse, ob Du es schon hast oder erst zu bekommen hoffst, Dir **allein gehören** soll. Und siehst Du, mein Freund, wenn Du nur ganz im Innern daran zweifelst, daß es Dir nicht ganz gleichgültig wäre, wenn der Nächstbeste käme und einfach Dir Dein Erspartes im Namen von „Allen" wegnähme, Dir ein anderes Kind brächte, das Deinige mitnähme, weil alle Kinder „Allen" gehörten: **dann**, mein Freund, reden wir schon nicht mehr ganz aneinander vorbei, dann darf ich Dich wohl bitten, Dir einmal den Gedanken vorzulegen: ob nicht doch die kommunistische Botschaft, daß allen Alles gehören soll, **das Ende jeder Kultur bedeuten muß**, ob nicht das Fehlen jeglichen Eigentumsbegriffes mit zwingender Logik den Menschen auf die Stufe des Tieres herunterdrücken muß.

Wenn Alles allen gehört, wenn im besten Falle eine Kontrolle und Rechnungslegung der gesamten öffentlichen Produktion und Verteilung im Sinne Lenins erzwingbar wäre, dann kommt dabei im besten Falle ein **Ameisenstaat** heraus. Dann können wir aber auch auf die Sprache verzichten, unsere Seele, unsere Gedanken preisgeben, stumm und instinktiv können wir unsere Zwangsarbeit verrichten. **Das Ende des Menschen ist da.**

Doch nun genug, Freund Spartakus. Laß Dir diese grundlegende Überlegung recht genau durch Kopf und Herz gehen! Eine genauere Antwort auf Deine Frage wird sich dann bei der Unterhaltung mit den anderen Parteien ergeben.

Und nun, Ihr Genossen der beiden sozialistischen Richtungen, Gemäßigte und Unabhängige!

Ich kann mir nicht denken, daß von Eurer Seite ernstliche Widersprüche oder Einwände gegen die Brechung der

Zinsknechtschaft erfolgen können, und doch muß ich mich grundsätzlich mit Euch auseinandersetzen, mit der ganzen sozialistischen Gedankenwelt, von Marx angefangen bis auf die derzeitigen Führer Ebert, Scheidemann, Kautsky usf.

1. Der sozialistische Wille: Hebung der Arbeiterklasse ist eine unbedingt sieghafte Idee; soweit sind wir einig.

2. Die zur Erreichung dieses großen Zieles beschrittenen Wege sind fast durchaus falsch, weil sie

3. auf falschen Voraussetzungen aufgebaut sind.

4. Die sozialistische Staatsidee führt konsequenterweise zum Kommunismus, also zum Niedergang.

5. Weil aber die Sozialdemokratie ein anderes Ziel hat, eine Hebung der Arbeiterklasse, überhaupt des gesamten arbeitenden Volkes, so steht sie jetzt vor einem furchtbaren inneren Zwiespalt: die logischen Konsequenzen des Marxismus führen geradezu zum Gegenteil dessen, was das praktische Ziel der Arbeiterbewegung ist.

6. Aus dieser inneren Zerrissenheit ergibt sich die öffentliche Unsicherheit in der Führung der Regierung.

7. Gegen Spartakus und bolschewistischen Kommunismus muß wegen des großen praktischen Zieles (Hebung der Arbeiterklasse) ein scharfer Strich gezogen werden, und deren Methoden müssen mit aller Macht bekämpft werden. Aber die gewerkschaftlich organisierte Sozialdemokratie fühlt sich heute gegenüber diesen radikalen Gruppen schwach, weil sie marxistische Denkweise als Erziehungsgrundsatz aufgenommen hat, und weil logischerweise alle marxistischen Gedankengänge zum Kommunismus führen.

Nun, der Beweis Punkt 2 sagt, daß die von der Sozialdemokratie beschrittenen Wege fast durchweg falsch sind.

Die ganz allgemein betriebene Verhetzung hat zu einer tiefen Spaltung der Bevölkerung innerhalb der eigenen Nation geführt; die immer wiederholten Beschimpfungen gegen die Arbeitgeber aller Art, ja jedes bürgerlichen Berufes überhaupt als Ausbeuter und Blutsauger an dem

angeblich allein arbeitenden Handarbeiter haben zu einer ungerechtfertigten Verbitterung und auch zur Überhebung der Arbeiterschaft geführt, die folgerichtig ihren Ausdruck findet in der Forderung nach der „Diktatur des Proletariats" (Kommunistisches Manifest). Die wesentlichste Forderung des Erfurter Programms — die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz und Betrieb der Gemeinschaft — hat sich heute verdichtet in dem Schrei nach „Sozialisierung".

Daß die Voll-Sozialisierung unseren wirtschaftlichen Untergang, den völligen Staatsbankerott bedeutet, ist jedem ehrlichen Politiker vollkommen klar. Aber man getraut sich nicht, dies dem Volke offen und frei einzugestehen.

Nicht *Ver*gesellschaftung, sondern *Ent*gesellschaftung müßte jetzt die Losung sein. So versucht man durch phantastische Steuerprojekte die offensichtlichen Fehlschläge jeder Sozialisierung auszugleichen und auf diesem Wege zum zweiten Male die Expropriateure zu expropriieren. Das alles heißt aber nichts anderes, als die gesamte Volkswirtschaft dem restlosen Untergang preisgeben. Statt einer Erhöhung (von einer Verdoppelung der Produktion, wie sie die ganze sozialistische Literatur für die Zeit nach der Revolution versprach, kann überhaupt keine Rede sein) ist das gerade Gegenteil eingetreten. *Das Schlimmste aber wäre, wenn die derzeitige sozialistische Regierung an die Aufnahme großer Auslandsanleihen dächte. Damit wäre nicht nur unser wirtschaftlicher Niedergang besiegelt, wir würden auch noch ganz restlos in die Zinsknechtschaft der Entente uns begeben, von der es kein Zurück mehr gäbe.*

Der Grundfehler, der Grundirrtum, auf dem diese ganze Kette von Schlüssen, Forderungen, Versprechen ans Volk aufgebaut ist, ist die falsche Einstellung gegenüber dem Industrie- und Leihkapital. Das kommunistische Manifest, das Erfurter Programm, Marx, Engels, Lassalle, Kautsky haben den *tiefgehenden Unterschied* zwischen Industriekapital und Leihkapital nicht erkannt.

In diesem Punkt *muß* die ganze Sozialdemokratie umlernen, dieser Grundirrtum muß klar erkannt und freimütig ohne Halbheit zugegeben werden. Dann aber muß man auch rücksichtslos die einzig möglichen Schlußfolgerungen ziehen. Diese aber bedeuten radikale Abkehr von dem sinnlosen, weil ganz falschen Wüten gegen die Industrie, gegen die Arbeitgeberschaft; *Arbeiter und Arbeitgeber gehören zusammen*, sie haben das gleiche Ziel, die Arbeit, die Produktion, denn ohne Produktion, ohne Arbeit kein Leben, keine Kultur, kein Vorwärts und kein Aufwärts. Die selbstverständlichen, weil unter Menschen — eben weil sie Menschen sind — unvermeidlichen Gegensätze sind viel weniger wichtig als das gemeinsame große Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Gegensätze können und konnten im Wege des Tarifvertrages und der Betriebsorganisation zur beiderseitigen Befriedigung gelöst werden.

Doch diese im Rahmen unserer Betrachtung der ganz großen politischen Kraftlinien nebensächlichen Fragen wollen wir nicht weiter verfolgen und nur nochmals feststellen, daß das Interesse der gesamten Arbeiterschaft ganz genau gleich gerichtet ist mit unserer nationalen Industrie, mit unserer nationalen Volkswirtschaft.

Wer anders lehrt und die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als wichtiger in den Vordergrund stellt, der versündigt sich in unverantwortlicher Weise gerade an den Arbeitern, denn er legt damit die Axt an die Wurzeln des Baumes, der die Arbeiterschaft nährt und trägt.

Das aber *hat* die Sozialdemokratie getan, und damit hat sie ewige Schuld gegenüber der deutschen Arbeiterschaft auf sich geladen, damit hat sie namenloses Elend über unser Volk gebracht, *weil sie alle ihre Versprechungen nicht halten kann, weil sie uns den Frieden der Verständigung nicht bringen kann, weil sie uns keine Arbeit schaffen kann, weil sie doch wieder eine bewaffnete Macht aufrichten muß, weil sie*

ohne das Beamtentum nicht auskommen kann, weil sie die Arbeitsdienstpflicht verlangen muß, weil vom allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre kein Mensch leben kann, weil ohne die staatlich garantierte Sicherheit von Person und Eigentum chaotische Zustände eintreten müssen, weil ohne Ein- und Unterordnung des einzelnen in die Gesellschaft kein staatliches Leben möglich ist.

So geht eine tiefe, verzweiflungsvolle Welle der Enttäuschung durch das ganze Volk, und wo sich die einzelnen noch lange nicht darüber klar sind, lügen sich Minister, Abgeordnete und Volksbeauftragte gegenseitig lustig weiter vor, man müsse die „Errungenschaften der Revolution“ schützen vor der „Reaktion“; beides Begriffe, über die kein ehrlicher Staatsmann dem Volke klar sagen könnte, was er darunter überhaupt meint.

Die negativen Betätigungen der Revolution, die Absetzung einer Reihe von überlebten Dynastien, Absetzung der Offiziere, Abschaffung des Adels, Auflösung des Heeres, kurzum der „große Abbruch“ ist noch keine „Errungenschaft“. Und Reaktion?! Das weggefegte morsche Gottesgnadentum hat nirgends im ganzen Volke genügend moralischen Rückhalt, um zu irgendeiner kraftvollen Aktion zu kommen, das Bürgertum ist, soweit es sich um den wirklichen Bourgeois handelt, viel zu feig, viel zu moralisch versumpft, um sich aufzuraffen gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft; also vor einer dynastischen oder bürgerlichen Reaktion braucht der herrschenden Klasse der Arbeiterschaft nicht bange zu sein.

Aber die tiefe Enttäuschung des Volkes über die sogenannten Errungenschaften der Revolution, das heißt über das Fehlen jeder wirklichen Besserung der Lage des Volkes, sie ist die große Gefahr; diese Enttäuschung führt zum Abströmen großer Massen immer weiter nach links, wo das bisher an Versprechungen Dagewesene weit über- bzw. unterboten wird.

Schließlich kann man nicht mehr als „*Alles allen*" versprechen. Und das ist reiner Wahnsinn; aber jeder Gedanke, jede Erscheinung, jede Tätigkeit überspannt und übertrieben bis zum Äußersten wird schließlich Wahnsinn und schlägt dann in sein Gegenteil um. So geht es auch mit dem kommunistischen Gedanken, daß „Alles allen" gehören soll, denn dieser endet und mündet schließlich darin, daß alle — *nichts* haben. Hunger, Verzweiflung, Elend, Krankheit und Not sind in Rußland eingekehrt, die Menschen haben den letzten Rest von Lebensmut und Lebensfreude verloren.

Ich wiederhole: Der ungeheure Grundirrtum in der sozialistischen Gedankenwelt ist letzten Endes auf die Verkennung des tiefen Wesensunterschiedes zwischen dem Industriekapital und dem Leihkapital zurückzuführen. *Das zinsfressende Leihkapital ist die Geißel der Menschheit*, das ewige mühe- und endlose Wachstum des Groß-Leihkapitals führt zur Ausbeutung der Völker, nicht das schaffende, gütererzeugende industrielle Betriebskapital.

Ich kann hier nicht an der Untersuchung der Frage vorbeigehen, *warum* dieser Wesensunterschied nicht erkannt worden ist: Ob er wirklich nicht erkannt worden ist, oder ob er vielleicht gar zugunsten des Großkapitals verschleiert worden ist, ob die Führer und Rufer im Streit gegen den Kapitalismus, ob die Verfasser des kommunistischen Manifestes, des Erfurter Programmes, die jetzigen Führer immer mit der nötigen Gewissenhaftigkeit vorgegangen sind.

Es ist das Schwerste und Ärgste, wenn man die unbedingte Ehrlichkeit und Überzeugung eines anderen in Zweifel zieht; es fällt einem dies um so schwerer, je sorgsamer man selbst den Erscheinungen des Lebens gegenüber nach den Gründen und Zusammenhängen forscht. Ich will daher auch gar keine Antwort auf diese Fragen selbst geben, sondern nur auf die großen, dunklen Zusammenhänge hinweisen, indem ich mich auf einen Ausspruch Disraelis, des großen englischen Premierministers Lord Beaconsfield, beziehe. Dieser schreibt in seinem Roman: „Endymion":

„Niemand darf das Rassenprinzip, die Rassenfrage gleichgültig behandeln. Sie ist der Schlüssel zur Weltgeschichte. Und nur deshalb ist die Geschichte häufig so sehr konfus, weil sie von Leuten geschrieben worden ist, die die Rassenfrage nicht kannten, und ebensowenig die dazu gehörenden Momente."

Der Bürger: Durch die Brechung der Zinsknechtschaft wird der Sparsinn vernichtet, der Mensch endet im Armenhause.

Daß die Brechung der Zinsknechtschaft ganz allgemein einen Einfluß auf den Sparsinn habe, muß entschieden verneint werden. Sparsinn hat ebensowenig wie z. B. Verschwendung mit geltenden wirtschaftlichen Anschauungen etwas zu tun. Sparsinn und Verschwendungssucht sind menschliche Eigenschaften, die entweder vorhanden sind oder fehlen, ganz gleich, ob ein Zeitalter den Zinsgedanken predigt oder den Zins verpönt.

In den Zeiten des Übergangs mag wohl eine Erhöhung oder eine Verminderung des Sparsinns beobachtet werden. Ich neige aber im gegebenen Fall der Anschauung zu, daß ein vernünftiger, wirtschaftlich veranlagter Mensch sich folgendes sagen wird: Ich kann in Zukunft nicht mehr damit rechnen, daß ich nur von meinen Zinsen leben kann. Leben will ich aber in späteren Jahren und auch meinen Kindern noch etwas hinterlassen, also muß ich jetzt mehr sparen. Diese Wirkung muß meines Erachtens die Brechung der Zinsknechtschaft auf die Mehrzahl der Menschen ausüben, denn sonst sind sie ja für das Alter auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Ich muß auch an dieser Stelle noch einmal nachdrücklichst betonen, daß bei der derzeitigen Belastung des Besitzes durch direkte Steuern und jeglicher Lebenshaltung durch indirekte Steuern von den schönen Zinsen nichts übrigbleibt — außer wenn — und das ist ja das Ungerechte und zu Bekämpfende — das gesamte Einkommen n u r aus ewiger Kapitalrente fließt. Ein Sinken des Sparsinns ist demnach wohl nicht zu befürchten.

Ist denn (das hassenswerte) Großkapital wirklich so ganz unfruchtbar? Hat es nicht auch die Mittel ge-

schaffen zu großartigen Fortschritten, die größere Früchte für die Menschheit tragen, als der Zins des Leihkapitals ausmacht?

Die Fragestellung beweist nur, daß mammonistische Phraseologie hier den klaren Blick getrübt hat.

Das Großkapital hat nicht die Mittel geschaffen zu großartigen Fortschritten, sondern das Großkapital ist aus der Arbeit gewachsen. Jedes Kapital i s t aufgespeicherte Arbeit. Das Großkapital ist an sich unproduktiv, weil eben Geld an sich eine durchaus unfruchtbare Sache ist. Aus Geist, Arbeit und vorhandenen und bereits erarbeiteten Rohstoffen oder Bodenschätzen sind Werte geschaffen, Güter erzeugt worden, durch Arbeit und nur durch Arbeit.

Wenn man auf den fettesten Acker, in das reichste Kohlenbergwerk noch so viel Geld hineinschüttet, trägt der Acker doch kein Korn, speit das Bergwerk von selbst keine Kohlen aus.

Wenn die Menschen das Geld erfunden haben, so ist das sehr sinnvoll und verständig; denn in jeder komplizierten Wirtschaft bedarf man dieser (allgemein anerkannten) „Anweisung auf geleistete Arbeit". Aber daß diesen „Geldzeichen" eine Kraft innewohnen soll, ewig aus sich heraus ins Ungeheure zu wachsen — und das tut das Geld, wenn es Zins tragen kann —, das ist's, wogegen sich unser Innerstes auflehnt, das ist's, was das Geld weit hinaushebt über alle anderen irdischen Erscheinungen, das ist's, was das Geld zum Götzen macht. Und alles das ist doch nur der ungeheuerste Selbstbetrug der Menschheit! Nichts, gar nichts vermag das Geld aus sich selbst. Tisch, Schrank, Kleid, Haus, Werkzeug, kurzum alles um uns hat doch irgendeinen Wert; den ältesten Tisch kann man schließlich noch einheizen und sich daran wärmen, aber mit einem Zwanzigmarkschein kann ich gar nichts anfangen, nicht einmal ein Stück Käs kann ich drein einwickeln. Erst nachdem die Menschen sinnvollerweise übereingekommen sind, zur Erleichterung des Austausches der Güter zum Verbrauch Anweisungen auf geleistete Arbeit zu schreiben, erst damit bekommt das Stückchen Papier Sinn und Witz, und es ist sehr verständig, daß der Bauer für sein Korn vom

Kohlenbergwerk nicht eine Kohle, sondern Geld bekommt, also eine Anweisung auf anderweitig geleistete Arbeit, z. B. Heugabeln, Geschirr, Pflug und Sense. Aber damit soll es aus sein mit der Macht des Geldes.

Also nicht das Geld hat die großartigen Fortschritte der Menschheit bewirkt, sondern die Menschen selbst haben es getan, ihr kühner Geist, ihr stolzer Wagemut, ihr kluger Sinn, die Kraft ihrer Hände, ihre gemeinsame, also soziale fleißige Arbeit. So stolz und so klar müssen wir sehen. Die Menschen selbst waren das, doch nicht die armseligen Stücklein Papier, die die Menschen erfunden haben zur Vereinfachung der Wirtschaft.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist aber nicht das *letzte Ziel der neuen Staatskunst*, sie ist zwar die einschneidendste Tat, die einzige Tat, die alle Völker zu einigen vermag zu einem wahrhaften Völkerbund gegen die alle Völker umspannende Gewaltherrschaft des Mammonismus. Aber sie ist nicht das Letzte. Dagegen muß die Brechung der Zinsknechtschaft allen weiteren Schritten vorausgehen, weil sie, wie wir gesehen haben, das Weltübel an der Wurzel faßt, und zwar an der Hauptwurzel.

Erst wenn die grundlegende Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft erfüllt ist, wird überhaupt erst der Weg frei zum sozialen Staat. Dies muß klar erkannt werden und all den mammonistischen Gewalten zum Trotz durchgesetzt werden. Ein sozialistischer Staat auf mammonistischer Grundlage — der Schrei nach Sozialisierung ist weiter nichts als der Versuch, die Vertrustung aller Industrien herbeizuführen und überall die Riesenkonzerne zu bilden, auf die natürlich auch in Zukunft wiederum trotz aller Vermögensabgaben das Großleihkapital den entscheidenden Einfluß haben wird — ist ein Unding und führt mit Naturnotwendigkeit zu einem Kompromiß zwischen der bereits stark mammonistisch verseuchten Sozialdemokratie und dem Großkapital.

Wir dagegen verlangen radikale Abkehr vom mammonistischen Staat und einen Aufbau des Staates im wahren Geiste des Sozialismus, in dem die herrschende Grundidee die Nährpflicht ist, worin eine alte kommunistische Grundforderung ihre vernünftige und sinnvolle Befriedigung finden kann — in der Gestalt, daß jeder Volksangehörige sein Anrecht auf den heimatlichen Boden zugesprochen erhält durch die staatliche Vermittlung der wichtigsten Nährgüter.

Wir fordern ferner als Gerippe für den neuen Staat eine Volksvertretung durch die Kammer der Volksbeauftragten, die auf breitester Grundlage zu wählen sind, daneben eine ständische Kammer der Arbeit, den Zentralrat, in welcher das werktätige Volk nach seiner beruflichen Gliederung und wirtschaftlichen Struktur zu Worte kommt. Schließlich fordern wir die höchste Verantwortlichkeit für die Leiter des Staates. Die Voraussetzung für all diesen Aufbau aber bleibt die Brechung der Zinsknechtschaft.

Mein unerschütterlicher Glaube, nein mehr noch, mein Wissen läßt mich klar erkennen, daß die Brechung der Zinsknechtschaft nicht nur erzwingbar ist, sondern mit unbeschreiblichem Jubel überall aufgenommen werden wird und muß, denn wohlgemerkt: Entgegen allen sonstigen noch so wohlgemeinten Gedanken und Bewegungen und Bestrebungen, die auf Verbesserung des Menschengeschlechtes hinzielen, versucht mein Vorschlag nicht die menschliche Natur zu verbessern, sondern er wendet sich gegen einen Giftstoff, gegen eine Erscheinung, die ganz entgegengesetzt dem innersten Empfinden des Menschen künstlich, nein, teuflisch erfunden worden ist, um die Menschheit krank zu machen, um sie zutiefst im Materialismus zu verstricken, um ihr das Beste zu rauben, was sie hat, die Seele. Daneben geht Hand in Hand die furchtbare, unbarmherzige Tyrannei der Geldmächte, für die die Menschen nur noch Zinssklaven sind, nur dazu da, um für die Rente, für den Zins zu arbeiten.

Tief erschüttert erkennen wir die furchtbare Klarheit und Wahrheit der alten Bibelweissagungen, wonach der Ju-

dengott Jahve seinem auserwählten Volk verheißt: „Ich will Dir zu eigen geben alle Schätze der Welt. Dir zu Füßen sollen alle Völker der Erde liegen, und Du sollst herrschen über sie.“

Diese Weltfrage ist nun vor Euch allen aufgerollt. Weltfragen werden nicht im Handumdrehen gelöst, aber die Idee ist klar wie der Tag. Und die Tat muß sorgsam vorbereitet werden, wir müssen uns darüber klar sein, daß wir dem gewaltigsten Feind, den weltumspannenden Geldmächten, gegenüberstehen. Alle Gewalt auf der Gegenseite, auf unserer Seite nur das Recht, das ewige Recht der schaffenden Arbeit.

Reicht mir die Hände, Werktätige aller Länder, vereinigt Euch!

Der Staatsbankerott — Die Rettung

Erster Druck 1919, Joseph C. Hubers Verlag, Diessen vor München

„Ich ringe mit dem Gespenst des Staatsbankerottes", erklärte Staatssekretär Schiffer 1919 in einer seiner Finanzreden in Weimar.

Jawohl, das „Gespenst" des Staatsbankerottes, dem sind unsere Weimarer Machthaber verfallen, ein Gespenst ist es, hinter dem nichts steckt als die Angst vor einer eingebildeten, unwirklichen Erscheinung. Es erscheint mir wie eine Ironie, daß Herr Schiffer den Staatsbankerott als ein „Gespenst" bezeichnet, denn er will damit etwas furchtbar Schreckhaftes bezeichnen, etwas Grauenvolles, und doch bringt es gerade der Begriff des Wortes „Gespenst" mit sich, daß es sich eben nur um etwas handelt, was in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das „Gespenst" des Staatsbankerottes ist der „Wauwau" der Kapitalisten, mit dem sie die Staatsmänner und die betrogenen Völker schrecken. Das „Gespenst" des Staatsbankerottes ist der Kinder- und Ammenschreck, mit dem man furchtsame Naturen zuverlässig das Gruseln lehren kann, so daß sie nicht wagen, den Dingen mit klar ausgeriebenen Augen bei hellem Tageslicht ins Gesicht zu sehen.

Es bedeutet ein unsagbares Glücksgefühl, wenn man nach schwerem Traum erwacht, wenn die Gespenster sich in nichts auflösen und heller Tag ins Fenster blickt. Die schreckhaften Fratzen, die die Abenddämmerung aus den uns umgebenden Gegenständen geformt hat, sind verschwunden, der Ofen hat gar keine glühenden Augen, er steht ruhig an seinem Platz, der Schrank wächst nicht ins Ungeheure, das über den Stuhl hingeworfene Hemd ist kein unheimliches Gespenst, das sich zu Füßen des Bettes hingekauert hat und sich bald riesig aufzurichten droht; es

ist alles nichts, es war nur unsere eigene überhitzte Phantasie, die uns Gespenster vorgetäuscht hat, während ein kleiner tapferer Willensentschluß genügt hätte — der, Licht zu machen —, um alle Gespenster zu bannen.

Wie steht es nun aber mit dem Staatsbankerott (dieser gespenstischen Erscheinung)?

In einem jetzt viel gelesenen Buch „Was jeder vom Staatsbankerott wissen muß" von Fr. Röhr (Th. O. Weber, Hannover) bezeichnet der Verfasser den Staatsbankerott als „die völlige oder teilweise Nichterfüllung der vertragsgemäß übernommenen Schuldverbindlichkeiten seitens eines Staates seinen Gläubigern gegenüber, gleichviel, ob dies aus Zahlungsunfähigkeit oder aus Mangel an Zahlungswillen oder aus beiden Ursachen zugleich erfolgt".

Diese juristische Definition ist zweifellos im Rahmen der hergebrachten Denkweise durchaus richtig, und wenn man sich nicht von den ausgefahrenen Geleisen der auf dem römischen Recht beruhenden Denkweise losmachen kann, wird man jede souveräne Änderung an den von einem Staate übernommenen Schuldverbindlichkeiten als Staatsbankerott bezeichnen können.

Ganz anders jedoch, wenn man tiefer in das Wesen der staatlichen Finanzwirtschaft eindringt; da erscheint eine Änderung an den Schuldverbindlichkeiten durchaus nicht immer als „Bankerott".

„Banca rotta", das zerbrochene Zahlbrett, hat eine üble Nebenbedeutung bekommen; es ist mit dem Begriffe des „Bankerottes" immer der Gedanke verbunden, daß die Gläubiger in ihrer Gesamtheit geschädigt werden. Also: das Vorhandensein eines Schadens für die Gläubiger ist meines Erachtens das Kriterium für die berechtigte Anwendung des Wortes „Bankerott". Ist kein Schaden entstanden, bzw. entsteht kein Schaden für die Masse der Gläubiger, so kann von einem „Bankerott" im gewöhnlichen Sinn des Wortes nicht gesprochen werden.

Bedeutet eine „teilweise Nichterfüllung vertragsgemäß übernommener Schuldverbindlichkeiten seitens eines Staates" für die überwältigende Mehrheit der Staatsangehörigen eine Erlösung von einem furchtbaren und unerträg-

lichen Druck, eine Befreiung der ganzen Volkswirtschaft von unerhörten Steuern: wer möchte es dann noch wagen, eine solche Staatshandlung als Staatsbankerott zu bezeichnen?

Eine solche Befreiungstat ist aber die von mir geforderte Aufhebung der Zinszahlung aus unseren Kriegsanleihen sowie aus allen übrigen Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten unter gleichzeitiger Erklärung dieser Schuldverschreibungen zu gesetzlichen Zahlungsmitteln oder besser noch: der Konvertierung dieser Schuldtitel in zinsfreie Bankguthaben.

Auf den ersten Blick mag eine Aufhebung der Einzahlung der Kriegsanleihen eine schwere Schädigung der Anleihe-Titelbesitzer bedeuten und somit die Tatsache eines vorhandenen Staatsbankerottes gegeben sein. — Dem ist aber bei näherem Zusehen durchaus nicht so, wie die folgenden Ausführungen aufzeigen werden.

Gerade die Übertreibung und Überspitzung unserer staatlichen Anleihewirtschaft machen uns die Absurdität, die Unsinnigkeit unserer gesamten staatlichen Finanzwirtschaft erst klar.

Einem mammonistischen Dogma, also einem Schwindel zuliebe haben wir uns in die Schuldenwirtschaft verstrickt. Dieses Dogma lautet: „Wenn der Staat Geld braucht, so muß er sich das Geld von den Kapitalisten pumpen und dann brav *verzinsen*.“

Diese Gleichsetzung der staatlichen Gemeinschaft des ganzen Volkes mit der Einzelperson in bezug auf Geldbeschaffung gegen Kredit und Zinsen hat zu der heillosen Zerrüttung unserer Staatsfinanzen geführt, die von jeder gesunden Wirtschaft nachgerade so weit entfernt sind, daß *von einem aufgelegten Volksbetrug zugunsten einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten* gesprochen werden muß.

Zunächst möge man sich die Entstehung unserer Kriegsanleihe vergegenwärtigen. 100 Milliarden Kriegslasten sind auf dem Anleiheweg aufgebracht worden, triumphierten unsere Staatsfinanzkünstler gegenüber dem feindlichen Ausland; 100 Milliarden Kriegsanleihe, jubelte die deutsche

Krämerseele, beweisen die ungebrochene Wirtschaftskraft des deutschen Volkes, trotz vier harter Kriegsjahre; mit einer Kriegsleistung von 100 Milliarden habe sich die Heimat würdig der Frontarmee gezeigt, schämte man sich nicht überall auszuposaunen.

Die Anlage von Kriegsgewinnen gegen 5% Zins! war ein Opfer, eine vaterländische Tat von so heldenhafter Größe, daß den Bankdirektoren die hellen Freudentränen über so viel Opfersinn des deutschen Volkes bei jedem neuen Siege des General-Geldmarschalls von Havenstein in den Augen standen.

Was wurde aber auch dem Volke alles Köstliche erzählt, wenn es wieder zahlen sollte! Eine wahre Sintflut von Kriegsanleihepropagandaschriften brach jedesmal aus den Bankschaltern hervor; Vorträge, Versammlungen, Plakate, von erster Künstlerhand entworfen, sorgten dafür, daß das Verständnis für die Notwendigkeit der Kriegsanleihezeichnung überall wach wurde. Sogar „alldeutsch" durfte man in diesen Wochen denken, d. h. wünschen, daß das deutsche Volk siegen möchte.

Kurz, es war ein derart widerlicher Tanz ums goldene Kalb (Kalb, weil das deutsche Volk wirklich ein Kalb war), ein so ekelerregender Mammonskult, ein so erniedrigendes Spekulieren auf die Profitgier der Massen, daß man sich nicht wundern darf, daß gerade die Kriegsanleihepropaganda im schlimmsten Maße zersetzend auf die sittliche Festigkeit des deutschen Volkes gewirkt hat, wodurch in erster Linie der Zusammenbruch vorbereitet wurde.

Dabei war alles, alles reiner Schwindel; ob bewußt, ob unbewußt, es war der größte Volksbetrug aller Zeiten.

100 Milliarden Schulden hatte sich damit das deutsche Volk aufgeladen, und zwar verzinsliche Schulden. 5 Milliarden Steuern muß also das deutsche Volk aufbringen, wenn es seine Zinsen zahlen will, es muß also mit der einen Hand 5 Milliarden geben und mit der anderen Hand 5 Milliarden nehmen; das ist da zunächst der äußere Effekt dieser köstlichen Kriegsanleihe. Aber damit erschöpft sich die Narretei der Kriegs-

anleihe noch lange nicht. Denn es handelt sich bei dieser Steuer-Zinsen-Zwickmühle ja nicht um ein Gesellschaftsspiel, sondern um einen ungeheuren Apparat für die Steuererhebung und ebenso um den Apparat für den Zinsendienst, also um eine im großen betrachtete riesenhafte Arbeitsvergeudung von Tausenden und aber Tausenden von Beamten, Millionen von Steuererklärungen, Schreibereien, Bankverkehr und alles dies — nur um einer großen Selbsttäuschung willen.

Aber das möchte noch hingehen, obwohl sich jedes einigermaßen volkswirtschaftliche Herz dagegen auflehnt, das Ärgste jedoch kommt noch: die ganze Komödie läuft — bewußt oder unbewußt, sei einmal dahingestellt — auf einen ungeheuren Volksbetrug hinaus. Deshalb, weil die überwiegende Masse aller kleinen und mittleren Sparer und Kapitalisten nicht nur nichts von ihren schönen Zinsen haben kann, wie oben aufgezeigt wurde, sondern weil das gesamte werktätige Volk die Steuern aufbringen muß in Gestalt von geradezu grotesken indirekten Steuern!

Die Sache liegt so. Man will offiziell den ganzen Kriegsanleiheschwindel nicht zugeben und erklären, die Zinsen der Kriegsanleihe könnten natürlich nur bezahlt werden, wenn Steuern in gleicher Höhe eingehoben werden. Das wäre immerhin eine Tat eines ehrlichen Finanzministers. Nein, man erhebt Steuern auf indirektem Weg in riesigem Umfang. Man versteuert Kohle, Bier, Mineralwasser, Branntwein, Wein, Tabak, Fahrkarten usw. in wahnsinniger Weise, nur um der Zinsen willen. Nur um der Zinsen willen muß jeder Mensch in Deutschland frieren oder doppelte Kohlenpreise zahlen, dursten oder teures Bier, Wein, Mineralwasser trinken. Damit nicht genug, das Erwerbseinkommen wird einer großen Steuererhöhung unterworfen, alles um der Zinsen willen — und schließlich stellt sich heraus: es langt nicht! Denn außer den festverzinslichen Kriegsanleihen im Betrag von 100 Milliarden sind noch ca. 50 Milliarden in Schatzwechseln oder sonstigen kurzfristigen Krediten zu verzinsen. In Summa also 150 Milliarden, die jährlich auf unabsehbare Zeit 7 bis 8 Milliarden verschlingen.

Es ist nun tieftraurig, zu sehen und zu lesen, wie unrettbar unsere Finanzpolitiker dem Zinsenwahnsinn verfallen sind — ich zitiere im folgenden einen unserer ausgezeichnetsten Finanzleute, den badischen Finanzminister a. D. Dr. J. Rheinholdt, der in seiner sonst sehr lesenswerten und klaren Schrift: „Die deutsche Finanzwirtschaft während des Krieges und die Möglichkeit ihrer Ordnung“ schreibt, nachdem er die verschiedenen neuen ausgiebigen Kriegssteuern behandelt hat: „Durch die angeführten Gesetzgebungsakte auf dem Gebiete der Finanzen in den Jahren 1916, 1917, 1918, die dem Etat für 1918 Mehreinnahmen in Höhe von 4 Milliarden gegenüber den Etats von 1914 und 1915 zugeführt haben, ist es wenigstens gelungen, die Zinsen der Kriegsschuld bisher laufend aus den vorhandenen Einnahmen zu bestreiten.“ — Da haben wir's — es ist Gott sei Dank wenigstens gelungen, die Zinsen der Kriegsschuld zu bestreiten, indem 1916 mit Gesetz vom 12. Juni (R.G.B. 507) der Tabak mit einer Steuererhöhung von 130 Millionen belegt,

die Frachtunkosten mit Gesetz vom 17. Juni 1916 (R.G.B.Bl. S. 555) mit 570 Millionen belegt,

die Post- und Telegraphengebühren mit Gesetz vom 21. Juni 1916 (R.G.B.Bl. S. 561) um 200 Millionen hinaufgeschraubt,

der Warenumsatz mit Gesetz vom 21. Juni 1916 (R.G.B.Bl. S. 577) mit 250 Millionen belastet wurden.

Das Jahr 1917 brachte dann:

die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 8. April 1917 (R.G.B.Bl. S. 329) mit 315 Millionen,

die Kohlensteuer vom 8. April 1917 (R.G.B.Bl. Seite 340) mit 500 Millionen.

1918 schraubte dann weiter die Besteuerung des Warenumsatzes mit Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.-Bl. S. 779) in die Höhe, deren Mehrertrag gar auf 1000 Millionen geschätzt wird.

Die Änderung des Reichsstempelgesetzes, Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 779) ist auf 210 Millionen Ertrag veranschlagt.

Die Weinsteuer, Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 831) soll 103,5 Millionen bringen.

Schaumwein, Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 847) soll 12,6 Millionen bringen.

Mineralwasser, Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 849) soll 52,5 Millionen bringen.

Bier, Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 863) wird weiter mit 339,5 Millionen besteuert.

Branntwein als 1. Finanzmonopol laut Gesetz vom 26. Juli 1918 (R.G.B.Bl. S. 887) wird gar auf einen Mehrertrag von 800 Millionen angenommen.

Diese ungeheuren Steuern, die, wie man sieht, fast ausschließlich den Konsum der breiten Masse des Volkes belasten, ergaben aber erst über 4 Milliarden Steuern, die mit Ach und Krach hinreichten, um die Zinsen der Kriegsanleihe zu decken. — „Allerdings", so fährt dann Dr. Rheinholdt fort, „ergaben die Etats für 1916 und 1917 nicht unerhebliche Fehlbeträge um 2½ Milliarden ... —" Also auch das noch! — Und die sonstigen eigentlichen Aufgaben des Reiches kultureller, wirtschaftlicher Natur usw. ? ? ?

Aber unbeirrt erklärt der Herr Finanzminister dann auf derselben Seite noch: „Zu den 150 Milliarden des heutigen Standes der Reichsschuld dürfen noch viele Milliarden hinzukommen, für deren Verzinsung gesorgt werden muß." — Wenige Seiten später erklärt Herr Dr. Rheinholdt von neuem (S. 69): „Die Kriegsanleihe und ihre Verzinsung muß unbedingt den Anleihebedingungen entsprechend gesichert bleiben. Geschähe dies nicht, so ginge der Kredit des Reiches unwiederbringlich verloren, und zwar im Inland wie im Ausland." — Da haben wir's wieder: die Verzinsung, das ist das A und das O unserer Finanzmisere.

Daran darf nicht gerüttelt werden; vor der Heiligkeit des Zinses machen alle Finanzminister, alle Steuerpolitiker, alle — nun kommt das Tieftraurige — Sozialisten wie auf Kommando halt! — Herr Scheidemann verkündet an jeder Litfaßsäule dem geängstigten Volk zu dessen „Beruhigung", daß die Sicherheit der Kriegsanleihe keinesfalls angetastet werden würde.

Also, Du Großkapital, magst ruhig sein!! Deine Zinsen bleiben Dir, das Volk ist dumm genug, bestochen von den Almosenzinsen, die dem kleinen Anleihezeichner versprochen worden sind, und läßt sich direkt und indirekt die unerhörtesten Steuern aufpacken. Zu was? Wem zum Nutzen? Nur zum Nutzen des Groß-Leihkapitals!! Die großen Geldgewaltigen können ja schließlich auch nicht mehr Bier und Schnaps, Tabak, Wein und Selterswasser, Salz und Zucker, Zündhölzer und Kohlen verbrauchen als der kleine Mann aus dem Volk, als der Arbeiter, der Beamte, der Angestellte! Und so zahlt also die große Masse des Volkes Mann für Mann ebensoviel wie der vielfache Millionär, nur damit der Multimillionär seine Kriegsanleihezinsen bekommt. — Der schändlichste, gemeinste Betrug, der infamste Schwindel ist die ganze Kriegsanleihewirtschaft. Ausgeheckt zugunsten der Großkapitalisten. Um dieses Zweckes willen wird nicht nur die Arbeitskraft des ganzen Volkes bis aufs Blut ausgebeutet, sondern noch viel mehr: es ist durch die schändlichen Bestechungsgelder, genannt Kriegsanleihezinsen, der kleine Mann auch noch eingespannt worden an den Triumphwagen der goldenen Internationale, und Herz und Hirn sind ihm mammonistisch verseucht worden!!

So steht's, das ist die Wahrheit! Wer wagt etwas dagegen zu sagen?! Wie Schuppen fällt es uns von den Augen, und wir erkennen klar, woher dieser abgrundtiefe Haß, diese unbeschreibliche Wut des erwachten Volkes instinktiv herrührt, wenn sich das Volk auch selbst nicht klar darüber ist, sondern nur den allgemeinen Druck dessen empfindet, dem ich mit vorstehenden Ausführungen klaren ziffernmäßigen Ausdruck verliehen habe.

Armes Volk! Armes und betrogenes Volk!

Also *bankerott* wirst Du, wenn Du die Zinszahlung für die Kriegsanleihen einstellst! Ist's Dir jetzt klar geworden, warum der Staatsbankerott ein Gespenst ist?! Ist's Dir jetzt klar geworden, warum der Staatsbankerott in der von mir vorgeschlagenen Form der Aufhebung der Zinszahlung nicht nur *kein Bankerott, sondern eine jubelnde Befreiung, eine*

Erlösung aus den Krallen des Mammonismus ist?!

Brechen wir die Zinsknechtschaft des Geldes, und wir alle, das ganze werktätige Volk wird frei.

An den Kriegsanleihen haben wir erkennen können, wie die Kriegsanleihewirtschaft nichts weiter ist als ein kapitalistischer Volksbetrug; mit den übrigen Staatsanleihen ist es im Grunde natürlich genau so, nur, daß es leichter verschleiert werden konnte. Ich spreche hier zunächst von den Eisenbahnanleihen als den weitaus wichtigsten Staatsanleihen, dem Umfange nach. Die Gesamtheit der deutschen Staatseisenbahnen repräsentiert ein Anlagekapital von 20 795 Millionen Ende 1916. Alle diese Staatsbahnen sind aus Anleihemitteln erbaut bzw. käuflich übernommen worden. Alle diese Kapitalien, also sagen wir rund 20 Milliarden, müssen jahraus, jahrein den Kapitalisten gegenüber verzinst werden. Jahr für Jahr müssen unsere Staatsbahnen rund 800 Millionen Mark Ertrag abliefern, nur um die Zinsen für die Herren Eisenbahnanleihebesitzer aufzubringen.

Ich will mich nicht zu lange bei Einzelheiten aufhalten, aber immerhin ist es interessant, zu verfolgen, daß die großartigen Überschüsse der Eisenbahnen, die z. B. in Preußen immer als das „Rückgrat des Staatshaushaltes“ gerühmt wurden, gerade ausreichten, um eben die ewige feste Verzinsung der Eisenbahnanleihen zu decken. Manchmal gab es ja wohl etwas mehr und blieben einige Millionen Reinüberschuß, aber das Höchste war die berühmte 7%ige Verzinsung der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, also eine Überrente von ca. 3% über die pflichtmäßige Verzinsung gegenüber den Kapitalisten. — Dieses Bild hat sich nun in den letzten Jahren ganz katastrophal verschlechtert; der Eisenbahnhaushalt für 1918 weist nach den Angaben des preußischen Finanzministers Simon ein Defizit von 1300 Millionen auf — also eine Unterbilanz, die den Erträgnissen von zwei guten Friedensjahren gleichkommt. — Aber das macht gar nichts, denn die Eisenbahnanleihen sind ja festverzinsliche Papiere, die Zinsen müssen also auf

alle Fälle bezahlt werden, gleichviel, woher das Geld kommt. Sehr einfach, man wird also die Steuerschraube anziehen — zu was ist denn das arbeitende Volk da? Heilig *ist nur der Zins, mag darüber der Staat zugrunde gehen,* d. h.: Wehe, wenn der Staat die Zinszahlung einstellte, das wäre Staatsbankerott, also in der mammonistischen Phraseologie das schwerste Verbrechen, das man sich denken könnte, denn es träfe ja die kleinen Rentner, die ihr Geld in „mündelsicheren“ Papieren angelegt haben. Nun — die kleinen Renten wären den Großkapitalisten furchtbar gleichgültig, wenn sie nicht selbst noch große Posten dieser Staatspapiere in Händen hätten. So ist es sehr gut, daß die kleinen Kapitalisten diese „ausgezeichnet mündelsichere Anlage“ besitzen, denn man kann doch „das Vertrauen der Leute nicht enttäuschen“, die dem Vater Staat „vertrauensvoll“ ihre „Sparpfennige“ „anvertraut“ haben. — Wie schön und edel das klingt, und doch ist es ein ganz durchtriebener mammonistischer Schwindel — genau wie bei den Kriegsanleihen.

Müßte aus den Einkünften der Eisenbahnen nicht fast der ganze Reinertrag für die Verzinsung der Eisenbahnanleihe verwendet werden, so würden die Reineinkünfte aus dem staatlichen Eisenbahnbetrieb hinreichen, den größten Teil der staatlichen Ausgaben für die gesamte innere Verwaltung zu decken, man brauchte also sehr viel weniger direkte und indirekte Steuern zu erheben. Auch hier wieder dasselbe Bild: der kleine und mittlere Kapitalist hat nicht den geringsten Nutzen von seinen schönen Zinsen aus Anleihetiteln der Staatsbahnen, denn diese Zinsen werden ihm auf direktem oder indirektem Weg wieder abgenommen; für den Staatsangehörigen, der nicht im glücklichen Besitz solcher „mündelsicheren“ Staatspapiere ist, bedeutet die Verzinsung der Eisenbahnanleihe eine unerhörte Besteuerung seiner Arbeit zugunsten der Großanleihebesitzer. Nutzen hat nur das Großleihkapital.

In Bayern liegt die Sache genau so, ja noch ungünstiger, weil das Reinerträgnis durch die Kleinbimmellokalbahnpolitik und die schwierigeren Terrainverhältnisse von vornherein ungünstig beeinflußt war. Bei einer Eisenbahnschuld

von rund 2000 Millionen beträgt die Verzinsung rund 75 *Millionen, die Ablieferungen an die Staatskasse betrugen* vor dem Kriege im Mittel 70 Millionen. Eine rühmliche Ausnahme machte das Jahr 1911 mit 93,7 Millionen, während das Jahr 1918 mit einem namhaften Verlust abschließt.

Die finanziellen Ergebnisse des bayerischen Eisenbahnbetriebes zeigt nachstehende Tabelle für das Jahrzehnt 1902—1911.

	Gesamteinnahm. Millionen	Gesamtausgaben inkl. Pensionen	Brutto-Überschuß	Davon verschlingt die Verzinsung	Reinertrag	Verlust
1901	166,7	136,4	30,3	37,4	—	7,1
1902	169,7	129,6	40,1	38,1	2,0	
1903	176,1	133,5	43,6	40,1	2,5	
1904	184,7	141,6	43,1	44,2	—	1,1
1905	195,1	145,3	49,8	46,5	3,3	
1906	208,0	155,1	52,9	47,3	5,6	
1907	213,1	161,6	52,5	48,4	3,1	
1908	219,7	170,0	49,7	51,5	—	1,8
				Tilgung		
1909	266,4	208,9	57,5	63,8 u. 2,4	—	8,7
1910	281,6	199,5	82,1	62,9 u. 2,5	16,7	
1911	297,4	303,6	93,7	68,2 u. 2,6	22,9	

Also auch hier sehen wir wieder das gleiche Bild. Die *Reinerträgnisse reichen knapp für die Verzinsung der* Anleihen: das „Rückgrat unserer Finanzen“ hat seine Schuldigkeit getan, wenn es für diese Zinsen langt.

Ganz ebenso wie in Preußen und in Bayern verhält es sich auch in den übrigen Bundesstaaten, und nicht viel anders steht es mit der „allgemeinen Staatsschuld“, die nicht einmal zu sog. rentierlichen Zwecken aufgenommen wurde, sondern zu sonstigen Kulturaufgaben des Staates, so z. B. Straßenbauten, Wildbachverbauungen, Hochwasserdämme, Brückenbauten, Entwässerungen usw. Alle derartigen Unternehmungen dienen sozialen Zwecken, sie haben an sich und in sich keinen objektiven Wert.

Ich höre schon längst die ungeduldige Frage: Ja, wie soll denn sonst der Staat seine Bahnen bauen, seine Straßen, Brücken und sonstigen Meliorationen, außer aus

Anleihemitteln? Zum Bauen gehört doch Geld, also muß es der Staat pumpen, und kein Mensch würde dem Staat Geld leihen ohne Zinsen!

In dieser Frage, in dieser Meinung, daß der Staat wie jeder Habenichts, der ein Geschäft anfangen will, unbedingt sich das Geld dazu pumpen müsse, in dem unheilvollen Wort „Kredit“ liegt die Tragik unserer gesamten modernen Staatsfinanzwirtschaft beschlossen, und mehr noch: die Behauptung, daß niemand sein Geld ohne Zinsen herliehe, daß der Staat also verzinsliche Noten drucken müsse, um Geld zu bekommen für soziale Unternehmungen, hat ihr gut Teil beigetragen zu der mammonistischen Versumpfung unseres gesamten Zeitalters. Hier liegen die Wurzelfäden für das emporkommende Rentenideal, hier liegen die Keime für das unerhörte Wachstum des Großleihkapitals, hierin liegen die Ursachen für die wirtschaftliche Versklavung der werktätigen Bevölkerung.

Also: aus einer *irrigen staatlichen Vorstellung* heraus ist die unheilvolle Schuldenwirtschaft entstanden. Aus der Vorstellung heraus, daß der Staat es ebenso wie eine Einzelperson nötig hätte, für jede wirtschaftliche Unternehmung *Kredit* in Anspruch zu nehmen. Diese Vorstellung muß als durchaus falsch und gegen das Interesse der Gesamtheit gerichtet abgelehnt werden. — Es ist in gar keiner Weise einzusehen und begründet, daß der Staat, also die Gesamtheit der Staatsbürger, es nötig hätte, sich bei einzelnen vermögenden Privatpersonen Geld zu pumpen und diesen Leuten verzinsliche Scheine auszuhändigen; es ist durchaus nicht einzusehen, warum der Staat als souveräne Verkörperung des ganzen Volkes nicht ebensogut den Baumeistern und Lieferanten unverzinsliche Noten aushändigen sollte, hinter denen — und nun kommt der springende Punkt — genau wie hinter den verzinslichen Noten in letzter Linie *ausschließlich die Arbeitskraft des ganzen Volkes als Deckung steht.*

Diese klare Erkenntnis ist der Schlüssel für die ganzen jetzigen Verhältnisse.

Es mag insbesondere für den gerade in diesen Fragen

sich kompetent fühlenden Sachverständigen besonders schwer sein, diesen Grundirrtum einzusehen bzw. einzugestehen, weil es sich eben um tief eingefressene Vorurteile handelt. Dem einfachen Mann aus dem Volk und dem gesunden Menschenverstand wird es aber nicht schwer fallen, einzusehen, daß für die Volksgesamtheit, die letzten Endes immer für die Steuern bzw. Zinsen in irgendeiner Form aufzukommen hat, gar kein Unterschied besteht, ob der Staat verzinsliche Noten oder unverzinsliche Noten druckt zur Bezahlung seiner sozialen Aufgaben. D. h. der Unterschied wird sogar sofort zugunsten der unverzinslichen Noten — also der sogenannten Banknoten — sprechen, da ja der Staat auf diesem Wege von der unerhörten Belastung durch die ewigen Zinsen befreit bleibt.

Aber der Mammonist ist nicht verlegen und schleudert mir das furchtbare Wort „Inflation" entgegen.

Was ist Inflation? Die Überschwemmung des Geldmarktes mit papiernen Zahlungsmitteln. Die Bezahlung der staatlichen Unternehmungen mit papiernen Zahlungsmitteln soll die Wirtschaft ungünstig beeinflussen. Nun, ich bin so vermessen, zu behaupten, daß auch dies ein echt mammonistischer Schwindel ist. Auch hier müssen wir uns wieder die ursprüngliche Entstehung vor Augen halten. Sagen wir, der bayerische Staat will eine Bahn bauen, die 100 Millionen kostet; diese Summe muß vom Landtag usw. bewilligt werden, dann wird eine Anleihe ausgeschrieben. Inzwischen wird aber die Bahn schon gebaut, und der Bauunternehmer muß bezahlt werden. Mit was? Mit Banknoten. Also werden Noten gedruckt. Dann müssen aber auch die verzinslichen Noten gedruckt werden, die Anleiheschuldverschreibungen, und dazu die Coupons, und diese Coupons müssen dann wieder mit Banknoten eingelöst werden. Wir sehen hier eine Papierwirtschaft — eine Inflation —, die bedeutend größer ist, als wenn man gleich direkt den ganzen Betrag in Banknoten gedruckt hätte. Warum denn nicht 10000-Mark-Scheine drucken? Die sind dann ohnedies schon kein Zahlungsmittel im Sinne von Kleingeld mehr, die würden eben als Barreserve ins Depot genommen werden oder für größere Überwei-

sungen dienen — ganz abgesehen von der Möglichkeit der viel einfacheren bargeldlosen Verrechnung. Ich habe absichtlich den etwas umständlicheren Beweisweg über die gewöhnlichen Noten gewählt, um daran zu zeigen, daß von einer „Inflation" wieder nur als von einem „Gespenst" gesprochen werden könnte, um abergläubische Staatsmänner zu schrecken. In Wirklichkeit ist nämlich die Inflation auf dem Anleiheweg viel schlimmer, als wenn der Staat auf Grund der einmal von der Volksvertretung genehmigten Kredite — damit war ja doch das Geld da — eben dieses Geld einfach angewiesen bzw. gedruckt hätte. Wir wären damit von vornherein gar nicht in die unsinnige selbstrügerische Zinsenwirtschaft hineingeraten, aus der wir nunmehr unter allen Umständen herauskommen müssen.

Es ist ganz klar, daß beim Vorhandensein reichlicher Zahlungsmittel diese Scheine den Staatsbanken zur Gutschrift gebracht worden wären — soweit sie nicht anderweitig Anlage gefunden hätten —, und sehr bald wäre es sogar so weit gekommen, daß für die genehmigten Staatskredite gar keine neuen Scheine mehr hätten gedruckt werden müssen, da ja die Staatsbank in ihren Depots genügend Scheine liegen hatte und die sämtlichen „Anleihetitel" schon gar nicht mehr gedruckt werden mußten.

Damit wäre aber — ganz im Gegenteil zu der von mammonistischer Seite behaupteten Inflation — eben keine Inflation eingetreten und das andauernde Sinken der Kaufkraft des Geldes vermieden worden.

Die Entwertung des Geldes hat ganz genau gleichen Schritt gehalten mit dem Anschwellen unserer Anleihetitel, und zwar kann diese Tatsache wiederum jeder Laie an der Entwicklung während des Krieges verfolgen. — Den Kriegsanleiheschwindel haben wir schon gebührend beleuchtet, aber er zeigt uns noch mehr: nämlich, daß die Geldentwertung genau proportional fortgeschritten ist mit dem Anschwellen der Kriegsanleihe — im Durchschnitt können wir heute bei einer ungefähren Verdreifachung der Summe der festverzinslichen Papiere gegenüber vor dem Krieg auch im Mittel eine Verdreifachung aller Preise

feststellen, bzw. ein Sinken des Geldwertes auf 1/3. Dagegen hat die ebenfalls noch nebenbei erfolgte Überschwemmung mit Noten durchaus nicht so verheerend gewirkt. Denn die wahnsinnige Notendruckerei, die unsere papiernen Zahlungsmittel nahezu verzehnfacht hat, hat erst im vergangenen Jahr (1918) eingesetzt, wo die Preise bereits auf das 2½fache gestiegen waren; ferner ist die Preissteigerung seit dem letzten Jahre keineswegs in dem Verhältnis gewachsen wie die Masse der papiernen Zahlungsmittel, und schließlich muß zugegeben werden, daß der allergrößte Teil dieser Scheine thesauriert worden ist, also zinslos aufbewahrt wird.

Man wolle sich nun einmal vorstellen, wie die ganze Kriegsfinanzierung vor sich gegangen wäre, wenn man gleich gewagt hätte, auf Grund der erfolgten Kriegskredite, sagen wir, 5 Milliarden Scheine zu drucken und damit die Kriegslieferungen zu bezahlen. Verzinsliche Anlage in größerem Umfang hätten diese Beträge nirgends finden können, somit wären sie als Bardepots bei den Banken eingezahlt worden; eine Aufklärung darüber, gegebenenfalls sogar Strafen gegen Papiergeldhamstern nur mit dem 10. Teil der Anstrengungen wie für die Kriegsanleihe hätten das Geld wieder den öffentlichen Geldinstituten bzw. der Reichsbank zugeleitet, woraus dann auf Grund neu zu bewilligender Kredite seitens des Reichstages eben von neuem die Zahlungen ohne erneutes Notendrucken hätten geleistet werden können. Ich glaube, es ist nicht zuviel behauptet, daß das Reich auf diese Weise mit 5—10 Milliarden neuer Noten, im übrigen auf dem Verrechnungs-Gutschriften-Weg die ganze finanzielle Kriegsführung hätte bewältigen können.

Zum Beispiel hätte ein Gesetz, wonach alle Kriegslieferungen nur im Verrechnungswege an die Lieferanten bezahlt würden, daß Barabhebungen von den — wegen des Krieges — zinslosen Gutschriften nur für reine Lohnzahlungen hätten erfolgen dürfen, alle die katastrophalen Folgen unserer Kriegsanleihewirtschaft vermeiden lassen.

Wir wären damit auf den endlichen gesunden Weg der staatlichen Finanzwirtschaft gekommen.

Wir wollen, um das Bild zu runden, uns den weiteren Verlauf vorstellen: Die Kriegsindustrie, die kriegsliefernden Bauern und Handwerker bekommen ihre Zahlungen für Lieferungen durch Gutschriftsanzeige irgendeiner Reichsbankstelle. Löhne usw. können (kontrolliert) in bar abgehoben werden, Lieferantenzahlungen werden im Scheck- oder Überweisungsverkehr beglichen, der Rest, der Gewinn, bleibt als zinsloses Guthaben liegen. Die Kredite, das heißt die Schulden des Reiches an die einzelnen Guthabenbesitzer, würden nun zwar auch zu einer ähnlichen Höhe angeschwollen sein, aber *immerhin* ohne die zusätzlichen Zinsen. Die interne Verschuldung, also die Verschuldung der Gesamtheit an die einzelnen Guthabenbesitzer, würde aber in keiner Weise die Wirtschaft belasten können wie die Zinsenwirtschaft.

Wir haben schon im letzten Abschnitt den Zusammenhang zwischen Anleihewirtschaft und Geldentwertung gestreift, es ist aber vielleicht noch nicht genügend klar, warum dieser innere Zusammenhang besteht.

Dieser innere Grund liegt im ursprünglichen Wesen des Geldes begründet.

G e l d ist seiner innersten Natur nach nichts anderes als „A n w e i s u n g a u f g e l e i s t e t e A r b e i t".

Die durchaus falsche zusätzliche Einschätzung und Bewertung des Geldes als K a p i t a l, das durch sein bloßes Vorhandensein arbeitet, das heißt Zinsen trägt, ist wiederum nichts als ein ganz durchtriebener mammonistischer Schwindel.

Wir werden uns über die Richtigkeit der obigen Definition des Geldes als „Anweisung auf geleistete Arbeit" am besten klar durch ein ganz einfaches Beispiel: Für sein angeliefertes Brotgetreide hat der Bauer von dem Kohlenbergwerk im Tauschwege nicht 1 Fuhre Kohlen bekommen, sondern Geld, also „Anweisung auf geleistete Arbeit", das heißt, er kann sich um dieses Geld geleistete Arbeit, z. B. Pflug, Egge, Sense, kaufen; der Pflug- und Eggenmacher kann sich seinerseits um die empfangene „Anweisung auf geleistete Arbeit" (Geld) wiederum geleistete Arbeit, z. B.

Kohlen oder Schmiedeeisen bei dem Bergwerk, kaufen. Wir erkennen in diesem kurzen Kreislauf die unbedingte Richtigkeit dieser Definition des Geldes, als „Anweisung auf geleistete Arbeit“. Das Geld ist also eine durchaus sinnreiche, in jeder komplizierten Volkswirtschaft notwendige Erleichterung von Handel und Wandel. Diese Eigenschaft des Geldes wird so lange nicht tangiert, auch wenn es aufgespeichert wird, solange ihm nicht die überirdische Fähigkeit verliehen wird, aus sich selbst heraus Zinsen zu tragen. *Erst mit dem Zinsgedanken ist das Geld zu einer selbständigen dämonischen Macht geworden, zu der furchtbaren Gewalt, die die Menschen ausbeutet und aussaugt, erst das Zinsprinzip hat zur wirtschaftlichen Versklavung der Völker geführt.*

Geld in seiner ursprünglichen Bedeutung und Erfindung ist „Anweisung auf geleistete Arbeit“, sonst nichts! — Mit dem Zinsbegriff aber ist das Geld zum irdischen Gott geworden.

Nach dieser Definition des Geldes ist es klar, daß das Vorhandensein von *vielen* solchen „Anweisungen auf geleistete Arbeit“ *dann* die Preise der Waren (Waren sind geleistete Arbeit) in die Höhe treiben muß, wenn wenige Waren da sind, wenn also das Geldangebot größer ist als das Warenangebot. Das Warenangebot, die Produktion, ist nun in einer Volksgemeinschaft im großen und ganzen betrachtet ziemlich gleichbleibend, solange die Bevölkerungszahl und damit die Arbeitskraft nicht erheblich wächst oder sinkt. Dagegen können natürlich die Geldzeichen, diese „Anweisungen auf geleistete Arbeit“, beliebig vermehrt werden; dies geschieht am einfachsten mit Hilfe der Notenpresse. Der Erfolg ist natürlich der, daß die Preise aller „geleisteten Arbeit“ ebenfalls entsprechend steigen bzw. die Kaufkraft des Geldes sinkt. Hier haben wir nun den direkten Zusammenhang zwischen der Entwertung des Geldes mit dem ursprünglichen Begriff des Geldes. — Das bloße Vorhandensein von papiernen Noten entwertet die Kaufkraft dieser Noten, denn nur die Ware hat inneren Wert, nicht das Geld. Wir können nun ganz

genau verfolgen, wie das Anschwellen unsere papiernen „Werte“, unsere „Wertpapiere“ z. B. seit dem Jahre 1870, zu einer ganz gleichlaufenden Entwertung unseres Geldes geführt hat, und zwar war es gerade die große Masse der „verzinslichen“ „Wertpapiere“, die zu dieser Entwertung beigetragen haben; denn die Masse der unverzinslichen Noten ist viel weniger der Ausdruck für die Papierwirtschaft — (bis zum Kriegsbeginn hatten wir nur etwa 4 Milliarden Banknoten im Verkehr) — als die aus dem Zins- und Kreditwahnsinn geborene Hochflut der festverzinslichen Wertpapiere aller Art.

Nur nebenbei sei hier bemerkt, daß die Preissteigerung immer erst wie in einer Welle der Ausgabe der papiernen Werte nachgefolgt ist; hierin liegt das Geheimnis für die furchtbare Vermögensumschichtung in unserem Volk.

Die Entwicklung der Überschwemmung des Marktes mit papiernen Zahlungsmitteln aller Art während des Krieges und die daraus entstehende Geldentwertung haben wir schon im letzten Kapitel besprochen, zusammen mit den eben gebrachten Ausführungen wird nun wohl volle Klarheit über die hoffnungslose Verfahrenheit unserer staatlichen Geld- und Kreditwirtschaft bestehen.

Aber noch etwas muß besprochen werden, wo es wieder sehr schwer fällt, die „bona fides“ der kapitalistischen Kreise nicht zu bezweifeln: das ist der Umstand, daß alle kleinen, mittleren und auch noch ganz ansehnlichen Vermögen, sagen wir, sogar bis zu 1/2 Million, durch die wahnsinnige Inflation vollkommen entwertet werden. Immer größer wird die Kluft zwischen den weltbeherrschenden Plutokraten und der gesamten werktätigen Bevölkerung. Der ganze Mittelstand, auch der besitzende bessere Bürger, sinkt in die proletarische Schicht hinunter, während die goldene Internationale auf ihrem Milliardenthron, der einzig durch den Zinsenwahnsinn gestärkt ist, sich anschickt, die Weltherrschaft anzutreten.

Und wieder wird es uns klar, daß nur die Brechung der Zinsenwirtschaft uns retten kann vor vollkommener wirtschaftlicher Versklavung durch die großen internationalen Geldmächte.

Flugblatt vom 5. April 1919

Verfaßt von Dietrich Eckart auf Grund des „Manifestes zur Brechung der Zinsknechtschaft".

An alle Werktätigen!

An alle, die arbeiten, ganz gleich, was und wo, wenn sie nur arbeiten!

An alle vernünftigen Menschen!

Kein Besitz heutzutage, über den nicht gewettert würde. Industrie, Agrarier, Kirche, Bürger — wer Geld hat oder wenigstens zu haben scheint, jeder bekommt sein Fett ab. Nur von einem wird nicht gesprochen, darüber hört man nie ein Wort, nie eine Silbe; und es gibt doch nichts auf der Welt, was so ein Fluch der Menschheit wäre wie dieses. Ich meine

das Leihkapital!

Kennt Ihr es? Gehört hat wohl jeder schon davon, aber kennen, so richtig kennen — ich glaube nicht, daß Ihr es tut. Sonst würdet Ihr noch heute allen Hader vergessen und hingehen, Arm in Arm, und das Scheusal erwürgen, eh's wieder Morgen wird.

Ich will es Euch schildern in kurzen Umrissen. Aber hört gut zu! Denn wenn irgendeine Aufklärung Euch zu dem machen kann, was Ihr ersehnt, nämlich zu freien, zu glücklichen Menschen — nur diese vermag es. Keine andere als diese!

Das Leihkapital bringt Geld ein ohne Arbeit, bringt es ein durch den Zins. Ich wiederhole: ohne daß er den Finger zu rühren braucht, vermehrt der Kapitalist durch Verleihen seines Geldes sein Vermögen. Es wächst von selbst. Noch so faul darf einer sein — wenn

er Geld genug hat und es auf Zinsen legt, führt er das schönste Leben; und auch seine Kinder brauchen nichts zu arbeiten, seine Enkel, seine Urenkel, bis in alle Ewigkeit! Wie ungerecht das ist, wie schamlos, fühlt es nicht jeder?

Ins unermeßliche wächst es, dieses Leihkapital, durch den Zinseszins. Nur ein Beispiel: Anno 1806 setzte das Leihgeschäft des Hauses Rothschild ein mit den Millionen, die ihm der landesflüchtige Kurfürst von Hessen anvertraut hatte. Etwas über 10 Millionen werden es gewesen sein, auf keinen Fall mehr als zwanzig. Heute, nach rund 110 Jahren, beträgt das Vermögen der Rothschild **40** *Milliarden!*

40 Milliarden besitzt das Haus Rothschild!

Nicht Millionen, sondern *Milliarden! Wenn das so fortgeht, wird es 80 Milliarden im Jahr 1935, wird es 160 Milliarden im Jahr 1950 und 320 Milliarden im Jahr 1965 besitzen. Milliarden!* Wie der Wahn eines Tollhäuslers klingt das, aber es ist wahr! Nur *verwalten* brauchen die Rothschild ihr Vermögen, bloß dafür sorgen, daß es immer hübsch angelegt ist; *arbeiten*, wenigstens was man so unter Arbeit versteht, brauchen sie *nicht*.

Wer aber vermehrt ihnen und *ihresgleichen* das Geld in so gewaltigem Maße? Irgendwoher muß doch der Zins kommen, irgendwo müssen doch diese neuen Milliarden und aber Milliarden in harter Fron *erarbeitet* werden! Wer tut das? *Ihr* tut das, niemand anders als *Ihr!* Jawohl, *Euer* Geld ist es, unter Kummer und Sorgen mühsam verdient, das wie magnetisch angezogen hinüberfließt in die Kassen jener unersättlichen Leute!

Nochmals: das einzige Haus Rothschild besitzt 40 Milliarden. Aber davon hört man nichts, nie ein Wort! Immer nur hört man von den Agrariern, von der Schwerindustrie, von der Industrie überhaupt; und einzig und

allein auf diese Wirtschaftszweige erstreckt sich, mit betäubendem Geschrei, der Verstaatlichungsplan unserer führenden Revolutionsmänner! „Nichts andres da zum Sozialisieren!“ trommeln und pfeifen sie Euch täglich ins Ohr, bis Ihr's glaubt und froh seid, daß sich der Edelmut so um Euch sorgt. Pfiffig gedacht, muß ich sagen, und pfiffig gemacht. Wißt Ihr, wieviel das Kapital unserer gesamten Industrie beträgt?

Noch nicht 12 Milliarden beträgt das Kapital der gesamten deutschen Industrie!

Macht Euch das klar! „Auf allen Gebieten, in unserer Industrie für Eisen und Kohlen, für Kleidung und Textilwaren, für Stein und Erden, Bergwerke und Schiffahrt, Holz und Glas, in unserem Baugewerbe, in den riesigen chemischen Fabriken, in unserer einst weltbeherrschenden elektrischen Industrie, in unseren Maschinen- und Lokomotivfabriken, Werften und Papierfabriken, in der Transport- und Lebensmittelindustrie, kurz und gut, in dem unendlich weiten Gebiet aller, aber auch aller Industrien stecken noch keine 12 Milliarden!“ Gerechnet nach dem glänzenden Stand der Friedenszeit! Schon damals aber besaß

40 Milliarden das einzige Haus Rothschild!

Was mag es wohl heute besitzen, nach den ungeheuren Zinsen, die ihm der Krieg bescherte! Sämtliche Agrarier der ganzen Welt dürft Ihr zusammenfassen, und sie erreichen mit ihrem Barvermögen auch nicht annähernd die 40 Milliarden der einen Familie Rothschild!

Solche „Rothschild“ gibt es aber bei uns eine ganze Anzahl: die Mendelssohn, die Bleichröder, die Friedländer, die Warburg, um nur ein paar der wichtigsten zu nennen. Und wenn auch keiner von ihnen dem gigantischen Vorbild es gleichtut, so hat doch

wohl jeder an Kapitalsrenten mehr zu verzehren als unsere ausgesprochenen Agrarier alle zusammen! Trotzdem aber sind es gerade die Grundbesitzer, die wir von den „Rettern des Volkes“ immer wieder als die schlimmsten, ja als die einzigen Ausbeuter gebrandmarkt bekommen, während der wahren Blutsauger nie einer Erwähnung geschieht, auch nicht der leisesten! Abgelenkt werden wir geflissentlich auf das weitaus geringere Übel, damit wir das Hauptübel nicht sehen, das alles verschlingende Leihkapital; und so wird es gehandhabt seit Marx und Lassalle bis herauf zu Levien, Landauer und Mühsam! Gehen Euch jetzt die Augen noch nicht auf?

Weit über 200 Milliarden Leihkapital lasten auf dem deutschen Volk!

In welchen Händen sich das meiste davon befindet, brauche ich es Euch noch zu sagen? Nicht 100 Milliarden Kapital in Gestalt der Kriegsanleihen besitzt das deutsche Volk, sondern 100 Milliarden Schulden hat es damit, für die es den Leihzins aufbringen muß, durch Steuern! Dazu weitere 30 Milliarden ungedeckter Schulden, die es ebenfalls zu verzinsen hat! Desgleichen 25 Milliarden Anleiheschulden der Staats- und Reichseisenbahnen, auch kein Pappenstiel! Dazu noch 12 Milliarden Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute und 11 Milliarden Pfandbriefe der Hypothekenbanken, wofür das Volk in der Form von teueren Mieten die Zinsen bezahlen muß! Und schließlich hat es noch 6 Milliarden Schuldverschreibungen der deutschen Städte und Gemeinden zu verzinsen, und wer weiß, was sonst noch alles!

Aber nicht nur bei uns, in der ganzen Welt ist es so! Wohin wir auch sehen, stöhnen die arbeitenden Menschen unter der Knechtschaft des

Zinses. Polypenartig erstreckt sich das Leihkapital über das Erdenrund und saugt am Lebensmark der Völker. International hängt es in sich zusammen, muß es zusammenhängen, damit es überall, wo sich die Gelegenheit bietet, neue Nahrung findet. Mit den Mendelssohn, den Bleichrödern, den Friedländern, den Warburg im Bunde stehen unsichtbar die Löb, die Schiff, die Cahn, die Speyer, die Morgan Amerikas! Wie viele es sind, verriet uns einmal Rathenaus Eitelkeit. „300 Männer, die sich alle untereinander kennen, leiten die Geschicke Europas“, triumphierte er vor etlichen Jahren.

300 Börsenleute beherrschen die Welt!

Durch ihr unermeßliches Leihkapital! Alles ist ihnen untertan und gefügig: die Presse, die Theater, die Kinos, alles, wodurch sich die öffentliche Meinung beeinflussen läßt! Auch unsere Fürsten waren es, auch unser Adel war es, weil tausendfältig mit diesen „Auserwählten“ versippt! Aber das Gold ruht und rastet nicht; fressen will es unausgesetzt und sich mästen! Aus dem Boden steigt es, in Afrika, in Asien, immerfort aufs neue und kennt nur einen Wunsch: angelegt zu werden, Zins zu tragen. „Es lebe der Krieg!“

Mögen auch Häuser und Hütten, Eisenbahnen und Brücken von Granaten zerschmettert in Staub und Asche sinken: die Hypotheken bleiben bestehen, die Eisenbahn- und die Staatsschuld-Verschreibungen werden dadurch nicht ausgetilgt; ewig müssen die unglücklichen Besitzer ihrer zerstörten Wohnstätten, ewig die unglückliche Bevölkerung der von den Verwüstungen des Krieges betroffenen Länder fronen für die Schuldzinsen aus dem Leihkapital! Jubelnd sieht die goldene Internationale dem tollen Treiben der Menschheit zu; die wahn-

sinnigen Zerstörungen des Krieges, denen Dörfer und Städte, ganze Provinzen zum Opfer gefallen sind, geben die erwünschte Gelegenheit, neue Schuldverschreibungen zu errichten, bis schließlich restlos die ganze Menschheit als Zinssklave der goldenen Internationale dient!

Das ist die Wurzel des Weltkrieges!

Das ganz allein! Erkannt wurde das auch schon von anderen, aber — es blieb dabei. „Zweiundzwanzig Dynastien“, schrieb zu Beginn der Revolution das Berliner Spartakistenblatt „Freiheit“, „sind gefallen oder klammern sich noch verzweifelnd an den bröckelnden Felsen. Das waren nur die Puppen! Nun müssen die Drahtzieher heran! Das sind die Träger des Kapitalismus, die ungekrönten Könige in Börse und Bureau, die wahren Urheber unseres Unglücks, der verbrecherischen Politik, die den Weltkrieg heraufbeschwor!“

So klang's einmal, deutlich genug, aber seitdem hört man nichts mehr davon. Man hört jetzt nur mehr, die Könige, die Militärs seien es gewesen. Warum wohl der Umschlag? Weil der Kapitalismus inzwischen sich auch der neuen Bewegung bemächtigt hat, mittels seiner Agenten, die sich wunders wie volksfreundlich gebärden! „Er kommt“, wie der „Vorwärts“ sich schüchtern vernehmen läßt, „den Massen entgegen, um sie zu betrügen. Er fühlt sich sicher — darum ist ihm die Sozialisierung nur halb so schlimm. Weiß er doch, daß er Mittel und Wege finden wird, sich durchzusetzen.“

Da habt Ihr es! Betrogen sollen wir wiederum werden, und zwar wiederum durch das Ränkespiel der Börse! Dagegen gibt es nur ein Mittel:

Brechen wir die Zinsknechtschaft des Leihkapitals!

Trauen wir keinem mehr, der an diesem Alpdrucke der Menschheit vorbeigesehen hat! Solche Führer sind von vornherein verdächtig, und sie würden es doppelt sein, wenn sie jetzt, nachdem wir wissend geworden sind, plötzlich mit der Sprache herausrückten!

Wir Deutsche, voran wir Bayern, müssen damit beginnen!

Wir Münchner müssen damit beginnen!

Bei uns hat's angefangen mit dem Umsturz! An uns ist es auch, die Revolution ans wahre Ziel zu führen, nicht ans falsche, wohin sie kommen müßte, wenn wir uns weiter auf die fremden Geister verließen! Sagten sie nicht, es gäbe vorläufig nichts zu sozialisieren? Nun wißt Ihr es besser!

Ehrliche Leute aus unserer Mitte müssen zusammentreten und beraten, auf welche Weise die Zinsherrschaft gebrochen werden kann! So schwer es scheint, es ist nicht allzu schwer! Hat ja doch schon 600 Jahre lang das deutsche Volk ohne Zins gelebt! Nur wollen und nicht nachlassen! Fort mit den Lügnern, die nur der Börse dienen!

Nur diese Revolution ist die echte!

Auf zur Tat! Alle Völker wird sie mit fortreißen! Keine andere vermag es! Die befreite Menschheit wird es uns brüderlich danken! Uns, den verlästerten Deutschen!

Billiges Brot oder neue Steuern?

Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten

Als Flugblatt des „Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft", Druck von Josef C. Huber, Diessen vor München

Murnau, den 26. Dezember 1920.

Sehr geehrter Herr von Kahr!

Wenn ich mir gestatte, mich direkt an Ew. Exzellenz zu wenden, so tue ich dies, weil mir Gefahr auf Verzug zu sein scheint.

Durch die Presse geht die Nachricht, daß seitens der Regierung die Absicht bestehe, die bayerischen Großwasserkräfte „Walchenseewerk und Mittlere Isar" in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

Ich erhebe lebhaften und leidenschaftlichen Einspruch gegen diese Überantwortung wichtiger Teile des bayerischen Volksvermögens an das Kapital. Das bayerische Volk ist sehr wohl unter allen Umständen in der Lage, für die Gesamtheit zinslos die bayerischen Wasserkräfte auszubauen. Es besitzt genügend Arbeitskräfte, genügend geschulte Intelligenz, genügend Baustoffe usw. innerhalb seiner eigenen Grenzen, um die gesamten baulichen Anlagen aus eigenem Recht und aus eigener Arbeit zu schaffen, und es besitzt genügend Austauschprodukte, um die im Lande nicht zu beschaffenden Teile der elektrischen Ausrüstung einzutauschen.

Es ist deshalb gar nicht einzusehen, warum der bayerische Staat dem nach Zinsgenuß gierigen Kapital den Zinseintreiber macht, während er selbst aus eigenem Recht die benötigten Zahlungsmittel zinslos schaffen könnte,

ohne sich wiederum von neuem in die unnötige und unwürdige Abhängigkeit vom Kapital zu begeben.

Wenn es die Staatsregierung zu übernehmen wagt, kraft ihrer finanziellen Souveränität die Steuern für diese Verzinsung der Kapitalien einzutreiben — wenn sie damit bei 8% Verzinsung in ca. 12 Jahren die ganze Bausumme schon einmal in Gestalt der Zinsen eintreiben und an das Kapital abführen muß! —, oder aber es zuläßt, daß in Form der indirekten Steuern des genau um den Zinsbetrag verteuerten Stromes das bayerische Volk jahraus, jahrein die elektrische Energie aus seinen eigenen Wasserkräften mit diesem Zinstribut belastet bezahlen muß — —, dann wäre der Staat auch ebensogut in der Lage, souverän, aus eigenem Recht, die benötigten Summen für den Ausbau der Wasserkräfte im Wege der Steuer auf Jahre hinaus verteilt zu beschaffen, indem er vorübergehend für die Auszahlungen unverzinsliche Gutscheine der Staatsbank ausgibt — aus eigenem Recht und nicht als Handlanger des Großkapitals.

Die Ausgabe unverzinslicher Gutscheine der Bayerischen Staatsbank ist gar nichts Neues, wir hatten ja im vergangenen Jahr etwa für 120 Millionen Mark dieser Scheine, und zwar zu ganz unproduktiven Zwecken, ausgegeben. Geschähe aber eine derartige Ausgabe von Staatsgeld zu dem ausgesprochenen Zweck produktiver Arbeit, so könnte auch vom solidesten Begriff der Finanzierung aus kein Einwand dagegen erhoben werden. Der Staat würde allerdings zuerst — während des Baues — Papier für geleistete Arbeit hergeben, aber dann später geleistete Arbeit (elektrische Energie, Luftstickstoff) wieder gegen Papier eintauschen. Ein vollkommen einwandfreier Vorgang, den der Staat kraft seiner Wirtschaftshoheit unbedenklich durchführen kann.

Es ist diese Finanzierung großer staatlicher, sozialer Bautätigkeit nur ein Ausschnitt aus dem allgemeinen Zinsproblem. Ew. Exzellenz wissen, daß ich seit einigen Jahren das Zinsproblem in Wort und Schrift zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht habe. Angehörige aller politischen Parteien sind in dem von mir gegründeten

„Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft“ vereinigt; große deutsche Wirtschaftsverbände, verschiedene politische Parteien, eine Reihe hervorragender Politiker, Volkswirtschaftler, Bankfachleute sehen in meinen Forderungen den einzigen Ausweg aus unserem Finanzelend. Es unterliegt auch gar keinem Zweifel, daß die Zinsfrage die Kernfrage unseres öffentlichen Geldwesens ist und damit auch für die Führung des Staatshaushaltes; die Zinsfrage ist aber darüber hinaus der Kernpunkt der sozialen Frage, insofern, als die Vergiftung unseres innerpolitischen Lebens *aus dem berechtigten Unwillen aller mit Kopf und Hand* Arbeitenden gegen die Nutznießer des reinen Leihkapitals herrührt. Und das Zinsproblem ist darüber noch hinaus eine Frage von grundlegender Bedeutung für den gesamten westlichen Kulturkreis, insofern, als die ihm angehörenden Völker zu wählen haben werden zwischen Untergang im bolschewistischen Chaos oder Versumpfung in der Versklavung der Zinsknechtschaft gegenüber dem Weltwucherkapital der franko-anglo-amerikanischen Hochfinanz. Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die Losung, sie ist der sinnfällige Ausdruck für den in der ganzen Welt tobenden Kampf von Arbeit und Leistung gegen die Vergewaltigungs- und Ausbeutungstendenz der überstaatlichen Geldmacht.

„Um die Sicherstellung der Zinsen aus der deutschen Kriegsschuld handle es sich“, erklärte Lloyd George vor Spa. — Und wer durch die oberflächlichen Kriegsgründe hindurchzusehen vermag, der weiß, daß das unerbittliche Gesetz der Zinsen den Weltkrieg geboren hat. Die Gefährdung der sicheren Rente für das Weltkapital durch die deutsche Arbeit, durch das Deutschland der Arbeit und Leistung, durch das Land, in dem noch „undiskontierbare“ Werte, wie Beamtentreue, Offiziersehre, Fleiß und Ehrlichkeit, nicht restlos dem Geldsack erlegen waren, hat im Interesse der Errichtung einer Welt-Geld-Republik die Zerschmetterung dieses „deutschen Sozialismus“ — nicht Militarismus oder Kaiserismus usw. — verlangt. — Das deutsche Schwert fürchtete man, aber die sittlichen Imponderabilien haßte man. Deshalb wurde die Entsitt-

lichung des deutschen Volkes, die Entnationalisierung der deutschen Seele mit allen Mitteln betrieben und mit dem Versailler Vertrag gekrönt. In diesem Sinne ist für mich der Versailler Vertrag nichts anderes als die Manifestation der Zinsidee gegenüber einem ganzen Volk, er ist der formal-juristische Mantel für das ungeheure Unrecht der Versklavung der Arbeitskraft eines ganzen Volkes gegenüber der überstaatlichen Finanzgewalt.

Genau so ist ja auch der Zinsbegriff ganz allgemein eine Rechtsvorstellung, die mit dem Geldbegriff, mit der eigentlichen Aufgabe des Geldes — Tauschmittel, Anweisung auf geleistete Arbeit zu sein — im Grunde recht wenig zu tun hat. Daß der Zins eine Eigenschaft des Geldes sei, wie manche Volkswirtschaftler glauben zu machen versuchen, ist natürlich vollkommen abwegig, Zins hat mit Geld so wenig und so viel zu tun wie die Kropfgeschwulst mit dem Blutkreislauf. Die rechtliche Sicherung des Zinsanspruches hat zu einer Umfälschung des Zinsbegriffes geführt, über dessen sittliche Unhaltbarkeit sich die hervorragenden Gesetzgeber aller Zeiten und bei allen Völkern klar wurden, sobald das Völkergift des Zinses jede schöpferische freie Arbeit der Völker zu unterbinden drohte. Ich erinnere an Lykurg, Solon, an die „lex Gemicia“, Justinian, Papst Leo I., Luther, ich verweise auf das Zinsverbot in der mohammedanischen Welt, in der chinesischen Welt. Widerstrebt es schon unserem innersten Rechtsempfinden, daß man durch Geld sich Schuldtitel aller Art erwerben kann, die dem Inhaber dieser Schuldverschreibungen ein praktisch ewig dauerndes Anrecht auf die Arbeit anderer verschaffen, so wird dieser Rechtsbegriff zum Verbrechen, wenn der Staat selbst seine Zinshoheit preisgibt an den Zinsbegriff. Anstatt in seiner Geldschöpfungspflicht — in seinem Rechte, aus eigener Machtvollkommenheit die *benötigten Zahlungsmittel zu schaffen — eines seiner wichtigsten Grundrechte zu wahren*, hat er sich und damit seine Bevölkerung in die Abhängigkeit des Geldbesitzes begeben. Noch mehr, er ist dadurch notwendigerweise in eine gegnerische Stellung zum Volke geraten, ist selbst immer mehr in die Abhängigkeit vom Geldsack verstrickt worden, indem

er geradezu der Sachwalter großkapitalistischer Interessen geworden ist im Gegensatz zu seiner natürlichen und ureigensten Aufgabe: Sachwalter der Gesamtheit zu sein.

Wer könnte es leugnen: heute ist der Staat mit seinen Machtmitteln der Zinseintreiber des Kapitals, er ist unfrei — und: solange dieser antisoziale Zustand fortdauert, wird der Vorwurf des kapitalistischen Staates mit Recht gemacht werden und eine Beruhigung der innerpolitischen Spannungen nicht eintreten können.

Ganz im Gegensatz zum Ausbeutungsgedanken des Zinses steht der Eigentumsbegriff. Wenn Proudhon sagt: „Eigentum ist Diebstahl", so begeht er damit ein Verbrechen an der Kulturmenschheit, denn Eigentum, Besitz, Vermögen aller Art ist in seinem Wesen niemals Diebstahl, weil der Besitz goldener und silberner Geräte, schöner Bilder, Grund- und Hausbesitz, einer schönen Bibliothek usw. niemals die Arbeitskraft anderer ausbeutet, wie dies das Zinskapital tut. Sondern Besitz ist die Grundlage aller Kultur, Schutz des Eigentums eine der wichtigsten Aufgaben des Kulturstaates.

Ich habe diese kurze Einschaltung um deswillen gemacht, weil meine Bestrebungen gerne von interessierter Seite als kommunistisch verschrien werden. Das sind sie gewiß nicht, im Gegenteil, sie sind der Wellenbrecher gegen das bolschewistische Chaos, weil bei Durchführung meiner Forderungen zur Brechung der Zinsknechtschaft die einzig berechtigte Forderung der marxistisch-sozialistischen Gedankenwelt — die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens — erfüllt und dadurch eine Entgiftung der innerpolitischen Beziehungen herbeigeführt wird, die allein die in Parteien zerrissene Bevölkerung wieder zu einer Volksgemeinschaft, zu einer wirklichen Schicksalsgemeinschaft eint, die ein gedeihliches sozialpolitisches Arbeiten überhaupt erst ermöglichen wird. Zins aber ist Diebstahl, und die Auslieferung wichtiger bodenständiger Naturkräfte an das Kapital stellt sich nach dem Gesagten dar als staatliche Beihilfe zur organisierten Beraubung des Volkes in einem Falle, in dem gerade der soziale, staatliche Ausbau der bayerischen Wasserkräfte das bayerische

Volk in die Lage versetzen könnte und sollte, sich eine unerschöpfliche Wertquelle zu erschließen und sich frei zu machen von der Tributpflicht gegenüber dem Kapital.

Hiermit bin ich zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen zurückgekehrt. Mein Brief ist länger geworden, als ich gedacht habe. Ich vermag es trotzdem nicht, die üblichen Phrasen der Entschuldigung anzubringen, denn das hieße der Wichtigkeit der Sache Eintrag tun.

Mich bewegt nicht persönlicher Ehrgeiz oder der Wunsch, von mir und meiner Arbeit reden zu machen, sondern nur die Sorge, daß nicht wieder gutzumachende Beschlüsse gefaßt werden möchten, durch die dem bayerischen Volk wieder Werte verlorengehen könnten, die es in seinem doch nicht zu vermeidenden Kampf um persönliche Freiheit, in seiner geschichtlichen Aufgabe, wieder zurückzufinden zur Volkspersönlichkeit aus eigenem Recht, aufs kräftigste unterstützen könnten.

Ich habe mich auch zu diesem persönlichen Appell an Ew. Exzellenz deshalb veranlaßt gesehen, weil verschiedene Entschließungen aus Volksversammlungen, die das Zinsproblem zum Gegenstand hatten, und die der Staatsregierung, der Reichsregierung und den einschlägigen Ministerien zugeleitet worden waren, überhaupt ohne jede Antwort geblieben sind. Die Öffentlichkeit versteht es nicht, daß zu dieser wichtigen Frage seitens der Regierung nicht Stellung genommen wird, sondern im besten Fall private Informationen und Gutachten eingezogen werden bei Kreisen und Leuten, die zwangsläufig Gegner der Forderungen des „Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft“ sein müssen. Für die allgemeine Beurteilung meiner Forderungen ist auch keinerlei Spezialkenntnis auf volkswirtschaftlichem oder finanztechnischem Gebiet notwendig, da die Lösung des Zinsproblems eine Frage allgemein sittlicher und sozialethischer Natur ist.

Gottfried Feder.

Leitsätze des „Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft"

(Gegründet September 1919)

für den öffentlichen Redestreit

am 4. und 11. April 1921 im Wagnersaal in München

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft

forderte die Einstellung des öffentlichen Zinsendienstes, der im Grunde nur eine organisierte Beraubung des Volkes zugunsten des reinen Geldbesitzes ist,

fordert insbesondere die Rückgewinnung des einer Aktiengesellschaft (Reichsbank) überantworteten Notenprivilegs (des Rechtes zur Geldschöpfung) in den Machtbereich des Staates durch Verstaatlichung der Reichsbank,

fordert die Verstaatlichung der Banken, die ihre eigentliche soziale Aufgabe, Geldverkehr zu vermitteln, nicht mehr erfüllen, sondern das Wirtschaftsleben gewalttätig beherrschen und von aller Arbeit in Form hoher Zinsen rücksichtslos Tribut erpressen,

fordert die ausreichende Entschädigung der kleinen Rentner für die durch eine alles verderbende Finanz- und Steuerpolitik eingetretene Entwertung der Spargelder,

fordert im besonderen, daß die wirtschaftliche Freiheit und Zukunft Bayerns nicht aufs Spiel gesetzt werde durch Überantwortung unserer kostbarsten Naturkraft, der Wasserkraft, an das Zinskapital,

fordert, daß der Staat durch Organisation der ihm zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte den Ausbau der Wasserkräfte aus eigenen Mitteln vornimmt, indem er kraft der ihm eigenen Finanzhoheit die nötigen

Umlaufmittel schafft, die durch die entstehenden Werke und ihre Erträgnisse volle Deckung finden,
fordert, daß das Volksvermögen und die Steuerkraft unmittelbar verwendet werden, um mit ihrer Hilfe ertragreiche Werke zu schaffen, nicht aber, um lediglich für das gar nicht notwendige Leihgeld Bürgschaft zu leisten,
fordert Einschränkung der Kapitalaufnahmen bei den Aktiengesellschaften. Die A.-G. sollen ihre Gewinne zu ihrer Betriebsstärkung verwenden, sie sollen nicht unerhörte Gewinne ausschütten, wenn sie dann doch wieder neues Geld aufnehmen müssen. Neues Geld sind neue Schulden, kostet neue Zinsen, bedeutet Preissteigerung!

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft
verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß seine Forderungen „utopisch" seien, „geeignet seien, Beunruhigung unter das Volk zu bringen".
Die finanzielle Gesundung unserer Volkswirtschaft durch Ausschaltung des staatlichen Zinsendienstes ist für die Gesamtheit höchst erstrebenswert und nicht „utopisch". Beunruhigung kann nur von den Gegnern wirtschaftlicher Gesundung hineingetragen werden. Selbst wenn da und dort eigensüchtige Belange verletzt werden sollten, darf die rettende Tat so wenig unterlassen werden wie eine lebensnotwendige Operation wegen der damit verbundenen Schmerzen.

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft
erklärt, daß die staatliche Zinswirtschaft am dringendsten der Lösung bedarf, denn die Schäden der verfehlten staatlichen Finanzpolitik treffen das ganze Volk. Hier handelt es sich um allgemeine soziale Belange. Die Befriedigung des privaten Kreditbedarfes kann nicht etwa durch staatliche Maßnahmen (z. B. ein durchgehendes Zinsverbot nach geschichtlichem Vorbild) geregelt werden, dies muß dem freien Selbst-

bestimmungsrecht des einzelnen überlassen bleiben. Es kann sich nur darum handeln, darauf hinzuwirken, daß eine Geldhingabe nur bei übernommener Verlustgefahr am Gewinn beteiligt wird, und daß der Darleiher nicht bei vollkommener Sicherstellung über die erwachsenden Spesen hinaus auch noch einen dauernden mühe- und arbeitslosen Wertzuwachs durch festen Zins bezieht.

Der Deutsche Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft

erblickt in der Lösung der Zinsfrage nicht nur die Voraussetzung für die Behebung unseres deutschen Finanzelends, sondern die Befreiung aller Völker des westlichen Kulturkreises aus ihrer ungeheuren Verschuldung.

Die Brechung der Zinsknechtschaft

ist das Mittel, um den Riesenkampf, der in der ganzen Welt zwischen Arbeit und Kapital tobt, zugunsten der Freiheit der Arbeit zu entscheiden, ohne daß dadurch Eigentum, Vermögensbildung durch eigenen Fleiß, durch eigene Tatkraft und überragende geistige Leistungen beseitigt oder auch nur untergraben werden müßte.

Nur durch die Brechung der Zinsknechtschaft kann eine Versöhnung des heute in Klassen zerrissenen Volkes erreicht werden, dadurch, daß ein arbeitsloses Einkommen aus reinem Geldbesitz unmöglich gemacht wird.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die wichtigste sittliche Forderung in sozialer Hinsicht, sie erhebt sich in ihrer allgemeinen Bedeutung weit über alle Tagesfragen, sie ist die Lösung der sozialen Frage, sie ist der einzige Ausweg aus der furchtbaren Wirrnis der Zeit.

Die Brechung der Zinsknechtschaft führt uns aus der hochkapitalistischen Wirtschaftsform unter Vermeidung der kommunistischen Form der Entseelung und Mechanisierung der Arbeit zu der vom Druck der Übermacht des Geldes befreiten wahrhaft sozialen Wirtschaftsform,

zum Staate der Arbeit und Leistung.

Der kommende Steuerstreik

Aus dem Buche „Der kommende Steuerstreik“ von Gottfried Feder, Diplom-Ingen., und Dr. A. Buckeley (1921, Verlag Josef C. Huber, Diessen vor München)

1. Die heutige Lage

Durch die Annahme des Londoner Ultimatums hat der Versailler Friede eine neue öffentlich-rechtliche Form gefunden, die vorläufig den Abschluß des Kampfes des Weltkapitals gegen die deutsche Arbeit bedeutet.

Die Geldgewaltigen von London-City, Paris und Wallstreet sind nun endlich in den ersehnten Besitz zinstragender Rechtstitel, genannt „Wiedergutmachungsfonds“, a, b und c gelangt, die ihnen die dauernde Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft in aller Form international gültiger Rechtsvorstellungen gewährleisten. Damit ist auch der Schleier von letzten Zusammenhängen gezogen, welche die Erklärung geben für Ursache, Zweck und Ziel des Weltkrieges.

Frankreichs Revanche-Idee war gewiß eine der aktiv zum Krieg treibenden Ursachen, ebenso die Großfürstenpolitik in Rußland, aber Frankreich allein hätte niemals den Waffengang gewagt; auch in Rußland waren sehr starke Bedenken gegen den Waffengang mit Deutschland geltend gemacht worden. Keiner dieser aktiven Kriegspolitiker hätte ohne die geheime Zustimmung der Geldmacht in Presse und Parlament seine Politik verfolgen können, ja man darf wohl sagen: verfolgen dürfen, wenn die Niederwerfung Deutschlands nicht im Gesamtplan der Erringung der Weltherrschaft durch die überstaatliche Finanzgewalt gelegen hätte.

Es ist außerordentlich schwierig, ja geradezu unmöglich, für die letzten Zusammenhänge aktenmäßige Beweise zu führen. Solch aktenmäßige Beweise lassen sich viel leichter führen für bestimmte Handlungen, für das

Bestehen von Befehlen, Erlässen, die Mobilmachung betreffend usw. wie im Suchomlinow-Prozeß, im Prozeß gegen Prinzip. Aber solche Beweisführungen bleiben immer an den Erscheinungen hängen und legen niemals die tiefsten treibenden Kräfte bloß, auf die es eigentlich ankommt.

Beweiskräftig sind nur die tatsächlichen Schlußergebnisse aus dem Weltkrieg.

Welches ist nun aber das Schlußergebnis aus dem Weltkrieg — auf das es ankommt? Die Niederwerfung Deutschlands? Der Sieg der Entente? Die deutsche Revolution? Die Verjagung der deutschen Fürsten? Die Bolschewisierung Rußlands? Die sittliche und wirtschaftliche Verwahrlosung aller Völker des westlichen Kulturkreises?

Das sind alles nur Voraussetzungen, gewollte Notwendigkeiten, Begleitumstände und negative, zerstörende Erscheinungen — aber keine Ziele. Das hätte alles keinen Sinn, wenn es nicht irgend jemand zum Nutzen wäre. — *Wem zum Nutzen sind nun Krieg und Revolution, Tod und Not, Phrase und Schwindel, Klassenkampf und Brudermord?*

Hat etwa der französische Bauer etwas davon, daß die Entente siegte? Bekommt er etwas von der deutschen Kriegsentschädigung zu sehen? Ist etwa der englische Arbeiter Nutznießer der wirtschaftlichen Auspressung Deutschlands, sind nicht im Gegenteil der englische Kohlenbergbau und damit der englische Bergarbeiter durch die abgepreßten deutschen Kohlenlieferungen aufs schwerste gefährdet? Hat das deutsche Volk etwas anderes von seiner revolutionären Freiheit als die Aussicht, langsam erdrosselt zu werden? Hat der Arbeiter etwas von der Diktatur seiner — sagen wir gleich richtig — Verführer?

Sehen wir ab von den Schmarotzern an jedem kranken Volkskörper, den Wucherern und Schiebern; wer hat wirklich den Nutzen des Krieges und der Revolution? Etwa die revolutionären Regierungen oder deren Leiter? Auch sie nicht. Die Revolution frißt ihre eigenen Kinder: Eisner erschossen, Jaffé im Irrenhaus, Landauer erschossen, Leviné erschossen, Liebknecht erschossen, die Luxemburg erschlagen,

Erzberger erschossen, die übrigen haltlosen Kompromißler zwangsläufig festgefahren in alte eigene oder übernommene Schuld.

Haben die Beamten Nutzen? 5—6fache Gehälter und bis 10fache Preise. Die Soldaten? Zum Dank für den Einsatz ihres Lebens ernten sie Mißtrauen und Verachtung ihrer Volksgenossen und leiden bittere Not.

Künstler und freie Berufe? Wie leiden sie alle unter der Teuerung! Der gesamte Mittelstand steht vor der Gefahr, zerrieben zu werden. Der Rentnerstand ein sterbender Stand.

Über aller Arbeit, über allem Besitz, über jedem Ertrag, über jedem Beruf, fast über jedem einzelnen wirtschaftlichen Vorgang schwebt die Steuer. Wie eine ungeheure Drohung erstickt die Steuer schon die Keime jeder erfolgreichen wirtschaftlichen Betätigung. Wagt trotzdem kühner wirtschaftlicher Entschluß, den Bedarf zu decken, dann frißt wie ein gieriges Feuer die Steuer den größten Teil des Ertrages weg. Jede Vermögensbildung wird verhindert, jeder Bissen Brot ist besteuert, jede Reise trägt vielfache Steuerlast; die Grundlage unserer Volkswirtschaft, die Kohle, ist mit Steuern belastet, die das Vielfache ihrer Erzeugungskosten betragen. Jeder Güteraustausch — Zweck und Inhalt der Volkswirtschaft — ist mit riesigen Warenumsatzsteuern belastet, darüber hinaus sind noch die meisten Waren und Genußmittel mit Spezialsteuern belastet: Tabak, Zucker, Salz, Branntwein, Bier, Limonade, Zündhölzer, Glühlampen. So liegt die Steuer wie ein grauer, lebentötender Schleier auf aller Wirtschaft.

Steuer und Teuerung, das sind die beiden wesentlichsten Merkmale für unser heutiges wirtschaftliches Leben, Steuer und Teuerung, beide durch einander bedingt, jede die andere nach sich ziehend.

2. Das Werden und die Folgen eines allgemeinen Steuerstreiks

Was sind nun die unausbleiblichen Folgen so unerträglicher Bindungen und Lasten? Zunächst wird das Kabinett

der Erfüllung in immer größere Schwierigkeiten geraten, in Schwierigkeiten, die eben in der Unerfüllbarkeit der Aufgabe liegen. Diese Schwierigkeiten könnten dem deutschen Volk an sich gleichgültig sein, solange es sich nur um Personenfragen handelt, nicht gleichgültig, wenn mit dem Wechsel der Personen nur ein immer erhöhter Steuerdruck verbunden ist. *Denn darüber müssen sich Regierung und Volk endlich einmal vollkommen klar werden, daß das Hexen-Einmaleins der Zinszahlung an das Weltkapital — das ist Sinn, Zweck und Inhalt des Versailler Vertrages — mit den bisherigen Mitteln der Steuer unlösbar bleibt, weil eben diese ewige Zinszahlung den raffiniertesten Völkerbetrug aller Zeiten darstellt.* Wenn dieser Betrug sich heute auf Rechtstitel stützen kann, so trifft die Verantwortung dafür die Reichsregierung.

Das Volk selbst und gerade das deutsche Volk in seiner unendlichen Langmut und Geduld wird allerdings eine allgemeine Rechenschaft von seiner Regierung erst verlangen, wenn es jedem einzelnen im Volk klar geworden ist, *daß die unerhörte steuerliche Bedrückung einzig und allein der Zinszahlung an das Weltkapital dient.* Erst dann, wenn es erkannt hat, daß es mit jedem Stück Brot, mit jedem warmen Zimmer, mit jeglicher Leistung Zinsen bezahlt an den Feind — nicht etwa an den Kriegsfeind, an den Franzosen oder Engländer, die im Schützengraben ihm gegenübergestanden haben, sondern an den Weltfeind, an die überstaatliche Geldmacht, für die die Regierungen des Feindbundes ja auch nur Vollstrecker sind, erst dann wird der Trotz wachsen, die Empörung und der Wille zur Befreiung; erst dann, wenn jeder sieht, daß die eigene Regierung ihre vornehmste Aufgabe in der Erfüllung des Unerfüllbaren sieht und damit sich vom Sachwalter der eigenen nationalen Aufgaben, des nationalen Wiederaufbaues, von dem immer so viel Schönes geredet wird — zum Sachwalter und Steuerbüttel des Feindbundes erniedrigt

hat, wird der Wille zur Verweigerung der Leistungen entspringen, die allein die Befreiung aus so unerhörter Zinsknechtschaft verspricht.

Man darf sich den Ausbruch eines allgemeinen Steuerstreiks nicht so vorstellen, daß von irgendeiner Stelle die Parole hierzu ausgegeben wird und plötzlich auf Kommando von dem nächsten Tage ab vom ganzen Volk keine Steuern mehr bezahlt werden. Ein solches spontanes Einsetzen des allgemeinen Steuerstreiks wäre wohl denkbar unter der Voraussetzung, daß der Steuerstreik planmäßig von langer Hand durch irgendeine darauf hinarbeitende Organisation vorbereitet wäre, und daß dann diese Organisation für die Ausgabe der Parole durch eine glückliche Verkettung irgendwelcher Zeitumstände einen ganz selten gut vorbereiteten Boden vorfände. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß Umstände eintreten, die sozusagen mit einem Schlag dem ganzen Volke die Notwendigkeit des Steuerstreiks zum Bewußtsein bringen. Denn bei der Interesselosigkeit und Urteilslosigkeit weitester Kreise des Volkes, bei der Zerklüftung in Parteien-, Klassen- und sonstige Gegensätze würde selbst beispielsweise eine Besetzung des Ruhrgebietes heute noch nicht ausreichen, um das Volk geschlossen auf den Plan zu rufen. Der wahrscheinliche und mutmaßliche Ausbruch des Steuerstreiks wird sich vielmehr in der oben angedeuteten Art vollziehen: irgendeine politische oder wirtschaftliche Gruppe gibt die Parole zum Steuerstreik aus; ist diese Gruppe so stark, daß die Abwehrmittel des Staates und seiner Organe dagegen versagen müssen, dann führt dies ohnedies naturnotwendig zum allgemeinen Steuerstreik.

Wie jeder planmäßig aufgenommene Kampf und wie jeder andere Streik, hat auch der Steuerstreik ein bestimmtes Ziel. Sobald dieses Ziel erreicht wäre, bestünde an sich kein Anlaß mehr zur Fortsetzung des Steuerstreiks.

Das Ziel eines allgemeinen Steuerstreiks wird sein: Auflehnung gegen eine ungesunde, übermäßige, überspannte und lähmende Steuerpolitik, verursacht durch die allgemeine finanzielle Mißwirtschaft im Land und verursacht durch die unerträglichen und unerschwinglichen Leistungen

an den Feind. Der Gegner, der durch den Steuerstreik niedergekämpft werden soll, ist also die verfehlte Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Vielleicht erscheinen noch deutlicher als Gegner ein bestimmtes Kabinett, eine bestimmte Regierung oder bestimmte parlamentarische Zustände. Als entfernter und letzter Gegner, der durch den Steuerstreik niedergerungen werden soll, erscheinen die ungesunden und unerfüllbaren Forderungen des Feindes, insbesondere dann, wenn noch der Gesichtspunkt dazu kommt, daß dieser Feind uns zwar einmal den sogenannten Friedensvertrag von Versailles aufgezwungen hat, diesen als Rechtsgrundlage für unsere Leistungen erklärte, daß er sich aber selbst niemals an diesen Vertrag hält, sondern wiederholte und fortgesetzte Gelegenheiten benützte, um unter allerlei Vorwänden uns neue Lasten aufzubürden.

Der Steuerstreik dient also sowohl der Bekämpfung innerpolitischer als unhaltbar empfundener Zustände, als auch der Bekämpfung des Feindes von außen an Stelle eines Kampfes mit Waffen; der Steuerstreik ist deshalb mehr als bloße passive Resistenz; er ist in seiner Wirkung ein Angriff auf die Funktion des Staates als Steuereintreiber und Scherge des Feindes.

Es fragt sich also, wann und von welchem Augenblick an das Ziel des Steuerstreiks als erreicht gilt, und was dann zu geschehen hat, um wiederum in normale Verhältnisse zu gelangen, bzw. ob es überhaupt möglich ist, aus solchen durch einen Steuerstreik heraufbeschworenen Zuständen noch einen Ausweg zu finden.

Dabei muß freilich vorweg betont werden, daß das Wort von den „durch einen Steuerstreik heraufbeschworenen Zuständen“ irreführend ist; denn die *Zustände*, welche den Steuerstreik heraufbeschworen haben, sind die Ursachen für die Vernichtung der Volkswirtschaft und die Zertrümmerung des Staates und nicht der Steuerstreik!

Die durch einen länger andauernden allgemeinen Steuerstreik eintretenden Zustände lassen sich zusammenfassend nach folgenden Gruppen darstellen:

a) Wirkungen auf das Staatsgetriebe

Wie bereits geschildert, wird der Staat alle seine Abwehrmaßnahmen gegen den Steuerstreik darauf einstellen, daß er sich, das heißt seine Organe und Funktionäre, am Ruder erhält, mit anderen Worten, daß er den Behördenapparat und die Autorität der Behörden aufrecht halten und durchhalten kann. Wie weit dies gelingt, das hängt eben von der Wirkung, Ausdehnung und Dauer des Steuerstreiks ab. Weil der Staatsbehördenapparat für das Volk die Versinnbildlichung der verfehlten Staatsmaßnahmen darstellt, weil dieser Staatsapparat aus Steuermitteln vorweg bezahlt werden muß, wird also ein Steuerstreik eine starke Kluft zwischen allem, was Behörde ist, einerseits und zwischen dem Volk andererseits ziehen, bzw. die bereits bestehende Kluft ins Ungeheuerliche vertiefen. Daß die mutmaßliche Folge das Schwinden jeder Autorität der Behörden sein wird, darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen. Die meiste Aussicht, Autorität aufrechtzuerhalten, bleibt für die Außenstellen bestehen, aber nur dort, wo eine umsichtige, verständige, volkstümliche Persönlichkeit an der Spitze einer Behörde steht. Es wird vielleicht gehen, wie es bei der durch die Revolution hervorgerufenen Auflösung der Heeresverbände ging: Wo ein mißliebiger Offizier an der Spitze eines kleineren Truppenverbandes stand, führten die Soldatenräte das Regiment; wo es aber Offiziere gab, die sich den inneren Respekt der Mannschaft zu verschaffen gewußt hatten, konnten diese ihre Kompagnie oder ihre Abteilung bis in die Heimat geordnet zurückführen. Wo also an einer Verwaltungsstelle ein Oberamtmann auch in solchen Zeiten auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit sich die Autorität zu erhalten vermag, wird er noch einigen Einfluß innerhalb seines Bezirkes ausüben und dort halbwegs geordnete Zustände aufrechterhalten können; wo aber ein mißliebiger, schikanöser, unduldsamer oder bureaukratischer Beamter an einem Posten steht, der ihn ständig mit dem Volk in Fühlung bringt, da wird sich in solchen Zeitläuften die Autorität der Behörde sehr bald erledigt haben. Die Zentralstellen werden zwar nach wie vor Verordnungen an die Unterbehörden hinaus-

geben, sie werden aber bald von außen hören, daß den Verordnungen keine Folge mehr verschafft werden kann.

b) Wirtschaftliche Folgen

Weil es zu den ersten Abwehrmitteln des Staates gehörte, sich durch fortgesetzte Tätigkeit der Notenpresse über Wasser zu halten, träte eine ungeheure Verschlechterung der Valuta schon durch die bloße Überschwemmung mit papiernen Zahlungsmitteln ein. Aber auch die Tatsache des Steuerstreiks als solche allein müßte, börsenmäßig gedacht, den Kredit des Staatswesens erschüttern. Die Valuta müßte also in kürzester Zeit weiter stark sinken; damit wäre jede Einfuhr, die nicht Tauschhandel ist, wiederum unmöglich gemacht. Für das inländische Geschäftsleben als solches bestünde an sich keine Notwendigkeit, die Produktion einzuschränken. Da im Gegenteil mit Rücksicht auf die schlechte Valuta das ganze Volk aus den eigenen Erzeugnissen des Inlands ernährt werden müßte, wäre es wiederum notwendig, die Innenproduktion auf das höchste Maß anzuspannen, die Gütererzeugung auf die sogenannten lebensnotwendigen Güter einzustellen und die Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern oder von Luxusbedarf zu beschränken.

Soweit produzierende Tätigkeit in Frage kommt, ginge diese im großen und ganzen in geordneten Bahnen weiter. Weil der Streik sich erklärtermaßen gegen die Papiergeldwirtschaft des Staates richtet, verweigerte das Volk die Annahme der papiernen Zahlungsmittel und wickelte das Geschäftsleben sich vorwiegend auf dem Tauschwege ab.

Damit wäre auch die Tätigkeit der Banken zu einem großen Teile brachgelegt. Wohl hätten Aktien und Wertpapiere an sich noch dieselben Sachwerte hinter sich wie früher; diese Sachwerte hätten tatsächlich sogar eine größere Bedeutung, weil das reine Papiergeld als Teilbestand des Volksvermögens seinen Wert verloren hätte. Aber die Umsatzmöglichkeit der Aktien, die Kursfähigkeit, das Spekulieren in Kursen und Devisen würde erschwert, bzw. es hörte von selbst auf.

Von dem Zeitpunkt an, da der Steuerstreik so weit vorgeschritten ist, daß die staatlichen Papierscheine nicht mehr als Zahlungsmittel vom Volk angenommen werden, daß sie vielmehr als wertlos gelten, hat der Steuerstreik nach dieser Richtung hin sein Ziel erreicht: Bekämpfung der Finanzpolitik des Staates.

c) Innerpolitische Wirkungen

Eine der schwersten Belastungsproben für die politische Reife der Deutschen ist, wenn man ihnen zumutet, zur Frage der deutschen Einheit Stellung zu nehmen. Die Phrase: „Das letzte, was uns aus dem Zusammenbruch geblieben ist, sei die Einheit des Deutschen Reiches", beherrscht und verwirrt bei fast allen politischen Parteien die Köpfe, so daß auf diesem Boden sich Rechts- und Linksparteien zu treffen scheinen. Scheinen, weil in Wirklichkeit jeder etwas anderes darunter versteht.

Der „reichstreue" Rechtsparteiler denkt bei dem Begriff „Einheit des Reiches" an die gebietende Machtstellung des Bismarckschen Reichsbaues, dessen Wiederaufrichtung er zurückersehnt; dabei vergißt er ganz, daß das heutige Reich etwas grundsätzlich anderes ist als das, was ihm vorschwebt, wenn er sich für die Erhaltung der Einheit des Reiches einsetzt.

Die „reichstreue" Sozialdemokratie denkt bei der „Einheit des Reiches" an die Aufrechterhaltung bzw. Verbreiterung ihres Besitzstandes an Ministersesseln, des Reichspräsidentenpostens und an die Abwehr alles dessen, was als „reaktionär", „bayerisch", „föderalistisch", „junkerlich" usw. die „Einheit des Reiches" gefährden könnte.

Die „reichstreuen" Demokraten sind die treuherzigen und gutgläubigen Deutschen, die da glauben, die heutige Demokratie mit Vaterlandsliebe vereinigen zu können. Der „Demokrat" denkt bei seiner „Einheit des Rechtes" an das Ideal der 1848er, an die ersehnte Befreiung aus vormärzlicher Kleinstaaterei und Polizeiwillkür und übersieht dabei nicht anders als der Rechtsparteiler, daß die heutige Demokratie der Weimarer Verfassung nur die versteckte Herr-

schaftsform der Plutokratie nach dem Muster der westlichen Demokratien ist.

Für den ruhigen Beobachter besteht aber die heutige Einheit des Reiches nur in einem rücksichtslosen Zentralismus in Berlin, der ausschließlich geldmächtigen und händlerischen Interessen dient. Mit dem Wohl des deutschen Volkes hat diese „Einheit des Reiches“ gar nichts zu tun.

Wenn wir diese grundsätzlichen kurzen Vorbemerkungen hier angebracht haben, so geschah dies aus dem Grunde, weil wir uns verpflichtet fühlen, bei unserer Untersuchung über den kommenden Steuerstreik an der heiklen Frage nicht vorbeizugehen: ob, und wenn, welche Einflüsse ein allgemeiner Steuerstreik auf den Bestand des Reiches haben könnte?

Daß diese Frage kommen wird, ist klar, und zwar wird sie gestellt werden in der Form der Behauptung oder des Vorwurfes: daß ein Steuerstreik den Bestand des Reiches zerstörte. Gerade weil wir diese Bedenken und Vorwürfe voraussehen, müssen wir mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß die Folgen von irgendwelchen Ursachen nicht die Schuld an weiteren Folgen treffen können. Nicht der Bauer ist an den Prügeln „schuld“, die der erwischte Kartoffeldieb bezieht, sondern der vollführte oder beabsichtigte Diebstahl hat dem Dieb die Prügel eingetragen. Ebensowenig ist der Steuerstreik daran schuld, wenn der Bestand des Reiches gefährdet oder zerstört wird, sondern das unerträgliche Steuersystem ist die Ursache, die den Steuerstreik nach sich ziehen muß, weil sonst an den Steuern, aber nicht am Steuerstreik Volk und Wirtschaft zugrunde gehen muß!

Freilich richtet sich der Steuerstreik gegen die Reichsregierung — aber diese Reichsregierung ist eben nicht gleichzusetzen mit dem „Deutschen Reich“, geschweige denn mit dem deutschen Volk. Aufs deutsche Volk aber kommt es an, nicht auf die sogenannte „Einheit des Reiches“, unter der man eben heute nicht retrospektiv das alte, versunkene machtvolle Bismarckreich meinen darf, auch nicht das Ideal des Vorkampfes deutscher Einheit aus den 1848er Jahren,

sondern verstehen muß: die Einheitsfutterkrippe des Parteibonzentums und die bequeme Ausbeutungszentrale in Berlin für die überstaatlichen Geldmächte. Darin besteht heute die Einheit des Reiches.

Wenn man diese Erkenntnis festhielte bei politischen Entscheidungen, löste sich von selbst alle die Schwierigkeiten bei Fragen nach der Tunlichkeit des „Festhaltens am Reichsgedanken", von „Opfern für das Reich". Das Wohl des Vaterlandes steht hoch über allen Verfassungsfragen, hoch über dem „Einheitsgedanken", hoch über wirtschaftlichen Gesichtspunkten und vor allen Dingen hoch, hoch über händlerischen und geldmächtlichen Interessen.

Hat überhaupt die Einheit der Steuereintreibung und Verwaltung etwas mit der Einheit des deutschen „Volkes" zu tun?

Gehören unsere deutsch-österreichischen Brüder nicht tausendmal inniger zum deutschen Volk als die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens? Sind die Schieber und Wucherer, auch wenn sie von Geburt Deutsche und ihrem Kinderglauben nach Christen sind, durch ihre täglichen Besuche auf den deutschen Großbanken und Börsen wichtiger für das Deutschtum als die wegen ihres Deutschtums schwerverfolgten Deutschen in den Sudetenländern in Tschechien, in Polen und in den anderen fremdstaatlichen Gebieten?? Besteht die Einheit eines Volkes nicht viel mehr in der Einheit seiner Sprache, seiner Sitte, seiner Kultur, seiner Tradition, in der Einheit seines Weltbildes, seiner Rasse?

Ob also die sogenannte Einheit des Reiches durch einen Steuerstreik zerrissen oder gefährdet wird, steht und fällt mit der Beantwortung der Frage, ob man die bestehende und nach Annahme der neuen Steuern mit voller Wucht einsetzende Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Berliner Zentralregierung für nützlich oder schädlich hält.

Selbst wenn wirklich ein allgemeiner Steuerstreik einen Zerfall der Berliner Einheit bedeutete (wenn wir selbst diese als falsch nachgewiesene Fragestellung benützen), ist

noch lange nicht gesagt, daß damit das deutsche Volk in seiner inneren völkischen Einheit Schaden leiden müßte.

Ein wirklicher Neuaufbau des Deutschen Reiches verlangt jedenfalls als unbedingte und unerläßliche Voraussetzung die radikale Befreiung von einer geradezu tödlichen Form der staatlichen Finanz- und Steuerwirtschaft.

d) Außenpolitische Folgen

Auch die Wirkung eines allgemeinen Steuerstreikes auf das Ausland muß in einer theoretischen Erörterung der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Steuerstreikes untersucht werden.

Wir sind ja heute in Deutschland leider so weit, daß keine Frage von Belang mehr gestellt werden kann ohne die beschämende Frage: Was werden der Feind und das Ausland dazu sagen?

Der Feind hat am Steuerstreik zwei widersprechende Interessen: Zunächst muß der Feind befürchten, daß er infolge des Steuerstreiks die von Deutschland erwarteten Zahlungen nicht bekommt. Diese Ansicht wird ihn anstacheln, sein möglichstes gegen die Ausbreitung des Steuerstreiks zu tun. Aber der Feind wird nicht deshalb die erwarteten Zahlungen von Deutschland nicht bekommen, weil das Volk gegen die Steuern streikt, sondern er wird sie nicht erhalten aus inneren Notwendigkeiten heraus, weil die Leistung der aufgelegten Zahlungen das Menschenmögliche überschreitet, und weil weder die Feinde noch das deutsche Volk die Macht besitzen, Unmögliches möglich zu machen. Es wird also lediglich davon abhängen, ob bei Ausbruch des deutschen Steuerstreiks die feindlichen Regierungen das Verfehlte und Unmögliche der Auflagen an Deutschland einsehen oder nicht. Zur Zeit bestehen noch keine Anzeichen dafür, daß eine solche Einsicht bei unseren Feinden Platz griffe.

Eine förmliche Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland ist nicht zu erwarten. Sie wäre auch ein Unsinn und überflüssig. Denn wir leben ohnedies noch in fortgesetztem Kriegszustand mit Frankreich, nur mit dem Unterschied,

daß wir nicht mehr mit militärischen Waffen uns wehren können. Das Volk selbst aber weiß und empfindet, daß all die fortgesetzten Rechtsbrüche des Feindes nichts anderes als Kriegshandlungen darstellen. Die Unterstützung der polnischen Umtriebe in Oberschlesien, die Sanktionen, die Zusammenziehung der Truppen im Ruhrgebiet, mit der Bereitschaft, jederzeit einzurücken, die Besetzung mit ihren unerhörten Auflagen, endlich die selbst dem Versailler Vertrag, noch mehr aber dem Grundsatz vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" hohnsprechende, auf Erdrosselung der deutschen Wirtschaft abzielende „Teilung" Oberschlesiens: — das ist alles fortgesetzter Krieg, nur Krieg nicht mit Waffen, sondern Krieg mit Demütigungen und mit wirtschaftlicher Ausbeutung. Diese Art des Krieges wird dann mit allen Mitteln, die bereits angedeutet wurden, fortgesetzt werden.

3. Der Ausweg

Nicht der Steuerstreik, sondern die Finanzpolitik des Reiches muß demnach alle die Folgen auslösen, die in den vorangehenden Abschnitten geschildert wurden. Finanzpolitik ist zwar zu eng gefaßt; denn es lassen sich eben die verschiedenen Arten Politik nicht voneinander trennen. So hat die ungenügende Politik während des Krieges die Erfolge der militärischen Kriegführung aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt, die Zaghaftigkeit und Halbheit der inneren Politik hat die innere Festigkeit des deutschen Volkes zermürbt und zu den katastrophalen Folgen in der äußeren Politik geführt. Das Dokument und der Befähigungsnachweis, das heißt der Unfähigkeitsnachweis für unsere Gesamtpolitik heißt: Friede von Versailles.

Daß der Dilettantismus in der Staatsführung in der Nachkriegszeit noch weiter um sich gegriffen hat, liegt vor aller Augen. Ihren fühlbarsten Ausdruck aber findet die Gesamtpolitik der deutschen Regierung in den Steuerlasten, die dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit aufgebürdet werden.

Mit diesen Feststellungen haben wir aber, wie schon bemerkt, die letzten Gründe noch keineswegs erschöpft, die zu

der heutigen unlösbar scheinenden Verwirrung geführt haben. Dazu führt uns erst die Feststellung: wem zum Nutzen die ganze unheilvolle Politik ausgeschlagen ist.

Die Zinsbarmachung aller Völker des Erdkreises ist Ziel und Zweck des Weltkrieges gewesen. Wie weit die Großgeldmacht diesem Ziel nahe gekommen ist, sei durch eine kurze Übersicht gezeigt, die die Verschuldung der wichtigsten Staaten des westlichen Kulturkreises umfaßt. Ich stütze mich dabei auf die Angaben des bekannten großen englischen statistischen Jahrbuches für das Jahre 1921.

The Statesman Year-Book gibt die Verschuldung Englands — also des englischen Volkes an das Kapital — an für den 31. März 1921 auf 7 537 200 000 Pfund Sterling mit einem Zinsendienst von 349,6 Millionen Pfund Sterling.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika schulden nach der gleichen statistischen Quelle am 31. März 1920 24 297 918 411 Dollar (24 Milliarden 297 Millionen 918 411 Dollar), eine Riesensumme, die das siegreiche amerikanische Volk als Siegesfrucht der alles beherrschenden Geldmacht verzinsen muß.

Frankreich schuldet an innere und äußere Staatsgläubiger 285 Milliarden 883 Millionen Frank, die das Volk zu verzinsen hat — an die gleiche überstaatliche Finanzgewalt, der wir und die anderen Völker zinspflichtig geworden sind durch eine grundsätzlich verfehlte Finanzpolitik.

Italien bezahlt seinen „sacro egoismo" mit einer öffentlichen Schuld von rund 72 Milliarden Lire.

Kanada mit seiner Bevölkerung von 7 206 643 Menschen — also ungefähr soviel wie Bayern — ist an das Kapital verschuldet mit 3 014 483 774 Dollar.

Australien muß aus seinen 5,2 Millionen Einwohnern die Zinsen für eine öffentliche Schuld von 381 415 317 Pfund Sterling herausholen!

Die Sieger haben es also auch nicht besser. Überall sehen wir die gleiche Erscheinung einer

uferlosen Verschuldung der Völker an das internationale Finanzkapital, das überall die Regierungen der Völker in den Zinsendienst für seine Interessen eingespannt hat.

Wir brauchen uns dabei gar nicht vorzustellen, daß etwa die sämtlichen Finanzminister auf Bestechungen hin bestimmten Anträgen der Großkapitalisten Folge leisteten. Die Grundlage für ihr Verhalten bildet vielmehr eine tief und fest eingewurzelte Rechtsvorstellung, die geradezu Gemeingut der westlichen Welt geworden ist, die Rechtsvorstellung, daß jede Art von Geldbesitz ein Anrecht auf einen andauernden Zufluß aus der Arbeit anderer — den Zins — in sich schließe.

Hierin liegt die ungeheure Bedeutung des Zinsproblems — und deshalb ist die Lösung des Zinsproblems die erste und wichtigste Aufgabe für die ganze Welt. Mit nationalökonomischen Schulmeinungen kommt man dem Weltproblem des Zinses auf keine Weise nahe. Die volkswirtschaftlichen Rechtfertigungen für das Zinsnehmen sind überhaupt keine Begründungen für den Zins, sondern nur die Wiedergabe von oft recht fadenscheinigen Begründungsversuchen der interessierten Kreise. Ferner, und das ist der wichtigere Gesichtspunkt für unsere gesamte Betrachtung, beschäftigt sich die Volkswirtschaft in ihren Ausführungen über den Kapitalzins fast nur mit dem Privatkredit und den daraus fließenden Verhältnissen der Gläubiger und Schuldner untereinander, nicht aber mit der modernen Form des Staatskredites.

Es ist hier nicht der Raum für eine längere Auseinandersetzung mit der zünftigen Nationalökonomie. Für uns handelt es sich um die wirtschaftliche Existenzfrage für alle Völker des westlichen Kulturkreises, bei denen eben gerade die Rechtsvorstellung des Zinses zu der sogenannten hochkapitalistischen Kredit- und Zinswirtschaft geführt hat, deren Folgen wir nun vor uns sehen. Daß diese Folgen unheilvoll und unhaltbar sind, sollte nach den oben gebrachten Ziffern der internationalen Verschuldung aller am Krieg beteiligten Völker keines weiteren Beweises bedürfen. Diese Erkenntnis rechtfertigt allein für sich schon

den Schluß, daß die betriebene Finanzpolitik — die Geldbedürfnisse der Staaten auf dem Anleiheweg zu decken — falsch war. Ebenso falsch, wie überhaupt die Gleichsetzung des Staates mit dem privaten Geldsucher, mit der die Verteidiger der staatlichen Finanzpolitik immer wieder operieren, grundsätzlich falsch ist. Stimmte die Parallele: Privater gleich Staat, so müßte auch der Private umgekehrt in der Lage sein, für sich — Steuern auszuschreiben, etwa in seiner Nachbarschaft, um seinen Geldbedarf zu decken, oder für sich ein Gesetz zu machen und seinen unbequemen Nachbar zum Tod zu verurteilen oder zu enteignen — alles Funktionen, die zwar dem souveränen Staat zustehen, aber niemals dem Privaten.

Gerade der Gedanke an die Machtvollkommenheit des Staates bei der Einhebung von Steuern zeigt, daß der Staat eben sehr wohl andere Möglichkeiten besitzt, seinen Geldbedarf zu decken, als der Private, daß der Staat keineswegs auf den Anleiheweg angewiesen ist wie der Private.

Außerdem besitzt der Staat in seiner Münzhoheit und in seinem Recht der Geldschöpfung auf Grund von Genehmigungen durch die Volksvertretung eine weitere Möglichkeit, seinen Geldbedarf auf zinslosem Weg zu decken.

Die Erinnerung an die ja ebenfalls schon oft betätigte Souveränität der Staaten bei erklärten gänzlichen oder teilweisen Staatsbankerotten lehrt uns, daß der Staat auch diese Möglichkeit hat, sich aus eigener Machtvollkommenheit und ohne jede Schadenersatzpflicht seiner Schulden zu entledigen.

Aus diesen Erkenntnissen wachsen natürlich und einfach die Vorschläge, die geeignet sind, das Chaos zu lösen und für die Zukunft neue Wege zu zeigen.

Eine zweifache Aufgabe muß dabei jeder wirklich durchgreifende Reformvorschlag erfüllen: erstens die Abbürdung und Auflösung der bestehenden Zinspflicht unter möglichster Schonung des Wirtschaftslebens und zweitens die Finanzierung neuer großer staatlicher Aufgaben auf zinsloser Grundlage.

Das „erstens“ und „zweitens“ ist nicht so zu verstehen, daß in zeitlicher Folge zuerst die Beseitigung auf Auflösung der heute bestehenden Zinsknechtschaft erfolgt sein müßte, damit dann die Finanzierung staatlicher Aufgaben auf zinsloser Grundlage erfolgen könnte. Im Gegenteil bestehen Anzeichen dafür, daß unsere Vorschläge für die Finanzierung großer Werke auf zinsloser Grundlage schon längst Wirklichkeit geworden sein werden, während sich die Staaten noch immer damit abquälen, ihren Zinsverpflichtungen durch immer wahnsinnigere Steuern nachzukommen.

Wenn heute — wie sich Lord Churchill in seiner letzten großen Rede in Dundee ausdrückte — das Zinseintreiben „zur staatlichen Hauptindustrie“ geworden ist, so wird uns damit nur von einer Stelle bestätigt, die bei allen Völkern gehört wird, daß wir mit unseren Feststellungen dieses Zustandes schon immer recht gehabt haben.

Wenn durch eine grundsätzlich verfehlte Finanzpolitik alle Völker in die Zinsknechtschaft verstrickt worden sind, lautet die natürliche und einfache Forderung dagegen: Aufhebung dieser Zinsknechtschaft durch Einstellung des staatlichen Zinsendienstes.

Unsere erste Forderung lautet daher: Einstellung des Zinsendienstes bei allen festverzinslichen Schuldverschreibungen des Reiches, der Bundesstaaten und aller Selbstverwaltungskörper, insbesondere der Kriegsanleihen, der Reichsschatzwechsel usw. Die sämtlichen Schuldtitel werden den Eigentümern als zinslose Bankguthaben weitergeführt.

Die zweite Grundforderung lautet: Der Staat bestreitet die Kosten von Neuschöpfungen (Ausbau der Wasserkräfte, Kanalbauten usw.), soweit die Mittel nicht unmittelbar aus Steuerleistungen geschöpft werden können, durch die Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine. Diese Geldscheine werden aus den Erträgnissen der Neuanlagen wieder eingelöst.

Wie im einzelnen finanz- und banktechnisch die Umwandlung der verschiedenen Anleihepapiere in Bankgut-

haben durchgeführt werden soll, dies darzustellen kann nicht Aufgabe dieser Schrift sein. Daß aber auch solche Vorschläge durchaus nicht dilettantisch oder utopisch sind, geht daraus hervor, daß einer der angesehensten Bankfachleute, der verstorbene Hamburger Hypothekenbankdirektor Bendixen, diese Maßnahme für die Kriegsanleihe gefordert und hierfür in seinem Aufsatze im „Bankarchiv" vom 1. Dezember 1919 einen durchgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt hat.

Diese beiden Forderungen sind die logische Konsequenz aus den gewonnenen Erkenntnissen. Ohne Künstelei, ohne Umschweife wachsen diese beiden Vorschläge zur Gesundung aus der richtigen Diagnose des Krankheitserregers — des Zinses — hervor.

An der Tatsache der Zinsknechtschaft aller Völker des westlichen Kulturkreises kann nach den mitgeteilten Ziffern der Staatsschulden bei Freund und Feind nicht gerüttelt werden, ebensowenig an der dadurch bewiesenen Tatsache, daß der Zinsendienst die weitaus wichtigste Staatsaufgabe geworden ist, wie das Steuermachen und Eintreiben die Hauptbeschäftigung der Parlamente und Regierungsorgane. Gegen diese furchtbare Tatsache gibt es nur eine Antwort: Befreiung von der Zinsknechtschaft!

Clausewitz sagt einmal: Im Kriege ist alles einfach, aber das Einfache ist höchst schwierig. In diesem schwersten Krieg, den die Menschheit um die Freiheit und Würde der Arbeit zu führen hat, ist ebenfalls die vorstehende Antwort höchst einfach, aber die Durchführung höchst schwierig. Nicht schwierig wegen der zu ergreifenden Maßnahmen, sondern wegen der unbeschränkten Machtmittel des Gegners.

Die Zinsloserklärung der festverzinslichen Staatspapiere unter gleichzeitiger Umwandlung in zinslose Bankguthaben ist so einfach und leicht wie die Verordnung irgendeines anderen Gesetzes. Jedenfalls viel leichter als der Vollzug irgendeines Steuergesetzes. Schwierig ist nur die Überwindung der Widerstände der an den heutigen Zuständen Interessierten.

Die Zahl der an den heutigen Zuständen wirklich Interessierten ist an sich verschwindend klein, groß ist nur die Zahl der Mitläufer, die *vermeintlich* aus dem Zinsendienst des Staates Nutzen ziehen.

Die klare Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse wird dadurch verschleiert, daß neben den wenigen Groß-Leihkapitalbesitzern, die prozentual die weitaus größte Masse der Zinspapiere in ihrem Besitze halten, viele Millionen mittlerer und kleiner Kapitalisten (Kapitalisten ist für *diese* Leute eigentlich nicht der richtige Ausdruck, denn es handelt sich dabei um die Besitzer von Spargeldern) ihre Ersparnisse ebenfalls in zinstragenden Wertpapieren angelegt haben. Diese Leute haben kleine Zinsbeträge aus ihren Wertpapieren zu erwarten; vor dieser angenehmen Tatsache nun vergessen sie, daß sie diese Zinsen — weil eben der Staat nur geben kann, was er seinen Bürgern wieder in irgendeiner Form abnehmen muß — *selbst* bezahlen müssen durch direkte oder — damit man es noch weniger merken soll — indirekte Steuern. Aber nicht nur die eigenen Zinsen müssen von den Zinsempfängern selbst bezahlt werden, auch ein gut Teil der an die Groß-Leihkapitalbesitzer abzuführenden Zinsen muß von den kleinen Zinsnehmern mitbezahlt werden.

Die Not dieser Kleinrentner und Pensionisten überschreitet bei der heute bereits eingetretenen und noch immer weitergehenden Geldentwertung jedes Maß. An sich muß nun allerdings einmal rund herausgesagt werden, daß der Rentnerstand volkswirtschaftlich betrachtet keine Berechtigung hat, und unter der heutigen Wirtschaftsform ist auch tatsächlich der Rentnerstand ein sterbender Stand geworden, und Tausende von Eltern haben es aufgeben müssen, ihren Lieblingen einen gefüllten Geldsack zu hinterlassen, von dem die Kinder ohne Arbeit und Mühe von den Zinsen — also von der Arbeit anderer — leben könnten. Dies ist gut so. Es war höchste Zeit, daß mit dem Rentenideal einmal gründlich aufgeräumt wird. Man soll fleißig sein und was lernen, sparen, soviel man kann, und niemand hat etwas dagegen, wenn man dann im höheren Alter die Früchte seines Fleißes in Ruhe und Würde genießen kann.

Aber die Umwandlung der Ersparnisse in Zinspapiere war ein Krebsschaden unserer Volkswirtschaft geworden. Der Zinsgedanke hatte sich so tief in das Rechtsbewußtsein unseres Volkes eingefressen, daß es gerade als unverantwortlich angesehen wurde, „das Kapital anzugreifen" und mehr als die Zinserträgnisse zu verbrauchen. Gedanken, woher eigentlich diese Zinsen kämen, machte sich gemeinhin niemand. Die durch das Vorhandensein der Staatspapiere immer gebotene Gelegenheit, jeden überflüssigen Tausendmarkschein in ein zinstragendes Papier umzuwandeln, ließ diese merkwürdige Eigenschaft des Geldes, „Zinsen zu tragen", als etwas ganz Natürliches erscheinen, als eine dem Gelde geradezu eigentümliche Eigenschaft — aus sich selbst heraus zu wachsen.

So sehr entgegengesetzt dieses „Aussichselbstherauswachsen" des Geldes allen irdischen Erscheinungen war, so wurde das Zinstragen doch geradezu zum unumstößlichen Dogma der letzten Jahrzehnte. Wir sagen nicht zuviel, daß in dieser Tatsache, in diesem widerspruchslos hingenommenen Phänomen des zinstragenden Geldes geradezu der Kern des modernen kapitalistischen Systems gesucht werden muß.

Die Verseuchung unserer wirtschaftlichen Anschauungen durch das Zins- und Rentenideal hat in jeder Weise nachteilig auf die sozialen Instinkte der Menschen eingewirkt. Wem es gelang, einen Haufen Geld zusammenzubringen, so daß er von den Zinsen bequem leben konnte, der hörte auf zu arbeiten, der war jeder Sorge um die Erhaltung seines Besitzes enthoben, für den machte der Staat den Zinseintreiber. Für den galt nicht mehr das Dichterwort: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen." Mit dem Rentenideal schied der Rentier aus dem Kreise seiner schaffenden Volksgenossen. Dies ist das grundsätzlich den Leihkapitalbesitz von jeder anderen Form des Besitzes Unterscheidende. Kein Bauer, kein Großgrundbesitzer, kein Gewerbetreibender, kein Industrieller kann sich hinsetzen und andere für sich arbeiten lassen, sie alle müssen sich rühren, fleißig sein, den Acker bestellen, arbeiten, fürsorgen für Rohstoffe und Absatz, und je größer die Unternehmung,

je größer der Besitz wird, desto mehr wird der Besitzer zum höchst verantwortlichen Verwalter seines Besitzes im Interesse der Gesamtheit wie in seinem eigenen. Keinem anderen Besitz fällt der Ertrag so ohne Mühe in den Schoß wie dem Besitzer festverzinslicher Papiere — der Zins.

Wie eine furchtbare Strafe für die Nutznießer des Rentenideals trifft diese nun die völlige Entwertung ihrer Zinsen und ihrer Kapitalien. Nicht als Strafe im bürgerlichen Sinn, sondern gewissermaßen metaphysisch als Strafe für eine verkehrte antisoziale Geistesverfassung sind die Millionen der kleinen und mittleren Rentner um Kapital und Zinsen betrogen.

Die Hilfe für diese um ihre Ersparnisse Betrogenen hat nun aber nicht zu erfolgen als eine ebenso unwürdige wie aussichtslose Bettelei, sondern als durchgreifende staatliche Hilfsaktion. Diese Hilfsaktion kann nur in der Weise erfolgen, daß die Kleinrentner und diejenigen, die durch den bestehenden verschleierten Staatsbankerott — denn so und nicht anders muß die staatlich betriebene bzw. verursachte Geldentwertung bezeichnet werden — um ihr Einkommen betrogen sind, ihre Schuldverschreibungen an den Staat abliefern und der Staat dafür eine auskömmliche, dem gesunkenen Geldwert entsprechende Rente auf Lebensdauer festsetzt. Durch eine derartige Hilfsaktion könnte den Kleinrentnern durchgreifend geholfen werden, unendliches Elend gemildert und gleichzeitig der Staat von einer dauernden Zinszahlung befreit werden. Denn mit dem Tode des Rentenbeziehers wäre eben auch für den Staat die Schuld erloschen. Eine solche Hilfe für die Kleinrentner und die diesen gleichzusetzenden Bürger wäre nichts anderes als ein an sich selbstverständlicher Akt sozialer Gerechtigkeit. Über die Durchführbarkeit kann gar kein Zweifel bestehen, wenn man sich an die ungeheuren Summen erinnert, die sich unsere Regierung verpflichtet hat an den Feind zu bezahlen. Und die sittliche Pflicht, unsere eigenen Volksgenossen nicht verhungern zu lassen, steht trotz aller unterschriebenen und abgepreßten Verträge viel höher als die Vertragstreue unersättlichen und rachgierigen Feinden gegenüber. Unter Berücksichtigung der eben geschilderten

sozialen Hilfsaktion für die am empfindlichsten getroffenen Opfer einer verkehrten Finanzpolitik sowie einer grundsätzlich falschen Auffassung vom Sparen dem Rentenideal zuliebe bleibt daher die *einzige Rettung, der einzige Ausweg aus dem sonst unentwirrbaren finanziellen wirtschaftlichen und moralischen Chaos die Aufhebung des Zinsendienstes aus allen festverzinslichen Schuldverschreibungen der Staaten* und ähnlichen Papieren.

Für Deutschland ist die Verweigerung einer *Zinszahlung* aus den Wiedergutmachungspapieren Lebensbedingung. Es braucht damit noch nicht einmal eine Weigerung der Wiedergutmachung verbunden sein, eine solche liegt auf der Seite der Siegervölker durchaus im Rahmen des Rechtsbewußtseins des Siegers, der eben kraft seines Sieges das Recht hat, Sühne und Schadenersatz zu verlangen für wirklich angerichteten Schaden. Ein Wiederaufbau Nordfrankreichs liegt aber im Bereich der Leistungsfähigkeit Deutschlands: eine solidarische Wiederaufbauarbeit der am Krieg beteiligten Völker würde sogar eine segensreiche und willkommene Arbeitsgelegenheit für ganz Europa bedeuten; aber eine Zinszahlung, die weit größer ist als die Wiederaufbaukosten, ist für alle Beteiligten gleich verhängnisvoll. Denn wenn auch die weltbeherrschenden Geldmächte noch so viel Zinsen einstecken, deshalb bekommt kein vertriebener nordfranzösischer Bewohner sein zerstörtes Heim wieder aufgebaut, und die ungeheure Zinsenlast des französischen Steuerzahlers wird um keinen Centime kleiner. Aber alle trifft das gleiche Unheil der Entwertung ihrer Ersparnisse durch eine allgemeine Geldentwertung, mit der die Steigerung des Einkommens nirgends Schritt hält. Gewaltig und allbeherrschend steigt nur die Macht des überstaatlichen Kapitals zu weltbeherrschender Größe auf.

Eine Befreiung von der Weltherrschaft mammonistischer Gewalten ist nicht nur eine völkische, wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeit, sie ist auch eine Notwendigkeit von allerhöchster sittlicher Bedeutung.

Ob unter einsichtiger Mitarbeit der derzeitigen Nutznießer des hochkapitalistischen Systems oder gegen dieselben, *wird die Brechung der Zinsknechtschaft erfolgen mit Naturgewalt.* Meistern können ja heute die mammonistischen Weltbeherrscher die Weltwirtschaftskrisis schon lange nicht mehr. Eine Herrschaft, die auf grundsätzlich falschen Rechtsvorstellungen aufgebaut ist, läßt sich eben auf die Dauer nicht halten, sie muß zusammenbrechen.

Die Vorspiegelung, daß der Staat zur Befriedigung seines Geldbedarfes sich unbedingt an das Großkapital wenden müsse, wofür er Zinsen zu bezahlen hätte, ist eine bewußte Irreführung mit dem beabsichtigten und fast gelungenen Endzweck, die Regierungsgewalt in den ausschließlichen Dienst der Geldmächte zu pressen. Aber eben an der Widernatürlichkeit dieses Zustandes wird die Herrschaft der Geldmächte über die Staaten und Völker zerbrechen.

Diese Herrschaft wird um so eher zerbrechen, je eher mutiger Entschluß wagt, die Finanzierung eines großen Werkes auf zinsloser Grundlage vorzunehmen.

Damit kommen wir zum zweiten Vorschlag, der den Weg zeigt, wie in Zukunft die Wiederkehr so verkehrter staatlicher Finanzpolitik vermieden werden kann.

Der Staat bestreitet die Kosten für Neuschöpfungen (Ausbau von Wasserkräften, Eisenbahn und Kanalbauten usw.), soweit die Mittel hierfür nicht durch direkte Steuern aufgebracht werden können, durch die Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine.

Wir halten uns für verpflichtet, diesen Vorschlag an einem recht sinnfälligen Beispiel zu erklären.

Das uns Bayern am nächsten liegende Beispiel — die Erschließung unserer Wasserkräfte — ist um deswillen besonders geeignet, weil der hier vorliegende Fall mutatis mutandis auf jede große Neuschöpfung anwendbar ist.

Wir stellen gegenüber: *Wie es gemacht wurde* und *Wie es gemacht hätte werden sollen.*

Der Ausbau der bayerischen Wasserkräfte verursacht einen Kostenaufwand von ungefähr 800 Millionen Mark heutiger Währung. Zu diesem Zwecke wurde eine Aktiengesellschaft gegründet. Diese Aktiengesellschaft besteht aber nur aus einigen Staatsbeamten und Kommissaren, so daß wir es eigentlich mit einer Scheingründung des Staates zu tun haben. Das Kapital dieser Aktiengesellschaft ist fast ganz vom Staate gegeben worden. Selbstverständlich sind auch die sogenannten „D"-Banken beteiligt. Das Aktienkapital beträgt 50 bzw. 75 Millionen Mark.

Diese Aktiengesellschaft schreibt nun unter der Garantie des Staates eine Riesenanleihe aus von 800 Millionen Mark. Diese Anleihe wird zum Kurse von 98% ausgegeben und mit 4½% verzinst und soll in ungefähr 63 Jahren mit 1½% getilgt werden, beginnend mit dem Jahre 1926, dem Jahre, in dem man die Werke in Betrieb zu nehmen hofft. So wurde es beschlossen und durchgeführt troß rechtzeitiger Gegenvorschläge.

Wir müssen uns nun fragen: Was kosten uns jetzt unsere bayerischen Wasserkräfte?

Zunächst einmal sind die geschätzten Baukosten aufzubringen mit	800 000 000 M.
Dann kommt die Verzinsung der geliehenen 800 Millionen bis zum Jahre 1926, während der Bauzeit zu 4½%	180 000 000 „
und schließlich die Verzinsung während der vorgeschriebenen Tilgungszeit . .	712 000 000 „
Das sind zusammen:	1 692 000 000 M.
Rechnen wir ferner nur eine sechsprozentige Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital von 50 + 75 = 125 Millionen Mark, solange die Tilgung dauert, also 37 Jahre, so sind dies weitere	277 500 000 „
So ergibt dies zusammen mit obiger Summe	1 969 500 000 M.

Dies ist aber die allergünstigste Annahme.

Wir wollen da gar nicht streiten über ein Hin und Her von ein paar hundert Millionen, nachdem der bayerische Staat mit der vorgenommenen Finanzierung auf dem Anleiheweg auf alle Fälle weit über eine Milliarde herschenkt. Verschenkt an die Großkapitalisten, die so freundlich sind, dem armen bayerischen Staat ihre überflüssigen Millionen — denn sonst könnten sie diese Millionen ja nicht herleihen — gegen 4½% Zins zu pumpen.

Wenn, wie ganz bestimmt zu erwarten, die vorgesehenen Baukosten bei weitem nicht ausreichen, müssen natürlich neue Anleihen aufgenommen werden, und an eine Tilgung ist gar nicht zu denken; dann kosten die bayerischen Wasserkräfte eben dem bayerischen Volke Jahr für Jahr so viel Zinsen, daß man davon alle fünf Jahre ein neues Walchenseewerk bauen könnte. Der Ausbau der bayerischen Wasserkräfte ist bei der betriebenen hochkapitalistischen Finanzierung eigentlich gar kein Vermögenszuwachs für das bayerische Volk, sondern nur eine willkommene Gelegenheit zur Unterbringung von 800 Millionen flüssiger Gelder gegen guten und unbedingt sicheren Zins für das Großkapital. Deshalb muß ja auch der bayerische Staat — das heißt in diesem Fall der bayerische Steuerzahler — die unbeschränkte Haftung für Kapital und Zinsen (siehe Ausschreibungsbedingungen) übernehmen. Es ist also ganz gleich, ob die Werke wirklich Strom liefern können, oder ob ein Naturereignis, z. B. ein Erdbeben, die Werke zerstört, oder ob die Werke halb fertig bleiben: die Kapitalisten bekommen ihre Zinsen, und sei es aus eigens für diesen Zweck ausgeschriebenen Steuern.

Wir müssen auch noch besonders darauf hinweisen, daß der bayerische Staat mit der Ausgabe der 800 Millionen neuer Wertpapiere tatsächlich 800 Millionen schön bedruckten Papiers in den Verkehr bringt, das wegen seiner besonderen Sicherheiten, mit denen es ausstaffiert ist, mindestens ebenso gut wie gewöhnliches neues Papiergeld ist. Der glückliche Besitzer von einigen Millionen Wasserkraftobligationen kann sich damit kaufen, was er will. Ob er diese Wasserkraftobligationen direkt in Zahlung gibt oder eine kleine bankgeschäftliche Transaktion dazwischenschiebt,

ist für die freie Betätigung der Kaufkraft des Betreffenden auf Grund seines Besitzes von Wasserkraftobligationen ganz belanglos.

Zusammengefaßt haben wir bei dem Ausbau der bayerischen Wasserkräfte folgendes vor uns: der bayerische Staat pumpt 800 Millionen, diese verzinst er und will sie tilgen. Das kostet mindestens 2 Milliarden. Der Ausbau der Wasserkräfte kostet also nicht 800 Millionen, wie der geduldige Steuerzahler annimmt, sondern er muß entweder durch teure Strompreise oder gar durch Steuern für den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte über 2 Milliarden berappen. Der Steuerzahler hat außerdem die Gesamtgarantie zu übernehmen gegenüber dem Kapitalisten, die Wasserkräfte sind nicht etwa freier Besitz des bayerischen Volkes, sondern sind ausdrücklich dem „Geldgeber" verpfändet. Die Bayern bekommen aus ihren bayerischen Wasserkräften nicht etwa billigen Strom, sondern der elektrische Strom kostet durch die Zinspflicht ca. 3—4mal mehr, als die wirklichen Erzeugungskosten des Stromes betragen; d. h. die Gehälter und Löhne sämtlicher bei den „Staatlichen Wasserkraftwerken" beschäftigten und bediensteten Arbeiter, Schleusenwärter, Ingenieure, Techniker, Kaufleute, Verwaltungsbeamten, Elektrotechniker, des Bureaupersonals usw., ferner die Ausgaben für alles im Laufe eines Jahres benötigte Schmiermaterial, Putzwolle, Sicherungen, die Reparaturarbeiten usw. betragen nur den dritten oder vierten Teil der jährlichen Zinsen! Überdies gibt der Staat noch ein paar Waggons neuer Wertpapiere aus, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen.

Das Ganze nennt man im Jargon hochkapitalistischer Denkweise: „eine besonders glückliche Finanzierung auf der breiten Basis einer gemeinschaftlichen Grundlage".

Nun zu unserm Vorschlag:

Klarer, logischer Verstand muß sich sagen: Die Werke werden doch von unseren bayerischen Ingenieuren projektiert, sie werden von diesen gebaut, bayerische Arbeiter, bayerische Unternehmer führen die Arbeiten in jahrelanger, schwieriger und fleißiger Arbeit durch, bayerische

Verwaltungsbeamte oder Kaufleute haben die Werke später zu verwalten, und das ganze bayerische Volk hat durch die Genehmigung seiner Volksvertreter seinen Willen kundgetan, die bayerischen Wasserkräfte auszubauen. Noch mehr: das bayerische Volk in seiner Gesamtheit hat sich bereit erklärt, die benötigten Kredite für den Bau zu bewilligen. Warum also — so fragen wir — stellt der Staat nicht aus eigenem Recht und aus eigener Machtvollkommenheit die benötigten Zahlungsmittel zur Verfügung auf Grund der genehmigten Kredite? Wenn der Staat schon für 800 Millionen gut ist — den Kapitalisten gegenüber —, warum gibt er dann nicht statt der „verzinslichen" 800 Millionen neuer Papierscheine (der Wasserkraftobligationen) unverzinsliche Gutscheine der Bayerischen Staatsbank aus? Davon, daß er gleich ebenfalls 800 Millionen neuer Staatskassenscheine ausgeben sollte, kann natürlich gar keine Rede sein, denn die braucht er ja gar nicht gleich. Zur Bezahlung der Arbeiter und Unternehmer brauchte er im ersten Jahr vielleicht 40—50 Millionen, also einen Betrag, den die gesamtbayerische Wirtschaft in keiner Weise als Inflation spürte. Im folgenden Jahr wären dann schon wieder sehr viele dieser Millionen durch die Bahnen des Geldverkehrs in die staatlichen Kassen zurückgeflossen, und es brauchte, wenn überhaupt, nur ein viel kleinerer Zusatzbetrag im zweiten und den folgenden Jahren in Verkehr gebracht zu werden. Dabei ist noch gar nicht an die Selbstverständlichkeit der bargeldlosen Überweisung gedacht, die jede inflationistische Einwirkung von vornherein ausschaltete. In Wirklichkeit kann überhaupt von einer Inflation schon deshalb nicht gesprochen werden, weil im vorliegenden Fall den ausgegebenen Geldscheinen neugeschaffene Werte gegenüberstehen, nicht wie bei unserer derzeitigen Regierungsfinanzkunst — nichts!

Man hat sich in den letzten Jahren wirklich nicht gescheut, Geld aus Papier zu machen. An eine „Deckung" dieses Papiergeldes hat man vielleicht — mit Grausen — gedacht, aber nichts dafür getan. Und nun, wo eine hervorragende wirtschaftliche Kraftquelle erschlossen werden soll, sollte die Ausgabe von ein paar Millionen neuer Gut-

scheine, hinter denen eine vollwertige Deckung steht — „inflationistisch" sein? Solche Einwände mag man dem armen, verängstigten Steuerzahler gegenüber machen, aber keinem, der den unerhörten Schwindel hochkapitalistischer Anleihepolitik klar durchschaut.

Als der bayerische Revolutionsstaat im November 1918 sehr viel Geld brauchte, da konnte er auf einmal Geld drucken aus eigener Machtvollkommenheit; ungefähr 120 Millionen völlig ungedeckten Papiergeldes wurden ausgegeben, die verschiedenen Gemeinden Bayerns gaben ihr Kriegsnotgeld aus: insgesamt 138 Millionen, lauter „ungedecktes" Geld zu ganz unproduktiven Zwecken. Das war inflationistische Geldpolitik. Man hat eine solche Finanzpolitik nun allerdings nicht als das Ideal hingestellt — aber man hat sie gemacht.

Die Deckung des gesamten Staatsbedarfes mit Hilfe der Notenpresse ist reiner **Finanzbolschewismus.** Räterußland ist mit dieser angeblich antikapitalistischen Geldpolitik in die vollkommene und rettungslose Abhängigkeit vom Großkapital geraten. Nirgends ist es für das Großkapital leichter, wirtschaftliche Konzessionen aller Art zu erhalten. Österreich hat mit viel Erfolg seinen Finanzbolschewismus betrieben, auch dort werden alle Staatsbedürfnisse mit der „Notenpresse" gedeckt. Die Folge ist auch hier eine unerhörte Verarmung des Mittelstandes, eine rasende Geldentwertung und die Auslieferung alles nationalen Besitzes an das ausländische Großkapital. Daß die finanzielle Versklavung Österreichs an das Ausland über den Weg des Auslandskredites noch nicht weiter vorgeschritten ist, hat seinen Grund in dem Fehler jeder Staatsautorität, die dem internationalen Kapital Garantie bieten könnte für den richtigen Eingang der Zinsen. Es ist dabei aber äußerst bemerkenswert, daß auch in Österreich für die Erbauung der großen Elektrizitätswerke vom Finanzbolschewismus des Notendruckens abgegangen wird und man sich für die Schaffung großer produktiver Werke an die bewährten Methoden westeuropäischer hochkapitalistischer Anleihepolitik hält.

Bei uns in Deutschland, dem Land der Halbheiten und

Kompromisse, dem Lande, in dem neben gewaltigster Kraftentfaltung und Energie sich erbärmlichste Schwachheit und Charakterlosigkeit breit macht, in diesem Deutschland, das dem Ausland nicht mit Unrecht als die europäische Sphinx vorkommen muß, ist es auch auf finanziellem Gebiet am allerverworrensten. Im Unterbewußtsein hat man noch das Gefühl, daß die Bedürfnisse des Staates nach dem alten friderizianischen Rezept nur aus Gemeinschaftsleistungen an den Staat zu decken seien: deshalb betreibt man das Steuermachen mit so viel Inbrunst. Um aber nicht altmodisch zu sein, hat man dem Finanzbolschewismus so ausgiebig gehuldigt, daß wir heute im Besitze von rund 90 000 000 000.00 Mark schön bedruckten Papiergeldes sind, hinter dem praktisch keinerlei Deckung steht. Außerdem hat man noch weit über 300 000 000 000.00 Mark festverzinslicher Schulden gemacht, ferner bemüht man sich der Schonung längst erkannter Irrlehren zuliebe um die Vollsozialisierung des deutschen Besitzes durch uferlose Steuerprojekte mit dem Erfolg, den Alfr. Lansburgh im Augustheft der „Bank" folgendermaßen umschrieben hat: „Die Versuchung zur Steuerdefraudation wächst nicht nur im gleichen Verhältnis zur Schwere der Steuer, sondern noch viel schneller als diese, sobald die in hergebrachten Eigentumsbegriffen befangenen Besitzerkreise (!) die Steuer nicht mehr als gerechten Beitrag zur nationalen Kostendeckung, sondern als — gewollte oder ungewollte — Enteignung empfinden."

Nur im Vorbeigehen möchten wir auf die Einstellung Lansburghs zum Eigentumsbegriff hinweisen, denn wir haben uns diesen Satz nicht wegen der zutreffenden Bemerkung über die gesunkene Steuermoral notiert, sondern wegen der Bemerkung über die „in hergebrachten Eigentumsbegriffen befangenen Besitzerkreise". Wir fragen uns natürlich, welche neuen Eigentumsbegriffe „ohne Befangenheit im hergebrachten Eigentumsbegriff" Herr Lansburgh in Zukunft wohl in Geltung sehen möchte. Unseres Erachtens gibt es überhaupt nur einen eindeutigen Begriff vom Eigentum, der in einfachen Köpfen sich etwa in die Worte fassen läßt:

„Was mein ist, ist mein." Die Antithese marxistischer Prägung, wonach, wie Proudhon sagt, „Eigentum Diebstahl ist", hat sich heute in vielen Köpfen umgeformt in die Worte und leider auch in die Tat: „Was dein ist, ist mein." Wie weit dieser weitverbreitete moderne Eigentumsbegriff vergeistigt und sublimiert und an Rathenausche Organisationsformen angeglichen ist bei Herrn Lansburgh, vermögen wir nicht zu sagen.

Es galt im vorstehenden dem immer wieder erhobenen Einwand, die Ausgabe neuer Staatskassenscheine bedeute Inflation, von vornherein zu begegnen. Wir haben nachgewiesen:

erstens, daß von einer „Inflation" überhaupt keine Rede sein kann, wenn gleichzeitig neue Werte geschaffen werden;

zweitens, daß durch den Druck der Wasserkraftobligationen ja ebenfalls neue Papierwerte geschaffen werden, die für die Besitzer „Kaufkraft" haben;

drittens, daß bei der üblichen Geldbeschaffung auf dem Anleiheweg auf jeden Fall viel mehr neues Papier gedruckt wird, als wenn nur die laufenden Bedürfnisse für den Bau durch neue Notenausgabe gedeckt werden müssen;

viertens, daß nur ein ganz geringer Bruchteil des Gesamtbedarfes wirklich in neuen Noten ausgegeben werden müßte, da der Großteil der Zahlungen bargeldlos erfolgen könnte;

fünftens, um welch ungeheure Summen durch die Erbauung aus Anleihemitteln die großen Kraftwerke verteuert werden;

sechstens, daß die übliche Form der Finanzierung auf dem Anleiheweg gleichbedeutend ist mit der Auslieferung der wertvollsten nationalen Kraftquellen an das Leihkapital: Nicht die Gesamtheit hat den Nutzen aus der Arbeit ihrer Ingenieure und Arbeiter, aus den Bodenschätzen und Wasserkräften, sondern die Verbraucher müssen den Strom oder die Erzeugnisse daraus, wie Stickstoff, durch die Zinspflicht um ein vielfaches verteuert bezahlen;

siebtens, daß die Gesamtheit für alle diese Tribute an das Großleihkapital noch ausdrücklich die Garantie übernommen hat.

Nur wenn man sich alle diese Punkte vor Augen hält, kann man sich ein Bild machen von der geradezu unglaublichen Verfahrenheit unserer finanziellen Verhältnisse.

Auch für diesen unseren zweiten Vorschlag gilt, daß dessen große Einfachheit und Klarheit seine Durchführung nicht deshalb erschwert, weil sie an sich schwierig wäre, sondern weil die Widerstände, die aus interessierter Gegnerschaft, aus Denkfaulheit und Bequemlichkeit herrühren, so unendlich schwer zu überwinden sind.

Gerade weil wir das wissen, haben wir bei der Begründung dieses Vorschlages etwas weiter ausgeholt, und zwar gerade in der Richtung nach Aufdeckung der Trugschlüsse in den bestehenden Vorstellungen.

Es ist sonnenklar, daß nur eine solche Staatsfinanzverwaltung als gesund gelten kann, welche die laufenden Ausgaben für Verwaltung, Rechtspflege, Kunst und Wissenschaft, Landesverteidigung usw. aus laufenden Einkünften schöpft — also aus den Überschüssen der werbenden Staatsbetriebe und aus Steuern —, während die Kosten für Neuschöpfungen, soweit sie nicht durch besondere Umlagen aufgebracht werden können, aus eigener Machtvollkommenheit auf Grund der Bewilligung durch die Volksvertretung nach gewissenhaftester Prüfung der Notwendigkeit und Zweckdienlichkeit durch die Ausgabe von staatlichen Gutscheinen zinslos gedeckt werden.

Der Begriff dieser „Geldschöpfung aus eigenem Recht“ möge durch ein Beispiel aus dem täglichen Leben noch kurz erläutert werden. Im kleinen Kreise untereinander bekannter Geschäftsleute reißt jemand, der von einem anderen eine Lieferung erhalten hat, aus seinem Notizbuch ein Blatt Papier heraus und schreibt darauf: Gutschein über 100 Mark und unterzeichnet diesen Gutschein mit seinem Namen. Der Empfänger wird in der Lage sein, diesen Gutschein im Kreise der Bekannten so gut wie bares Geld weiterzugeben. Im Nachbarort wird man allerdings diesen Schein nicht für Geld annehmen. Was hat dieser Gutscheinschreiber getan? Er hat „Geldschöpfung getrieben aus eigenem Recht“. Das so geschaffene Wertzeichen hat allerdings nur eine sehr beschränkte Umlaufmöglichkeit,

sie beschränkt sich auf den „Hoheitsbereich", in diesem Fall nennt man es Bekanntenkreis des Betreffenden.

Wenn eine Gemeinde in ihrer Geldnot schöne Zettel drucken läßt mit dem Zahlungsversprechen darauf über 50 Pf., 1, 5 und 10 Mark und darunter die Namen des Bürgermeisters und einiger Stadt- oder Gemeinderäte setzt, wird dieses Geld, wie wir alle aus der Kriegszeit wissen, von jedermann ebenso genommen wie das Reichsgeld. Was hat so eine Gemeinde betrieben? Geldschöpfung aus eigenem Recht. Auch hier ist wiederum der Hoheitsbereich beschränkt auf das Weichbild der Stadt oder der Gemeinde.

Wenn ein Staat wie Bayern — wie das ja geschah — von seiner Staatsbank Staatskassengutscheine ausgibt, hat er damit auch nichts anderes getan als Geldschöpfung betrieben aus eigenem Recht. Der Hoheitsbereich dieses Geldes war in diesem Fall das ganze Land Bayern.

Eine solche Geldschöpfung ist nun in allen Fällen nur dann zulässig, wenn hinter dem Zahlungsversprechen, hinter dem Gutschein die Sicherheit der Umwandlung in ein wirkliches Sachgut steht, sei es also, daß der einzelne oder die Gemeinde ihre Gutscheine einlöst in irgendeiner Leistung oder Lieferung (indem z. B. die Gemeinde das Notgeld als Zahlung für gelieferten elektrischen Strom oder für Gas und Wasser annimmt), oder daß der Staat dieses Geld aus den Erträgnissen seiner Einrichtungen oder Werke einlöst oder an seinen Kassen an Zahlungs Statt annimmt, daß er also für den gelieferten Strom oder Stickstoff die Wasserkraftgutscheine in Zahlung nimmt oder die Eisenbahnfahrkarten damit bezahlen läßt, also Transportarbeit leistet oder Briefe befördert. Wenn eine solche Erfüllung hinter den Papierscheinen steht, und soweit eine solche Erfüllung auch durchgeführt wird, ist eine solche Geldschöpfung aus eigenem Recht unbedingt zulässig und auch kaufmännisch einwandfrei, so einwandfrei wie irgendein Schuldversprechen, die Übernahme einer Wechselschuld oder eine terminmäßige Zahlungsweise.

Eine solche „Geldschöpfung" kann gar nicht verboten werden, wie es der neue Erlaß der Reichsregierung ver-

sucht, der die Ausgabe von Notgeld verbietet. Dieses Verbot läßt den Wissenden sehr tief blicken, denn es zeigt die Reichsregierung in vollendeter Abhängigkeit von den einseitigen Interessen des Großleihkapitals, dessen ganze Macht auf der Aufrechterhaltung des Zinsenwahnes steht. Wenn erst die Erkenntnis Gemeingut geworden ist, daß der Staat seine Machtmittel nicht dazu hat, für die Verzinsung der Milliarden des Großleihkapitals zu sorgen, wird das Geld wieder viel mehr seinem eigentlichen Zweck als Betriebsmittel der Wirtschaft zugeführt werden. Das Geld wird dann aus seiner beherrschenden Rolle verdrängt und wieder zum Diener der Wirtschaft werden, als welcher es erfunden und geschaffen worden ist. Dann wird es auch jedem fleißigen und tüchtigen Menschen, jeder Industrie wieder viel leichter werden, sich Betriebsgeld zu beschaffen für Erweiterungen und Vervollkommnungen der Betriebe, weil der reine Geldbesitzer nicht mehr einfach sich Staatspapiere kaufen kann, die ihm sicheren Zins abwerfen, sondern, wie ein anderer Wirtschafter — will er sein Geld nicht nur als unverzinsliches Schatzgeld oder Spargeld im Kasten liegen haben — für sein Geld Anlage suchen muß, dieses Geld riskieren muß, selbst es anbieten muß in Konkurrenz mit den ungeheuren Summen, die nach Aufhebung des staatlichen Zinsendienstes Anlage suchen werden, indem sie sich gegenseitig in ihren Forderungen bei denjenigen, die unternehmungslustig neue Werke errichten, unterbieten.

Wir werden ganz im Gegenteil zu der oft ausgesprochenen Befürchtung, daß nach Brechung der Zinsknechtschaft niemand mehr sein Geld herleihen werde, erleben, daß die Deckung des Geldbedarfes niemals leichter und billiger zu bewerkstelligen sein wird als unter dem Angebotszwang, dem der Geldbesitz unterliegen wird, wenn die Hochburg des modernen Kapitalismus, der Zinsenwahnsinn des Staats, aufgehoben ist.

Aus diesem Grunde wird es nicht notwendig sein, ein allgemeines Zinsverbot auch für Private zu erlassen, wie wir es aus der mittelalterlichen Geschichte kennen. Solche allgemeine Zinsverbote waren zu starke Eingriffe in das

Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, als daß sie nicht immer wieder durchbrochen und umgangen worden wären. Es soll jedem unbenommen bleiben, den, der ihm durch ein Darlehen die Aufmachung eines Geschäftes, die Gründung einer Fabrik usw. ermöglicht hat, an seinem Gewinne teilnehmen zu lassen. Das betrifft private Abmachungen.

Ziel und Zweck der von uns vorgeschlagenen Staatsfinanzreform kann nicht sein, das Zinsproblem durch ein allgemeines Zinsverbot zu lösen, dem privaten Geldbedarf dadurch eine billige oder zinslose Geldquelle zu erschließen, sondern nur, die Voraussetzungen zu schaffen für eine der Gütererzeugung vorteilhafte Gestaltung des Geldmarktes als Nebenwirkung der Hauptaufgabe: *der Befreiung von Staat und Volk aus der Zinsknechtschaft gegenüber der überstaatlichen Finanzgewalt.*

Als Ergänzung der zwei großen Grundforderungen ist als dritte Maßnahme für Deutschland die *Verstaatlichung der Reichsbank* zu betreiben. Es ist hier nicht der Platz, dies im einzelnen zu begründen und darauf hinzuweisen, daß es an sich schon ein starkes Stück ist und auf die Unwissenheit und Sorglosigkeit der Bevölkerung berechnet, daß die „Reichsbank" trotz ihres Namens keine Staatsbank, sondern eine Aktiengesellschaft ist, der vom Staat neben anderen besonderen Bevorzugungen insbesondere das Notenprivileg übertragen worden ist.

Noch ist es nicht zu spät, denn es ist nie zu spät für die Umkehr. Aber die Umkehr muß entschlossen und ohne Halbheit geschehen, wenn nicht eine allgemeine moralische, wirtschaftliche und staatliche Versumpfung den Untergang Europas besiegeln soll.

Sehnsucht und Hoffnung

Einleitung zur ersten Auflage der Schrift „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ 1923, Deutsch-völkische Verlagsbuchhandlung, München, jetzt Heft 35 der „Nationalsozialistischen Bibliothek“, 43. bis 47. Tausend

Voll Sehnsucht und starker Hoffnung blicken wir in die Zukunft. Deutschland wird leben, Deutschland kann nicht untergehen. Wie von den übermächtigen Geburtswehen einer neuen Zeit ist Deutschland geschüttelt. Die grauenvollen Schlacken eigener Schuld sowie die fremden Peiniger werden abfallen und mit gewaltigem Ruck abgeschüttelt werden, und Deutschland wird an der Spitze der Völker schreiten.

Wäre nicht so viel Leid und Not mit Zusammenbruch und Untergang verbunden, so könnten wir mit einem gewissen Glücksgefühl an den Schöpfungstagen einer neuen Zeit teilnehmen. Wenn wir den Blick über die Niederungen des Tages, über die Wirrnis der Gegenwart erheben, so sehen wir allenthalben kraftvolles Wollen, ernste Arbeit, geniale Intuition. Die deutsche Seele regt ihre Schwingen zu neuem Höhenflug.

Gewaltig sind heute die Aufgaben, größer und schwerer denn jemals in der so leidvollen Geschichte der Deutschen.

So gilt es, die zweifache Aufgabe zu lösen: Staat und Wirtschaft zu erneuern — etwa nicht nur „wieder aufzubauen“, sondern ihnen neue Gestalt zu geben. Neue Gestaltung dadurch auch für das Kultur- und Geistesleben unseres Volkes.

Die alte deutsche Sehnsucht nach einem *einigen Deutschland* muß endlich Wirklichkeit werden, ein neues *Wirtschaftsrecht* wird entstehen und die grauenhafte zinskapitalistische Wirtschaftsform wegfegen.

So umfassend und übergewaltig sind die Aufgaben, die unser harren. Ernst und mahnend steht der Geist der Vergangenheit hinter uns; in Ehrfurcht vor dem geschichtlich Gewordenen, auf dem festen Grunde bester deutscher Tradition, fußend auf urarischer Weisheit, müssen Volk und Staat, Wirtschaft und Kultur neu geschaffen werden.

Da müssen die Werkleute sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewußt sein, doch sind sie getragen von der Hoffnung des ganzen Volkes — nach Freiheit!

Die nationalsozialistische Idee ist aber viel mehr als nur Rückkehr oder Umkehr in alte, vätergewohnte Sitte, sie zerbricht die Ketten der marxistischen Staats- und Wirtschaftsform, sie kämpft als erste und entschlossenste bewußt den schwersten Kampf gegen die mammonistischen Gewalten, gegen die weltumspannende Macht des alljüdischen Imperialismus, gegen den Geist der Raffgier, der Ichsucht und der Gleichgültigkeit.

Ihre kraftvollste, willensstärkste und zielbewußteste Vorkämpferin findet diese allgemeine große deutsche Freiheitsbewegung in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Die Partei hat ihre Ziele in einem kurzen Programm niedergelegt, das schlagwortartig die grundsätzlichen Forderungen der Bewegung in 25 Sätzen zusammenfaßt. Alfred Rosenberg, der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, des Kampfblattes der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, hat in dankenswerter Weise die Programmpunkte einzeln in einer kurzen Schrift erläutert. An Hand dieser Schrift ist es wenigstens möglich, Freunden und Feinden zu sagen, was die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei will. Dagegen fehlt in dem Schrifttum des Nationalsozialismus noch eine umfassendere Arbeit, die Rechenschaft ablegt über die politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen, von denen der Nationalsozialismus ausgeht, welche Wege in staatspolitischer Hinsicht er einzuschlagen gedenkt, um zu seinem Endziel zu gelangen, dem nationalsozialistischen deutschen Staat, zum Staat der Arbeit und Leistung. Diese Aufgabe will die vorliegende Schrift erfüllen. Wir werden also Ausgangspunkt, Weg und Ziel des National-

sozialismus zu beleuchten haben, wir werden zeigen, worin sich der deutsche nationalsozialistische Staat wesentlich von dem bestehenden Staat unterscheiden wird, welche Gebiete im wesentlichen unberührt bleiben werden, auf welchen Gebieten es erhebliche Reformen geben wird, und wo grundsätzlich neue Wege zu gehen sein werden.

Wir werden neue Wege suchen und zeigen müssen für das öffentliche Leben, besonders für die staatliche Finanzpolitik, für die Behandlung der Rassenfrage und die damit zusammenhängenden Fragen. Wir werden uns ferner *grundsätzlich auseinanderzusetzen haben mit schon laut*gewordenen gegnerischen Einwendungen, Verdrehungen und Lügen.

Gewaltig groß ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und dennoch nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Gesamtbereich von Deutschlands Erneuerung.

Vergeblich wäre alles Mühen, wenn nicht todbereite Entschlossenheit und ein unbändiger Führerwille die Voraussetzungen schafft für die Wirksamkeit der Ideen.

Nutzlos verschwendet wäre stärkster Wille, wenn wir nicht unverrückbar ein klares Bild im Herzen trügen davon, wie dieser deutsche Staat — wie Deutschland, unser Väter- und Kinderland, aussehen soll nach unserem Willen — nach unserem Sieg!

München-Murnau, im September 1923.

Gottfried Feder.

Bekanntmachung

im „Völkischen Beobachter“ vom 9. November 1923

Bis zur gesetzlichen Regelung des gesamten Geld- und Kreditwesens werden alle Banken und sonstigen Geldinstitute ihres privatrechtlichen Charakters entkleidet und unter Staatsaufsicht gestellt. Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft.

Das Finanzkomitee:
gez. Gottfried Feder.

Das zufällige Zusammentreffen, daß ich am Tage des abends erfolgten „Hitlerputsches“ auf der Münchener Bank war, wo ich meine durch die Inflation bis auf Bruchteile entwerteten Ersparnisse liegen hatte, um dieses lange vorher angeforderte Depot abzuholen, das aber dann nicht völlig bereitgelegt war und das ich darum nicht mitnahm, veranlaßte meine Gegner und die Gegner unserer Bewegung, mir selbst, der die oben gebrachte Bekanntmachung herausgegeben hatte, „Schiebung“ und ähnliches vorzuwerfen. Ich war gezwungen, mehrere Klagen deshalb zu führen, und werde sie auch weiterhin immer wieder führen, wenn dieser Vorwurf, der in meiner Person zugleich unsere Bewegung treffen soll, gegen mich erhoben wird.

Anläßlich eines der neuesten Urteile in einer dieser Klagen brachte der „Völkische Beobachter“ (vom 8. September 1932) folgende Ausführungen:

Endgültige Erledigung einer dreisten Lüge:

Das „verschobene" Bankguthaben des Pg. Feder.

Vor einiger Zeit wurde Gottfried Feder, trotzdem das Nürnberger Marxistenblatt, die „Fränkische Tagespost", bereits wegen der unsterblichen Lüge vom „verschobenen Bankguthaben" Feders verurteilt worden war, zur Abwechslung mal von den Schwarzen verleumdet, die den gleichen bereits als solchen gebrandmarkten Schwindel von dem „beiseitegebrachten" Bankdepot in dem der Bayer. Volkspartei nahestehenden Sebaldusverlag, G. m. b. H., Nürnberg, in einer Broschüre des Abgeordneten der Bayer. Volkspartei Troßmann ganz unverfroren wiederholten. Dieser Verlag scheute sich nicht, gerade diese Lüge als Lockmittel für den Absatz des Buches in zahllosen Prospekten zu verwerten.

Nun ist den Leuten endlich der Mund gestopft worden.

Unterm 2. Juni d. J. fällte die IV. Zivilkammer des Landgerichtes Nürnberg-Fürth

in Sachen

Gottfried Feder, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. J. Müller II, Nürnberg,

gegen

1. Sebaldusverlag, G. m. b. H., Nürnberg,
2. K. Troßmann, M. d. R., Nürnberg, Goethestraße,

das Endurteil, wonach den Beklagten bei Meidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten verboten wird, die ehrenrührigen Behauptungen bezüglich der angeblichen Abhebung des Bankdepots am 8. November 1923 weiterzuverbreiten. Es wird ferner den Beklagten bei Meidung der gleichen Strafen verboten, die Behauptungen, die in dem Buch „Hitler und Rom" auf Seite 142, 143, 144 stehen, weiterzuverbreiten.

Damit findet eine ungeheuerliche Lüge ihr Ende, deren Niedertracht beispiellos dasteht. Wie erinnerlich, wurde

von Gottfried Feder als dem von Adolf Hitler bei dem Umsturz im November 1923 ernannten Finanzminister in der Nacht vom 8. auf 9. November 1923 sofort ein Erlaß herausgegeben, der zur Unterbindung von Bank- und Börsenwucher sowie Schiebungen die sämtlichen Banken und Bankgeschäfte unter Staatsaufsicht stellte. In dem Erlaß war ausdrücklich auch die Verschiebung von Vermögenswerten untersagt. Irgendwelche Eingriffe oder Beschlagnahmen vermögensrechtlicher Art waren damit nicht verbunden. Ein reiner Zufall fügte es, daß Gottfried Feder im Verfolg einer mit seinem Bankhaus geführten Korrespondenz und als Ergebnis des damals durch die katastrophale Geldentwertung eingetretenen Vermögensschwundes den kümmerlichen Rest seiner Wertpapiere abheben wollte und diese Abhebung, zu der er von seiner Bank ausdrücklich aufgefordert worden war, gerade auf den 8. November fiel. Jedem anständig denkenden Menschen muß es von vornherein klar sein, daß irgendwelche ursächlichen Zusammenhänge zwischen den beiden Ereignissen nicht bestehen. Dies hinderte natürlich die marxistische und schwarze Presse keineswegs, seit 8 Jahren daraus ein Kabinettstück zur Diffamierung des Pg. Feder zu machen, indem man immer wieder behauptete, er habe, um sein eigenes Vermögen vor der von ihm beabsichtigten Beschlagnahme zu retten, seine Papiere noch schnell bei seiner Bank abgeholt oder abholen wollen und habe damit gegen seine eigenen Grundsätze, die er in der Öffentlichkeit vertritt, verstoßen.

Das Nürnberger Gericht hat in einer 20 Seiten langen Urteilsbegründung nach eingehender Verhandlung, die durch zahlreiche Schriftsätze vorbereitet war, eindeutig und klar zum Ausdruck gebracht, daß die von dem Bayerischen Volkspartei-Abgeordneten Troßmann aufgestellten Behauptungen nicht wahr seien. Das Gericht weist besonders darauf hin, daß aus den Akten des Volksgerichtes eindeutig hervorgehe, daß der Besuch Feders in seinem Bankhause lediglich eine Folge der mit dem Bankhaus bereits seit Wochen geführten Korrespondenz gewesen sei, das Depot sei gekündigt worden mit der ausdrücklichen

Begründung, weil Feder mit den berechneten Spesen und Provisionen nicht einverstanden war, da er diese für *ungeheuerlich hielt. Diese Tatsachen sind von dem Inhaber* des Bankhauses sowie von dem diensttuenden Bankbeamten unter Eid bestätigt worden. Das Urteil führt wörtlich folgendes aus:

„Das Gericht hat sich durch die Briefe vom 10. und 26. Oktober 1923 und durch die Mitteilung vom 29. Oktober überzeugt, daß der Kläger die Papiere nur abheben wollte entsprechend seinem mehrfach vorher geäußerten Verlangen. Gegen eine Verschiebung spricht weiter, daß Feder auch den Teil der ihm zur Verfügung stehenden Wertpapiere nicht abgehoben hat. Vor allem aber übersieht die beklagte Partei, daß es sich bei der Bekanntmachung des Finanzkomitees nicht um eine Beschlagnahme der bei den Banken verwahrten Wertpapiere handelt; unter Strafe ist nur gestellt die Veränderung und Verschiebung der Vermögensbestände. In die Eigentumsrechte der Besitzer von Wertpapieren wurde mit der Bekanntmachung nicht eingegriffen. Es handelt sich nur um eine Maßnahme, die anläßlich des Umsturzes der Verhältnisse ergriffen wurde, um Erscheinungen, wie Kapitalflucht usw., zu verhindern. Nach dem erwähnten Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hatte der Kläger für seine privaten Wertpapiere nichts zu befürchten.

Ein Beweis der beklagten Partei, daß Feder die Papiere mit Rücksicht auf die Stellung der neuen Regierung zu den in privatem Besitz befindlichen Wertpapieren abheben wollte, kann gegenüber diesen eindeutigen Feststellungen nicht mehr geführt werden."

Alle weiteren Kombinationen, ja selbst die Frage, ob Feder von dem bevorstehenden Umsturz etwas gewußt habe, kommen daher für die Beurteilung des ganzen Falles gar nicht mehr in Betracht, denn gleichviel, ob das Depot, das früher ein großes Vermögen repräsentierte, noch einen *Endwert von ein paar tausend Mark* gehabt hatte oder inmitten der grauenvollen Inflation als gänzlich ent-

wertet anzusehen war; auf keinen Fall kann eine Beziehung konstruiert werden zwischen der — ja noch nicht einmal durchgeführten Abholung des Depots — und der von Feder verfügten Bekanntmachung über die Stellung der Banken unter Staatsaufsicht. Vermögensrechtliche Eingriffe oder Beschlagnahmen durch die Verfügung waren nicht beabsichtigt gewesen. Gottfried Feder hatte keine Kenntnis von den Absichten Adolf Hitlers für den Abend des 8. November 1923. In dem großen Hitlerprozeß ist ausdrücklich festgestellt worden, daß nur ganz wenige militärische Mitarbeiter Hitlers von dem Putsch Kenntnis hatten. Irgendeine, die persönliche Ehre Gottfried Feders beeinträchtigende Handlungsweise kann also auf gar keinen Fall gefolgert werden.

Die Lüge von der Depotabhebung Feders ist damit endgültig erledigt.

Gründung von sozialen Bau- und Wirtschaftsbanken zur Behebung der Wohnungsnot

Erster Druck im „Pressedienst der Nationalsozialistischen Freiheitspartei" vom 7. Juni 1924

Die Fraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei hat im Reichstag am 28. Mai 1924 folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes, betr. die Grundlagen für soziale Bau- und Wirtschaftsbanken zur Behebung der Wohnungsnot.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichstages hiermit verkündet wird:

Art. I. Die Länder werden ermächtigt, die Genehmigung zur Errichtung je einer sozialen Bau- und Wirtschaftsbank zur Behebung der Wohnungsnot zu erteilen.

Art. II. Für diese Bau- und Wirtschaftsbanken gelten die nachfolgenden grundlegenden Bestimmungen:

§ 1. Die Bau- und Wirtschaftsbanken (B.W.B.) sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Rechtspersönlichkeit wird nach den bestehenden Gesetzen durch die Landeszentralbehörden verliehen.

§ 2. Die B.W.B. haben die Aufgabe, zur Verminderung des Wohnungselends und zur Belebung der Bautätigkeit oder zu anderen volkswirtschaftlich wertvollen Zwecken Darlehen durch Ausgabe wertbeständiger, sachwertig gedeckter, auf Goldmark lautender Inhaberpapiere (Baubankscheine) oder bargeldlose Kredite zu gewähren.

§ 3. Die Höhe der innerhalb einer Baubank bereitzustellenden Gesamtmittel unterliegt der Genehmigung durch den Reichsaufsichtsrat (s. l.) der Bau- und Wirtschaftsbanken.

§ 4. Die Ausgabe der in § 3 benannten Kassenscheine oder Kredite darf nur derart und in solcher Rechtsform erfolgen, daß die Summe der jeweils ausgegebenen und in Kurs befindlichen Kassenscheine und beanspruchten Kredite durch Sachpfänder vollwertig gedeckt ist (erststellige dingliche Sicherheiten, insbesondere Reallasten, Hypotheken, Sachpfänder, Sicherheitsübereignungen u. ä.). Aus den Erträgnissen der zu schaffenden Bauten oder sonstigen Unternehmungen muß die Rückzahlung bzw. Wiedereinziehung der gewährten Beihilfen innerhalb der vereinbarten Fristen, längstens innerhalb fünfzig Jahren gesichert sein.

§ 5. Als Grundlage und Reserven sollen Mittel, die zur Bekämpfung der Wohnungsnot bereitgestellt sind oder diesen Zwecken zugeführt werden sollen, insbesondere die hierfür verfügbaren Teile der Mietzinssteuer der B.W.B., zur Verfügung gestellt werden.

§ 6. Die von der B.W.B. ausgegebenen Kassenscheine, welche auf Beträge von 1, 2, 3, 5, 10, 20, 50 und 100 Goldmark lauten, tragen folgende Aufschrift:

„Die Gesamtheit aller in Verkehr gegebenen Kassenscheine der ... B.W.B. ist vollwertig und für dauernd gesichert gedeckt durch die Gesamtsumme aller zugunsten der ... B.W.B. errichteten Pfänder und Sicherheiten aller Art (Reallasten usw.). Es werden alljährlich wenigstens 2 v. H. der ausgegebenen Scheine eingezogen. Soweit die Einziehung nicht auf dem Wege der Rückzahlungen und Tilgungen durch die Schuldner an die B.W.B. erfolgt, werden die Restbeträge der jährlich einzuziehenden Scheine durch Veröffentlichung im . . . aufgerufen. Die Einlieferer der aufgerufenen Scheine erhalten den Nennbetrag in Gold und goldwertigen Zahlungsmitteln unter Zugrundelegung des Verrechnungswertes von . . . Gramm Feingold für 20 Mk.

Die Ausgabe der Deckung und die Wiedereinziehung sämtlicher von der B.W.B. ausgegebenen Scheine unterliegt der laufenden Kontrolle des Reiches gemäß Gesetz vom . . .

§ 7. Die Gesamtheit der für die bewilligten Beihilfen zugunsten der . . . B.W.B. eines Landes errichteten Pfänder und Sicherheiten bildet einen einheitlichen Deckungsverband derart, daß alle errichteten Pfänder und Sicherheiten gesamthändisch für die Gesamtsumme aller jeweils in Kurs befindlichen Kassenscheine der beanspruchten Kredite haften.

Über sämtliche Bestandteile und Rechte des Deckungsverbandes einer . . . B.W.B. wird bei dieser ein öffentliches Buch geführt. In dieses Buch bzw. die einzelnen Teile desselben ist jedermann die Einsicht zu gestatten, der ein rechtliches Interesse daran glaubhaft macht.

§ 8. Die B.W.B. vereinbart die Höhe und Raten einer Darlehensbewegung, die vom Schuldner zu leistenden Sicherheiten und Pfänder sowie über die Höhe der Raten und Rückzahlungen und die sonstigen allgemeinen Bedingungen mit dem Gesuchsteller von Fall zu Fall das Rechtsverhältnis. Dabei ist vorzusehen, daß von den Schuldnern die Rückzahlungen in Kassenscheinen der B.W.B. oder in goldwertigen, wertbeständigen Zahlungsmitteln zu erfolgen haben, welche dem Sinne der in § 6 angeführten Einlöseverpflichtung entsprechen.

Das mit dem Gesuchsteller zu vereinbarende Rechtsverhältnis muß den Bestimmungen des Gesetzes und den sonstigen von den zuständigen Stellen erlassenen Auflagen und Voraussetzungen entsprechen.

Die B.W.B. ist berechtigt, Zuschläge oder Vergütungen für die Verwaltungskosten bei der Hingabe der Beihilfen und für die jährlichen Einzüge zu bedingen.

Die Kassenscheine der B.W.B. werden an allen . . . Staatskassen des betr. Landes und den dortselbst befindlichen Reichskassen in Zahlung genommen und gegeben.

§ 9. Die Fälschung von Kassenscheinen der B.W.B. wird mit denselben Strafen geahndet wie Fälschungen oder Mißbrauch staatlicher Zahlungsmittel.

Art. III. Die B.W.B. unterstehen der ständigen und laufenden Kontrolle und Aufsicht des Reiches. Es wird hierzu ein Reichsaufsichtsrat der Bau- und Wirtschaftsbanken bestellt. Dieser besteht a) aus dem Präsidenten, der vom Reichspräsidenten ernannt wird, b) aus zwei Direktoren, von denen der eine durch den Reichsfinanzminister, der andere durch den Reichswirtschaftsminister benannt wird, c) aus 4—8 Beiräten, die vom Reichstage für dessen Dauer delegiert werden.

Der Reichsaufsichtsrat hat seinen Sitz in München.

Begründung

1. Allgemeines

1. Deutschland hat zur Zeit mehr als zwei Millionen Wohnungslose. Das Wohnungselend herrscht vorwiegend in den Städten. Teilweise sind unter der städtischen Bevölkerung 10—15 v. H. wohnungslos. (München hat 27 000 wohnungslose Familien.)

Die Bautätigkeit liegt vollständig danieder; in Verbindung damit sind Ziegeleien, Kalkwerke und andere baustofferzeugende Betriebe sowie die gesamten Baunebengewerbe beschäftigungslos.

Alle für die Bautätigkeit erforderlichen Rohstoffe sind in Deutschland ausreichend vorhanden: Holz, Ton, Steine, Kalk, Glas, Eisenblech usw.

Millionen von Arbeitslosen belasten Staat und Gemeinden mit ungeheuren Summen.

Das Bild ist also: Auf der einen Seite sind alle Baustoffe und Baumaterialien zur Erstellung von Häusern und Bauten vorhanden, auf der anderen Seite sind Tausende von Arbeitskräften unbeschäftigt, dazu ein ungeheures Wohnungselend. Wie kommt es, daß man nicht in der Lage ist, den Arbeiter zum Baustoff zu bringen und daraus Häuser zu bauen?

2. Als Grund für das Stilliegen der Bautätigkeit wird angeführt, daß das Kapital für eine richtige Belebung des Baumarktes fehle, weil das Kapital anderweitig rentablere und aussichtsreichere Anlagemöglichkeit habe.

Unbestreitbare Tatsachen sind: Durch die Zwangsmieten im Zusammenhang mit den ungesund verteuerten städtischen Einrichtungen, wie Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kaminkehrerlöhne u. ähnl., ist der Hausbesitz tatsächlich sozialisiert worden, der frühere mittelständische Hausbesitzer hat nur noch förmliche Besitzmittel mit der Verpflichtung, als Inkassobeamter für Steuern zu funktionieren, seines früheren Kapitalwertes ist er beraubt worden. Ebenso sind die früheren Hypothekgläubiger, darunter besonders die Mündel, die ihr Geld in mündelsicheren Hypothekpfandbriefen angelegt haben, durch diese Art der Sozialisierung des Hausbesitzes um ihre Vermögenswerte gebracht worden; m. a. W., das in Häusern investierte Kapital wurde vernichtet und entwertet. Wer heute fremdes Kapital auf erste Hypothek von Hypothekenbanken durch besonders günstige Umstände bekommen kann, muß dafür 15—20 v. H. pro anno Zinsen zahlen. Da der Preis des Kurantengeldes zur Zeit 100—120 v. H. pro anno beträgt, fanden sich nur beschränkte Kapitalmengen zur Anlage in dem unrentierlichen Grundbesitz, um so mehr, als die im Grundbesitz angelegten Gelder offen der Steuerbehörde ersichtlich sind und die Kapitalswelt die Befürchtung hat, daß dieser sichtbare Besitz auch in Zukunft besondere steuerliche Belastungen und Erschwerungen erfahren könne.

3. In den vorausgegangenen Jahren versuchte man die Wohnungsnot dadurch zu vermindern, daß man aus öffentlichen Mitteln erhebliche Zuschüsse für Kleinwohnungsbauten gab. Weder Reich noch Länder noch Gemeinden sind heute weiter in der Lage, beachtliche Mittel für solche nicht rückzahlbare Zuschüsse aufzuwenden.

Vom volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Standpunkt aus ist und war dieses Zuschußwesen verfehlt. Solche Zuschüsse stellten in Wirklichkeit Schenkungen an vereinzelte wenige Volksgenossen auf Kosten der Allgemeinheit dar, ohne daß mit dieser Verschleuderung öffentlicher Gelder ein irgendwie fühlbarer Effekt in der Wohnungsnotbekämpfung erzielt worden wäre.

Es ist vorgekommen, daß die Besitzer solcher aus öffent-

lichen Mitteln erbauten Häuser unter Umgehung der vorgesehenen Einschränkungen sich nicht unbeträchtlichen Gewinn aus ihrem Besitztum zu verschaffen vermochten.

Jedenfalls hat sich gezeigt, daß durch diese Zuschußwirtschaft eine fühlbare Belebung des Wohnungsmarktes nicht herbeigeführt werden kann.

4. Eine der Hauptursachen für diese zu wenig fühlbare Behebung der Wohnungsnot war mit der Umstand, daß man nur Eigenwohnungen oder Eigenheime zu errichten trachtete, bzw. nur solche öffentlich förderte. Es ist gewiß eine erstrebenswerte Sache, Arbeiter, Angestellte oder sonstige Leute aus dem Volke anzusiedeln und sie dadurch an die Scholle zu binden und sie bodenständig zu machen. Es bleibt nach wie vor eine soziale Aufgabe, diese Bestrebungen zu fördern, soweit als die Verhältnisse dies gestatten. Dies liegt aber ausschließlich auf sozialem Gebiete.

Soweit es sich um die Bekämpfung des Wohnungselends als solches handelt, muß betont werden, daß in der Bereitstellung von Wohnungen das Heilmittel liegt, unbekümmert darum, ob Eigenheim oder Mietwohnung. Im Zusammenhalt mit den nun einmal gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen muß ausdrücklich betont werden, daß die Belebung des Miethausbaues neben der Schaffung von Eigenheimen unerläßlich erscheint, wenn eine fühlbare Abhilfe der Wohnungsnot herbeigeführt werden soll. Für Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten, Beamten eignet sich ein Eigenheim überhaupt nicht, weil dies sie nur in ihrer Bewegungsfreiheit hemmen würde. Viele der nun einmal an die Großstadt gebundenen Berufe und darin tätigen Menschen sollen ohne Schwierigkeiten ihr Domizil und ihre Wohnung ändern können, wenn sie anderweitig ein besseres Fortkommen, eine bessere Verwertung ihrer Arbeitskraft erreichen können. Für Tausende ist gewiß ein eigenes Häuschen oder ein Eigenheim in einem Genossenschaftsbau das Ziel ihrer Träume; Zehntausende anderer aber finden ihre Lebensfreude in anderen Dingen. Zehntausende sollen nicht nur dauernd für die Abzahlung eines Eigenheimes sparen, sei

es, daß sie ihre entbehrlichen kleinen Mittel für Wanderungen in die Natur, für Ferienaufenthalte oder für andere Dinge verwenden wollen.

Das soziale Wohnungselend als solches muß beseitigt und bekämpft werden. Dafür genügt und ist erforderlich die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen. Wenn unter diesem Gesichtspunkt mit den gleichen Mitteln eine wesentlich erhöhte Zahl von Mietwohnungen erstellt werden kann, ist dies vorzuziehen gegenüber einer beschränkten Zahl von Eigenheimen.

5. Als Ausgangspunkt für die Belebung des Wohnungsmarktes muß darum angesehen werden: die private Initiative anzuregen dadurch, daß für den kleinen und den mittleren Mann die Erbauung eines Hauses wiederum eine aussichtsreiche, sich für ihn rentierende Sache wird, die ihm einen Ansporn gibt, gerade für diese Sache seinen Sparbetrieb oder sein verfügbares kleines oder mittleres Kapital zu verwenden. Im Privateigentum, in der Aussicht, ein Haus zu bauen oder einen größeren Häuserkomplex zu erwerben, ihn allmählich schuldenfrei zu machen, um den Kindern und der Familie einen Vermögenswert zu sichern und zu hinterlassen, darin liegt von jeher der Ansporn für die Bereitstellung von einer genügenden Zahl von Mietwohnungen. Nur wenn man diese Voraussetzungen wieder lebendig macht, kann der Wohnungsnot beigekommen werden.

Die öffentliche Hand eignet sich grundsätzlich wenig für die Erbauung und Instandhaltung von Miethäusern; die Erfahrung lehrt, daß solche Häuser nur zu leicht verkommen und verwahrlost werden, weil jenes private persönliche Interesse fehlt, das der einzelne kleine und mittlere Hausbesitzer an seinem Objekte hat. Der im eigenen Haus wohnende Hausbesitzer ist erfahrungsgemäß eine unbezahlte Arbeitskraft, die täglich und ständig für die Instandhaltung des Hauses sorgt und tätig bleibt.

Genossenschaftliche gemeinnützige Bauunternehmungen sind erstrebenswert und sollen nach wie vor gefördert werden. Wo die Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen, soll auch der gemeindliche Hausbau angeregt werden. Betont

aber sei wiederholt an dieser Stelle, daß Privateigentum und Privatbesitz die natürlichste Grundlage und die häufigste Form des Hausbesitzes sind und bleiben müssen, wenn man nicht durch Experimente, wie die verfehlte Sozialisierung der Häuser durch die verflossene Zwangswirtschaft eines war, den Volkskörper schädigen will.

2. Die soziale Baubank

1. Mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verschiedenheiten der einzelnen Länder soll es in das Belieben der Länder gestellt bleiben, ob sie eine soziale Bau- und Wirtschaftsbank errichten wollen; nur für den Fall, daß dies geschieht, sollen die vom Reiche gegebenen Grundlinien für die Ausgabe der Baubank-Kassenscheine und deren Deckung maßgebend sein müssen. Auch aus praktischen Gründen ist eine derartige Dezentralisation nötig und wünschenswert. Der vorgesehene Reichsaufsichtsrat soll durch seine Zusammensetzung und seine Tätigkeit das Organ sein, welches eine gleichmäßige Handhabung des Baubankwesens in den einzelnen Ländern und in der Öffentlichkeit die notwendige Gewähr dafür schafft, daß die im Gesetz vorgesehenen Garantien für die Baubank-Kassenscheine auf das strengste eingehalten werden.

2. Als Träger für die einzelnen Baubanken erscheinen eigens hierfür geschaffene Körperschaften des öffentlichen Rechts. Diese Rechtsform ist gegenüber den Rechtsformen einer Aktiengesellschaft oder einer Genossenschaft deshalb vorzuziehen, weil an der öffentlich-rechtlichen Körperschaft kein privates Interesse irgendwelcher Art beteiligt ist. In den zu erlassenden Ausführungsbestimmungen wird vorgesehen werden, daß im Falle des Aufhörens der Rechtspersönlichkeit der B.W.B. deren Restvermögen dem Staate anheimfällt. Durch die Verleihung des Rechtscharakters einer Körperschaft des öffentlichen Rechts wird die B.W.B. über die Gesellschaften des privaten Rechts hinausgehoben. Es wird ihren Kassenscheinen dadurch eine über das einfache übliche Privatrecht hinausgehende Bedeutung verliehen.

3. Der Kassenschein der B.W.B. ist ein Inhaberpapier im Sinne des BGB. Sein Zweck ist, zu kursieren, also: die Stelle eines Zahlungsmittels zu versehen, ohne gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Der Kassenschein lautet auf Gold.

Es wird kein Kassenschein ausgegeben, für den nicht vorher Deckung vorhanden ist. Wenn z. B. eine Baugenossenschaft ein Haus mit 10 kleinen Wohnungen zu einem Gesamtpreis von 80 000 Goldmark bauen will (die Wohnung zu 8000 M.), so muß die Genossenschaft vorweg 20 000 Goldmark in Grund und Boden aus Einzahlungen der Mitglieder oder aus sonstigen gemeindlichen Zuschüssen aufgebracht haben, m. a. W. die B.W.B. wird, von besonders gelagerten Ausnahmen abgesehen, Kassenscheine erst dann an einen Gesuchsteller hinausgeben, wenn dieser bereits einen entsprechenden und belasteten Wert in Höhe von etwa 25 v. H. des gesamten Bauaufwandes zur Verfügung hat. In obigem Beispiel wird die B.W.B. aus dem vorhandenen Grundstückswert und den baren Mitteln einen Betrag von 20 000 M. Baubank-Kassenscheinen hinausgeben gegen vorherige dringliche Verpfändung der bereits vorhandenen Werte. Mit den so erhaltenen Mitteln wird der Bau weitergeführt, bis eine dritte und endlich die vierte Rate gegeben werden kann. Das Schlußbild ist, daß zuletzt ein Bauwerk von 80 000 M. Gestehungskosten vorhanden ist, wofür 60 000 M. B.W.B.-Scheine ausgegeben wurden, für welche auf das Grundstück eine erststellige Reallast in dieser Höhe eingetragen ist. Es sind also die Scheine durch die Sachwerte voll gedeckt, die Deckung ist eine größere, als je die Banknoten in der Friedenszeit gedeckt waren. (In Wirklichkeit wird übrigens ein wesentlicher Teil der Kreditgewährungen sich bargeldlos abspielen.)

Für die Bauzeit, also bis zur Fertigstellung des Bauwerkes, lassen sich überdies auch noch anderweitige vorübergehende Sicherungen bedingen und beschaffen, z. B. Bürgschaften, Hinterlegungen von Wechseln oder Werten, Sicherheitsübereignungen u. ä. Allgemeine Anweisungen hierfür zu geben ist Sache der Ausführungsbestimmungen.

Bei geeigneter Handhabung und genügend vorsichtiger Geschäftsgebarung durch die Leitung der B.W.B. kann immer Vorsorge getroffen werden, daß genügende Deckungen auch während der Bauzeit vorhanden bleiben. Zur weiteren Deckung, insbesondere zur Beschaffung der ersten Betriebsmittel und der ersten Sicherheiten und für die Zukunft sollen als Reservefonds die Länder von Anfang an die B.W.B. mit irgendwelchen entsprechenden Werten ausstatten, z. B. durch die Zuführung der für Bauzwecke bestimmten Mietzins-Steuererträge.

Solche von den Ländern hierfür verwendeten Mittel brauchen nicht flüssig gemacht zu werden; sie dienen zunächst nur als Bereitstellungen und zur Erhöhung der Sicherheit und der Ausstattung der B.W.B. für die Anfangszeit.

4. Der Kreislauf der Kassenscheine. Die an die Bauherren hinausgegebenen Kassenscheine werden von diesen zur Zahlung der Bauunternehmer, Baumaterialien und der Löhne verwendet. Von dort fließen sie ins Publikum. Der Hausbesitzer bedingt sich von seinem Mieter bzw. die Genossenschaft von ihren Mitgliedern, daß die Mietzinsen in Baubank-Kassenscheinen zu leisten sind. Die Mieter beschaffen sich diese Baubank-Kassenscheine aus dem Verkehr. Der Hausbesitzer bzw. die Genossenschaft zahlt jährlich bzw. vierteljährlich an die B.W.B. die vereinbarten Raten in Baubank-Kassenscheinen zurück (diese Rückzahlungen sind Amortisationen), werden also im Gesamtbetrag der Schuld abgeschrieben. Bei einer Rückzahlungspflicht in Höhe von 5. v. H. sind die Häuser in 20 Jahren abgezahlt. (Für die Unkosten der Bank selbst erhebt diese bei der ersten Hingabe einen kleinen, einmaligen Abzug und bei den jährlichen Rückzahlungen für die damit verbundenen Abschreibungs- und Buchungskosten einen Aufschlag von etwa 1/2 v. H.)

5. Aus diesen bei der B.W.B. eingehenden Rückläufen bewirkt die B.W.B. die gesetzmäßigen, den Verträgen mit den Bauherren entsprechenden Wiedereinziehungen der B.W.B.-Scheine. Bei bargeldlosem Umlauf vermindert sich um die jährlichen Rückzahlungen, die dann gleichfalls

bargeldlos oder in Form von anderen Zahlungsmitteln geleistet werden, der Gesamtbetrag der ausgegebenen Gutschriften und entsprechend der Gesamtbetrag der im Buch eingetragenen Sicherheiten um die Gesamtsummen der getätigten Rückzahlungen.

Fällt es dem Rückzahlungspflichtigen schwer, aus dem allgemeinen Verkehr sich B.W.B.-Scheine zu beschaffen, so kann die Rückzahlung in üblichen, auf den Goldkurs umgerechneten Zahlungsmitteln erfolgen, worauf dann diese Beträge an neue weitere Darlehensnehmer an Stelle von Baubank-Kassenscheinen ausgegeben werden. Dann ist der Effekt derselbe, wie wenn die rückzahlungspflichtigen Beträge in Baubank-Kassenscheinen eingezahlt und ein gleicher Betrag in neuen Sicherheiten in Baubank-Kassenscheinen ausgegeben worden wäre.

Die auf dem Baubank-Kassenschein vorgesehene Verpflichtung, Baubank-Kassenscheine aufzurufen, um sie gegen Gold- oder goldwertige Zahlungsmittel umzutauschen, tritt also praktisch bei geordnetem Geschäftsgang nicht ein. Praktisch kann diese Verpflichtung nur akut werden dann, wenn Rückzahlungen nicht in der vorgeschriebenen Höhe eingehen würden, wenn also die Schuldner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Für solche in der Praxis ganz seltenen Fälle müßten aus den von den Ländern von Anfang an zur Verfügung gestellten Reserven die entsprechenden Einlösungen erfolgen. Es ist Sache der Ausführungsbestimmungen und der Verträge mit den Darlehensnehmern, darin entsprechende Bedingungen und Klauseln vorzusehen, durch die einzelne Verluste auf die Gesamtheit der Darlehensnehmer abgewälzt werden können und von diesen auszugleichen sind.

Praktisch werden solche Ausfälle nur ein sehr kleiner Prozentsatz des Gesamtumlaufes sein, der leicht durch sonstige Maßnahmen wettgemacht werden kann (genossenschaftlicher Einkauf von Baumaterialien). Die in B.W.B.-Scheinen enthaltene Verpflichtung zur Einlösung aufgerufener Scheine in Gold tritt also praktisch nicht oder nur in ganz seltenen Ausnahmefällen ein. Diese Formulierung des Aufdrucks bringt aus dem Publikum die absolute gold-

wertige Sicherheit zum Bewußtsein, die hinter den B.W.B.-Scheinen steht.

3. **Der volkswirtschaftliche Wert dieser Einrichtung liegt darin, daß durch die Schaffung der B. W. B. es möglich wird, ausgiebig und billig zu bauen.**

1. Ein einfaches Rechenbeispiel macht dies klar. Man rechne auf die Kleinwohnungen einen Baupreis von 8000 M.

a) Sollen diese 8000 M. wie bisher üblich aufgebracht werden dadurch, daß 3000 M. an erststelliger Hypothek durch Hypothekenbanken beschafft werden, und daß aus Mitteln des Reiches oder der Öffentlichkeit eine zweite Hypothek in Höhe von 3000 M. gegen einen mäßigen Zins von 15 v. H. gegeben wird, so erfordern diese Beträge eine jährliche Verzinsung, die Bauhypothek zu nur 15 v. H. gerechnet, von 450 plus 450 gleich 900 M. Auch in diesem Beispiel müssen dann weitere 2000 M. in Grund und Boden oder in sonstigen Mitteln von den Bauherren bzw. Wohnungsinhabern selbst aufgebracht sein. Diese 900 M. jährliche Lasten sind nur die Kapitalverzinsung. Dazu ist dann noch der jährliche Betrag für städtische Einrichtungen, Instandhaltung, Reparaturen usw. mit 200 M. anzusetzen. Eine solche Kleinwohnung kostet also den Inhaber auf diesem Wege jährlich 1100 M. Mietzins, ein Betrag, den kein Mensch für eine Kleinwohnung zahlen kann. Dabei ist unberücksichtigt, daß Staat oder Öffentlichkeit an sich nicht in der Lage sind, Hypothekengeld gegen 5 v. H. zu verleihen, solange sie selbst in den Etats Unterbilanzen haben, bzw. teures Geld für anderweitige Zwecke aufnehmen müssen.

b) Werden für 6000 M. Baubank-Kassenscheine gegeben, und wird eine Rückzahlung von 5 v. H. vereinbart, so sind dafür jährlich 300 M. aufzubringen. Dazu 300 M. Instandhaltungskosten. Die Wohnung ist sohin um 33 v. H. billiger als die nach Ziffer a finanzierte.

2. Ein weiterer volkswirtschaftlicher Wert liegt darin, daß der kleinere und der mittlere Mann durch die Möglich-

keit, B.W.B.-Darlehen zu erhalten, angeregt werden, seien es kleine oder mittlere Kapitalien für Bauzwecke anzulegen. Es wird auf diese Weise das Geld von der nutzlosen unproduktiven Spekulation abgezogen und der schaffenden Arbeit zugeführt.

Alle Volkskreise werden auf diese Weise zur Belebung der Bautätigkeit herangezogen. Insbesondere können auch mittlere und größere Unternehmungen veranlaßt werden, Baugrund und erste Kapitalien zugunsten ihrer Arbeiter zur Verfügung zu stellen.

Es bleibt Sache des Aufsichtsrates und der in diesem dargestellten, vom Parlament gewählten Kontrollinstanz, laufende Anweisungen zu geben und dafür zu sorgen, daß die Wohltat der B.W.B.-Darlehen allen Bevölkerungsschichten entsprechend zugänglich gemacht und zugeteilt werde.

4. Einwendungen

1. Der Einwand der Inflation.

Es wird eingewendet werden, die Ausgabe dieser B.W.B.-Scheine wirke inflatierend. Dieser Einwand ist unzutreffend. Inflation entsteht nur dort, wo zusätzliche Kaufkraft in außergewöhnlich hohem Maße durch ungedeckte Geldzeichen geschaffen wird; kleine, nicht nennenswerte Überschreitungen einer Deckung haben an sich noch nie eine Inflation geschaffen. Nur wenn die Ausgabe ungedeckter Geldzeichen in erklecklichem Maße erfolgt, entsteht die Inflation. Hier ist jedes Geldzeichen von Anfang an gedeckt, es wird grundsätzliche Kaufkraft überhaupt nicht geschaffen.

2. Die B.W.B.-Kassenscheine würden den Zahlungsmittelmarkt übersättigen und dadurch auch auf die sonstigen Geldzeichen des Staates schädlich einwirken.

Dieser Einwand ist unzutreffend. Der Betrag der auszugebenden B.W.B.-Scheine wird für jedes Land durch das Aufsichtsorgan von Anfang an beschränkt.

Überdies kann bei der derzeitig herrschenden Zahlungsmittelnot es nur wohltätig wirken, wenn durch die B.W.B.-Scheine und die gleichzeitige Belebung des Baumarktes

eine größere Geldflüssigkeit einsetzt. Je nach der Lage des Zahlungsmittelmarktes kann die B.W.B. angewiesen werden, einen größeren oder geringeren Teil ihrer Darlehen in Baubankscheinen bzw. in bargeldlosen Gutschriften abzugeben. Für den Anfang ist der Prozentsatz der in Kurs kommenden Baubankscheine ein so geringer, daß er gegenüber den sonstigen allgemeinen Zahlungsmitteln überhaupt nicht in Betracht kommt.

3. „Die B.W.B.-Scheine würden vom Publikum nicht angenommen.“ Wenn man bedenkt, daß das Publikum die ungedeckten Billionenscheine trotz der Kenntnis der mangelnden Deckung nimmt, daß das Publikum jedes Notgeld der Städte kritiklos hinnahm, daß es Kassenscheine der Reichsbahn, ja während der Zahlungsmittelknappheit des Vorjahres alle möglichen Geldsurrogate der Banken und einzelner Firmen hinnahm, so ist diesem Einwand von Anfang an jede Berechtigung abzusprechen. Hier handelt es sich aber um ein vollwertig gedecktes Geld. Es bedarf nur der entsprechenden Aufklärung durch die zur Verfügung stehenden Stellen und Organisationen, um das Geld ohne Schwierigkeit einzuführen. Überdies haben Behörden und Städte Möglichkeiten genug an der Hand, um dafür zu sorgen, daß nicht einzelne Firmen die Annahme des Geldes ablehnen. Jedes Baugeschäft wird lieber einen Auftrag zur Ausführung erhalten und Zahlung in Baubankscheinen annehmen als stilliegen.

Klärt man erst das Publikum noch darüber auf, daß diese durch Sachwert gedeckten Geldscheine und deren Kursfähigkeit die Wohnungsnot heben, dann wird das Publikum diese Scheine willig annehmen, um so mehr, als es in den Scheinen die Garantie dafür hat, daß diese keiner Inflation ausgesetzt sind, bzw. daß diese Scheine von einer etwa kommenden Inflationswelle nicht erfaßt werden, weil sie auf Gold lauten und die volle sachwertige Deckung hinter sich haben.

5. Rechtliches

1. Die Sicherheiten sind in der Form der Reallast auf Grundstücke einzutragen. Die Reallastverpflichtung besteht

darin, daß aus dem Grundstück bzw. aus den Satzungen desselben jährlich die bestimmte Summe Baubank-Kassenscheine abgeliefert werden müssen. Die Reallast wird zahlenmäßig der Höhe nach festgestellt auf das erhaltene Gesamtdarlehen.

Diese Form enthebt die B.W.B. der sonstigen Bindungen, wie sie für Hypothekenbanken und ähnliche bestehen.

2. Das öffentliche Buch des Deckungsverbandes dient als Nachweis dafür, daß und durch welche Objekte die Gesamtsumme der kursierenden Baubankscheine bzw. Gutschriften gedeckt sind.

Nähere Vorschriften über die Ausgestaltung und Handhabung des öffentlichen Buches zu erlassen, ist Sache der Ausführungsbestimmungen. Es soll kein umständliches, schwerfälliges Verfahren geschaffen werden. Es genügt, wenn in dem Buch eingetragen ist: Grundstück und Eigentümer, Nachweis der geleisteten Sicherheiten, Summen der gewährten Darlehen, Höhe der jährlich zu leistenden Rückzahlungen, tatsächlich erfolgte Abzahlung. Alles übrige wird in den Anlagen zum öffentlichen Buch gesammelt; in den Anlagen sind also beizufügen: die entsprechenden Grundbuchauszüge, notarielle Instrumente, Vertrag mit dem Darlehensnehmer usw.

3. Die Kontrolle hat den Zweck und erschöpft sich darin, die Einhaltung der im Gesetz gegebenen Vorschriften zu sichern. Sie dient also vor allem für die Kontrolle der Deckungen und der Rückzahlungen und ist damit dem Publikum eine Gewähr dafür, daß keine Bauscheine ohne Deckung ausgegeben werden, und daß der Einzug im Sinne des Gesetzes erfolgt.

Der Aufsichtsrat bedient sich für den Vollzug der Kontrolle selbstverständlich entsprechender Hilfsorgane, wie Revisoren, Kontrolleure usw.

Schlußbemerkung

Die Wohnungsnot und der Stillstand des Baumarktes sind eines der Hauptübel der heutigen Zeit. Auf dem üblichen und früheren Weg des Privatkapitals können

diese Schäden nicht behoben werden. Darum bleibt nichts anderes übrig, als das Übel mit neuen, ausgiebigen Mitteln zu bekämpfen. Ein Schaden aus der Einführung der B.W.B. kann nicht erfolgen, da man jederzeit in der Lage ist, die Tätigkeit der B.W.B. wieder einzustellen.

Schenkungen und Zuschüsse an einzelne Private aus allgemeinen Mitteln verschlechtern nur die allgemeine Volkswirtschaft und finanzielle Situation, da jede derartige Fehlmaßnahme ihre Rückwirkungen auf das Ganze auslöst. Die B.W.B. belastet den Staat nicht im geringsten, sie gibt ihm die Möglichkeit, Wohnungen in ausgiebigem Maße zu bauen. Darum ist es Notwendigkeit, den Ländern die Gelegenheit zur Schaffung der B.W.B. zu geben.

Der Dawespakt

Aus Heft 7 der „Nationalsozialistischen Bibliothek“ (1928) und aus den „Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Reichstags“ (II. Wahlperiode, 1924)

Das Völkerrecht umschreibt in allgemein gültiger Form den Begriff der Souveränität eines Staatengebildes, indem es festlegt, welche unbeschränkten Hoheitsrechte einem Staat eignen müssen, falls man von ihm als einem souveränen Staat, also von einem Staat, der in freiem, unbeschränktem Besitz seiner Hoheitsrechte ist, sprechen kann.

Die Zahl der Hoheitsrechte ist fünf: die Gebietshoheit, die Militärhoheit, die Finanzhoheit, die Verwaltungs- und Verkehrshoheit und die Justizhoheit.

Fehlt nur eines dieser Rechte, oder ist es beschränkt, so kann man von einem solchen Staate schon nicht mehr als von einem vollkommen souveränen Staat sprechen. Wir denken hier an die alte Türkei, die, obwohl „Kaiserreich der Ottomanen“ benannt, die bekannten „Kapitulationen“ mit den Großmächten einzugehen gezwungen war, die ihre Justizhoheit beeinträchtigten. Danach wurden die Angehörigen fremder Staaten der türkischen Gerichtsbarkeit entzogen und derjenigen der Konsulate unterstellt. Immerhin verfügte die Türkei im übrigen, so sehr man sich in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts über den „kranken Mann am Bosporus“ lustig machte, vollkommen über ihre Grenzen, hatte ihr eigenes Militär, die von fremden Mächten völlig unabhängige innere Verwaltung, war vollkommen unabhängig in bezug auf das Rechtsverfahren über ihre eigenen Untertanen und trotz ihrer überaus starken Verschuldung an das Ausland im vollen Besitz ihrer Finanzhoheit.

Wesentlich eingeengter in staatsrechtlicher Hinsicht als die Türkei war dagegen vor dem Kriege das „Kaiserreich" Indien, das trotz Aufrechterhaltung der äußeren Form eines „Kaiserreichs" doch nur im Grunde eine Kolonie Englands war. Das Militär war in allen wichtigen Befehlsstellen von Engländern besetzt, die Hauptverwaltungsstellen ebenfalls, überall saßen neben einheimischen Fürsten die englischen Residenten, die Würde des Kaisers von Indien war mit dem englischen Königshause verbunden, der sogenannte Vizekönig von Indien war ein Engländer. Ein Land wie das Königreich Bayern besaß als Bundesstaat des Deutschen Reiches im Vergleich mit Indien bedeutend mehr staatspolitische Freiheiten und Hoheitsrechte, ja, diese waren im Grunde bis auf gewisse freiwillige bundesstaatliche Abmachungen mit dem Reiche vollkommen. Bayern hatte sein eigenes Militär, seine eigene Münze, seine eigene Eisenbahn-, Post- und Verkehrsverwaltung, seine eigene Justizverwaltung, besaß als souveräner Staat seine außenpolitischen Vertretungen und ein souveränes Staatsoberhaupt. Nur für den Kriegsfall war dem Deutschen Kaiser der Oberbefehl übertragen, und über das Münzwesen, über die Einheit der Rechtspflege usw. waren mit Preußen und den übrigen Bundesstaaten reichsgesetzliche Abmachungen getroffen worden.

Das Deutsche Reich, das durch Blut und Eisen nach siegreichem Feldzug im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 von dem größten politischen Genie der Deutschen, dem Fürsten Bismarck, proklamiert worden war, trat als jüngste und kraftvolle Großmacht neben die ältesten souveränen Staaten Europas, neben England, Rußland, Österreich, Frankreich, Italien. (Neben diesen sechs Großmächten bezeichnete man dann bekanntlich die Presse als die siebente, nachdem sie Napoleon bereits zur fünften Großmacht erklärt hatte.)

Im Vollbesitz seiner Hoheitsrechte entfaltete sich Deutschland in wenigen Jahrzehnten nach Erringung der staatlichen Einheit auch zu einem Wirtschaftsfaktor allerersten Ranges, ließ die älteren Reiche weit hinter sich und schickte sich an, England auch noch im Welthandel und im

Weltverkehr zu überflügeln. Fürwahr ein Aufstieg in kurzer Zeit, wie ihn der Erdkreis noch nie gesehen!

Die schimmernde Wehr des deutschen Heeres, die Stahlkolosse unserer Marine schützten die deutschen Grenzen und folgten der deutschen Handelsflagge. Eine mustergültige innere Verwaltung, eine vorbildliche Rechtspflege, ein musterhaftes Eisenbahn- und Verkehrswesen und ein sauberes Geldwesen waren der Stolz der Deutschen, der Neid aller Nachbarn, aber auch der Neider und Dunkelmänner im Innern.

Diesem nordisch bestimmten Reiche galt der Haß der ganzen Welt. Weltfreimaurerei und Weltjudentum, die Weltgeldmacht, Englands Handelsneid, die Revanchegedanken Frankreichs, Rußlands Expansionsdrang fanden sich, verbunden durch Neid und Haß, zusammen zum Kampf gegen dieses Deutschland der Arbeit und Leistung, der Ordnung und Sauberkeit, der Pflichterfüllung und des unermüdlichen Fleißes, gegen das Land, in dem es noch undiskontierbare Werte gab: Beamten- und Offiziersehre, Unbestechlichkeit, Opfersinn, Treue, Stolz und Mut.

Sechsundzwanzig Staaten führten Krieg, und der deutsche Sieg hing trotz der gewaltigen Übermacht, trotz aller Not und aller Entbehrungen an einem Faden, und der äußere Feind hätte es nicht vermocht, Deutschland militärisch niederzuringen, wenn nicht im Innern die marxistische Revolution dem Feind Hilfe geleistet hätte.

Es war notwendig, an dies hier zu erinnern, einesteils um zu zeigen, daß es sich bei diesem Krieg um viel mehr drehte als nur um irgendeine Provinz oder um rein dynastische Interessen, andernteils um den furchtbaren Absturz in staats- und völkerrechtlicher Beziehung klar vor Augen zu führen, den Unterschied zwischen einst und jetzt, und schließlich auch um die rein nüchterne, abstrakte, völkerrechtliche Betrachtung mit Blut und Leben zu erfüllen. Denn wir haben als deutsche Menschen nicht „voraussetzungslose" Wissenschaft zu treiben, sondern alles vom deutschen Gesichtspunkt aus zu betrachten.

So angesehen gewinnt der *Dawespakt* weit über den Rahmen seiner wirtschaftlichen Forderungen hinaus *weltpolitische staatsrechtliche Bedeutung von allergrößtem Ausmaß*. Ja, für denjenigen, der wirklich den Dingen tiefer auf den Grund geht, ist der Dawespakt von noch größerer politischer Bedeutung als selbst der *Versailler Vertrag*. Dieser *war der Versuch, der Dawespakt ist die Vollendung der völligen politischen Entrechtung und der wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands.*

Mit der Annahme des Dawespaktes am 29. August 1924 durch eine verblendete und verbrecherische Reichstagsmehrheit hat Deutschland aufgehört, ein souveräner Staat zu sein.

Gebiets- und Militärhoheit waren schon durch den Waffenstillstand und das Versailler Diktat zerschlagen, aber immer noch stand Deutschland als Wirtschaftsmacht fast unerschüttert da; keine Fabrik war zerstört, Arbeitswille und Fleiß ungebrochen. Nun aber raubte der Dawespakt restlos dem Deutschen Reiche seine *Finanzhoheit* in bezug auf das Münzwesen; die Reichsbank wurde entstaatlicht und der Kontrolle der deutschen Regierung entzogen, die *Verkehrshoheit* wurde preisgegeben, die deutschen Staatseisenbahnen wurden entstaatlicht, der staatlichen Aufsicht entzogen und zu einer Domäne der überstaatlichen Geldmächte herabgewürdigt, die innere *Verwaltungshoheit* wurde aufs schwerste beeinträchtigt durch die Aufstellung fremdländischer Kommissare über Zölle und über das Aufkommen wichtiger Steuern. Die deutsche Regierung mußte sich zu jeder Art von Auskünften über alle deutschen Verhältnisse verpflichten. Schnüffelkommissionen bereisten das ganze Land, *keinen Tank, kein Flugzeug, kein schweres Geschütz darf Deutschland mehr besitzen, während die ganze Welt in Waffen starrt* und aberwitzige Rüstungen vornimmt. Die deutsche *Justizhoheit* ist ebenfalls zum lee-

ren Begriff geworden, da große Landesteile unter fremder Militärgerichtsbarkeit stehen und Schandurteile an deutschen vaterlandliebenden Männern vollzogen werden. Der Schrei der Entrüstung, der ganz Deutschland bei dem Mord an Albert Leo Schlageter durchhallte, fand höchstens höhnische Kommentare in der feindlichen Presse. Tag für Tag bringt die deutsche Presse Schandurteile der feindlichen Gerichte an deutschen Männern und Frauen; von Rechtssicherheit für Leib, Leben und Eigentum ist keine Rede mehr.

Fürwahr ein Absturz aus stolzester Höhe und Machtfülle in tiefstes Elend und kläglichste Ohnmacht. Ein Volk von Helden und fleißigen Arbeitern der Stirn und Faust fügt sich fremdem Diktat, mürbe gemacht und müde. Ein Parlament, das einst der Ausdruck kraftvollsten nationalen Willens war, wird zum Tummelplatz der erbärmlichsten und feigsten Instinkte. Mit falschen Darstellungen und tönenden Phrasen benebelt die Regierung sich selbst und die Parteien. Die nationale Opposition der Nationalsozialisten wird mit wütendem Gekeif und giftigem Geifer überschüttet. Der Dawespakt erhält Gesetzeskraft in Deutschland.

Die Regierungserklärungen vom Sonnabend, dem 23. August 1924, in der 22. Sitzung liegen vor mir; ich entnehme den Stenographischen Berichten, Band 381 der II. Wahlperiode 1924 (S. 772 ff.), die ausschlaggebenden Sätze der führenden Männer der damaligen Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Marx (Zentrum) verliest vor vollbesetztem Haus folgendes:

„Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu den Londoner Beschlüssen sowie zu den zu ihrer Durchführung erforderlichen Gesetzen zu erlangen. Die in London gefaßten Beschlüsse bestimmen, in welcher Weise das Gutachten der Sachverständigen seine Durchführung finden soll.

Das Gutachten der Sachverständigen hat die Reichs-

regierung in ihrer an die Reparationskommission gerichteten Erklärung als geeignete Grundlage (!) für die Lösung der Reparationsfrage angenommen."

Marx fährt dann fort: Wohl hätten sich große und ernste Bedenken geltend gemacht, es handle sich um tief eingreifende Änderungen, aber man wolle Rede und Antwort stehen über das, was in London in schwerer, verantwortungsvoller Arbeit erzielt worden sei, und wörtlich: „Wir rühmen uns nicht eines (!) Erfolges, den wir in London errungen hätten." Marx nimmt dann den englischen Ministerpräsidenten in Schutz und fährt fort: „Ich lege Wert auf die Feststellung, daß der in der Presse erhobene Vorwurf, daß die deutsche Delegation zu London vor ein Ultimatum gestellt oder ihr ein Diktat vorgelegt worden sei, durchaus unbegründet ist. (Lachen und Zuruf bei den Nationalsozialisten: Um so schlimmer!) Die Beschlüsse der Londoner Konferenz sind für Deutschland zweifellos eine schwere Belastung. Aber dennoch stellen sie gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar und dienen dem von uns allen angestrebten Ziele: der Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft und der Wiederherstellung der deutschen Freiheit insbesondere in den besetzten Gebieten." (Lebhaftes Bravo und Zustimmung der Mitte. Andauernde Unruhe bei den Nationalsozialisten.)

Marx machte dann einige allgemeine Ausführungen über die politische Lage und muß sogar bezüglich des Punktes, mit dem man dem deutschen Volke gegenüber immer wieder die Notwendigkeit der Annahme des Dawesplanes begründete — die sofortige Räumung des widerrechtlich besetzten Gebietes —, eingestehen: „Es ist uns nicht gelungen, die alsbaldige militärische Räumung der nach unserer Überzeugung vertragswidrig besetzten Gebiete innerhalb einer vom ganzen Volk erwarteten kurzen Frist zu erreichen." Trotzdem erklärt der Reichskanzler als echter Locarnese, „daß auf der Londoner Konferenz zum ersten Male seit Kriegsende wieder ein Geist der Verständigung (lautes Lachen und anhaltender Lärm bei den National-

sozialisten) und der ernsthafte Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft lebendig waren".

Marx appelliert dann an das Gewissen der Abgeordneten des deutschen Volkes, daß sie die Durchführung des Sachverständigenplanes nicht hindern möchten, und schließt mit der unerhörten Behauptung: „Eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst jedenfalls die Vernichtung all der Hoffnungen, die das deutsche Volk und insbesondere unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft werden noch weiter als bisher unter der ständig zunehmenden Kreditnot zu leiden haben. Ob bei unserer blutleeren Wirtschaft unsere mühsam bisher gehaltene Währung nicht neuem Verfall entgegentreiben wird, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die allgemeine Not unter den breiten Massen des Volkes aber sind eine sichere Folge der Ablehnung (!). Auf den besetzten Gebieten wird der furchtbare militärische Druck weiterlasten, und die Abschnürung der Bevölkerung wird aufrechterhalten werden . . . Eine ungeheure Verantwortung lastet jetzt auf dem Reichstag. Seine Entscheidung wird nach meiner innersten Überzeugung Segen oder Fluch bedeuten!"

Also „Segen" bedeutet die Annahme des Dawespaktes nach der Meinung des Herrn Marx, Reichskanzlers von Zentrums Gnaden. Das deutsche Volk, die Zentrumswähler mögen sich für die „Segnungen" des Dawespaktes bei Herrn Marx bedanken.

Nach Marx sprach Finanzminister Dr. Luther. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, klarzulegen, was geschähe, falls dem Dawespakt nicht zugestimmt würde, er stellt sich ganz „aufs Bangemachen" ein und führt aus: die Erwerbslosigkeit habe zugenommen, die Handelsbilanz sei in steigendem Maße passiv, die Steuern seien zu hoch; trotzdem aber würden die Einnahmen des Reiches bei Nichtannahme des Londoner Vertrages zurückgehen, die Ausgaben des Reiches würden sich nicht vermindern, sondern vermehren. Der mangelnde Kredit im deutschen Wirtschaftsleben fordere gebieterisch die Annahme des Dawespaktes, ohne ihn würde die Kreditnot auf das Höchste steigen, den Bauern

würden die kurzfristigen Kredite gekündigt werden, das Gesamtbild könne nur eine außerordentliche Verschärfung der Kreditnot und steigende Arbeitslosigkeit sein.

Luther scheut sich nicht zu sagen, um auch noch die Schrecken der Inflation als Eideshelfer herbeizurufen: „Erwähnen will ich nur ausdrücklich, daß der Ausweg einer neuen Inflation durchaus unmöglich ist. Wir können nicht zum zweitenmal in Deutschland künstliches Geld machen. Als wir zum erstenmal durch die Inflation künstlich Geld gemacht haben (Zuruf von den Nationalsozialisten: waren Sie Verbrecher), war Deutschland im Verhältnis zu heute noch reich."

„. . . . so zwingt uns der gesamte Zustand unserer Wirtschaft zur Annahme der Londoner Abmachungen." (Sehr wahr! bei der D.V.P., dem Zentrum, bei den Demokraten und den Sozialdemokraten; Lachen und Zurufe von den Nationalsozialisten.)

„Die deutsche Delegation hat Punkt für Punkt darum gerungen (!), die Abmachungen für Deutschland so tragbar wie möglich zu gestalten. Es ist nach dieser Richtung auch manches erreicht worden, das bei sachlicher Betrachtung nicht übersehen werden kann." Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit; denn nichts, gar nichts wurde in London erreicht, wie ja auch der Reichskanzler mit erstaunlicher Ehrlichkeit in seiner Rede zugegeben hat.

Luther fährt fort: „Auf der anderen Seite ist gewiß, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen unserer Wirtschaft die Erleichterungen verschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpassung unseres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahntarife." (!)

Luther fährt fort und macht Stimmung für die 800-Millionen-Anleihe: „Sobald das Londoner Abkommen angenommen ist, sind die Grundmauern für die Anleihe errichtet." (Mit anderen Worten: Wenn erst der Deutsche Reichstag dem deutschen Volke die goldenen Ketten umgelegt hat, dann wird auch die weitere Verschuldung der

deutschen Wirtschaft keine Schwierigkeiten machen.) Er schließt dann mit dem Bekenntnis seiner schönen Seele: „Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es zäh arbeitet und tapfer spart (Lachen bei den Nationalsozialisten und bei den Deutschnationalen), auf der Grundlage des Londoner Abkommens (Zuruf von den Nationalsozialisten: Ein herrliches Wort! — Andauerndes Lachen). — Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es zäh arbeitet und tapfer spart (Bravo! im Zentrum, bei den Demokraten. Zuruf von den Nationalsozialisten: Sagen Sie es noch einmal, sonst glaubt es keiner!), auf der Grundlage des Londoner Abkommens, unter lebenswürdigen Bedingungen, endlich, endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird."

Als dritte der politischen Grazien ergreift dann unser „vielgeliebter" Außenminister Dr. Stresemann das Wort, um in langen Ausführungen, dafür aber in desto belangloseren Worten die „Vorteile" der Annahme zu schildern, und ruft höhnend zu den Nationalsozialisten hinauf: „Wie lange haben Sie gesagt, daß der Poincarismus niemals in Frankreich seine Herrschaft aufgeben würde! Nun, so muß ich Ihnen aber das eine erwidern, daß das Londoner Programm und der Londoner Pakt kein Ausfluß poincaristischer Geister sind!" (Zuruf: Sehr naiv!) Stresemann schließt dann: „Ich bin überzeugt, London ist nicht der Schluß, London kann der Anfang sein, der Anfang einer Entwicklung, von der Macdonald gesagt hat, daß sie das Ende der nationalen Isolierung, den Anfang eines Zusammenwirkens der Völker auf gleichberechtigter Basis zeigt. Nehmen Sie diese Grundlage, damit Sie künftigen deutschen Regierungen die Möglichkeit geben, Deutschland auf dieser Grundlage einer guten Zukunft entgegenzuführen." (Lebhafter Beifall bei den Mittelparteien. — Zischen bei den Nationalsozialisten. — Erneuter stürmischer Beifall bei den Mittelparteien.)

Es muß hier noch bemerkt werden, daß die Regierung, und zwar die Herren Reichskanzler Dr. Marx, Reichsfinanzminister Dr. Luther und Dr. Gustav Stresemann vor

Befragung des Reichstages, allerdings gestützt auf die Zustimmung der Regierungsparteien und der Zustimmung der Sozialdemokratie sicher, nach London gegangen waren und sich, ohne auch nur die geringsten Verbesserungen aus dem Dawesplan erreichen zu können, wie Schulbuben haben nach Hause schicken lassen mit dem Befehl, die Genehmigung des Reichstages zum Dawespakt, ohne daß die geringste Änderung an demselben vorgenommen würde, beizubringen. Die Regierung, an der Spitze der Reichspräsident Ebert, war auch fest entschlossen, unter allen Umständen am 30. August den Pakt zu unterzeichnen und den Reichstag, falls er Schwierigkeiten machen sollte, aufzulösen. Für alle Fälle hatte Ebert das Dekret zur Auflösung dem Reichskanzler ausgefertigt. Und das nennt die Demokratie „Volkswillen".

Am 25. August begann dann im Reichstag die große Tragikomödie der *Besprechung der Regierungserklärung*, verbunden mit der ersten Beratung des Bankgesetzes, des Privatnotenbankgesetzes, des Münzgesetzes und der Gesetzentwürfe, betreffend Liquidierung des Umlaufes an Rentenbankscheinen, Industriebelastung, Deutsche Reichsbahngesellschaft, Londoner Konferenz, Aufbringung der Industriebelastung, Personalverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft (Stenographische Berichte, S. 795 ff.). Man sieht, ein ungeheures Programm. In fünf Tagen mußten die Gesetze durchgepeitscht werden.

Den Reigen der Debatte eröffnete der damalige Fraktionsführer der Deutschnationalen, Exz. Dr. Hergt. Er führte u. a. folgendes aus:

„Wir Deutschnationalen glauben an die ewige Gerechtigkeit. Wir haben die schwersten Bedenken: an die Stelle des Blutjoches tritt die Tretmühle der Arbeit. Nichts von freiwilliger Unterschrift Deutschlands ... Nichts von einer Versklavung, die wir selber durch unsere Unterzeichnung auf uns genommen hätten ... *Wir lehnen natürlich alle Gesetze ab, einschließlich des Schlußabkommens.*" Er sagte dann: „*Hier stehe ich, ich kann nicht anders!*"

Auf diese Phrasen aber folgte der schamlose, niederträchtige Verrat der damals größten Partei: 48 deutschnationale Abgeordnete stimmten dem Eisenbahngesetz zu, für das eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, und verhalfen ihm so zur Annahme und damit auch den übrigen Gesetzen. Die Deutschnationalen trifft also die volle Verantwortung für die Annahme der Dawesgesetze.

Von der Sozialdemokratie, für die Hilferding sprach, konnten wir nichts anderes erwarten als kaum verhüllte Freude über das Abkommen und begeisterte Zustimmung. Der „Vorwärts" vom 30. August schrieb: „Die Annahme der Dawesgesetze ist, rein sachlich gesehen, ein ungeheurer Erfolg der sozialdemokratischen Politik."

Für das Zentrum sprach Prälat Dr. Kaas. Die Kommunisten schickten eine ihrer bekannten Vertreterinnen holder Weiblichkeit vor: Frau Golke, bekannter unter ihrem früheren Namen Ruth Fischer. Sie ist heute wie manch anderer als „Verräter an der Arbeiterklasse" von ihrer Partei abgesägt worden. Sic transit gloria mundi!

Dr. Curtius erklärte für die Deutsche Volkspartei: „Wir werden einstimmig die Regierungsvorlage annehmen."

Erkelenz, der Sprecher der Demokraten, äußerte sich ähnlich. Dr. Pfleger von der Bayerischen Volkspartei sagte zwar der Regierung die üblichen Unfreundlichkeiten, doch wie immer in gepflegter Form. Selbstverständlich stimmte man aber dann geschlossen für die Gesetze.

Dr. Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, bereitete die Zustimmung seiner Partei mit dem hübschen Satze vor: „Wir betrachten dieses Dawesgutachten nicht als Medikament, das uns wieder gesund macht, wir betrachten es als das Mittel, das dem Kranken die Kraft gibt, die schwere Krise zu überstehen."

Abgeordneter Kunze von den Deutschsozialen

erklärte: „Wir Deutschsozialen halten jeden für einen Verbrecher, der dieses Gutachten unterschreibt."

Außer den Kommunisten, die im letzten Grunde nur als Gegenspieler der Sozialdemokraten gegen das Abkommen waren, vertraten einzig und allein die Nationalsozialisten die entschiedene und klare Opposition. Als Redner der Nationalsozialisten sprach ich selbst, der damalige stellvertretende Vorsitzende unserer Nationalsozialistischen Fraktion, zum Bankgesetz, Abgeordneter Kahl zum Eisenbahngesetz und in der dritten Lesung Graf Reventlow zur Auslandsanleihe und Räumungsfrage.

In meiner Rede am 26. August 1924 habe ich unseren Standpunkt vor aller Welt klargelegt. Ich gebe diese Rede nach den Stenographischen Berichten (S. 895—900).

„Durch die Politik der ganzen letzten Jahre zieht sich ein charakteristischer Zug hindurch: ein Zug der Knechtseligkeit. Unsere sogenannte deutsche Regierung hat es bereits so weit gebracht, daß sie jeden neuen Fußtritt mit verbindlichem Lächeln quittiert.

Über den Ehrenpunkt, über die Kriegsschuldfrage, zu sprechen, verbietet der Wunsch, den smarten Geschäftsmann zu markieren. Weltwirtschaftlich will man eingestellt sein, rein weltpolitisch und geldtheoretisch, und da erweckt natürlich die Aufrollung der Schuldfrage immer die peinlichsten Empfindungen; man möchte am liebsten diese unzeitgemäßen Sentimentalitäten nicht mehr berühren, man möchte über diese unangenehmen Dinge, die doch auch längst in der Vergangenheit liegen, hinweggehen. Dabei vergißt man leider, daß für unsere smarten Geschäftsträger vor allem notwendig gewesen wäre, sich über die wichtigen geschäftlichen Dinge in London Klarheit zu verschaffen. Ich meine die Feststellung der Endsumme der deutschen Leistung, wenn man schon entschlossen ist, zu leisten. Aber auch davor scheut man zurück. Auch hier ist wieder die Knechtseligkeit das Leitmotiv der Politik. Man glaubt wahrscheinlich, noch eine Masche zum Entschlüpfen in dem goldenen Netz zu finden, das man dem deutschen Volke

über den Kopf stülpt. Aber man hat immerhin 30 000 Mark Gehalt — für einen Sklavenaufseher eine recht gute Bezahlung.

Ein weiterer Punkt, der in London unbedingt hätte zur Sprache gebracht werden müssen, ist die Aufrechnung der bisherigen Leistungen des deutschen Volkes. Ich erinnere daran, daß zwischen den Angaben der deutschen Regierung und den Abrechnungen der Reparationskommission ein erheblicher Widerspruch klafft. Die deutsche Regierung gibt bekanntlich die deutschen Leistungen auf über 40 Milliarden an; die Reparationskommission will nur von 8 Milliarden etwas wissen. Meine Herren, glauben Sie, daß das etwa der Lösung diente am Ende der jetzt auf 37 Jahre bezifferten Leidenszeit des deutschen Volkes, wenn wir dann erst darüber streiten müßten, wie groß eigentlich die bisherigen Leistungen gewesen sind? Ich begreife nicht, wie man im Auswärtigen Ausschuß sagen konnte, die Endsumme und die bisherigen Leistungen gehörten nicht zusammen. *Die Voraussetzung für die Feststellung der Endsumme ist doch die vorangehende Feststellung, was bisher geleistet worden ist.*

Die Situation für Deutschland war gar nicht so schlecht, bevor wir nach London gingen. Die Gewaltpolitik Frankreichs hatte sich offensichtlich festgefahren; es hatte sich erwiesen, daß das Bajonett als Kohlenschaufel nicht zu gebrauchen ist. Dazu kam nun die beständige Sorge der Weltfinanz, es möchte die französische Gewaltpolitik die größte Zinsenfabrik, das größte Ausbeutungsobjekt der Welt, das Ruhrgebiet, doch noch zerstören und womöglich vollständig lahmlegen. Hätte eine deutsche Politik richtig verstanden, die gegensätzlichen Interessen der französischen Weltpolitik gegen die schleichende Vergewaltigungspolitik der Weltfinanz auszuspielen, so hätte die Londoner Konferenz ganz gewiß andere Wendungen nehmen können.

Wir können in der Entwicklung der Nachkriegszeit drei ganz klare Stufen unterscheiden: das Versailler Diktat, das Londoner Ultimatum und nun — den Dawesplan. Das Versailler Diktat ist in seinem skrupellosen Ausbeutungs-

willen von allen Regierungen als unerfüllbar bezeichnet worden und ist trotzdem von Scheidemann bis Stresemann nach Kräften erfüllt worden — (Zuruf von der Deutschen Volkspartei: Unrichtig!) — um die Unerfüllbarkeit zu erweisen, nicht wahr? Es ist dies ein ganz charakteristisches Zeichen für diese neudeutsche Gehirnkrankheit, die Erfüllungsparalyse. Das Versailler Diktat war aufgebaut auf der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege. Daran möchte man jetzt nicht mehr gern rühren, und deshalb vermeidet man in London, diese Frage aufzurollen. Dabei weiß die übrige Welt ganz genau, daß Deutschland keineswegs aktiv schuld am Kriege gewesen ist. Aber man läßt es auf seiten der neomarxistischen Regierungen gerne dabei bewenden, denn es gingen der deutschen Öffentlichkeit sonst die Augen darüber auf, daß man viel mehr von der Schuld der Neomarxisten an diesem Frieden sprechen müßte. Während des Krieges hieß die Erfüllungspolitik Verständigungspolitik, und jetzt glaubt man offenbar, von der reinen Erfüllungspolitik in eine Verständigung über die Erfüllung eintreten zu müssen.

Auf der anderen Seite war die Situation schon längst klar gewesen, und man hat versucht, auf den verschiedenen Konferenzen in Genua, in Paris, in Spa, in Ostende eine unverfänglichere Form zu finden, und erreichte dies auch in der zweiten Stufe im Londoner Diktat. Dort ist die deutsche Schuld am Kriege umgewandelt worden in festverzinsliche Kriegsschulden. Das war die zweite Stufe der Verelendung Deutschlands. Deutschland mußte sich verpflichten, eine Weltelendsanleihe aufzunehmen in drei Titeln: a) von 12 Milliarden, b) von 35 Milliarden, c) von 85 Milliarden, zusammen 132 Milliarden. Ich bemerke, daß das schon eine Verschlechterung war gegenüber den Bestimmungen des Versailler Diktats, in dem nur 120 Milliarden vorgesehen sind. Man hat dem deutschen Volke auch erzählt, das Londoner Ultimatum sei doch ein Fortschritt, genau so, wie man einen neuen Fortschritt konstruieren zu können glaubt durch den Dawesplan.

Aber auch diese zweite Stufe ist den Herren der Weltfinanz noch nicht sicher genug erschienen. Es hat sich immer

noch gehandelt um Schuldverschreibungen zwischen Staat und Staat. Die Kriegsbeute war privatkapitalistisch für die Herren der Weltfinanz noch nicht genügend gesichert. Es kam dann das französische Zwischenspiel, daß sich der bissige französische Köter auf deutsches Land gestürzt hat, und nun war die Frage für die Weltfinanz: Wie reißen wir dem französischen Imperialismus diese Beute, diese Pfänder wieder aus den Zähnen? Das mußte natürlich sehr vorsichtig gemacht werden, und es bedurfte eines ganz gewaltigen Drucks der Weltfinanz, von Wallstreet auf Frankreich, um Frankreich gefügig zu machen. Ich erinnere an den Frontalangriff der Weltfinanz gegen den französischen Franken, ich erinnere daran, wie in diesem unerhört interessanten Kampfe zwischen Löwe und Schlange, zwischen Poincaré und Wallstreet, Poincaré in die Knie gesunken ist und abtreten mußte. Und nun war die Bahn frei, den dritten Schritt zu tun, den Schritt der Mobilisierung und der technischen Durchführung der deutschen Kriegslasten ausschließlich zugunsten der Weltfinanz. *Jetzt war der Weg frei für die große Drehung und Schiebung.* ‚Drehung' sagte wohl Herr Stresemann in der Regierungserklärung über den Dawesplan.

Herr Stresemann hat auch in einem sehr bemerkenswerten Wahlvortrag in Dessau mit der ihm eigenen bombastischen Rhetorik zu Beginn seiner Rede erklärt: ‚Ich stehe unbedingt auf dem Primat der staatspolitischen Notwendigkeiten vor den wirtschaftspolitischen Forderungen.' Und fünf Minuten später hat er in der gleichen Rede von derselben Stelle aus erklärt: ‚Als seinerzeit in Neuyork von dem Amerikaner Hughes der Plan auftauchte, man müßte die Geschicke der Welt aus den Händen der Staatsmänner nehmen und in die der Bankiers legen, da haben wir sofort diesem Plan zugestimmt.' Sie sehen also, daß unser charaktervoller Außenminister es auch anders kann. *Aus der Drehung der Weltgeschichte ist die größte Schiebung der Weltgeschichte geworden*, die größte Schiebung, die ein Zeichen ist für die vollkommene Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und Knechtseligkeit der deutschen Regierung.

Ebenso betrogen wie das deutsche Volk sind aber die andern, die sogenannten Siegervölker. Auch sie tragen alle die gleichen Lasten, wie es so schön auf Seite 1 des Dawesplans heißt: Verhältnismäßig genau ebenso schwer müssen sie belastet sein wie irgendeine der in der Kommission vertretenen Mächte. Meine Herren, es gibt nur einen Herrn in der Welt heute: das ist das Großleihkapital. Dessen Segen zu erflehen, ist unsere Delegation nach London gereist. Erfüllungswillen im Herzen, aber keinen nationalen Stolz, keine Kraft, keinen Willen, keine Würde und keine Ideen. Bedingungslos wollen sie das Sachverständigengutachten annehmen, ohne jedes taktische Geschick sind sie an diese Aufgabe herangetreten. Gewiß wäre es möglich gewesen, im deutschen Volke eine Resonanz gegen den Dawesplan zu schaffen, um wenigstens eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Aber wenn einer kommt und sofort sagt: Ich bin bereit, alles anzunehmen, dann ist es gar nicht möglich, daß er noch irgend etwas herausholt. Man faßt sich wirklich an den Kopf: ist es Dummheit oder Verbrechen, oder ist es vielleicht auch eine gewisse Verantwortungsmüdigkeit?

Vielleicht ist es Verantwortungsmüdigkeit, die sich sehnt nach den starken Männern aus dem Auslande, nach den Kommissaren, vor denen bekanntlich der Durchschnittsdeutsche immer so ungeheuren Respekt hat.

Wie schön und bequem ist es nun, daß man endlich eine ‚Bibel für die Wirtschaft' (so nannte Stresemann den Dawesplan) gefunden hat, den Dawesplan, die all die schwierigen Fragen zu lösen verspricht, die Stabilisierung der Währung, die Aufsicht über die Steuern, den Betrieb der deutschen Eisenbahn, die Kontrolle der Zölle, die Ausgabe der deutschen Banknoten, die Einführung der Goldwährung, die Einkäufe und Bezahlungen der Sachlieferungen. Alle diese Dinge werden in diesem „Talmud der Wirtschaft" aufs schönste im Sinne und im Interesse des Leihkapitals vorgetragen. Einen Fehler hat allerdings diese Lösung: Das schaffende deutsche Volk wird in schwerste Lohnsklaverei gezwungen, Deutschland in einen Zucht-

hausstaat umgewandelt, und das Deutsche Reich hört auf, ein souveräner Staat zu sein.

Ich habe schon vorhin erwähnt, daß die Bankiers die Geschicke der Welt in die Hand genommen haben. Es ist ganz natürlich, daß das erste und wichtigste Instrument der Ausbeutung Deutschlands ein Bankinstitut sein muß. Ich muß es mir leider versagen, bei der Kürze der Zeit, die für diese wichtige Frage zur Verfügung gestellt ist, im einzelnen auf diese Dinge einzugehen, und kann deshalb nur im Vorbeigehen die wesentlichen Gesichtspunkte berühren.

Das Bankgesetz verfügt in Artikel I, daß die Reichsbank in eine Privataktiengesellschaft umgewandelt werden soll. Meine Herren, welche sittlichen Verpflichtungen hat der Privatkapitalist ausländischer Provenienz gegenüber den Belangen des deutschen Volkes? Gar keine! Dann Artikel II. Das Kapital der Deutschen Reichsbank soll auf 400 Millionen festgesetzt werden, die durch die Anleihe aufzubringen sind. Es ist bemerkenswert, daß die Begründung zu diesem Gesetz davon spricht, daß die Sachverständigen gefunden hätten, die finanzielle Lage der Reichsbank sei gesund. Ich begreife nicht, warum sie eine Sanierung und eine Verwässerung ihres Kapitals auf 400 Millionen braucht, nachdem sie in gesundem Zustand die Geldpolitik des Deutschen Reiches hat besorgen können. Aber man erhofft sich offenbar daraus gewaltige Gewinne.

Besonders charakteristisch ist folgendes: Das Kapital, das die Altaktionäre der Reichsbank für den Bestand der Aktiva der Reichsbank bekommen, wird auf nur 90 Millionen Gold festgesetzt. Es ist bezeichnend, wie verschämt und mit einer ganz unglaublichen — mir fällt gerade kein parlamentarischer Ausdruck dafür ein — man die Verhandlungen zwischen Reichsbank und dem Reich begründet hat. 180 Millionen ist die Summe, um die das Deutsche Reich die gesamten Aktiva der Reichsbank auf Grund des bestehenden, heute noch gültigen Bankgesetzes hätte übernehmen können, und zwar Papiermillionen! Es steht hier klipp und klar: ‚Das Reich erklärte jedoch, daß es in dieser Angelegenheit nicht in unbilliger Weise handeln konnte.' Man hat

aber sehr wohl unbillig handeln können, indem man die Kriegsanleihezeichner und die Besitzer der Staatsanleihen restlos um ihr gutes Geld betrogen hat. Da hatte man kein Gefühl dafür, Treu und Glauben wiederherzustellen. Aber wenn es sich darum handelt, den ausländischen Kapitalisten ein gewaltiges Geschenk zu machen, dann freilich kann man nicht ‚in unbilliger Weise handeln'!

Es ist ja auch schließlich begreiflich, nachdem der Präsident der Reichsbank im Dawesplan (auf Seite 85) eine ganz offensichtliche Bestechung bekommen hat. In dem Dawesplan steht nämlich: Der erste Präsident soll der Präsident der Reichsbank sein. Es ist also gar nicht zu verwundern, daß sich die Herren, die die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich geführt haben, doch bei ihrem zukünftigen Auftraggeber, den Herren der Weltfinanz, erkenntlich zeigen wollten (Abgeordneter Becker von der Deutschen Volkspartei: Welcher Tiefstand der Diskussion! Pfui!). Ich finde es unerhört, daß eine deutsche Regierung überhaupt ein derartiges Instrument annimmt, in dem so etwas steht. Das ist Tiefstand, daß eine deutsche Regierung wagt, dem deutschen Volke so etwas zu bieten. Das ist ein nicht zu übertreffender Tiefstand deutscher Staatsmoral. Wie Sie wissen, werden im Generalrat der sogenannten Deutschen Reichsbank zur Hälfte Ausländer sitzen. Der Wahlvorschlag wird durch eine Finanzautorität des Auslandes, die zu hören ist, geprüft und gebilligt. Der Kommissar muß ein Ausländer sein. Der Mann, der in Zukunft darüber befinden wird, wieviel Geld der deutschen Wirtschaft an Umlaufmitteln zur Verfügung gestellt werden soll, wird ein Ausländer sein. Er wird die Banknotenausgabe kontrollieren. Warum? Damit die Reparationslasten in voller Höhe dauernd vollwertig eingetrieben werden können.

Ich muß nun besonders noch alle die Illusionen, die Illusionsballons, die immer wieder von der Mitte bezüglich

der erwarteten großen Kredite aufsteigen, etwas zurückdämmen. Was sagt der Dawesplan über die Aufgaben dieser neuen Bank? Auf Seite 87 steht klipp und klar, daß die Bank keine Darlehen oder Vorschüsse gewähren soll, die durch unbeweglichen Besitz, Bergwerke, Ölfelder, Aktien oder Regierungsschuldverschreibungen gedeckt sind. Keinerlei Kredit darf diese Bank geben für die deutsche Öffentlichkeit; die deutschen Länder, die deutschen Gemeinden oder sonstige Verwaltungseinheiten können keinerlei Darlehen von dieser Bank bekommen. Wie kann man uns da immer vorreden, der kommende Kredit sei das, was uns zwinge, nun endlich dem Dawesplan zuzustimmen?! Nur das Reich bekommt einen Laufekredit von 100 Millionen, der aber am Ende des Jahres immer abgedeckt sein muß.

Der Dienst für die Reichsfinanzverwaltung wird von der neuen Bank durchgeführt, sagt Ziffer X des Sachverständigengutachtens. Das Direktorium ist ermächtigt, dem Reich von Zeit zu Zeit Vorschüsse zu gewähren im Betrage von 100 Millionen Mark. Dabei müssen sämtliche Finanzoperationen der ganzen deutschen Regierung durch diese neue Bank geleitet werden. Ein Goldstrom muß durch die Kassen dieser Bank fließen. Trotzdem steht hier: ‚In Anbetracht dieser Vorteile sollen das Reich und seine Finanzverwaltung alle ihre in- und ausländischen Bankgeschäfte durch Vermittlung der Bank ausführen.' Also *zu den Vorteilen, die nicht das Reich hat, sondern die Bank, kommt der weitere Vorteil für die Bank, daß das Reich alle seine Geschäfte durch die Bank durchleiten muß.* Außerdem kommt hinzu, daß die ganzen Gelder für das Reparationskonto hindurchgeführt werden müssen. Also ein neuer Goldstrom ergießt sich in die Kassen dieser neuen Bank.

Ich habe schon erwähnt, daß der Bank das ausschließliche Recht der Notenausgabe verliehen ist, und daß dieses Recht ein glattes Geschenk von mindestens 1 Milliarde Mark bedeutet. Denn die vorschriftsmäßige Deckung ist ja nur auf 40 Prozent festgesetzt, also was darüber hinaus an Papier-

scheinen gedruckt wird, ist ein glattes Geschenk an die Bank. Diese Banknoten werden nur im Wege des verzinslichen Kredits herausgegeben an die deutsche Wirtschaft. Man schenkt dieser neuen Bank, der Bank der Weltjuden, ein ungeheures Privileg, ein Privileg auf 50 Jahre. Also über die 37 Jahre, auf die sich äußerstenfalls die Lasten vertragsgemäß erstrecken sollen, hinaus verpflichtet sich eine deutsche Regierung, noch weitere dreizehn Jahre das deutsche Volk in finanzpolitischer Sklaverei zu halten.

Interessant wäre noch, auf die Gewinnverteilung einzugehen. Man erwartet naturgemäß aus dieser glänzenden finanzpolitischen Transaktion geradezu fabelhafte Gewinne, Gewinne, die nicht erschöpft sind mit den mit acht Prozent garantierten Zinsen für die Aktionäre. Darüber hinaus wird noch von den ersten 50 Millionen, die erzielt werden, die Hälfte zugunsten der Aktionäre ausgeschüttet. Das sind weitere sechs Prozent mit 25 Millionen. Von den weiteren 50 Millionen sollen die Aktionäre nochmals den vierten Teil bekommen, das ergibt weitere drei Prozent. Man rechnet also jetzt schon mindestens mit einer Verzinsung von 17 Prozent für die Aktionäre dieser Bank. Das ist ein glänzendes Geschäft für das Leihkapital. Und nicht um der schönen blauen Augen des Herrn Marx oder sonstiger Regierungsmänner willen ist dieses Geschäft gemacht worden.

Ich muß mir leider versagen, auf die anderen Dinge noch einzugehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß es bezeichnend ist, daß neben diesem Bankgesetz auch noch das Eisenbahngesetz steht, daß man hiermit die zwei wesentlichsten Hoheitsrechte des deutschen Volkes preisgibt an die Weltfinanz. Gerade diese beiden Dinge müssen unbedingt im Staatsbereich erhalten bleiben; denn es handelt sich hier um ausgesprochen souveräne Rechte des Volkes. Und wenn der Herr Reichskanzler immer wieder hilf- und ratlos die Frage nach an-

deren Wegen ausgesprochen hat, die wir ihm zeigen sollten, nach anderen Wegen, als sie im Dawesplan vorgezeichnet sind, so möchte ich versuchen, hierauf kurz eine Antwort zu geben. Die erste Tat ergibt sich aus der jetzt gegebenen Kritik. Eine Selbstverständlichkeit für jede deutsche Regierung müßte sein, nicht die Entstaatlichung, sondern die Verstaatlichung des Geldwesens durchzuführen, die Verstaatlichung durch die Errichtung einer wirklich deutschen Staatsbank und nicht die Preisgabe des deutschen Notenprivilegs an eine Privataktiengesellschaft. Glauben Sie denn, Herr Reichskanzler, daß Ihnen die Hyänen der Weltfinanz die Gelder deshalb geben, weil Sie es sind, und nicht, weil es ein glänzendes Geschäft ist? So schenkt man Rechte her, obwohl man doch in der Lage wäre, selbst etwas zu schaffen. Es muß ja doch alles von uns selbst geschaffen werden. Niemand hilft uns dazu. Nur den Rahm schöpfen die andern ab.

Meine Herren von der Regierung! Ich warne Sie bei der Meidung einer späteren Anklage wegen Hoch- und Landesverrats, die deutsche Finanzhoheit und die deutsche Verkehrshoheit preiszugeben. Was bleibt nach Annahme des Dawesplanes noch übrig von der deutschen Souveränität? Die Gebietshoheit, die Militärhoheit, die Finanzhoheit, die Verwaltungs- und Verkehrshoheit und die Justizhoheit umschreiben einen souveränen Staat. Die Gebietshoheit wird seit Jahren von Frankreich mit Füßen getreten. Kaum wagt es die deutsche Regierung, die Unrechtmäßigkeiten der Ruhrbesetzung noch zu kennzeichnen.

Die Militärhoheit ist geflissentlich preisgegeben worden. Erzberger hat seinerzeit sogar die Ziffer von 200 000 Mann auf 100 000 Mann heruntergesetzt, wahrscheinlich um eine gute Note bei der Weltfinanz zu bekommen. Das Heer ist gerade noch stark genug, um im Innern die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Finanzhoheit wollen Sie nunmehr knechtselig den Statthaltern des Weltgewissens darbringen und rauben

damit dem deutschen Volke eines seiner wichtigsten Hoheitsrechte, ohne die ein Aufstieg nicht mehr möglich erscheint.

Sie geben weiter preis die deutschen Eisenbahnen und liefern die deutsche Verkehrshoheit aus, so daß eine deutsche Machtpolitik nicht mehr möglich ist. Sie wissen ja, daß ein Franzose deutscher Eisenbahnkommissar werden soll. *Sie machen damit Deutschland zu einer Sklavenkolonie* und erniedrigen sich selbst zu Sklavenhaltern im Dienste der Finanzbanditen von Wallstreet, London und Paris. Haben Sie kein Gefühl für den Fluch, der Sie begleitet, wenn Sie wirklich nach London zur endgültigen deutschen Unterschrift gehen? Wenn wir nur 1000 Deutsche wären — wir haben schon 5 Millionen hinter uns —, dann hätten wir allein, die wir diesen Teufelsspuk durchschauen, das Recht und die Pflicht, dagegen zu protestieren. *Wir werden nicht ruhen und rasten, bis diese Schande und diese Knechtschaft von uns genommen ist. Die einzige Möglichkeit, mit der Sie nach London gehen können, ist diese.*

(Redner zerreißt den Dawespakt.)

Ich gebe hier folgende Erklärung ab:

1. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei sieht in der beabsichtigten Auslieferung der deutschen Finanzhoheit durch die Bankgesetze den Schlußstein für die finanzpolitische Versklavung des deutschen Volkes. Nicht ausländische Bankiers, nicht ausländische Anleihen werden uns helfen, sondern nur der Aufbau eines straffen staatlichen Zentralnoteninstituts, frei von jeder privatkapitalistischen Versklavung.

2. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei sieht den einzig möglichen und gangbaren Weg, die innerpolitische Kreditkrisis zu beseitigen, in der Durchführung einer sozial gerechten Aufwertung der alten Verbindlichkeiten. Auf diese Weise erreichen wir eine Wiederaufrichtung des Sparbesitzes, der die Grundlage des gesamten inneren Geld- und Kreditverkehrs gewesen war.

3. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei steht grundsätzlich auf der Anerkennung des Privateigentums, soweit es ehrlicher Arbeit und Leistung seine Entstehung verdankt. Nur Utopisten und Volksbetrüger können Abschaffung des Privateigentums als Mittel zur Volkswohlfahrt anpreisen. Dagegen ist allen arbeitenden Volksgenossen die Möglichkeit zu einer tatsächlichen Werksbeteiligung, die erdient werden muß, zu eröffnen.

Nur durch Erfüllung dieser Grundforderungen sozialer Gerechtigkeit kann eine Entgiftung der innerpolitischen Verhältnisse angebahnt werden, die innere Wirtschaft gesunden und damit die Voraussetzung für äußere Freiheit geschaffen werden."

Zum *Eisenbahngesetz* sprach dann unser *verstorbener* Abgeordneter *Rahl* (S. 962 ff.). Er kennzeichnete die Gründe, die zur Vergesellschaftung der Reichsbahn führen, als lediglich aus dem habgierigen Machtbewußtsein der Franzosen entstanden, die nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Macht über Deutschland gewinnen wollen. Wohin diese Vergesellschaftung führt, hat der *Sozialdemokrat Hilferding* bereits im Jahre 1921 ausgesprochen. Er betonte: *Wenn die Eisenbahnen in die Hände eines ausländischen kapitalistischen Konsortiums kämen, so wäre dies eine vollständige Preisgabe der deutschen Wirtschaft. Es wäre dies die denkbar schärfste, gefährlichste Art der Kontrolle der deutschen Wirtschaft.* Rahl weist dann ausführlich auf die Gefahren dieser Kontrolle in wirtschaftlicher Hinsicht hin und macht darauf aufmerksam, wie sich wohl die Mobilmachung unter der Aufsicht eines fremden Kommissars vollzöge, wenn wir einmal genötigt wären, uns zur Wehr zu setzen. Er tadelt scharf die unverschämten Ausführungen des Dawespaktes, in denen von den Eisenbahnbeamten behauptet wird, daß sie an Größenwahn

litten und sich nicht nach der Decke strecken wollten. Rahl bedauert, daß es Herr Stresemann nicht für nötig gefunden hat, diese unerhörten Beleidigungen des Beamtenkörpers, der fleißig und pflichttreu, berufsfreudig bis zum äußersten ist und unter dessen Leitung und Verwaltung die deutsche Eisenbahn glänzend funktioniert hat, gebührend zurückzuweisen, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Abgeordneter Rahl streift noch die Tarifpolitik und bemerkt dann: „Der ganze Ausblick dieses Gesetzes ist so außerordentlich trübe, daß wir darüber nur erschreckt sein können, und besonders müssen wir erschrecken, wenn wir die Personalbestimmungen betrachten." (Wie diese sich ausgewirkt haben, hat sich ja gerade in der letzten Zeit in den furchtbaren Eisenbahnkatastrophen gezeigt!) Rahl erklärt dann: „*Wir werden das Gesetz geschlossen ablehnen*", und sagt weiter: „*Wenn uns hier mit verschiedenen Möglichkeiten gedroht wird, um vielleicht den Entscheid zu korrigieren, so sage ich: Wir sind über die Möglichkeiten alle im klaren.*"

Graf Reventlow (1040 ff.) betonte zunächst, daß die Regierung, ihre Organe und ihre Parteien geflissentlich die Öffentlichkeit mit Details beschäftigt haben, um das Wesentlichste zu verschleiern. Als die Argonauten, die deutschen Delegierten, nach London fuhren, wurde ihnen von vornherein von den Nationalsozialisten kein günstiges Prognostikon gestellt, und sie brachten in der Tat kein auch noch so kleines Stückchen des Goldenen Bließes mit nach Hause. Das Gutachten wurde geradezu mit einem „ruere in servitium", mit einem Sichstürzen in die Knechtschaft, freudig und begeistert aufgenommen. Aber die Versklavung hat man verstanden vor dem Volke ängstlich zu verbergen. Die Hauptpunkte berührte man nicht, es wurde auch nicht von der Rhein- und Ruhrbesetzung, von der Schuldlüge, auf der sich der Versailler Vertrag und dann auch der Dawespakt aufbauten, gesprochen. Die sogenannte *Bibel der Wirtschaft* ist nichts weiter als die *Wirtschaftsbibel des in Amerika konzentrierten Weltjuden-*

tums. Sie hat ihr vollkommenes Analogon in dem Satz des Alten Testaments: „Du sollst alle Völker fressen!“ Das erste dieser Völker ist Deutschland. Der englische General Allen sagt: „Wenn die Deutschen alle sich in diesem Gefühl (daß ihnen Unrecht geschieht) einigen sollten, dann wird, wie entwaffnet sie auch sein mögen, keine Macht der Welt die eiserne Kette noch weiter festhalten und ihre Sprengung verhindern können, wenn das ganze deutsche Volk sich entschlossen auflehnt.“ Das bedeutet keinen Krieg, sondern die Gewalt des sittlichen Willens zur Freiheit, die unwiderstehliche Kraft der aus dem Innern kommenden Auflehnung. Es ist geradezu frevelhaft, den Dawespakt, dieses Dokument der Versklavung, als den Weg zur Freiheit zu bezeichnen, wie dies Dr. Marx und Dr. Stresemann getan haben. Der Dawesbericht, so höflich glatt, oft süßlich moralisch er spricht, ist kein Dokument des Friedenswillens. Er ist der Krieg mit anderen Mitteln: durch die Phrase, die Suggestion und den Betrug uns willenlos zu machen, um allmählich jeden nationalen und deutschen Willen in den Massen des deutschen Volkes zu töten.

Am Freitag, den 29. August, fanden die Schlußabstimmungen über die Dawesgesetze statt.

Selten war die Atmosphäre derart mit Spannung geladen wie an diesem Tage. Ging es doch um das Schicksal unseres Volkes. Überall standen Gruppen beisammen und besprachen die Möglichkeiten. Immer wieder kehrte die Frage: „Wie werden die Deutschnationalen stimmen?“ Denn von ihnen, als der stärksten Partei, hing das Schicksal der Dawesgesetze ab, da eine Zweidrittelmehrheit für das Gesetz über die Entstaatlichung der Reichsbahn als ein verfassungänderndes erforderlich war. Da sie „deutsch“ und „national“ sein wollen, konnte man natürlich nicht annehmen, daß sie für das Gesetz der Versklavung Deutschlands stimmen würden, um so weniger, als die Erklärungen ihrer Redner unzweideutig besagten, daß sie alle Gesetzesvorlagen ablehnen würden. Aber es schien etwas durchgesickert zu sein, und so war die Spannung groß. Würden sie festbleiben oder umfallen? Das war die

große Frage, deren Für und Wider lebhaft in den Wandelgängen des Reichstages erörtert wurde.

Gesetz um Gesetz wurde vorgelegt und von der kompakten einfachen Mehrheit, bestehend aus den Regierungsparteien (Deutsche Volkspartei, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Demokraten), unter freiwilliger Unterstützung der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten und Deutschnationalen, die vier Kunzemänner und selbstverständlich wir Nationalsozialisten. Das Stimmenverhältnis war 262 Stimmen mit „Ja“ und 172 Stimmen mit „Nein“. Die Deutschnationalen konnten sich also die Opposition leisten, sie waren sicher, daß die Gesetze auch ohne ihre Zustimmung angenommen werden würden! Aber die Notwendigkeit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für das Reichsbahngesetz setzte nun die Deutschnationalen in die peinlichste Verlegenheit. Nun mußten sie „Farbe“ bekennen im wahrsten Sinne des Wortes!

Die Abstimmungskarten sind mit den Namen der einzelnen Abgeordneten versehen, die Ja-Karten sind weiß, die Nein-Karten rot, während die blauen Karten Stimmenthaltung bedeuten.

Die Abstimmung begann. Die Urnen, in welche die Stimmzettel hineinzulegen sind, werden von den Dienern herumgetragen. Die Spannung des ganzen Hauses war auf das höchste gestiegen. Alle Augen sahen nach den Bänken der Deutschnationalen — doch siehe, überall waren die roten Zettel mit „Nein“ in den Händen der Abgeordneten zu sehen. Mehrere Abgeordnete zeigten recht offensichtlich ihre Zettel zu den Bänken der Sozialdemokraten hinüber und hinauf zu den Galerien. Also doch — sie lehnen das Gesetz ab — sie bleiben fest!

Doch was war denn das? — Da vorn fällt im letzten Augenblick doch eine weiße Ja-Stimmkarte in die Urne! Dort auch! Da wieder — und immer mehr! Schäbigerweise hatten diese Heuchler bis zum letzten Augenblick die weiße Ja-Karte unter der roten Nein-Karte verborgen gehalten, um sie im letzten Augenblick mit gauklerischer Gewandtheit in die Urne zu werfen.

Sieh dort! — der Enkel des Altreichskanzlers, der junge Fürst Otto v. Bismarck — auch er gibt soeben die weiße Ja-Karte ab für den Dawespakt — und — mir fährt ein Stich durchs Herz, auch der greise Großadmiral — Tirpitz — der Schöpfer der deutschen Flotte — stimmt dem Schandgesetz zu!

Die Abstimmung ist geschlossen...

Die Stimmen werden gezählt: Es sind insgesamt 441 Stimmen abgegeben, davon 314 mit „Ja" und 127 mit „Nein".

Das Gesetz ist angenommen!

Neunundvierzig Deutschnationale haben ihre Stimme für das Schandgesetz gegeben.

Ihre Namen verdienen der Weltgeschichte überliefert zu werden. Es sind die Abgeordneten: Bachmann, Baecker (Berlin), Dr. Barth, Bazille, Behrens, Biener, Fürst Otto v. Bismarck, Christ, Döbrich, Domsch (Dresden), Dorsch (Hessen), Dr. v. Dryander, Flescher, Dr. Gereke, Glaser, Dr. Hanemann, Hänse, Hartwig, Hartz, Dr. Hoetzsch, Hülser, Julier, v. Kemnitz, Dr. v. Keudell, Dr. Klönne, Koch (Düsseldorf), Krüger-Hoppenrade, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, Leopold, Lindner, Dr. Maretzky, Graf Merveldt. D. Mumm, Neuhaus (Düsseldorf), Paul, Dr. Reichert, Freiherr v. Richthofen (Breslau), Rippel, Sachs, Schröter (Liegnitz), Siller, Dr. Spahn (Köln), Freiherr v. Stauffenberg, D. Strathmann, Großadmiral v. Tirpitz, Veidt, Vogt und Wallraf.

Im Namen der Nationalsozialistischen Fraktion gab dann Herr v. Graefe die Erklärung ab:

Die Fraktion der N.S.F. hält den heutigen Tag, den zehnjährigen Gedenktag des ruhmreichen Sieges bei Tannenberg, an dem heute 314 als Vertreter des deutschen Volkes gewählte Männer und Frauen die deutsche Staatssouveränität, die deutsche Volkswirtschaft, ja das deutsche Volk selbst dem Zugriff des internationalen Großkapitals unter dem Beifallklatschen feindlicher Diplomaten ausgeliefert haben, für den schwärzesten Tag der deutschen Ge-

schichte seit dem 9. November 1918. Wir stellen mit Entrüstung und Schmerz fest, daß diese Stunde nur dadurch möglich war, daß etwa die Hälfte einer Fraktion, die sich deutsch und national nennt, sich an dieser Tat der Verblendung in letzter Minute beteiligt hat. Sie hat in erster Linie die Verantwortung für all die furchtbaren Folgen zu tragen. Das deutsche Volk aber möge endlich erkennen, in welche Hände es in seiner Gleichgültigkeit und Gutgläubigkeit sein Schicksal gelegt hat.

Man kann sich denken, wie außerordentlich unangenehm den „Jasagern“ diese mannhaften Worte waren. Durch ständigen Lärm und dauernde Schlußrufe suchte man sie zu verhindern und Herrn v. Graefe zu veranlassen, abzubrechen. Selbstverständlich gelang ihnen das nicht. Herr v. Graefe brachte dann noch ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein, welches aber, wie man sich denken kann, abgelehnt wurde.

Der Vorhang fiel über dem Schlußakt dieses in der Geschichte aller Völker und Zeiten einzig dastehenden Vaterlandsverrats.

Finanztechnische Grundfragen

Erster Druck im „Völkischen Sprechabend", herausgegeben von Hans Weberstedt und Otto Lehmann (Sprechabend 11. Oktober 1924)

Die Quantitätstheorie des Geldes steht heute noch bei den meisten Finanzpolitikern in hohem Ansehen. Besonders der derzeitige Finanzminister Dr. Luther ist ein starrer Verfechter der engen und strengen Quantitätstheorie. Diese Theorie besagt, daß die umlaufende Papiergeldmenge in einem ganz bestimmten Verhältnis zur Gütermenge der Volkswirtschaft steht und auf diesem Stande erhalten werden muß, wenn nicht — Inflation eintreten soll.

Eine Verdoppelung des umlaufenden Papiergeldes oder Hartgeldes habe die Folge, daß die Preise sich verdoppeln müßten. Anders ausgedrückt: Falls nicht neue Werte geschaffen werden, dagegen einseitig die Menge der staatlichen Geldzeichen vermehrt wird, hat man inflatorische Wirkungen zu erwarten. Ein Staat also, der seinen Geldbedarf nicht durch Steuereinkünfte oder aus sonstigen Einnahmequellen zu decken vermag und seine Zuflucht zur Notenpresse nimmt, treibt inflatorische Finanzpolitik, treibt Inflation. Er versündigt sich an der Quantitätstheorie des Geldes.

Dies ist ungefähr der Sinn und Inhalt der sogenannten Quantitätstheorie des Geldes.

Die Geschehnisse der letzten Jahre liegen nun scheinbar ganz in der Beweisrichtung für diese Theorie. Der Staat deckte seinen Geldbedarf durch uferlosen Banknotendruck und zerstörte damit Währung und Wirtschaft. Ein derartig krasser Anschauungsunterricht ist geeignet, Trugschlüsse begreiflich erscheinen zu lassen. Ein

solcher Trugschluß ist die Quantitätstheorie des Geldes im engeren Sinne. Sie ist falsch. Sie ist falsch, weil das umlaufende Papiergeld keineswegs auch nur annähernd alle Forderungstitel und Geldsurrogate umfaßt, die genau ebenso wie das bare Geld auf die Güter der Wirtschaft bezogen werden müssen, da sie den Besitzer solcher Rechtstitel und Geldsurrogate genau ebenso wie den Bargeldbesitzer instand setzen, die Erzeugnisse der Wirtschaft zu kaufen.

Die Quantitätstheorie des Geldes zieht deshalb nur einen Teil der Kaufkraft in Rechnung. Aber darauf kommt es ja gerade an, wieviel Kaufkraft den Erzeugnissen der Wirtschaft gegenübersteht.

Um diesen Zusammenhängen zwischen Kaufkraft und Wirtschaftsgütern näherzukommen, müssen wir uns einmal die finanztechnische Mechanik einer gesamten Volkswirtschaft vor Augen halten.

Auf die Aktivseite einer Volkswirtschaft haben wir zu setzen alle Sachgüter, und zwar:

I. Das Staatsvermögen, bestehend aus Eisenbahnen, Posten, Telegraphen, Forsten, Bergwerken, Staatsgebäuden usw.

II. Vermögen der Selbstverwaltungskörper, bestehend aus städtischem Haus- und Grundbesitz, Elektrizitätswerken, Gas- und Wasserwerken, Straßenbahnen, Markthallen, Krankenhäusern usw.

III. Privatvermögen, bestehend aus Grund und Boden, Fabrikbesitz, städtischem und ländlichem Hausbesitz, Mobilien und all den ungezählten in Privatbesitz befindlichen Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen.

Es kommen ferner hinzu die Vorräte der wirtschaftlichen Erzeugnisse der Industrie, Landwirtschaft usw.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Vermögensbestandteile, die den gesamten Sachgüterbesitz einer Nation umschreiben, als die Gesamtaktiven des Nationalvermögens anzusprechen sind. Diesen Aktiven gegenüber stehen aber sehr große Schuldverbindlichkeiten.

Dem Staatsvermögen gegenüber stehen die Staatsschulden, also die Eisenbahnanleihen, die Reichs- und Staatsanleihen, Kriegsanleihen usw. — dem Vermögen der Verwaltungskörper stehen gegenüber die Schulden der Städte, Kreise und Gemeinden, also die städtischen Anleihen, die Kreisanleihen, die Distrikts- und Gemeindeanleihen.

Dem gesamten Privatvermögen von Industrie, Handel und Landwirtschaft ebenso, der Privatbevölkerung stehen gegenüber die sämtlichen Privatschulden in Form der Hypotheken auf Haus- und Grundbesitz, in Form von Industrieobligationen und sonstiger Form von Schuldverschreibungen. Und schließlich haben wir noch auf die Passivaseite zu setzen das Geld, das heißt das umlaufende Papiergeld, das den Austausch und Einkauf der Güter vermitteln soll.

Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß die oben einzeln genannten Passiva der Volkswirtschaft, die Forderungsansprüche auf die Volkswirtschaft sind, ebenso wie das Bargeld dem Besitzer Kaufkraft verleihen. Es müssen also alle derartigen verzinslichen oder unverzinslichen Kaufkrafturkunden in einem bestimmten, näher zu untersuchenden Verhältnis zu den Gütern der Wirtschaft stehen.

Der Besitzer von soundso viel Millionen Reichsanleihe-Pfandbriefen oder sonstigen Effekten ist doch ganz ebenso kaufkräftig wie der Besitzer von Papiergeld. Beide können in gleicher Weise ihre Wünsche bei dem Einkauf von Gütern der Wirtschaft ohne weiteres befriedigen. Ob ein bankgeschäftlicher Zwischenakt eingeschaltet wird durch Verkauf der Effekten oder ob diese Effekten direkt in Zahlung gegeben werden, ist natürlich ganz gleich.

Es muß hier nachgetragen werden, daß auch die strenge Quantitätstheorie einen gewissen Einfluß der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes einräumt. Auch im Rahmen der engen Qualitätstheorie ist es schon klar, daß durch die Annahme dieses Faktors eine sehr große Unsicherheit bezüglich der strengen Gültigkeit der Quantitätstheorie des Geldes eintreten muß.

Ein weiterer Faktor ist die Verschiedenartigkeit bzw. Veränderlichkeit der Zahlungssitten.

Erkennen wir aber, daß außer dem Bargeldbestande einer Volkswirtschaft auch die sämtlichen oben angeführten Papierwerte und Wertpapiere in ihrer Eigenschaft als Kaufkraft auf die Güter der Gesamtwirtschaft bezogen werden können und müssen, so ist es klar, daß diese enge Quantitätstheorie mit so viel Fehlerquellen behaftet ist, daß wir sie jetzt schon als falsch bezeichnen dürfen. Berücksichtigen wir noch, daß der gesamte Zahlungsverkehr bei fast allen größeren Summen ausschließlich durch Zuhilfenahme von Wechseln, Schecks und insbesondere durch bargeldlose Überweisung erfolgt, so wird ganz klar, daß die oben geschilderte, im ersten Augenblick einleuchtende Quantitätstheorie falsch sein muß.

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß eine uferlose und unsinnige Vermehrung der papierenen Zahlungsmittel auf das Tausend- und Millionenfache den größten Einfluß auf die Kaufkraft der Währungseinheit, der Mark, haben muß. Bei unserer augenblicklichen, theoretisch grundlegenden Betrachtung dürfen wir aber eine derartig irrsinnige Periode nicht mit hereinziehen. Wir müssen zunächst feststellen, daß alle die angeführten Schuldmittel zuzüglich des baren Geldes, zuzüglich der Geldsurrogate, der Wechsel und Schecks der Gesamtwirtschaft für den Austausch der Güter — und das ist doch der Sinn der Wirtschaft — zur Verfügung stehen. Eine richtige Quantitätstheorie müßte also zum mindesten alle diese Kaufkraftfaktoren berücksichtigen.

Sie muß ferner, wie oben erwähnt, berücksichtigen die Umlaufsgeschwindigkeit und die Zahlungssitten, um ein einigermaßen klares Bild über die Wirkung der Vermehrung der papierenen Zahlungsmittel auf die Preise zu gewinnen.

Jedenfalls darf als Ergebnis jetzt schon festgestellt werden, daß die enge Quantitätstheorie, die nur das umlaufende Papiergeld mit den Gütern der Wirtschaft in Beziehung setzt, unmöglich richtig sein kann.

Wenn wir ziffernmäßig nach den Angaben von Steinmann, Bucher, Helfferich und Ballod das deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege mit etwa 250—350 Milliarden annehmen durften, so stünden diesem Gesamtnationalvermögen, das sich aus den oben angegebenen Sachgütern zusammensetzt, gegenüber die ebenfalls oben angedeuteten Schuldverbindlichkeiten, deren ungefähre ziffernmäßige Summe sich wie folgt ergibt:

Die Reichsanleihen	rund 5	Milliarden	Mark
Die Staatsanleihen der Länder	rund 15	"	"
Die Eisenbahnschuld . . .	rund 18	"	"
Die Schulden der Selbstverwaltungskörper	rund 6	"	"
Die Obligationsschuld der Industrie	rund 6	"	"
Die privaten Schuldverbindlichkeiten, hauptsächlich in Form der Hypothekenpfandbriefe . . .	rund 11	"	"
	Summa: 61	Milliarden	Mark

Hinzukommen noch die Privathypotheken, deren Höhe nicht genau zu ermitteln ist.

Ferner gibt es keine einwandfreien Statistiken über die hypothekarische Belastung. Die Angaben von Damaschke mit 80 Milliarden Hypotheken sind jedenfalls weit, weit übertrieben. Wenn die sämtlichen hypothekarischen Belastungen, die durch alle deutschen Bodenkreditinstitute, Landschaftskassen, Hypotheken- und Wechselbanken vermittelt worden sind, nur etwa 11 Milliarden betragen haben, so ist es höchst unwahrscheinlich, daß mehr als 20 Milliarden außerdem noch in Privathypotheken angelegt gewesen sein sollen.

Es ist indes für die vorliegende Untersuchung nicht so wesentlich, ob diese Zahl genau stimmt, es handelt sich vielmehr darum, daß wir in der Hand des deutschen Publikums eine ungefähre Gesamtsumme von rund 80 Milliarden Wertpapieren sehen, die dem einzelnen Besitzer Kaufkraft in der gegebenen Höhe verleihen.

Nun ist es zweifellos und soll hier gleich nachdrücklich betont werden, daß diese Kaufkraft nur potentiell ist, daß sie nicht dauernd auf dem Markte ist. Aber diese Kaufkraft kann jeden Augenblick effektiv werden, sich als Käuferin auf dem offenen Markt betätigen.

Auf jeden Fall ist der Besitz von solchen Wertpapieren die Grundlage für fast alle größeren Transaktionen, für das Herausschreiben von Schecks sowie für die Anweisungen auf bargeldlosem Wege.

Wir bezeichnen diese Wertpapiere als das „Großgeld" der Volkswirtschaft und haben damit einen sehr zutreffenden Ausdruck gefunden für die Funktionen dieser Effekten in der Wirtschaft.

Der gesamte Zahlungsmittelverkehr, vor allen Dingen der Großverkehr spielt sich fast ausschließlich auf diesem Besitz des Großgeldes der Wirtschaft ab.

Im Immobilienverkehr ist es besonders klar. Der Käufer eines Hauses oder eines Grundstückes hat ganz gewiß praktisch niemals mit 10- oder 20-Mark-Stücken oder -Scheinen bezahlt. Er hat entweder seinen Besitz an Wertpapieren ganz oder nur teilweise an Zahlungs Statt für ein Haus hingegeben, oder er hat auf Grund derartigen Besitzes auf bargeldlosem Wege mit Wechsel oder Scheck seine Schuld beglichen.

Ebenso spielte sich der ganze Zahlungsverkehr in Handwerk und Industrie doch in der Hauptsache auf dem Besitz von Bankdepots ab. Nur wer Bankguthaben oder Effekten im Tresor hatte, der konnte auf dem Rücken dieser Kreditunterlagen Schecks oder Zahlungsanweisungen herausschreiben.

Nun ist aber diese Gegenüberstellung keineswegs so aufzufassen, als ob hier ein festes Verhältnis bestünde zwischen der Gesamtsumme dieser Kaufkraftunterlagen und dieser Zahlungsmittelsurrogate einerseits und der Gesamtmenge der Güter der gesamten Volkswirtschaft andererseits. Es kann lediglich ganz allgemein gesagt werden, daß selbstverständlich gewisse Beziehungen zwischen beiden Seiten unserer volkswirtschaftlichen Bilanz bestehen, daß jedoch diese Beziehungen im Sinne der

Quantitätstheorie sich ziffernmäßig nicht genau fassen lassen. Wichtig ist nur noch, daß die von uns als G r o ß g e l d bezeichnete Gesamtsumme der Wertpapiere zu dem eigentlichen als Geld angesprochenen K l e i n g e l d der Wirtschaft in einem Verhältnis stand, daß das gesamte Großgeld unvergleichlich viel größer war als das gesamte Kleingeld. Wir müssen ferner noch erkennen, daß das gesamte Bargeld im weitesten Umfange durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr ersetzt bzw. ausgeschaltet werden kann. Die Bewegung in dieser Richtung, besonders von seiten der Postscheckämter, läuft ja darauf hinaus, den Gebrauch des Bargeldes auf ein Minimum einzuschränken.

Praktisch ist es durchaus denkbar, den Bedarf an umlaufenden Zahlungsmitteln auf den reinen Kleingeldverkehr zu beschränken, also für den Einkauf des täglichen Lebens, für Fahrkarten, Lohnzahlungen usw.

Alle anderen Zahlungen können praktisch bargeldlos oder durch Geldsurrogate bzw. Schecks oder unter Rechnungsverkehr erledigt werden.

Es ist dies auch als Veränderung der Zahlungssitten anzusprechen, wenn die Form der direkten Zahlung mit Bargeld oder Papiergeld ersetzt wird durch den bargeldlosen Zahlungsverkehr. In einer gefestigten Volkswirtschaft bleibt der Wert des Geldes als Kaufkraft der Währungseinheit schließlich unverändert, gleichviel ob vorübergehend einmal mehr oder weniger Papiergeld im Umlauf, ob mehr oder weniger größere Geldtransaktionen getätigt werden. Ganz anders wird selbstverständlich das Verhältnis, wenn, wie in Zeiten uferloser Papiergeldwirtschaft, einseitig die Papiergeldmenge in immer steigendem Maße vermehrt wird. In Zeiten friedlicher Wirtschaft galt ganz gewiß der Grundsatz: M a r k i s t M a r k. Man konnte sich durch Hingabe Münchener oder Bremer Stadtanleihe, von Eisenbahn- oder Reichsanleihen ein Haus, Gütervorräte usw. allerorts kaufen. D i e M a r k w a r s t a b i l.

In der Inflationszeit ergab sich nun eine merkwürdige Verschiebung zwischen den Wertpapieren und dem Papiergeld. Während im Frieden die Wertpapiere ein Vielfaches des Papiergeldes ausmachten, verschob sich mit steigender

Inflation dieses Verhältnis ganz außerordentlich zuungunsten der auf Mark lautenden verzinslichen Papier- und sonstigen Schuldforderungen, und immer noch hielt die Regierung an der Fiktion: Mark ist gleich Mark fest, obgleich schon längst die Wirkung der außerordentlichen Vermehrung der Zahlungsmittel eingetreten war, die sich in wahnsinniger Preissteigerung ausdrückte.

Auf der einen Seite war also das umlaufende Papiergeld in ganz ungewöhnlichem Maße vermehrt, auf der anderen Seite war die Kaufkraft der auf Mark lautenden Effekten bis auf Null gesunken.

Der früher so gewaltige Block der Wertpapiere und Effekten schrumpfte in seiner Kaufkraft gegenüber der unendlichen Masse an Papiergeld zu Null zusammen.

Die Inflation feierte ihren Triumph, und Hand in Hand damit ging die Zerstörung der Währung, der Wirtschaft, des Großgeldes der Bevölkerung, des gesamten Sparbesitzes der Nation.

Eine weitere Folge war die unerhörte Kreditkrisis der darauffolgenden Monate. Als Auswirkung der Inflationszeit kam die Zerstörung des gesamten Sparbesitzes, des gesamten Effektenbesitzes. Sie kam den Betroffenen während der Inflation nicht so sehr zum Bewußtsein, erst die „Stabilisierung" ließ das angerichtete Unheil klar werden. Auf einmal hatte niemand mehr „Geld", d. h. die Privatleute hatten alle ihre Ersparnisse verloren, sie waren plötzlich verschwunden, nichts mehr war da!

Die Landwirtschaft war zwar dadurch plötzlich ihre Hypotheken losgeworden, war aber gleichzeitig um ihr gesamtes in Kriegsanleihen und Pfandbriefen usw. angelegtes Betriebsvermögen betrogen und auf die Aufnahme ungeheurer Kredite angewiesen.

Die Industrie hatte zwar auf der einen Seite den Nutzen der Abwälzung ihrer hypothekarischen Schuldverbindlichkeiten, auf der anderen Seite war auch sie aller ihrer Kreditunterlagen beraubt.

Die Währungsstabilisierung durch Einführung der Rentenmark wurde überall als besondere Großtat gefeiert.

In Wirklichkeit lag hierzu nicht die geringste Ursache vor. Denn tatsächlich war die sogenannte Stabilisierung nur die Sichtbarmachung unserer Verarmung.

Die Relation: Eine Rentenmark ist gleich einer Billion Papiermark, sie stabilisiert den vollkommenen Verlust des ganzen deutschen, auf Mark lautenden Besitzes der Hypothekengläubiger und Sparer.

Bekanntlich tut sich Herr Finanzminister Dr. Luther sehr viel zugute auf diese Stabilisierung.

In seiner Broschüre „Feste Mark — solide Wirtschaft" versteigt er sich zu der Bemerkung: „Diese Stabilisierung und Stillegung der Notenpresse war eine Großtat, wie wir sie nur selten in der Weltgeschichte finden." Des weiteren sagt Herr Dr. Luther: „Man ist dem rasenden Automobil der Geldentwertung in die Speichen gefallen und hat es nach wenigen Rucken, die es noch machte, zum Stillstand gebracht."

Es wäre nun ganz schön, wenn diese Behauptung Dr. Luthers von der Stillegung der Notenpresse der Wahrheit entspräche. Bedauerlicherweise muß aber festgestellt werden, daß diese Behauptung des Herrn Finanzministers eine glatte Lüge ist. Am 15. November 1923 betrug der Umlauf an papierenen Zahlungsmitteln 93 Trillionen. Bis zur Mitte des Jahres 1924 hat man aber diese Trillionen nahezu verzehnfacht. Im Juni 1924 betrug der Stand des umlaufenden Papiergeldes in Gestalt von Billionenscheinen 810 Trillionen. Damit nicht genug. Außerdem ist auch noch bekanntlich die Kleinigkeit von 2300 Millionen Goldmark an Rentenmarkscheinen gedruckt worden.

Von einer Stillegung der Notenpresse seit dem November 1923 kann also mit nichten die Rede sein. Im Gegenteil, noch niemals ist eine tollere Inflation betrieben worden wie seit dem November 1923.

In einem Gespräch, das ich Ende Juni 1924 mit dem Reichsfinanzminister hatte, hat mir Dr. Hans Luther auch zugegeben, daß die Rentenmark „materiell" Inflation sei.

Da zeigt sich nun das „Wunder" der Rentenmark.

Tatsächlich aber hatte weder die ungeheuerliche neue Inflation durch die Ausgabe von 810 Trillionen oder die Rentenmark irgendwelche inflatorische Wirkung.

Wie läßt sich dieses Wunder erklären, das allein schon für sich ein Beweis für die Richtigkeit meiner oben aufgestellten Behauptung ist, die enge Quantitätstheorie des Herrn Dr. Luther und der offiziellen Nationalökonomie sei falsch?

Warum ist sie in vorliegendem Falle falsch?

Weil die vorangegangene Inflationsperiode das gesamte Großgeld der deutschen Volkswirtschaft vernichtet hat, weil durch diese Vernichtung des deutschen Spar- und Kapitalbesitzes eine ungeheuerliche Notlage in der deutschen Gesamtwirtschaft entstanden ist. So war es selbstverständlich möglich, sowohl die 810 Trillionen als auch die 2300 Millionen Rentenmark in den Verkehr zu bringen, ohne daß dadurch auch nur die geringste inflatorische Wirkung ausgelöst werden konnte.

Das Großgeld der Wirtschaft hatte ja ein Mehrfaches dieser Summe betragen, und dieses Mehrfache war, wenn auch nicht in vollem Umfang als effektive Kaufkraft, so doch dauernd als potentielle Kaufkraft in der deutschen Wirtschaft vorhanden und wirksam gewesen.

Diese klare und einfache Erkenntnis löst und erklärt das „gepriesene" Wunder der Rentenmark. Es ist eine Selbstverständlichkeit, kein Wunder, und niemand kann behaupten, daß ein erheblich größeres Kontingent an Rentenmarkscheinen irgendwie gefährlich auf die Markstabilisierung hätte wirken können.

Das ängstliche Festhalten an den 2,3 Milliarden Rentenmark war nichts als ein Ausfluß der engstirnigen Ängstlichkeit und finanzpolitischen Unfähigkeit unseres derzeitigen Finanzministers.

Diese unglückselige Verständnislosigkeit hatte aber nun die zweifache grauenhafte Wirkung auf die deutsche Wirtschaft. Auf der einen Seite vervollständigte sie den ungeheuerlichen Raub des Staates

an den Ersparnissen der Hypothekengläubiger und Sparer, auf der anderen Seite entzog sie der deutschen Wirtschaft ihr Großgeld, ihre Kreditunterlagen. Sie stürzte Millionen und aber Millionen fleißiger Menschen in das bitterste Elend und brachte gleichzeitig unsere gesamte Landwirtschaft und Industrie in die allerschwerste Kreditkrisis und damit in die Fangarme des Finanzkapitals.

Niemals noch war die Übermacht des reinen Leihkapitals über die schaffende Arbeit vollkommener als heute, zu keiner Zeit war die deutsche Wirtschaft mehr mürbe, mehr zu Tode gehetzt als in dieser Periode der glorreichen Markstabilisierung des Dr. Luther.

Die dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 hat dieses Verbrechen der Inflation mit all den daraus sich ergebenden Folgen stabilisiert und legalisiert.

Nationalsozialistische Bibliothek

Begründet 1927, bisher 45 Hefte

V o r w o r t z u m e r s t e n H e f t :

„Das Programm der N.S.D.A.P.“ (400.—450. Tausend 1932)

Der Parteitag 1926 in Weimar hat die Herausgabe einer Schriftenreihe gewünscht, die in kurzen, grundlegenden und programmatischen Abhandlungen alle wichtigen Gebiete unseres gesamten politischen Lebens behandeln sollte. Diese Hefte sollen ein ganz einheitliches und geschlossenes Bild davon geben, wie sich der Nationalsozialismus zu den verschiedenen Aufgaben unseres öffentlichen Lebens stellt, und wie er die Mängel und Fehler zu beseitigen gedenkt.

Es handelt sich also darum, grundlegend zu prüfen, „W i e e s s t e h t“, dann wissenschaftlich zu erforschen, „W o h e r e s k a m“, um dann, schöpferisch aufbauend, Antwort zu geben auf die Schicksalsfrage: „W a s n u n?“ Neue Wege im Staatsleben, in Geldwesen und Wirtschaft zu zeigen, d a s mußte Hauptaufgabe dieser Hefte sein; dadurch sollen und müssen sich diese Arbeiten von den sonst üblichen Schriften unterscheiden, die aus lauter Wissenschaftlichkeit gar nicht wagen, über die rückschauende Sichtungsarbeit des „Historikers“ hinauszugehen, oder vor „Objektivität“ und „Sachlichkeit“ jede Meinung zu Wort kommen lassen.

In diesem Chaos einen „rocher de bronce“ aufzurichten, aus eingehenden Studien klare Erkenntnisse zu formen, um daraus einen einheitlich politischen Willen zu bilden, i s t d i e A u f g a b e d i e s e r S c h r i f t e n r e i h e.

Aus diesem Grunde ist es einleuchtend, daß alle Schriften bei aller Freiheit im einzelnen unabänderlich und unerschütterlich die wenigen großen Grundgedanken des Nationalsozialismus klar und deutlich erkennen lassen müssen.

Adolf Hitler hat mich mit der Herausgabe der Schriftenreihe beauftragt. Diese Hefte sollen das amtliche Schrifttum der Partei bilden.

Dem diesjährigen Parteitag übergebe ich als erstes Heft „Das Programm der N.S.D.A.P.". Unserem Führer Adolf Hitler sage ich noch besonderen Dank für die Durchsicht der Handschrift.

Murnau a. Staffelsee, im August 1927

Aus dem Vorwort zur vierten Auflage

Mit scharfer Betonung hat Adolf Hitler auf der Reichsführertagung am 31. August d. J. (1928) erklärt: „Programmatische Fragen beschäftigen die Führertagung nicht, das Programm liegt fest, und niemals dulde ich, daß an den programmatischen Grundlagen der Gesamtbewegung gerüttelt wird." Dieser entscheidenden Erklärung des Führers schließe ich mich mit vollem Herzen an, denn nichts ist gefährlicher für den Bestand und die Stoßkraft einer politischen Bewegung unserer Art, als wenn an ihrer festen Grundlage, dem Programm, nachträglich negative Kritik geübt wird oder Auseinandersetzungen darüber stattfinden.

Wer in der Judenfrage, in unserem Kampf gegen die Hochfinanz, gegen Dawespakt und Verelendungspolitik oder in anderen programmatischen Fragen nicht mit unseren unverrückbar festgelegten Wegen und Zielen übereinstimmen zu können glaubt, wer durch Völkerbund oder Locarno, wer durch Kompromisseln und Feigheit die Freiheit der deutschen Nation er„kaufen" zu können glaubt, der hat eben bei uns nichts zu suchen, der steht außerhalb der N.S.D.A.P.; sein privates Besserwissen, welches sich in wei-

sen Reden und schriftlichen Ergüssen oft recht aufdringlich zu äußern pflegt, lehnen wir durchaus ab.

Ferner lehnen wir ab die „Zwar-Aberer“, die „zwar“ im allgemeinen zustimmen, „aber“ immer ein „Aber“ bezüglich irgendwelcher Punkte bereit haben.

Anders ist es, wenn etwa ein Programmpunkt zu Mißdeutungen durch Außenstehende oder gehässiger Ausdeutung durch politische Gegner ausgeschlachtet wird, wie es bereits geschehen ist. Hier wird und muß ein Kommentar ganz offiziell gegeben werden.

So hat der Artikel 17 der 25 Programmpunkte, herausgerissen aus seinem Zusammenhange, eine böswillige Mißdeutung und gehässige Unterstellung durch unsere Gegner gefunden. Adolf Hitler hat daher auf meinen Vorschlag am 13. April 1928 nachstehende Erklärung zu Punkt 17 abgegeben:

Erklärung

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig.

Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.

München, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.

Es kann selbstverständlich gar keine Rede davon sein, daß die N.S.D.A.P. den deutschen Grundbesitz in Stadt und Land in seinen wohlerworbenen Eigentumsrechten beschränkt, wie es im letzten Wahlkampf in gehässiger Unterstellung vom Landbund, der Bauernpartei und den Deutschnationalen behauptet wurde. Keine Partei treibt

eine klarere und zielsicherere Bodenpolitik als gerade wir Nationalsozialisten. Aus Sinn und Geist unseres Gesamtprogramms geht mit absoluter Deutlichkeit hervor, daß es sich nur um eine Enteignung solchen deutschen Grundes und Bodens handeln kann, der, besonders während der Inflation, von ausländischen oder inländischen Schiebern und Wucherern, meist Juden, den deutschen Besitzern oft um ein sogenanntes Butterbrot abgegaunert worden ist, oder auch um solchen Großgrundbesitz, der nicht im Dienste der Allgemeinheit zur Volksernährung verwaltet wird.

Es ist die Aufgabe der Nationalsozialistischen Bibliothek, im Laufe der Zeit über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, die durch unser Programm berührt werden, grundlegende Abhandlungen im Geiste unseres Programms zu bringen.

Sie ist die geistige Waffenschmiede für unseren Befreiungskampf.

Murnau am Staffelsee, im September 1928.

Gewinnbeteiligung

Erster Druck in „Volk und Gemeinde", Monatsblätter für Nationalsozialismus und Gemeindepolitik, herausgegeben von Ing. Rudolf Jung, Troppau, 1929, Folge 8

1. Das Problem

Es ist kennzeichnend, daß in der Sozialdemokratie die Forderung nach Gewinnbeteiligung eines der am schärfsten umstrittenen Probleme ist. Der Kapitalismus hat das Problem längst in seinem Sinne gelöst. Der Inhaber einer Aktie oder eines Anteilscheines von irgendeinem Unternehmen ist gewinnbeteiligt an dem Ertrag des Unternehmens ohne jegliche Mühe und Arbeit. Das Geld allein „arbeitet für ihn". Gerade diese Form der Gewinnbeteiligung ist es ja, die zu den größten und schreiendsten Ungerechtigkeiten geführt hat, ja, geradezu zu einer Trennung von Kapital und Arbeit.

Ohne daß der Kapitalist auch nur zu wissen braucht, wo die Produktionsstätten liegen, von denen er Aktien, Kuxe, Anteilscheine usw. besitzt, ohne daß er irgendwie für dieses „sein" Unternehmen tätig zu sein braucht, ohne daß er das geringste Interesse an der Qualität, volkswirtschaftlichen Notwendigkeit oder Güte der Produkte hat, ohne daß er sich im geringsten um die sozialen Verhältnisse, hygienischen und sanitären Vorkehrungen im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter zu kümmern braucht — ist er, der Kapitalist, der Aktionär, Kux- oder Anteilscheinbesitzer, der allein Gewinnberechtigte.

Daß ein derartiges System die *schärfste Kritik* in moralischer und sozialer Hinsicht herausfordern muß, ist wohl klar. Daß aber auch die Hauptaufgabe jeder Produktionsstätte — Steigerung des Ertrages, dauernde Verbesserung der Produktion — darunter leiden muß, ist ebenfalls klar. Gerade hier zeigt sich der Kapitalismus in seiner verhängnisvollen Auswirkung.

Für den Kapitalisten allerdings gibt es ja gar nichts Bequemeres und Angenehmeres als diese Form der Ausbeutung der Arbeitskraft aller an der Produktion Beteiligten.

Es liegt daher nichts näher, als daß man die Forderung aufstellt nach *Beseitigung des arbeits- und mühelosen Einkommens des reinen Kapitalbesitzes* und bestrebt ist, *den Gewinn der Unternehmungen denjenigen zuzuführen*, die *diesen Gewinn erarbeiten*. Die Sozialdemokratie hat dafür einfach die Formel geprägt: „Nieder mit dem Kapitalismus!" Die Richtung, in der sich indes diese Forderung auswirkte, ging keineswegs gegen die verderbliche zinskapitalistische Form des Aktienrechtes, sondern richtete sich höchst einseitig gegen den Unternehmer, der im Besitze der Produktionsmittel sei, die ihm einen ungerechtfertigten Gewinn zufließen ließen. Dieser sollte sozialisiert werden. Hier zeigt sich wiederum ganz unverhüllt, daß es der Sozialdemokratie keineswegs um die Beseitigung einer offensichtlichen und grausamen Ungerechtigkeit zu tun ist, sondern um die Leugnung der Persönlichkeit und der daraus fließenden Verdienste. *Nicht gegen das kapitalistische System, sondern gegen die hochwertige Persönlichkeit, den Unternehmer, den Wirtschaftsführer, richtete sich der marxistische Kampf.* Derjenige, der die Erfindung macht, das Risiko auf sich nimmt, der die Arbeit organisiert, der neue Märkte erschließt, gilt der Sozialdemokratie als der Ausbeuter, gegen den sie die Haß- und Neidinstinkte der Massen mobil macht.

Die Triebfeder für die marxistische Gewinnbeteiligungsforderung ist also nicht sozialethisch fundiert, sondern ein

Ausfluß der Mobilisierung niedrigster Instinkte bei den Massen.

Auf diese Weise schwebt die im Grunde auf so hoher ethischer Stufe stehende Forderung nach gerechter Wertverteilung dauernd in der Gefahr, entweder kapitalistisch oder marx-sozialistisch verzerrt zu werden, um so mehr, als diese Forderung egoistischen Instinkten entgegenkommt, ja, ihnen entspringt. Die Forderung nach Gewinnbeteiligung, wie wir Nationalsozialisten sie auffassen, muß sich also in gleicher Weise von kapitalistischen wie marxistischen Schlacken reinhalten. Es wird freilich nicht ganz leicht sein, in der Praxis diese beiden Klippen immer zu vermeiden. Dies erscheint überhaupt nur möglich, wenn die allgemeinverbindliche Richtlinie „Gemeinnutz vor Eigennutz“ eingehalten wird.

Ich habe wiederholt auf die außerordentlichen Schwierigkeiten einer persönlichen und direkten Gewinnbeteiligung hingewiesen. Die Formulierung: „Wir fordern Gewinnbeteiligung“, macht es dem Gesetzgeber zunächst einmal zur Pflicht, den Begriff „Wir“ klar zu umreißen. Sind die „Wir“ die in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten, oder deckt sich das „Wir“ mit der Gesamtheit aller Schaffenden, oder ist das „Wir“ beschränkt auf die Nationalsozialisten bzw. auf den nationalsozialistischen Staat, der als Vertreter der Gesamtheit einen Anteil an dem Gewinnertrag der Produktion fordert? Von dem übergeordneten Standpunkt der Brechung der Zinsknechtschaft aus muß die persönliche, direkte Gewinnbeteiligung im Sinne etwa der Einführung von Arbeiteraktien abgelehnt werden. Diese wird mit Vorliebe von kapitalistischer Seite vertreten, besonders dann, wenn sozialistische Eingriffe drohen. Man wirft da lieber den bissigen Kötern ein Stück hin, um das sie sich zanken können, wobei aber dem Großkapitalisten unbenommen bleibt, seinen Raub, wenn auch etwas vermindert, weiterzubeziehen.

2. Wann ist Gewinnbeteiligung berechtigt?

Wir müssen uns grundsätzlich darüber klar sein, daß *eine Gewinnbeteiligung nur dann sittlich und wirtschaftlich berechtigt ist, wenn derjenige, der den Anspruch auf Gewinnbeteiligung erhebt, auch durch besondere persönliche Leistung zu dem Gewinn beigetragen hat.* Es würde grundlegend dem sozialen Gerechtigkeitsempfinden widersprechen, wenn schlechthin jeder Taglöhner, der irgendeine Verladearbeit verrichtet, der als Portier im Eingang sitzt, der Säuberungs- und Reinigungsarbeiten in den Fabrikräumen pflichtmäßig auszuführen hat, auch derjenige, der im Rahmen der Gesamtproduktion eine bestimmte gleichbleibende Arbeit zu verrichten hat, der die Kraftmaschinen zu bedienen hat oder Rohstoffe zu verteilen oder zuzubringen hat, von dieser seiner Tätigkeit behaupten wollte, daß sie irgendwie auf das Betriebsergebnis und damit auf den Gewinn des Gesamtunternehmens irgendwie wesentlichen Einfluß hätte. Wohl muß und kann von derartigen Tätigkeiten Fleiß und Gewissenhaftigkeit verlangt werden, die dann auch durch eine entsprechende Entlohnung abgegolten werden müssen. Ebensowenig wäre es berechtigt, derartige Tätigkeiten zu unterschätzen, da sie alle unentbehrlich sind. Nur sind sie *nicht von gleicher Wichtigkeit für den wirtschaftlichen Ertrag* eines Unternehmens. Ob Meier, ob Huber die eingelaufenen Kohlenwaggons in die Bunker einschaufelt, ist für den Ertrag des Unternehmens ganz *belanglos*. Es ist aber gar nicht belanglos, ob der technische Direktor eine glückliche, arbeitersparende Konstruktion ersinnt, ob ein Chemiker ein neues Präparat erfindet, das den Umsatz gewaltig steigert, oder ob ein kaufmännischer Direktor eine falsche Kalkulation aufmacht. Derartige „geistige Leistungen" sind für den Erfolg oder Mißerfolg eines Unternehmens von ausschlaggebender Bedeutung. Davon hängt Gewinn oder Verlust eines Unternehmens ab. Es ist gewiß wichtig, daß das technische Personal mit innerer Anteilnahme seine besten Kräfte einsetzt und

da und dort Verbesserungen vorschlägt, ebenso daß die Betriebsführer dauernd einer allgemeinen Leistungssteigerung ihre Aufmerksamkeit widmen in den ihnen unterstellten Teilen — aber trotzdem können diese im einzelnen wertvollen und den Ertrag steigernden Maßnahmen nicht das Endergebnis des Gesamtunternehmens so wesentlich beeinflussen, daß man auch aus diesen besonderen Leistungen einen rechtlichen Anspruch auf den Gewinn des Gesamtunternehmens ableiten könnte. Es ist sehr wohl denkbar, daß eine Reihe vorzüglicher technischer Verbesserungen in einem Teil des Betriebes von einem Ingenieur oder Werkmeister erdacht, angeordnet und durchgeführt werden, während eine mangelhafte oder ungeschickte Reklame der Vertriebsabteilung auf der einen Seite die Verbesserung vollkommen illusorisch macht, wie ja auch die Möglichkeit gegeben und leider nur zu oft der Fall war, daß eine sinkende Konjunktur auch die genialsten Verbesserungen zunichte macht und ein Unternehmen um seinen Gewinnanteil bringt, wie es umgekehrt gar nicht einzusehen ist, warum ein gleichgültiger oder uninteressierter technischer Beamter, der nur eben seine Bureaustunden absitzt, an dem Gewinn teilhaben soll, der lediglich durch eine glänzende propagandistische Taktik des Reklamechefs oder technische Verbesserungen in einer anderen Produktionsstätte oder gar durch geniale Neuordnung des Gesamtbetriebes erzielt worden ist. Man sieht, daß hier die außerordentlich zahlreichen praktischen Schwierigkeiten zu großen Ungerechtigkeiten führten, so daß man mit äußerster Zurückhaltung das ganze Problem untersuchen muß. Am wenigsten werden derartig komplizierte Fragen durch Schlagworte gelöst. Es erscheint durchaus richtig und billig und angezeigt, daß für besondere Leistungen auch eine besondere Vergütung gewährt werde. Wie oft sind, um hier auf einige Extreme nach der anderen Seite hinzuweisen, die genialsten Erfinder als arme Teufel zugrunde gegangen, wie oft zieht den Nutzen aus einer technischen Leistung nicht der Ingenieur oder Werkmeister, der sie erdacht hat, sondern ein gerissener Kapitalist, der eine solche Verbesserung „finanziert“! Und trotzdem wohnt der

Forderung nach Gewinnbeteiligung ein tiefer sittlicher Kern inne, solange und insofern die Gewinnbeteiligung demjenigen zufließt, der den Gewinn durch seine Leistung in der Hauptsache erzeugt hat.

Wie oft verkünden wir: Der nationalsozialistische Staat muß ein Staat der Arbeit und Leistung sein! Im Mittelpunkt steht für uns der Wert der Persönlichkeit. Nicht die Masse schlechthin und nicht der einzelne schlechthin hat Ansprüche zu stellen, sondern jedem das Seine nach seinem Fleiß und nach seiner Tüchtigkeit. Eine Gewinnbeteiligung kann also nur unter diesen übergeordneten Gesichtspunkten im nationalsozialistischen Geiste liegen.

3. Wer hat Anspruch?

Der Kreis des Anspruchsrechts auf Gewinnbeteiligung kann logischerweise nicht größer sein als der Bereich, in dem der einzelne tätig ist und auf dessen Arbeitsergebnis er durch seine Leistung und seine Tüchtigkeit Einfluß nehmen kann. Ein einfacher Metalldreher zum Beispiel hat m. E. zweifellos einen Gewinnbeteiligungsanspruch an seiner Werkstätte, wenn die Werkstätte durch geschickte Handgriffe, die er selbst ersonnen hat, die Leistung — den Ertrag — seiner Werkstätte nicht unerheblich steigert. Ebenso hat der Fassadenmaurer, der das Doppelte schafft wie sein Kollege nebenan, zweifellos einen Anspruch auf den Gewinn, den seine Maßnahmen im Rahmen des Gesamten abwerfen. Je höher freilich Rang und Stellung des einzelnen in einem Werk Beschäftigten ist, desto höher ist auch schon die feste Entlohnung, das Gehalt des Betreffenden, und darin ist im allgemeinen die Gewinnbeteiligung bereits inbegriffen. Deshalb ist er ja Direktor oder Betriebsingenieur, damit er unablässig Verbesserungen — im Dienst am Ganzen — ersinne, anordne und durchführe.

Verlangte ein solcher Direktor oder Betriebsingenieur für jede einzelne, doch in seinem Dienst stehende Verbesserung besondere Gewinnbeteiligung, so stünde das *in schroffem Gegensatz zum Pflichtgedanken*. Man verlangt ja vom staatlichen oder kommunalen Beamten, von vornherein auf Gewinnbeteiligung zu verzichten. Wohin käme man, wenn die amtlichen Oberregierungsräte und Eisenbahnpräsidenten, sämtliche Wagenschieber und Werkstättenarbeiter an einem der Allgemeinheit dienenden Verkehrsunternehmen, wie es die Staatseisenbahnen waren, gewinnbeteiligt sein wollten?

Zweifellos liegt in der Gewinnbeteiligung ein gewaltiger Ansporn für jegliche Arbeit. Zweifellos vermöchte eine gerechte Gewinnbeteiligung oder besser gesagt: Wertverteilung *den Ertragreichtum wesentlich zu steigern*. Aus diesem Gesichtspunkt der Ertragssteigerung heraus muß die Gewinnbeteiligung in positivem Sinne irgendwie gelöst werden.

4. Bisherige Gewinnbeteiligungsversuche

Die Versuche, die Arbeiter am Gewinn der gewerblichen Unternehmen zu beteiligen, in denen sie beschäftigt sind, gehen zurück bis in den Anfang des vergangenen Jahrhunderts. Besonders in England und Frankreich sind verschiedene Versuche in dieser Richtung gemacht worden, die zum Teil nach kurzer Frist wieder aufgegeben worden sind. Böhmert, J. St. Mill, Leroy-Beaulieu und andere *haben dieses „Lohnsystem“ als ein durchgreifendes Mittel* zur Besserung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gepriesen. Eine „Lösung“ der sozialen Frage darin zu sehen, geht natürlich viel zu weit. Um Anhaltspunkte zu gewinnen, hat bereits im Jahre 1878 Professor Böhmert eine Umfrage veranstaltet über die gemachten Erfahrungen. 1883 hat das französische Ministerium des Innern eine Enquete veranstaltet. Im Jahre 1900 fand sogar in Paris ein internationaler Kongreß zur Förderung der Gewinnbeteiligung statt. Aus der Fülle dieser Versuche

können indes nur verhältnismäßig wenige angeführt werden, die Anspruch erheben können, von wirklichem Wert zu sein. Wirklich bewährt hat sich eine gewisse Form der Gewinnbeteiligung nur in der Fischerei, und zwar besonders in der Seefischerei und beim Walfischfang. Die Gesellschaften, die naturgemäß die Mannschaften der verschiedenen Fischereikähne und Seefische nicht beaufsichtigen können, beteiligen die Fischer am Gewinn. Diese werden durch die Aussicht auf Gewinn neben ihrem festen Lohn zu größerem Fleiß, zu Sorgfalt und Disziplin angeregt. (Es sei hier aber gleich bemerkt, daß es sich hier um einen ganz selbstverständlichen Vorgang handelt und um Verhältnisse, wo es sich um einen engbegrenzten Personenkreis mit einer engbegrenzten Aufgabe handelt, deren Erfüllung ausschließlich diesem Personenkreis obliegt.)

Auch in der Landwirtschaft haben Versuche mit Gewinnbeteiligung stattgefunden, die zum Teil von günstigem Erfolg begleitet waren, die aber alle mehr oder weniger ihre Wurzel in der doch mehr patriarchalischen Betriebsweise der Landwirtschaft fanden. So hat der bekannte Volkswirt H. v. Thünen eine regelrechte Anteilswirtschaft der auf seinem Gute Tellow in Mecklenburg beschäftigten Dorfbewohner eingeführt. Danach erhielt jeder der etwa 20—30 Arbeiter seines Gutes ein Halb vom Hundert des Mehrertrages, der über eine bestimmte, von ihm festgelegte Summe hinausging (18 000 Mark). Die dadurch sich ergebenden Beträge wurden nicht bar ausbezahlt, sondern zur Sparkasse gebracht. Sie sollten den Berechtigten vom 60. Lebensjahr an zur Verfügung stehen, um ihnen ein sorgenfreies Alter zu sichern. Das System soll sich bewährt haben. Es erlosch natürlich an dem Tage, da das Gut im Jahre 1896 verkauft wurde. Auch bei diesem Fall steht wohl zu erwarten, daß der soziale Sinn und die Fürsorge im patriarchalischen Sinne des Arbeitgebers für seine Arbeiter das eigentlich ausschlaggebende Moment waren für den Wirtschaftsfrieden zwischen Gutsherrschaft und den Dorfbewohnern. Neuerdings hat der Reichslandarbeiterbund gleitende Löhne mit Gewinnbeteiligung empfohlen.

In Industrie und Handel müssen wir von vornherein die Form der Gewinnbeteiligung außer Betracht lassen, die sich auf Tantiemen, Gratifikationen und besondere Zuwendungen an höhere Beamte und Angestellte beschränkt. Hierfür sind einwandfreie und durchaus zweckmäßige Formen bei den verschiedensten Gesellschaften längst gefunden worden und haben sich bewährt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß es sich hierbei keineswegs um Gewinnbeteiligung handelt, die im Sinne einer allgemeinen und direkten Gewinnbeteiligung aller produktiv Beschäftigten läge. Diese Form der Gewinnbeteiligung wird besser durch den Ausdruck Leistungszulagen oder Prämien gekennzeichnet. Es stehen derartige Leistungszulagen meist auch nicht in einem direkten Prozentualverhältnis zu dem erzielten Reingewinn des gesamten Unternehmens.

Im übrigen ist aber gerade die Großindustrie mit ihren Tausenden von Handarbeitern, ihren scheinbaren oder wirklichen Gewinnen das Ziel derjenigen, die irgendwelche Formen der Gewinnbeteiligung erstreben. Es muß auffallend erscheinen, daß die Zahl der Versuche keineswegs in einem richtigen Verhältnis zur gewaltigen Zahl der Unternehmungen steht, und daß von bekanntgewordenen Versuchen, die wiederum meist dem besonderen sozialen Verantwortungsbewußtsein des betreffenden Werkes, Besitzers oder Leiters ihre Entstehung verdanken, nur die allerwenigsten wirklich positive Ergebnisse aufzuweisen haben. Es läßt sich sehr genau verfolgen, daß von wirklichem Nutzen für die Steigerung des Ertragsreichtums nur da gesprochen werden kann, wo es sich um besondere Qualitätsarbeit handelt. Bekannt ist das Unternehmen des französischen Gebäudemalers Leclaire, der im Jahre 1843 bereits seine Maler, Anstreicher, Tapezierer und Dekorateure am Geschäftsgewinn beteiligte. Es handelt sich hier um einen verhältnismäßig beschränkten Personenkreis mit ausgesprochenen Qualitätsleistungen in einem handwerklichen Betriebe. In größerem Ausmaße finden wir einen ähnlichen Versuch bei der Fabrik für Heizvorrichtungen und Küchengeräte Dequenne und Co., die bis zu 1600

Arbeiter beschäftigte. Die im Jahre 1876 eingeführte Gewinnbeteiligung wurde in der Hauptsache zur Errichtung großartiger Wohlfahrtseinrichtungen verwandt (Arbeiterwohnhäuser, Konsumeinrichtungen, Versicherungskassen, Kinderbewahranstalten, Bibliotheken usw.).

In England ist ein bekannter Fall der des Steinkohlenbergwerks Briggs Son und Co., Westyorkshire, wo nach endlosen Arbeitsstreitigkeiten im Jahre 1865 durch Einführung einer gewissen Gewinnbeteiligung ein besseres Verhältnis hergestellt wurde. Briggs wandelte sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft um, behielt zwei Drittel der Aktien für sich und verteilte den Rest unter die Angestellten. Kurze Zeit arbeitete dieses System zur Zufriedenheit, wurde aber dann sehr bald Anlaß zu neuen Streitigkeiten und wurde wieder aufgehoben. In England wurden von 1865 bis 1920 insgesamt 330 Fälle derartiger Gewinnbeteiligungsversuche bekannt. Davon ist mehr als die Hälfte (192) wieder aufgegeben worden. Die noch bestehenden verteilen sich auf Gaswerke (36), kaufmännische Betriebe (26), Nahrungsmittel und Getränke (16), Maschinen- und Schiffbau (14), Weberei (17), Buchdruck (13), Landwirtschaft (8), Bank und Versicherung (5), Baugewerbe (3), also auf eine im Verhältnis äußerst geringe Zahl von Betrieben. Maximal erreicht die Gewinnanteilsquote einen Betrag in Höhe von etwa zwei Wochenlöhnen. In Deutschland, wo es rund 20 000 Aktiengesellschaften und 50 000 G. m. b. H. neben ein paar hunderttausend offenen Handelsgesellschaften und Einzelfirmen gibt, war im Jahre 1922 bei 29 Unternehmungen eine Gewinnbeteiligung durchgeführt; 66 Unternehmungen hatten die Gewinnbeteiligung wieder aufgegeben. In 13 bestand Kapitalbeteiligung und nur in 16 Betrieben eine Gewinnbeteiligung im eigentlichen Sinne. 13 davon hatten das Thünensche Prinzip aufgenommen, wonach der Gewinnanteil nicht ausbezahlt, sondern zur Sparkasse gebracht wurde, um bei Eintritt des Greisenalters, bei Austritt oder bei Tod ausgezahlt zu werden. Die kombinierte Gewinn- und Kapitalsbeteiligung, wie sie in Amerika und Großbritannien verhältnismäßig am

meisten geübt wird, ist in Deutschland nur ein einziges Mal zu verzeichnen. In wenigen Fällen war die Gesamtheit der Arbeiter kollektiv am Unternehmen beteiligt. Der den Arbeitern eingeräumte Anteil war indes nicht sehr erheblich, und von einer wirklichen Ertragssteigerung konnte aus diesem Grunde nicht die Rede sein. Es war mehr eine Folge der sozialistischen Revolution, die manche Unternehmer veranlaßte, zur Beschwichtigung der Arbeiter ihnen einen Teil ihres Gewinnes zu versprechen. Geschichtlich bekannt ist in Deutschland der Fall des Messingwerkes Borchardt, Berlin, wo nach Abzug einer sechsprozentigen Vorzugsdividende auf das Kapital der Restgewinn zur Hälfte auf Unternehmen und Beschäftigte verteilt wurde. Schon nach fünf Jahren wurde dieses System aber wieder aufgegeben, da die Hoffnung auf den geringfügigen Anteil zu wenig Anreiz für ein zähes Festhalten der Höchstleistung des einzelnen Arbeiters bot und günstiger Ein- und Verkauf, mit anderen Worten: die Konjunktur von viel ausschlaggebenderer Bedeutung für die Gestaltung des Reingewinnes war. Sonst sind nur noch in der Halleschen Maschinenfabrik und in der Jalousiefabrik Freese, Berlin, Versuche mit Gewinnbeteiligung gemacht worden.

Zum Schluß seien noch die Zeiß-Werke erwähnt, in welchen Ernst Abbe, der spätere Allein-Inhaber, ohne die grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Gewinnbeteiligung zu verkennen, eine Lohn- und Gehaltsnachzahlung je nach den Erträgnissen der einzelnen Geschäftsjahre ausgezahlt hat. In guten Geschäftsjahren ist diese Lohn- und Gehaltsnachzahlung auch durchgeführt worden. Auch hier darf nicht übersehen werden, daß der Schwerpunkt der sozialfürsorgerischen Maßnahmen auf anderem Gebiete lag, indem Ernst Abbe zunächst und als wichtigste Voraussetzung für dauerndes Gedeihen seiner Werke große Geldmittel für wirtschaftliche Vorarbeiten bereitgestellt hat, so daß Zeiß seinen Weltruf als optische Anstalt immer aufrechterhalten konnte. Daß er ferner für die Assanierung der Stadt Jena und besonders der Arbeiterviertel Großes geleistet und im übrigen durch Errichtung von Arbeiter-

siedlungen für die Volksgesundung und Gesunderhaltung der Arbeiterschaft in großzügigster Weise gesorgt hat. Trotzdem war auch hier sofort Unfriede da, als unter den Einflüssen des Krieges und der Revolution die Gewinne des Unternehmens ausblieben und keine „Lohnnachzahlung" erfolgen konnte. Jena gehörte zu den rötesten Kommunistennestern Deutschlands.

In Amerika ist die Gewinnbeteiligung rein kapitalistisch aufgezogen. Der amerikanische Stahltrust bietet seinen Beschäftigten Kleinaktien an.

5. Gewinnbeteiligung als Produktionssteigerung?

Für das Problem der Gewinnbeteiligung kommen praktisch zwei Gesichtspunkte in Betracht. Nämlich, ob man durch die Einführung einer Gewinnbeteiligung die Produktion steigern will, oder ob man durch Gewinnbeteiligung sozialethisch im Sinne einer Erleichterung der Organisierung und Leitung des Unternehmens durch Weckung gegenseitigen Vertrauens wirken soll.

Eine Steigerung der Gesamtproduktion als Zweck der Gewinnbeteiligung kann nur dann erwartet werden, wenn die einzelnen Arbeiter über genügend Einsicht in den Gesamtbetrieb verfügen, in die Schwierigkeiten betriebstechnischer, kommerzieller, ja sogar politischer Natur, was natürlich in den wenigsten Fällen zu erwarten ist. Ferner ist von ausschlaggebender Bedeutung die betriebliche Eigenart des einzelnen Unternehmens. In Großbetrieben, die den weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen unterliegen, die durch Konzern- und Trustbildung die Preise festlegen, bei denen alles darauf ankommt, daß die Betriebseinrichtungen immer auf modernstem Stand erhalten werden, die unter dauernder Betriebskontrolle auf wissenschaftlicher Grundlage stehen, können auch die größten Anstrengungen einzelner fleißiger

Arbeiter auf das endgültige Produktionsergebnis keinerlei irgendwie nennenswerten Einfluß nehmen. Der einzelne Arbeiter am Hochofen oder im Walzwerk kann unmöglich die betrieblichen, kaufmännischen, technischen, kommunalen und steuerpolitischen Faktoren überblicken, und könnte er das, müßte die erdrückende Fülle all dieser Faktoren auf seinen Arbeitseifer eher lähmend als fördernd wirken. Es kommt noch hinzu, daß gerade bei Großbetrieben mit großen Arbeitermassen die anteilsmäßigen Gewinnquoten, selbst in guten Jahren, außerordentlich gering sind, daß sie nur in Ausnahmefällen 7 v. H. der Lohnsumme erreichen, meist aber unter 5 v. H. bleiben. Die Hoffnungen, die man an die Wirkung der Gewinnbeteiligung auf die Produktionssteigerung setzt, beruhen meist auf Unkenntnis der Grundverhältnisse. Unvergleichlich viel wirksamer für die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Einzelunternehmens könnten Abmachungen wirken, die auf den engsten Wirkungsbereich des Arbeiters selbst abgestellt sind. Wenn z. B. ein Arbeiter vor dem Kriege bei 50 Pf. Stundenlohn im Akkord 80 Pf. bis 1 Mk. verdienen konnte, was z. B. bei Akkordmaurerarbeit die Regel war, er also in 300 zehnstündigen Arbeitstagen statt 1500 Mk. 2400 Mk. verdienen konnte, ist ein derartiges System zweifellos für die Steigerung der Arbeitswilligkeit und damit für die Ertragssteigerung von weit größerer Bedeutung als selbst eine Gewinnbeteiligung, die 10 v. H. des Lohnes ausmachte; ganz abgesehen davon, daß auch bei entgegenkommendster Gestaltung das Gefühl des Übervorteiltwerdens bei den Arbeitern bestehen bliebe.

6. Sozialethische Wirkungen der Gewinnbeteiligung?

Soll das sozialethische Moment als Hauptzweck der Gewinnbeteiligung angesehen werden, so kann man nicht gut haltmachen bei der bloßen Gewinnbeteiligung, sondern muß zwangsläufig weitergehen zum

Mitbesitz- und Mitbestimmungsrecht, mit anderen Worten: man muß zum kapitalistischen Prinzip der Gewinnbeteiligung noch das demokratische Prinzip fügen und gewillt sein, den Parlamentarismus auch in die Wirtschaft einzuführen. Was auf diese Weise in bezug auf Milderung der Schärfen zwischen Unternehmer und Arbeiter gewonnen werden könnte, dadurch, daß die Arbeiterschaft Einblick in die zahllosen Faktoren und Schwierigkeiten der Organisierung und Leitung eines Unternehmens gewinnt, wird wieder verlorengehen durch die unendlichen Hemmnisse, die durch Arbeiterräte, Betriebsräte, kurz und gut durch die ganze parlamentarische Verwaltung eines solchen Unternehmens entsteht. Für kleine und qualifizierte Betriebe sind derartige Möglichkeiten durchaus gegeben und sollen keineswegs bekämpft werden. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß alle derartigen Bestrebungen von dem Verstehenwollen abhängig sind, und ein Verstehenwollen kann sicherlich am wenigsten durch gesetzliche Vorschriften erzwungen werden. Wir werden hier sehr viel tiefer greifen müssen, um einen Wandel in der Anschauung gerade auch in Unternehmerkreisen herbeizuführen. Eine neue Ethik des wirtschaftlichen Denkens kann aber zweifellos nur angebahnt werden, wenn die grundlegenden Fehler der rein kapitalistischen Denk- und Betriebsweise durch die nationalsozialistische Weltanschauung gemildert bzw. beseitigt werden.

Der Widerstreit zwischen dem schrankenlosen Individualismus einerseits und dem marxistischen Kommunismus andererseits kann auch hier nur durch den Nationalsozialismus in universalistischem Geiste beigelegt werden.

Die Einwendung, die von seiten der Arbeiterschaft gegen die Gewinnbeteiligung gemacht wird, ist nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen: „Der Unternehmer will uns Arbeitern nur deshalb einen Teil seines Ge-

winnes abtreten, weil er nur auf diese Weise seinen großen Gewinn in Sicherheit bringen zu können glaubt." Sicherlich war dieser Gedanke der Gewinnversicherung auch bei den meisten Unternehmern die Veranlassung, daß — besonders nach dem Kriege — Versuche mit Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft gemacht wurden.

Wachsende Einsicht, sowohl auf der Seite des Arbeitnehmers als auch auf der Seite der Arbeitgeber, in die letzten gegenseitigen Abhängigkeiten und Verbundenheiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Rahmen des gesamten Produktionsprozesses wird sicherlich einer befriedigenden Lösung des Problems einer Gewinnbeteiligung in einer späteren Zukunft die Wege ebnen. Grundsätzlich ist die Forderung nach Gewinnbeteiligung viel zu real und technisch-wirtschaftlich bedingt, als daß man nicht theoretisch den Sieg der Gewinnbeteiligung in der Praxis für möglich halten könnte. Ich persönlich halte allerdings gerade die Form, auf die man jetzt die Hoffnung auf eine Lösung des Problems stützt, für nicht aussichtsreich und glücklich, nämlich: eine Kombination von Gewinn- und Kapitalbeteiligung, die organisatorisch auch eine Mitwirkung der Beteiligungsberechtigten in der Verwaltung der einzelnen Unternehmungen bedingt. Im politischen Leben haben wir bereits die schlimmsten Erfahrungen durch Einführung des Mitbestimmungsrechtes der zahlungsverpflichteten Staatsbürger im parlamentarischen System gemacht. Die Landwirtschaft hat sich bislang mit Erfolg (abgesehen von den Betriebsräten) parlamentarischen Methoden widersetzt und ist damit gut gefahren. Gewinnbeteiligung ist ja auch für die Werkbeteiligten nur so lange von Reiz und Interesse, als das Unternehmen floriert. Verlustjahre, Konjunkturschwankungen, Konkurrenzkämpfe lassen aber sehr bald das Interesse daran schwinden, und statt Hilfe und Unterstützung in Krisenzeiten zu finden, wird das Unternehmen nur unter der Vielköpfigkeit seiner Leitung zu leiden haben.

7. Gesetzgeberische Maßnahmen

Es sei noch auf einige gesetzgeberische Maßnahmen hingewiesen, die in verschiedenen Staaten vorgenommen wurden, um auf diese Weise der Kapitalbildung die Wege zu ebnen, insbesondere soweit die bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Aktiengesellschaften die sogenannten Kleinaktien „ausschlossen".

In Deutschland ist durch die Umstellung nach der Inflation von selbst der Nominalbetrag der einzelnen Aktien ganz erheblich herabgesetzt worden. Außerdem ist in Preußen seit 1912 ein Gesetz angenommen, wonach in den staatlichen Bergwerksbetrieben die höheren Werksbeamten am Gewinn beteiligt sind. Der Deutsche Juristentag im Jahre 1921 lehnte dagegen einen gesetzlichen Zwang zur Gewinnbeteiligung ab und wollte eine gesetzliche Regelung auf die fakultative Normierung einzelner typischer Formen der Beteiligung beschränkt wissen.

In England ist die große Begeisterung, die um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts für die Gewinnbeteiligung geherrscht hatte, abgeflaut. Der große Bergarbeiterstreik im Jahre 1921 ist durch das Eingreifen der Regierung beigelegt worden und den Arbeitern ein Gewinn an den einzelnen Unternehmungen eingeräumt worden.

In Frankreich wurde die sogenannte Arbeitsaktie eingeführt, bei welcher die Arbeitsleistung, nicht die Kapitalleistung die Grundlage der Aktie ist.

Norwegen hat 1922 durch einen besonderen Ausschuß die gesetzliche Zwangseinführung der Gewinnbeteiligung für bestimmte Betriebe empfohlen.

Die verschiedenen Formen der Gewinnbeteiligung sind folgende:

a) Nach dem Objekt.

1. Eine Beteiligung des Arbeitnehmers an dem Unternehmen, in dem er beschäftigt ist.

2. Eine Beteiligung der Arbeiterschaft eines ganzen Erwerbszweiges an den Gesamterträgnissen der betreffenden Industrie.

3. Eine Beteiligung aller an der Gesamtwirtschaft des Landes. Praktische Bedeutung gewannen bisher nur die Möglichkeiten unter Ziffer 1 der individuellen Gewinnbeteiligung gegenüber den mehr kollektiv-wirtschaftlichen unter 2 und 3.

b) Nach dem Personenkreis.

Hier kann man unterscheiden:

1. Individualbeteiligung jedes einzelnen Arbeiters in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes seines Jahreslohnes, der berechnet und zugewiesen wird.

2. Kollektivbeteiligung, bei welcher die zugewiesenen Gewinnanteile nicht an den einzelnen ausbezahlt werden, sondern zugunsten der Arbeiterschaft für gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen usw. verwendet werden.

3. Gemischte Systeme, die sich aus der Verbindung der beiden erstgenannten ergeben.

c) Nach der Grundlage des Gewinnbezuges.

Hier ist zu unterscheiden:

Die Gewinnbeteiligung 1. auf Grund der Werkszugehörigkeit, also der Arbeitsleistung in dem betreffenden Unternehmen; 2. auf Grund einer (meist erarbeiteten) Kapitalbeteiligung (Kleinaktie); 3. eine Verbindung der beiden Arten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß es eine Reihe von Zwischenformen gibt. Vorbildlich für Kollektivbeteiligung war das Vorgehen der Firma Krupp, Essen, die Jahr für Jahr sehr bedeutende Summen, bis zu 20 Millionen Mark, verwendete, um die verschiedensten Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen. Der Segen dieser Einrichtungen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden in bezug auf Gesunderhaltung der Arbeiterschaft, Besserung der Lebensbedingungen, ins-

besondere des häuslichen Lebens, Ermöglichung körperlicher Ertüchtigung durch Bäder, Turnhallen, Wäschereien usw. Es verdient bemerkt zu werden, daß diese Zuwendungen durchaus freiwillig waren, ohne irgendwelche Verpflichtungen. Auf diese Weise war auch die bestmögliche Verwendung im Dienste der Arbeiterschaft gesichert. Freilich werden die wenigsten darin eine Gewinnbeteiligung im eigentlichen Sinne des Wortes sehen wollen. Vergleicht man indes die tatsächlichen Leistungen mit den Beträgen, die bei individueller Gewinnbeteiligung dem einzelnen Arbeiter zugefallen wären, nämlich höchstens 5 v. H. seines Lohnes, so ergibt sich die außerordentliche Überlegenheit dieser Form kollektivistischer Beteiligung der Arbeiterschaft am Ertrag eines Unternehmens gegenüber der individuellen Methode. 5 v. H. mehr im Haushalt einer Arbeiterfamilie würden nie dazu ausreichen, die allgemeine Lebenshaltung nennenswert zu verbessern. Auf keinen Fall wären diese Beträge gespart worden und hätten so gewaltige Leistungen wie vorstehende für das Allgemeinwohl ermöglicht.

8. Die wirtschafts-wissenschaftliche Seite der Gewinnbeteiligung

Die Gewinnbeteiligung ist die Folge gewisser Willensentschlüsse. Dabei handelt es sich zunächst um die Frage der Notwendigkeit einer über den festen Lohn hinausgehenden Zuwendung aus dem Ertrag des Unternehmens. Zweitens darum, ob die Möglichkeit besteht, dem Arbeiter außer dem festen Lohn noch ein gewisses Plus zuzuwenden aus der Spanne zwischen Gestehungspreis und Marktpreis. Was das letzte angeht, so ist zweifellos die Möglichkeit für eine ganze Reihe von Industrien zu bejahen, da bekanntlich selbst bei gleichmäßigen Marktpreisen die einzelnen Unternehmungen verschieden rationell betrieben werden, wodurch sich die Gewinnchancen der besser eingerichteten Unter-

nehmungen vergrößern gegenüber den nicht so gut geleiteten. Für die weniger gut eingerichteten und geleiteten Unternehmungen — und dies sind ja die meisten — wird die Möglichkeit einer Gewinnbeteiligung um so geringer und enger, je mehr noch weitere ungünstige Momente hinzutreten, steuerliche Bedrückung, ungünstiger Standort, teure Bahnverbindung usw. Einer gesetzlichen Regelung einer pflichtmäßigen Gewinnbeteiligung bieten sich also ganz außerordentliche Schwierigkeiten, und sie würde — wenn eingeführt — die vielen kleineren Unternehmungen ruinieren, während die wenigen ganz modern eingerichteten Betriebe nach wie vor bedeutende Gewinnspannen aufweisen könnten, da sie ihre Betriebe durch Fortfall der Konkurrenz noch bedeutend ausdehnen — wenn nicht gar durch Preisdiktat — monopolisieren könnten.

Von besonderer Bedeutung bleibt bei alledem immer die Gesamtkonjunktur. Niemals wird sich mit irgendwelcher Sicherheit feststellen lassen, welchen Produktionsfaktoren an dem Gesamtertrage besonderer Anteil beizumessen ist. Eine allgemeine, wirtschaftswissenschaftliche Beweisführung zugunsten des Anrechtes auf Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer kann es also nicht geben.

Für die große Masse der ungelernten Arbeitskräfte, für die Masse der Arbeiter in der Schwerindustrie, Textil- und chemischen Industrie, für die Verkehrsanstalten ist angesichts des Standes der Rationalisierung der Betriebsorganisation der Einfluß der Arbeitsleistung nach Qualität und Intensität entrückt. Daraus läßt sich also gerade für die Massen der Industriearbeiterschaft ein moralisches Recht auf Gewinnbeteiligung kaum ableiten. Gewiß erwächst die Gewinnbeteiligung nicht theoretisch auf dem Boden eines ethischen Postulates. Sie entsprang bislang dem Willen des Unternehmers, der damit seinen sozialen Sinn bewies, besonders dann, wenn er die Gewinnbeteiligung nicht im engen kapitalistischen Sinne einer individualistischen Gewinnausschüttung betrieb, sondern aus sozialem Geiste

heraus kollektivistisch für die Gesamtheit seiner Arbeiterschaft gesorgt hat. Damit haben die Betreffenden auch meistens am besten für die Produktivität ihrer Unternehmungen gesorgt, haben das Interesse der Arbeiterschaft am Gesamtunternehmen geweckt und für die Überbrückung der klassenkämpferischen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten gewirkt.

Der Volksverrat des Reichstags

Rede zum Youngplan am 7. März 1930

Stenographische Berichte Seite 4229—4232; vgl. „Völkischer Beobachter" vom 15. März 1930

Ich bin der Meinung, daß es keine bessere Illustration für die „*Erleichterungen*" gibt, die der Youngplan uns bringt, als die neuen *Steuergesetze*. Gerade das, was man in den Rundfunkreden immer zu hören bekommen hat, die „Erleichterung" für die deutsche Wirtschaft, ist ins Gegenteil umgeschlagen. *Nicht weniger als 700 Millionen neuer Steuern werden aufgelegt; die Biersteuer wird um 75 Prozent erhöht mit einem Betrage von 240 Millionen, der Benzin- und Benzolzoll ergibt 65 Millionen, der Tabak soll 30 Millionen mehr bringen, die Mineralwassersteuer 40 Millionen, und die Industriebelastung wird beibehalten, obwohl sie nach dem Youngplan abgebaut werden soll, sie wird mit 280 Millionen eingestellt* usw.

Man muß sich wirklich wundern, wie angesichts dieser Tatsachen es in Deutschland immer noch Leute gibt, die sich nun für die Annahme der Younggesetze einsetzen. Ich will nicht im einzelnen eingehen auf die Tabelle der Zahlungen, es genügt, wenn man dem deutschen Volk immer wieder vor Augen hält, daß es auf Grund des Youngplans *58 Jahre lang jährlich durchschnittlich 2 Milliarden* bezahlen soll, während im wesentlichen nach dem Dawesplan doch die Zahlungen im Jahr 1961 hätten beendigt sein sollen.

Die lebendige und praktische Tatsache ist, daß wir jährlich 2 Milliarden Goldmark in fremder Währung bezahlen

müssen, und an dieser Stelle erhebt sich die erste Grundfrage nach der Durchführbarkeit dieser Zahlungen. Es ist nicht ganz ohne Reiz, die Prominentesten dieser Republik mit ihrer Stellungnahme hierzu anzuführen. Herr Gustav Stresemann, gewiß einer der markantesten Vertreter der neudeutschen Politik, hat am 24. Juni 1929 in diesem Hause wörtlich erklärt: „Glauben Sie, daß irgendein Mitglied der Regierung erklären würde: Ich übernehme die Garantie, daß der Youngplan durchführbar ist?“

So sieht es also aus mit der Sicherheit der deutschen Regierung, daß sie den Youngplan durchführen kann.

Um die gleiche Zeit hat der preußische Ministerpräsident Braun über diese Meinung keinen Zweifel mit folgender Erklärung gelassen: „Ich habe starke Zweifel, ob es nach dem Angebot unserer Experten angesichts der starken Leistungen in der Vergangenheit möglich sein wird, 1640 Millionen Reichsmark 37 Jahre lang aufzubringen.“

Der „Genosse“ Wels hat sich in ähnlichem Sinne im Mai 1929 in Magdeburg ausgesprochen: „Wir müssen mit der Tatsache rechnen, die durch keinen Parteitagsbeschluß aus der Welt geschafft werden kann, daß ein erheblicher Teil vom Ertrag aus der Arbeit und der Produktion des deutschen Volkes nicht dem Gemeinwohl des eigenen Landes dienen kann, sondern noch jahrzehntelang den Reparationsgläubigern zufließen wird.“

Über die Stellungnahme des Herrn Dr. Schacht besteht kein Zweifel. Sein Memorandum vom Dezember scheint bei der erfüllungssüchtigen Regierung vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein. Ich erinnere auch an den deutschen Delegierten in Paris, Herrn Vögler, der wenigstens durch Niederlegung seines Mandats vor der deutschen Öffentlichkeit zu erkennen gegeben hat, daß er seinen Namen unter keinen Umständen für eine derartige undurchführbare Sache hergeben kann. Ich begreife nicht, wie gerade Sie, Herr Dr. Curtius, ein so eifervolles Drängen nach der Annahme haben. Ihr Argument, die Beibehaltung des Dawesplanes bedeute eine Krise, ist gerade von der Seite Ihrer Partei das merkwürdigste. Sie und Ihre Partei waren es gerade, die den

Dawesplan in den Himmel gehoben haben. Für Sie war doch nach dem Ausspruch Ihres großen Staatsmannes Stresemann der Dawesplan ein Silberstreifen am Horizont, für Sie war es ein Zeichen höchster wirtschaftlicher Vernunft, daß man den Dawesplan angenommen hat. Herr Stresemann hat diesen Dawesplan als die „Bibel der Wirtschaft" bezeichnet. Und nun ist alles schlecht und miserabel, was Sie uns damals gepriesen haben. *Ihre jetzige Haltung ist ein einziges Verdammungsurteil über die ganze bisherige Politik. Es ist nicht nur das, es ist auch ein Zeichen politischer Unehrlichkeit.* Es bedeutet nichts anderes, als daß Sie sich jetzt von Ihrer bisherigen Politik drücken wollen.

Wir Nationalsozialisten denken nicht daran, den Dawesplan etwa zu verteidigen; denn gerade wir waren im Gegensatz zu unseren jetzigen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Youngplan die unbedingtesten und geradlinigsten Bekämpfer und Gegner der gesamten Erfüllungspolitik. Das hält uns natürlich nicht ab, immer auf den einzigen Punkt hinzuweisen, der im Dawesplan angesichts der jetzigen Krisis sich für Deutschland günstig auszuwirken begönne, wenn wir eine Regierung hätten, die wirklich die deutschen Belange verträte und die nicht in ewiger Unterwürfigkeit dem Feindbund zu Willen wäre. Ich meine den Transferschutz.

Zunächst ein paar Worte zu der Vorgeschichte und der Entwicklung des Youngplans. Auf der *Pariser Konferenz war Deutschland durch Sachverständige vertreten, von denen es bezeichnend ist*, daß es nicht etwa Regierungs- oder Staatsmänner waren, sondern *Bankiers und Wirtschaftsführer*. Dieser deutschen Delegation in Paris war als einzige Richtlinie mitgegeben: „*Es dürfen keine Abmachungen getroffen werden, die nach gewissenhaftester Prüfung die Lebenshaltung der deutschen werktätigen Bevölkerung gefährden würden.*" Diesem Auftrag versuchte man auch zu entsprechen. Es ist bekannt, daß Dr. Schacht zunächst

nur ein Angebot von 800 bis 1000 Millionen nach Paris mitbringen wollte. Ich erinnere daran, daß man sich dann auf 1640 Millionen hat hinauftreiben lassen. Dagegen schon hat, wie vorhin erwähnt, der preußische Ministerpräsident Braun seine heftigen Bedenken geltend gemacht.

Dann kam der zweite Dolchstoß von hinten, die Erklärung des „Vorwärts", man dürfe sich nicht allzusehr von diesen wirtschaftlichen Sachverständigen abhängig machen, sondern man müsse aus politischen Gründen darüber hinausgehen. Der Genosse Severing war es, der in seiner berüchtigten Rede damals die zwei Milliarden als durchaus diskutabel und tragbar erklärt hat. Im weiteren Verlauf ist dann geradezu der Befehl gegeben worden, die Durchschnittsannuität von zwei Milliarden anzunehmen, und das ist, wie Sie wissen, auch in Paris unterschrieben worden.

Ich kann dieses Verhalten der deutschen Regierung nur auf die gleiche Stufe stellen mit dem Novemberverrat des Jahres 1918. Solches Verhalten ist Landesverrat, welchen Vorwurf die S.P.D. ja keineswegs als Beleidigung, sondern als Ehrentitel empfindet, wie es Herr Seydewitz zum Ausdruck gebracht hat. Herr Seydewitz hat in der sozialistischen Schülergemeinschaft in der Fürst-Bismarck-Schule in Berlin erklärt: „Es ist also ein unbilliges Verlangen, wenn wir von der Entente verlangen, daß sie uns unsere Reparationen erläßt. Der Vorwurf des Landesverrats ist für uns ein Ehrentitel." Ebenso hat sich der sozialdemokratische Oberstudiendirektor Dr. Kawerau, Leiter eines Gymnasiums in Berlin, im Frühjahr 1929 in einem Vortrag „Der Kampf um das deutsche Geschichtsbuch" im Herrenhaus ausgedrückt: „Wir fordern, daß die Schuld Deutschlands am Weltkrieg endlich auch in die deutschen Geschichtsbücher Eingang findet." Im gleichen Sinne hat sich der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenfeld in Stettin ausgedrückt: „Es ist Aufgabe der S.P.D., darauf zu achten, daß in Deutschland nicht gegen den Ver-

sailler Vertrag verstoßen wird: denn Versailles ist deutsches Reichsgesetz, und in einem Rechtsstaat dürfen keinerlei Gesetzwidrigkeiten geduldet werden.“

Verlassen Sie sich darauf, meine Herren, diese Dinge werden in das große Schuldbuch des deutschen Volkes eingetragen, und Sie werden sich in nicht allzu ferner Zeit vor einem deutschen Staatsgerichtshof für diese Dinge zu verantworten haben, und auf Landesverrat steht im kommenden Staat die Todesstrafe.

Ebenso unmöglich ist die Stellung des Zentrums. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, hat in Saarbrücken unmißverständlich erklärt: „Eine Annahme der Younggesetze kommt nur Zug um Zug mit der Regelung der Saarfrage in Betracht.“

Gestern haben wir aus den gewundenen Erklärungen des Herrn Ulitzka entnehmen können, daß sich der glatte Umfall des Zentrums vorbereitet.

Von den Demokraten — ich sehe zwar keinen einzigen dieser sterbenden Partei mehr hier — erwartet man nichts anderes als eine angstvolle Schaukelpolitik zwischen den beiden großen Nachbarn. Sie leben ja überhaupt nur noch von der Gnade dieser beiden Parteien und von der großen Judenpresse. Aber gerade hier muß ich auf die politische Charakterlosigkeit hinweisen, mit der sich heute die Demokratie für die Younggesetze einsetzt und in das lächerliche Krisengeschrei der Regierung einstimmt, als wenn wir nicht mitten in der Krise wären. Wir sind doch mitten in der Krise, nicht wahr, Herr Dr. Curtius? — Im März, als die Pariser Konferenz zu scheitern drohte, hat das „Berliner Tageblatt“ erklärt: „Keine Angst vor widrigen politischen und wirtschaftlichen Folgen einer Ablehnung des Youngplanes; die Folge wäre nur eine Beibehaltung des Dawesplanes, dessen Transferschutzbestimmungen in kürzester Frist in Kraft treten müßten, so daß dann unsere Gegner weniger

bekämen, als sie jetzt nach den neuen Ziffern des Youngplanes erhalten würden."

Der Bayerischen Volkspartei noch ein paar Worte ins Stammbuch aus der Rede ihres bayerischen Ministerpräsidenten Held. Herr Ministerpräsident Dr. Held hat sich im Bayerischen Landtag folgendermaßen ausgesprochen: „Es handelt sich um eine Finanzkontrolle über Deutschland. Die Entscheidung über das Schicksal der beteiligten Völker ist in die Hand einiger weniger Finanzmänner gelegt." Zum Schluß wies der bayerische Ministerpräsident Dr. Held auf „die Unehrlichkeit ersten Ranges" hin, wenn die Parteien das deutsche Volk verpflichten, soundso viel zu leisten, und selbst nicht dafür sorgen, daß wir zu einer Finanzpolitik gelangen, die es uns ermöglicht, diese Versprechungen zu erfüllen. Er fährt fort: „Man hat im Herbst eine Finanzreform versprochen, die eine Steuerentlastung bringen sollte. Das war ein Riesenschwindel, und es ist mit dem deutschen Volk noch niemals so Schindluder getrieben worden wie jetzt. Ich kann nicht ja sagen, wenn ich überzeugt bin, daß die Forderungen unerfüllbar sind."

Das, meine Damen und Herren, ist die Meinung des prominentesten Vertreters der Bayerischen Volkspartei, der gleichen Partei, die offenbar jetzt bereit ist, den Verträgen ihre Zustimmung zu geben.

Zusammenfassend darf ich feststellen: In diesem Hohen Hause mit dem niedrigen Niveau ist keine einzige Regierungspartei, die den Youngplan für durchführbar hält. Nachdem es sich aber um ein Definitivum handelt und nach dem Willen der Beteiligten handeln soll, bedeutet es eine grobe Unehrlichkeit der deutschen Politik gegenüber den Vertragskontrahenten, wenn man etwas unterschreibt, was man für undurchführbar hält. Nur ein Lump verspricht mehr, als er halten kann.

Ich stelle zusammenfassend an die Regierung folgende Fragen.

1. Halten Sie nach dem Gesagten den Neuen Plan für erfüllbar, ja oder nein? Herr Dr. Curtius, Redensarten wie: „Ich lehne es ab, zu prophezeien“ sind eines verantwortungsbewußten Staatsmannes unwürdig. Wenn ja, dann tragen Sie die Verantwortung; wenn nein, warum unterschreiben Sie dann?

2. Halten Sie den Neuen Plan wirklich für einen Fortschritt, wenn Sie ernstlich bedenken, daß im Dawesplan die Möglichkeit einer Minderung, ja sogar einer Einstellung der Reparationszahlungen gegeben ist?

3. Wie erklären Sie den seltsamen Satz im Youngplan: „Falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, wird die Bankierkonferenz Überlegungen anstellen, zur Vermehrung des Welthandels beizutragen, und zwar durch Finanzierung deutscher Unternehmungen — insbesondere in den unentwickelten Ländern —, die man wahrscheinlich sonst mit den gewöhnlichen vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten nicht in Angriff nehmen würde? Ist darin nicht die furchtbare Gefahr einer Verpflichtung zum Menschenexport enthalten für den Fall, daß wir eben nicht die genügenden Milliarden in fremder Währung aufbringen können? Was heißt in „unentwickelten Ländern“? Es ist bekannt, daß diese Weltbank eine Automobilstraße von Kairo nach dem Kap plant. Diese Planung ist wohl möglich. Wer soll sie aber durchführen? Das ist einer der Fälle, in denen man eben deutsche Erwerbslose exportieren und zu Sklaven machen wird. Wie wollen Sie die deutsche Bevölkerung vor dieser schauderhaften Zukunftsaussicht schützen? Vor der Aussicht, als weiße Sklaven exportiert zu werden?

4. Sind Sie bereit, vor einem kommenden Staatsgerichtshof Ihre Handlungen mit Ihrem Kopf zu verantworten?

5. Sind Sie bereit, in kürzester Frist dem Reichstage die Gesetzesvorlagen zuzuleiten, die sich als logische Konsequenz

der von Ihnen behaupteten vollen Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands ergeben, wie wir sie in unseren Anträgen Nr. 1704 bis 1708 niedergelegt haben? Diese Anträge lauten:

Antrag Nr. 1704: Der Reichstag wolle beschließen: Das Kriegsgerätegesetz vom 27. Juli 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 239) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Antrag Nr. 1705: Der Reichstag wolle beschließen: Die Vorschriften des Versailler Friedensvertrages und der damit zusammenhängenden Abmachungen, wonach Deutschlands Heeresstärke nur 100 000 Mann betragen darf, werden vom Deutschen Reiche nach der etwaigen Annahme des Youngplanes nicht mehr anerkannt.

Antrag Nr. 1706: Der Reichstag wolle beschließen: Gleichzeitig mit der etwaigen Annahme des Youngplanes übernimmt das Deutsche Reich wieder die volle Souveränität über die deutschen Ströme und Flüsse. Die dem entgegenstehenden Bestimmungen des Versailler Vertrages werden nicht mehr anerkannt.

Antrag Nr. 1707: Der Reichstag wolle beschließen: Der Beschluß der Nationalversammlung vom 18. Dezember 1919, womit Artikel 61 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches außer Kraft gesetzt worden ist, wird aufgehoben.

Es handelt sich hier um den Anschluß Deutschösterreichs.

Antrag Nr. 1708: Der Reichstag wolle beschließen: Der Artikel 178 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches wird gleichzeitig mit der etwaigen Annahme des Youngplanes außer Kraft gesetzt.

Hier handelt es sich eigentlich um das deutsche Staatsgrundgesetz, wonach die Bestimmungen des Versailler Vertrages den Bestimmungen der Reichsverfassung vorangehen. Wenn Sie wirklich den Youngplan als die Liquidierung des Krieges und als endgültige Abmachung mit den Feindstaaten bezeichnen, dann ist die Annahme dieser unserer Anträge die logische Konsequenz.

Ich komme zum Schluß: Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu den Younggesetzen kann keinerlei Zweifel unterliegen. In unbe-

irrbarer Konsequenz unserer gesamten politischen Haltung gegenüber der gesamten Erfüllungspolitik lehnen wir die Younggesetze rundweg ab. Ich erkläre im Namen meiner Fraktion: Wir sehen in der Annahme der Younggesetze einen absichtlichen und bewußten Volksverrat.

Die Minister und Parteiführer, die diesen Volksverrat betrieben haben und unterschreiben, werden nicht nur vor der Geschichte die Verantwortung tragen, sondern wir hoffen, sie in kurzer Frist vor den Staatsgerichtshof des kommenden Reiches ziehen zu können.

Wir Nationalsozialisten sprechen diesem Reichstag und dieser Regierung, die sich nach der gestrigen Bemerkung des Herrn Reichsaußenministers als „Spielball des Reparationsagenten" fühlt, das Recht ab, heute noch für das deutsche Volk zu sprechen.

Wir Nationalsozialisten sprechen heute nicht nur im Namen der sechs Millionen, die beim Volksentscheid schon gegen das Youngverbrechen ihre Stimme abgegeben haben, wir sprechen heute für unendliche Wählermassen aus dem Lager der Regierungsparteien, insbesondere aus dem Lager der Sozialdemokraten, die Sie verführt haben. Wir sprechen heute für das ganze deutsche Volk, das sein Lebensrecht fordert, das aus der Lähmung des Novemberverbrechens vom Jahre 1918 langsam erwacht und das die Zukunft für Kinder und Kindeskinder nicht von Ihnen erbärmlich preisgegeben und verschachert sehen will. Lösen Sie diesen Reichstag auf! Schreiben Sie Neuwahlen aus! Dann wird die Antwort Deutschlands anders ausfallen als unter der Herrschaft einer feigen, nichtswürdigen Erfüllungspolitik!

Betrachtungen zum Youngplan

Der Erstdruck in den „Nationalsozialistischen Monatsheften“, Heft 6 vom September 1930

Seit Kriegsende hat kein politisches Ereignis die deutsche Bevölkerung mehr aufgewühlt als der Kampf um die Annahme oder Ablehnung des Youngplanes.

Was zeitgeschichtlich dazu zu sagen ist, ist von unseren Abgeordneten und Rednern in nachdrücklichster Form gesagt worden. Weniger ist in den Vordergrund gestellt worden, daß auch dieses Ereignis nicht für sich allein gewertet werden darf, sondern als vorläufiger Endpunkt einer langen Entwicklungsreihe politischer Geschehnisse, vor allem aber als Ende einer Charaktertragödie des deutschen Volkes, als schwere Niederlage der germanischen Rasse gegenüber dem organisierten Untermenschentum.

Bei allen derartigen Zeitbetrachtungen großen Stils müssen wir unter sorgfältiger Beobachtung der augenblicklichen Phänomene hinabsteigen zu den Quellen des deutschen Volkstums, seiner Stärken und seiner Fehler, um das augenblickliche Schicksal innerlich begreifen zu können, und um daraus auch die Erkenntnisse zu schöpfen für aufbauende Neugestaltung des deutschen Lebens.

Immer war es schon Deutschlands Schicksal gewesen, daß es in gewaltigem Siegeszuge mächtige Reiche gründete und kulturelle Höchstleistungen hervorbrachte; immer wieder sank es in innere Zwietracht zurück, in Schande und Ohnmacht. In heldenhaftem Ansturm zerbrach das jugendfrische Germanentum die Weltherrschaft Roms, in breiten Bächen vergoß es sein bestes Blut; aber alle Germanenreiche auf altrömischem Boden versanken und verschwanden wieder, weil Haß und Neid, Zwietracht und vor allen Dingen die Vermischung mit den unterjochten Völkern die

innere Kraft der Herrenschicht aushöhlte. Die gleiche Tragödie beobachten wir in der späteren geschichtlichen Zeit des Deutschen Reiches. Ein immer wiederholtes Aufsteigen zu sonnenhaftem Glanz, zu Herrschern der Welt: Karl der Große, Otto der Große, Friedrich Barbarossa und Friedrich II., der Hohenstaufe, Friedrich der Große und Wilhelm I. und — zwei Generationen später immer ein jammervoller Niederbruch. Mit Ludwig dem Kind ging das stolze Geschlecht der Karolinger ruhmlos zu Grabe; Otto III., der Sohn der Theophano, schämte sich, ein Deutscher zu sein, und starb als Jüngling; Konradin endet auf dem Schafott in Neapel (1268); bei Jena und Auerstädt vernichtet Napoleon das preußische Heer; Wilhelm II. entweicht über die holländische Grenze.

Doch dieses äußere Schicksal Deutschlands, das man ja zur Not auch aus den Geschichtsbüchern herauslesen kann, ist noch überschattet durch die furchtbarste deutsche Tragödie, den Dreißigjährigen Krieg. Auch diese Religionskämpfe vermelden die Historiker, aber nur selten wagt einer auf den Wesenskern dieser Kämpfe hinzuweisen, wie es Alfred Rosenberg in so geistesfreier und überschauender Weise in seinem neuesten Werk „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ tut. In großartiger Zusammenschau zeigt Rosenberg die tiefsten Wurzeln dieser Kämpfe auf, die sich im Innern des deutschen Volkstums abspielen: Ehre und Freiheit und „Liebe“ und Kadavergehorsam als Antithese und innerer Widerspruch, an der die Seele der Deutschen krank wird und zusammenbricht.

Siegfried und *Hagen* — *Armin* und *Segest* — *Sedan* und *Tannenberg* und *Dawespakt* und *Youngplan*. Jubelnder Sieg, leuchtende Sonne — elender Dolchstoß und Verrat. *Licht* und *Finsternis* — *Gott* und *Teufel*.

Was das mit dem Youngplan zu tun hat?

Sehr viel! Fast alles. Weil Dawespakt und Youngplan, rassenkundlich gesehen, die bewußte Fesselung und Schächtung des deutschen Geistes, der deutschen Arbeit, der deutschen Seele durch das organisierte Untermenschentum bedeuten.

Mit tiefster Erschütterung erleben wir die deutsche Schicksalstragödie in unserer eigenen Zeit. Leuchtende Siege. Auf allen Schlachtfeldern Europas verströmt die beste deutsche Jugend ihr rotes Blut, während hinter der Front Dunkelmänner und Wühler, Marxisten und Juden die Ketten schmieden und den Dolch schleifen. Ahnungslos und arglos, ohne Falschheit, begreift deutsches Wesen nicht, daß *andere anders sind*.

Kaiser Wilhelms II. Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" ist unendlich bezeichnend für die völlige Blindheit für alle die Kräfte und Mächte, die Deutschlands Untergang wollten. Das Wort verrät völlige Unkenntnis der Rassengesetze, ist Ausdruck gefährlichster deutscher Arglosigkeit und falscher christlicher Nächstenliebe. Statt daß man damals die sozialdemokratischen Halunken einfach eingesperrt hätte, ließ man sie ruhig ihr Zerstörungswerk weitertreiben, bis das stolze Deutsche Reich, bis die gewaltigste Militärmacht der Erde, von Juden und Marxisten von hinten erdolcht, am Boden lag.

Mit voller Absicht habe ich diese kurzen Hinweise vorangestellt, denn nur dann, wenn sich das junge, das kommende Deutschland *klar bewußt* wird, daß es sich bei den großen und furchtbaren Ereignissen der letzten Jahre nicht um gewöhnliche Kämpfe und politische Zwangsläufigkeiten handelt, sondern um eine ganz große, letzte Entscheidung, um einen Weltkampf, um ein letztes Ringen zwischen Idealismus und Materialismus, Blut und Geld, Arbeit und Kapital, Licht und Finsternis, nur dann dürfen wir hoffen, daß aus dieser im tiefsten Sinne rassenkundlichen Erkenntnis — auch uns die Erlösung, die Befreiung erwächst, und daß das Dritte Reich dauerhafter werden wird als der stolze Aufschwung der wilhelminisch-bismarckschen Epoche.

Diese grundlegenden *Er*kenntnisse — und Erkenntnisse sind mehr, viel mehr als nur Kenntnisse — entheben uns aber keineswegs der Pflicht, uns aufs allergenaueste mit den besonderen Formen des gegenwärtigen Zustandes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu befassen.

Wissen ist Macht — aber erst Wissen und Wille gebiert die Tat.

Erst bei Einbettung der politischen Ereignisse in die Erkenntnis der großen Zusammenhänge und polaren Gegensätze des Weltgeschehens erkennt man den Werdegang, der zum Youngplan führte, die geschichtlichen Vorläufer, erkennt die Absichten der Feinde, sieht die Folgen und vermag daraus auch die Maßnahmen zur Abwehr zu ersehen und die Voraussetzungen dazu.

*

Der Youngplan ist das letzte Glied in der Kette, Abschluß der politischen Geschehnisse zur Versklavung Deutschlands.

Beim Dawespakt hieß es: Nur das Ausland kann uns helfen! Wir müssen dankbar sein, daß wir nun endlich wieder das Vertrauen des Auslandes errungen haben. Nur mit ausländischem Kapital können wir die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen. Das wurde in allen Tonarten von Mosse bis Scherl, von den Sozialdemokraten bis zu den deutschnationalen Jasagern nicht anders als von der Regierung selbst dem deutschen Volke vorerzählt — bis der *Pakt* angenommen war.

Wie sind wir Nationalsozialisten angehaßt worden, weil wir uns diesem politischen Selbstmord Deutschlands mit aller Kraft widersetzt haben, wie ist gerade unser Widerstand gegen die Aufnahme ausländischer Kredite von seiten der Strese- und Scheidemänner mit Hohn und Spott quittiert worden! Wir sahen klarer und tiefer, wir sagten voraus, was kommen mußte, was Zweck und Absicht des Dawespaktes war, und haben unsere Stellung auch in der *staatspolitischen Erklärung* zum Ausdruck gebracht, die ich im Auftrage der Fraktion am 29. August 1924 im Reichstag verlas.

Dieser nationalsozialistischen Stellungnahme gegenüber hatte die Reichsregierung und haben die Erfüllungsparteien die Dawesgesetze wie eine Erlösung gepriesen und als einen großen Erfolg der Stresemannschen Erfüllungspolitik gefeiert. Ich zitiere die markantesten Erklärungen

nach den amtlichen stenographischen Berichten des Reichstages vom 23. August 1924. Reichskanzler Dr. Marx sagte:

„Das Gutachten der Sachverständigen hat die Regierung als geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage angenommen.“

„Eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst jedenfalls die Vernichtung all der Hoffnungen, die das deutsche Volk und unsere Brüder im besetzten Gebiet hegen. Industrie und Landwirtschaft werden noch weiter als bisher unter der ständig zunehmenden Kreditnot zu leiden haben (!). Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die allgemeine Not ist eine sichere Folge der Ablehnung (!) ... Eine ungeheure Verantwortung lastet auf dem Deutschen Reichstage. Seine Entscheidung wird nach meiner innersten Überzeugung Segen (!) oder Fluch bedeuten.“

Also „Segen“ bedeutete die Annahme des Dawespaktes nach der Meinung von Herrn Marx, Reichskanzler von Zentrums Gnaden. Und Herr Dr. Hans Luther prophezeite am gleichen Tag:

„Nur bei Annahme der Londoner Abmachungen werden unserer Wirtschaft diejenigen Erleichterungen (!) verschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpassung unseres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahntarife. Sobald das Londoner Abkommen angenommen ist, sind die Grundmauern für die Anleihe errichtet!“

Also für die hoffnungslose, zinspflichtige Verschuldung Deutschlands. Ihm folgte als dritte dieser parlamentarischen Grazien Gustav Stresemann, der in ebenso langen wie belanglosen Worten die „Vorteile“ der Annahme des Dawespaktes schilderte.

In fünf Tagen wurden dann die Gesetze durchgepeitscht und wurden ohne Änderung nach den Anweisungen der Hochfinanz (repräsentiert durch Parker Gilbert) von den deutschnationalen Jasagern, der Sozialdemokratie, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschafts-

partei und der Bayerischen Volkspartei mit knapper $2/3$-Mehrheit angenommen.

*

Nun glaubte man erreicht zu haben, was man wollte. Deutschland lag gefesselt am Boden, durch unverfrorenste Schiebung war das deutsche Volk politisch wehrlos gemacht, seiner Hoheitsrechte beraubt, für die systematische Ausbeutung reif.

Sechs Jahre sind seit diesen furchtbaren Augusttagen des Jahres 1924 vergangen, und heute können wir das Ergebnis dieser „Vorteile" und Erleichterungen feststellen.

2 740 000 Arbeitslose im Reich,
16 000 Selbstmorde im Jahr.
50 000 000 000 — fünfzig Milliarden Verschuldung
des Reiches, der Länder, der Städte und Gemeinden, von Landwirtschaft und Industrie und Gewerbe.
11 000 000 000 — elf Milliarden Reichssteuern, Zölle für 1930,
dazu noch
4 000 000 000 — vier Milliarden Hauszins- und Gewerbesteuern
und 660 000 000 — sechshundertsechzig Millionen Mk. jährlich direkte Zahlungen der Reichsbahn an den Reparationsagenten bzw. jetzt an die Internationale Zahlungsbank in Basel,
schließlich 300 000 000 GM. — dreihundert Millionen jährlich Zinszahlungen aus der Industriebelastung an den Reparationsagenten.

Finanzelend und Steuerqual, Justizkrisis und der völlige Staatsbankerott vor der Türe, moralische Verlumpung in weitesten Kreisen, ein Korruptionsskandal nach dem anderen.

„Der Sachverständigenplan hat zur Zufriedenheit funktioniert", berichtete Parker Gilbert in verlogener Weise an seine Auftraggeber — an die alliierten und asso-

ziierten Regierungen —, aber man wurde eine gewisse Besorgnis nicht los: der Dawespakt enthielt nämlich einige Bestimmungen, die eine nationalbewußte Regierung zugunsten Deutschlands hätte ausnutzen können, die sog. Transferschutzklausel. Außerdem blieb der bedenklichste Unsicherheitsfaktor bestehen: der Dawespakt war ein politischer Akt, und die Daweszahlungen waren politische Schulden; die Hochfinanz hatte sich damit noch nicht völlig von ihren politischen Zutreibern gelöst, politische Konstellationen, ein Zerfall der Entente, ein auch nur zunächst moralisches Wiedererstarken Deutschlands, der Wunsch eines der Alliierten, Deutschland wieder bündnisfähig zu sehen, oder ein tatsächliches Bündnis konnte immer noch den ruchlosen Plan der Hochfinanz zerstören. Das Geld hatte noch nicht endgültig über das Blut gesiegt.

Der schlaue Generalagent strebte deshalb schon seit Jahren eine Neuregelung des Dawespaktes an. Es mag ihm auch unbehaglich zumute geworden sein bei dem Gedanken an den unausbleiblichen Zusammenbruch in Deutschland und das dann offenkundige Versagen des Dawespaktes.

Sein Ziel war, Deutschland selbst die Verantwortung für die Zahlungen aufzubürden, insbesondere für den Transfer der Zahlungen, und vor allen Dingen wollte man eine Umwandlung der politischen Schuld Deutschlands in eine rein privatkapitalistische, wechselrechtliche Verbindlichkeit gegenüber einer unpolitischen Stelle im neutralen Ausland. Man nannte dieses Gaunerstück „Liquidierung des Krieges“ und die Beseitigung der Transferschutzklausel — Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands und Aufhebung der lästigen Kontrollstellen.

Es erübrigt sich zu sagen, daß die deutschen Erfüllungspolitiker lieber gern auf diesen frechen Schwindel hereinfielen, und daß sie den Youngplan mit der gleichen Begeisterung begrüßten, mit denselben Worten empfahlen und dieselben Phrasen von der „Erleichterung“ fabelten, die dieses Produkt zähester diplomatischer Befriedigungsarbeit

des „größten Staatsmannes der deutschen Republik", Gustav Stresemann, dem deutschen Volke bringen würde.

Betrachten wir nun den Youngplan nüchtern nach dem amtlichen Texte. Die Sachverständigen der Pariser Konferenz erklären in schöner Offenheit, sie seien an ihre Aufgabe als — Geschäftsleute herangetreten.

„Wir haben", fährt der Bericht fort, „die Zahl und den Betrag der Annuitäten festgesetzt und Vorsorge für die Umwandlung der Reparationsschuld aus einer politischen in eine kommerzielle Verpflichtung getroffen."

Mit anderen Worten: 1. Deutschland muß zahlen:

vom 1. September 1929 bis 31. März 1930 (7 Monate)	742.8 Mill. RM.
vom 1. April 1930 bis 31. März 1931	1707.9 Mill. RM.
vom 1. April 1931 bis 31. März 1932	1685.0 Mill. RM.
vom 1. April 1932 bis 31. März 1933	1738.2 Mill. RM.
vom 1. April 1933 bis 31. März 1934	1804.3 Mill. RM.
vom 1. April 1934 bis 31. März 1935	1866.9 Mill. RM.
vom 1. April 1935 bis 31. März 1936	1892.9 Mill. RM.
vom 1. April 1936 bis 31. März 1937	1939.7 Mill. RM.
vom 1. April 1937 bis 31. März 1938	1977.0 Mill. RM.
vom 1. April 1938 bis 31. März 1939	1995.3 Mill. RM.
vom 1. April 1939 bis 31. März 1940	2042.8 Mill. RM.
vom 1. April 1940 bis 31. März 1941	2155.5 Mill. RM.
vom 1. April 1941 bis 31. März 1942	2180.7 Mill. RM.
vom 1. April 1942 bis 31. März 1943	2198.0 Mill. RM.
vom 1. April 1943 bis 31. März 1944	2194.3 Mill. RM.
vom 1. April 1944 bis 31. März 1945	2207.5 Mill. RM.
vom 1. April 1945 bis 31. März 1946	2203.8 Mill. RM.
vom 1. April 1946 bis 31. März 1947	2199.5 Mill. RM.
vom 1. April 1947 bis 31. März 1948	2215.2 Mill. RM.
vom 1. April 1948 bis 31. März 1949	2210.0 Mill. RM.
vom 1. April 1949 bis 31. März 1950	2316.8 Mill. RM.
vom 1. April 1950 bis 31. März 1951	2359.2 Mill. RM.
vom 1. April 1951 bis 31. März 1952	2343.2 Mill. RM.

vom 1. April 1952 bis 31. März 1953 . 2346.2 Mill. RM.
vom 1. April 1953 bis 31. März 1954 . 2353.3 Mill. RM.
vom 1. April 1954 bis 31. März 1955 . 2364.6 Mill. RM.
vom 1. April 1955 bis 31. März 1956 . 2359.8 Mill. RM.
vom 1. April 1956 bis 31. März 1957 . 2354.2 Mill. RM.
vom 1. April 1957 bis 31. März 1958 . 2361.8 Mill. RM.
vom 1. April 1958 bis 31. März 1959 . 2393.8 Mill. RM.
vom 1. April 1959 bis 31. März 1960 . 2370.6 Mill. RM.
vom 1. April 1960 bis 31. März 1961 . 2380.5 Mill. RM.
vom 1. April 1961 bis 31. März 1962 . 2398.3 Mill. RM.
vom 1. April 1962 bis 31. März 1963 . 2390.2 Mill. RM.
vom 1. April 1963 bis 31. März 1964 . 2402.6 Mill. RM.
vom 1. April 1964 bis 31. März 1965 . 2402.1 Mill. RM.
vom 1. April 1965 bis 31. März 1966 . 2428.8 Mill. RM.

1966/67 . 1607.7 Mill. RM.
1967/68 . 1606.9 Mill. RM.
1968/69 . 1616.7 Mill. RM.
1969/70 . 1630.0 Mill. RM.
1970/71 . 1643.7 Mill. RM.
1971/72 . 1653.9 Mill. RM.
1972/73 . 1662.3 Mill. RM.
1973/74 . 1665.7 Mill. RM.
1974/75 . 1668.4 Mill. RM.
1975/76 . 1675.0 Mill. RM.
1976/77 . 1678.7 Mill. RM.
1977/78 . 1685.4 Mill. RM.
1978/79 . 1695.5 Mill. RM.
1979/80 . 1700.4 Mill. RM.
1980/81 . 1711.3 Mill. RM.
1981/82 . 1687.6 Mill. RM.
1982/83 . 1691.8 Mill. RM.
1983/84 . 1703.3 Mill. RM.
1984/85 . 1683.5 Mill. RM.
1985/86 . 925.1 Mill. RM.
1986/87 . 931.4 Mill. RM.
1987/88 . 897.8 Mill. RM.

Von obigen Annuitäten soll der Betrag von 660 Millionen Reichsmark jährlich ungeschützt, d. h. ohne irgendein Recht zu einem Aufschub irgendwelcher Art, in gleichen monatlichen Teilbeträgen in ausländischer Währung zahlbar sein.

Insgesamt betragen die Annuitäten 114 Milliarden Goldmark, die in Dollars zu bezahlen sind!!

Die Zinsknechtschaft Deutschlands ist damit auf drei Generationen über die deutsche werktätige Bevölkerung verhängt.

Die Despotie der Hochfinanz über das fleißigste Volk der Erde ist damit besiegelt.

4 Milliarden Kriegsentschädigung forderte Deutschland 1871 von Frankreich.

6 Milliarden Kriegsentschädigung forderte Deutschland 1917 von Rußland.

114 Milliarden fordern die „Sachverständigen“ der Pariser Konferenz von Deutschland, und seine Bevollmächtigten, Dr. Schacht und Kastl, setzen ihren Namen unter dieses furchtbarste Dokument der Weltgeschichte trotz des Protestes von 6 Millionen Deutschen, die ihren gegenteiligen Willen im Volksentscheid zum Ausdruck gebracht haben.

114 Milliarden — ohne daß auch nur eine Milliarde der etwa 50 Milliarden angerechnet worden wäre, die Deutschland im Laufe der 11 Jahre seit Kriegsende bereits bezahlt hat, in bar oder in Reparationslieferungen oder durch Verlust der geraubten Kolonien oder der im Ausland sequestrierten deutschen Vermögen usw.

Deutschland muß zahlen — muß zahlen bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit — nein, über diese weit hinaus. — Daß Deutschland zu zahlen hätte, und zwar weit mehr, als es leisten könne, darüber waren sich die ausländischen Experten längst klar, schon bevor sie nach Paris kamen.

Das Anhören der deutschen Delegierten war eitel Spiegelfechterei. Schacht wollte ursprünglich 800—1000 Millionen äußerst für das Jahr bewilligen, ließ sich dann auf äußerst 1635 Millionen hinaufhandeln auf 37 Jahre, hat aber dann trotzdem durchschnittlich jährlich 2050 Millionen auf 59 (!!) Jahre unterschrieben.

Wieder können wir feststellen, daß das organisierte Untermenschentum in Gestalt der marxistischen Zutreiber den großkapitalistischen Erpressern Vorschub geleistet hat.

Karl Severing erklärte am 31. August 1929 vor dem Reichsbanner in Duisburg: „Der Youngplan bringt politische und finanzielle Vorteile von unendlicher Tragweite.“

Und die Herren Curtius und Grzesinsky, Guérard und Schmidt haben unter Mißbrauch des Rundfunks in ihren berüchtigten Rundfunkreden die „Vorteile“ und Erleichte-

rungen des „Youngplanes“ verkündet. Sie können sicher sein, daß der Staatsgerichtshof des kommenden Reiches die hochnotpeinliche Frage wieder an sie richten wird, die ich in meiner Rede zum Youngplan am 8. März an den Herrn Minister Curtius gerichtet habe:

„Sind Sie bereit, vor einem kommenden Staatsgerichtshof Ihre Handlungen mit Ihrem Kopf zu verantworten?“

*

Der Krieg wird liquidiert — durch Umwandlung der politischen Schuld in privatrechtliche Verpflichtungen. Dies war eigentlich die weitaus schwierigere Sache für die Hochfinanz. Tatsächlich wurde auch in Paris über die Form, das Wie — und an wen die Zahlungen zu leisten seien, volle 3½ Monate diskutiert, während die Höhe der Zahlungen effektiv in den letzten 3½ Tagen der Konferenz einfach diktatorisch den deutschen Unterhändlern aufgezwungen wurde.

Man muß immer bedenken — die Hochfinanz, die ja an sich noch nicht so ohne weiteres identisch ist mit den alliierten Regierungen, will den Raub an Deutschland den Alliierten aus den Zähnen nehmen, will selbst das Verfügungsrecht über die Milliarden der deutschen Tributleistungen in die Hand bekommen. Das muß mit raffinierter Heuchelei den nationalistisch eingestellten Regierungen mundgerecht gemacht werden. Dies ist natürlich viel schwieriger als das Diktat an die rückgratschwachen deutschen Delegierten. Mir persönlich wird es immer unverständlich bleiben, wie z. B. ein so eminent nationalbewußtes Land wie Italien diesen Schurkenstreich der Hochfinanz nicht durchschauen konnte. Ich habe deshalb mit aller Absicht und im vollen Bewußtsein der Bedeutung dieses Hinweises in meiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag am 2. August 1929 ausgeführt:

„Ich kann mir nicht denken, daß eine stolze und selbstbewußte Nation, wie z. B. Italien, es dulden könnte und mit ihrer Würde vereinbar hielt, durch Blut und Eisen erkämpfte Forderungen durch ein Krämer-

geschäft — allerdings von weltweitem Ausmaß, ablösen zu lassen, daß es eventuell die Gefahr laufen möchte, bei einem außerhalb seines Hoheitsbereiches in einem neutralen Land domizilierenden internationalen Bankkonsortium in Ungnade zu fallen und dann nur nach endlosen Schikanen, Verzögerungen und Vorbehalten die ihm zustehenden Beträge nur teilweise oder gar nicht zu erhalten. — Irgendwelche Macht- und Druckmittel würde z. B. Italien gar nicht besitzen."

Gerade an diesem wunden Punkt hätte eine zielbewußte deutsche Außenpolitik einsetzen müssen, in Paris, im Haag und in London, um begründetes Mißtrauen zu säen zwischen den bisherigen Ententemächten, Mißtrauen vor allem gegen die überstaatliche Regelung durch ein *internationales Finanzkonsortium.* Für Deutschland war der Sirenengesang berechnet: Es ist nun höchste Zeit, daß wir aus der Sphäre der ewigen Kriegs- und Nachkriegspsychose herauskommen. Deutschland soll endlich auch von dem Gefühl befreit werden, immer noch Kriegsschulden bezahlen zu müssen an das böse Frankreich, England und Italien. Es soll sich als gleichberechtigtes Mitglied im großen Völkerbund fühlen, die Zahlungen, die auf ein Maß zurückgeführt werden sollen, wie sie auch Deutschland selbst durch seine Unterschrift anerkennen wird, sollen in Zukunft nicht mehr an die früher feindlichen Regierungen geleistet werden, wobei doch immer wieder ein Stachel zurückbliebe, nein, die Zahlungen sollen an ein neutrales Treuhänderkomitee geleistet werden, in dem auch Deutschland Sitz und Stimme hat. Damit soll gleichzeitig die Möglichkeit für die größten internationalen Kreditgeschäfte erschlossen werden. Die deutschen Zahlungen sollen nicht mehr den Charakter von Kriegskontributionen haben, sondern sollen mehr den Charakter privatkapitalistischer wechselrechtlicher Verbindlichkeiten haben. — Damit können dann auch die lästigen politischen Kontrollen fallen durch das Reparationskomitee usw. Deutschland kann dann wieder das Gefühl vollkommener Souveränität bekommen, wenn es selbst in eigener Verantwortung die Zahlungen an die Internationale Zahlungsbank leistet.

Kein Wunder, daß über solch heuchlerisches Gerede unsere Regierungsmänner in Entzücken gerieten und darüber vergaßen, daß es für die werktätige deutsche Bevölkerung, für den deutschen Steuerzahler im Hinblick auf die Höhe der Zahlungen, im Hinblick auf die Ordnung der deutschen Staatsfinanzen höchst gleichgültig war, ob die deutschen Tribute **direkt** nach Paris, London, Belgrad usw. zu zahlen waren oder über Basel.

Nicht gleichgültig war dagegen, daß durch die Bestimmungen des Youngplanes die sog. Transferschutzklausel aufgehoben wurde.

*

Die Transferschutzbestimmungen des Dawesplanes waren die einzig wirksamen Handhaben für eine Revision zugunsten Deutschlands. Die Transferschutzbestimmung war diktiert von einem Rest wirtschaftlicher Vernunft, die die Henne, die die goldenen Eier legen sollte, nicht krepieren lassen wollte, geboren aus der Erkenntnis, daß echte Reparationszahlungen nur aus Ausfuhrüberschüssen gezahlt werden können.

Die Brücke des Verständnisses für den unzerreißbaren Zusammenhang zwischen Transfer und Handelsbilanz ist nicht so ganz leicht zu begehen, aber wir müssen versuchen, darüber völlige Klarheit zu gewinnen.

Unter Transfer versteht man die Übertragung der deutschen in Reichsmark aufkommenden Steuerzahlungen usw. an die alliierten Regierungen in deren jeweilige Landeswährung. Die Übertragung lag im Aufgabenkreis des Reparationsagenten. Dieser also mußte die auf dem Konto des Reparationsagenten eingehenden deutschen Markzahlungen in fremde Währungen (Dollars, Franken, Pfunde, Lire usw. usw.) umwechseln und sie dann den verschiedenen Regierungen überweisen. — Dem Laien mag dies zunächst sehr einfach erscheinen, indem man sich vorstellt, daß der Reparationsagent eben für RM. 4.25 einen Dollar, für RM. 20.20 ein Pfund engl. usw. an der Börse kauft und dann überweist — der Laie denkt hier eben immer nur im kleinen, während es sich doch

darum dreht, mindestens jährlich 2000 Millionen in Devisen umzuwechseln — die in ganz Deutschland nicht aufzutreiben sind — weil die deutsche Handelsbilanz passiv ist! —

Doch bevor ich dies näher beleuchte, möchte ich noch darauf hinweisen, was im Dawespakt unter Transferschutz verstanden war. In Anlage 6, Ziffer X des Dawesplanes*) war es dem Reparationsagenten zur Pflicht gemacht, die Umwechslung der deutschen Markzahlungen und die Überweisung an die Alliierten nur dann und nur so weit durchzuführen, als es dem Reparationsagenten gelang, fremde Währungen zu erhalten ohne Gefährdung der deutschen Währung.

Gelang dies nicht auf normale Weise, so durften keine Zahlungen ausgeführt werden.

Zunächst hätte dies noch keine Entlastung für den inneren Markt bedeutet, denn auch dann, wenn keine Transferzahlungen geleistet werden konnten, lief die Pflicht Deutschlands weiter, die vereinbarten Markbeträge auf das Konto des Reparationsagenten einzubezahlen — allerdings nur bis zu einer maximalen Höhe von 5 Milliarden Goldmark.

Aber auch diese Summe unterlag noch der einschränkenden Bestimmung, wonach schon vor Erreichung dieser Summe die Reparationszahlungen herabzusetzen oder gänzlich einzustellen waren, wenn „eine derartige Ansammlung eine Bedrohung der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage bedeutet".

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmung wirklich einen wirksamen Schutz gegen die völlige Ausblutung Deutschlands bedeutet hätte, und daß gerade

*) Der Dawespakt nach dem Originaltext des Sachverständigenkomitees vom 9. April 1924 und Kommentaren von Dipl.-Ing. Gottfried Feder, Mitglied des Reichstages. Heft 7 der Nationalsozialistischen Bibliothek. Verlag Franz Eher Nachflg., München, Thierschstr. 11. 144 Seiten. Preis: M. 2.—, geb. M. 3.—.

diese Bestimmung des Dawesplanes in der Hand einer deutschbewußten Regierung ein außerordentlich wirksames Mittel zur Erreichung einer Revision des Dawesplanes gewesen wäre.

Nun zurück zur Handelsbilanz. — Auch die erfüllungssüchtigste Regierung kann sich nicht über weltwirtschaftliche Grundgesetze und Grundtatsachen hinwegsetzen. Eine solche ist: Wenn Deutschland keinen Ausfuhrüberschuß hat, dann gibt es an den deutschen Devisenzentralen keine fremden Währungen, dann kann der Reparationsagent keine Dollars, Franken und Pfunde usw. kaufen, dann ist es mit dem Transfer gleich aus, dann hört der Dawesplan von selbst auf zu funktionieren. Auch der Laie wird einsehen, daß wir in Deutschland nur dann überhaupt Dollars bekommen, wenn wir unsere deutschen Arbeitsprodukte in Amerika verkaufen und sie in Dollars bezahlt erhalten; mit diesen Dollars müssen wir aber zunächst die ausländischen Rohstoffe einkaufen, deren wir unter allen Umständen zur Aufrechterhaltung unserer deutschen Veredelungsindustrie bedürfen. — Wir müssen einfach unter allen Umständen Baumwolle kaufen, wenn nicht unsere gesamte riesige Textilindustrie zugrunde gehen und weitere Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße fliegen sollen, wir müssen aus dem gleichen Grunde Wolle kaufen. Für unsere Gummiindustrie brauchen wir Kautschuk, für unsere gewaltige Elektroindustrie müssen wir Kupfer haben, Eisenerz für unsere Eisen- und Stahlindustrie usw. usw.

Es bedarf der intensivsten Arbeit der deutschen Wirtschaft, um durch die Lieferung von Farbstoffen, Medikamenten, Glühlampen und Motoren, Eisenwaren und Maschinen, Präzisionsapparaten und optischen Artikeln — um nur einiges zu nennen — so viele Devisen jährlich zu verdienen, um die unbedingt notwendigen Einfuhrartikel bezahlen zu können.

Daß um Hunderte von Millionen Weizen, Butter, Obst, Gemüse oder gar ausgerechnet Bananen und andere Südfrüchte eingeführt werden, also Artikel, die nicht lebensnotwendig sind, ist ein Skandal, der wiederum nur die

elende und jammervolle Schwäche der sog. deutschen Nachkriegsregierungen beweist.

Aus dieser Schwäche ergibt sich das katastrophale Defizit in unserer Außenhandelsbilanz. Seit Jahren führt Deutschland mehr ein, als es durch seine Ausfuhr bezahlen kann. — Deutschland hat also in Wirklichkeit keine aktive Handelsbilanz, aus der heraus allein Devisen flössen, die dann als echte Tribute an die Feinde bezahlt werden könnten.

Man sieht, wie sich hinter dem Transferproblem als riesenhafter weltwirtschaftlicher Faktor von bestimmender Gewalt das deutsche Außenhandelsproblem erhebt.

Nun sind freilich auch damit noch nicht alle Möglichkeiten für eine wenigstens vorübergehende Durchführung der Reparationszahlungen erschöpft. Eine solche ist der innere Ausverkauf Deutschlands an das Ausland durch die Form immer neuer zinspflichtiger Verschuldung und Verpfändung deutscher Werte an die internationale Hochfinanz.

Dazu an sich könnte Deutschland durch keine Macht der Erde gezwungen werden. Wer zwingt die Städte und Gemeinden, Sportplätze und Stadien zu bauen, ihre Bürgermeister mit Gehältern zu besolden höher wie Reichsminister, wer zwingt Industrie und Landwirtschaft, Staat und Gemeinden, sich in hoffnungsloses Schuldenmachen zu stürzen? — Dummheit und Kurzsichtigkeit und die völlige Unfähigkeit der Reichsregierung, eine vernünftige und saubere Finanzpolitik zu treiben.

Statt dessen riß eine geradezu irrsinnige Schuldenwirtschaft ein.

Nach kapitalistischen Grundsätzen gibt aber die Hochfinanz natürlich nur dann ihr Geld her, wenn ihr zur Sicherheit deutsche Wertobjekte verpfändet werden und die geliehenen Summen hoch verzinst werden.

Zu den Tributzahlungen treten also noch die Zinszahlungen für die Auslandsanleihen hinzu.

Die Zinsknechtschaft ist vollendet, und schmunzelnd kassiert die Finanz auf dem Umweg über die

Reparationszahlungen die Milliarden wieder ein, die sie als Anleihen noch außerdem verzinst erhält!!!

Der Reparationsagent kann händereibend Devisen kaufen und melden: „Der Dawesplan hat zur Zufriedenheit gearbeitet!!!“

Um dieses Gaunerstück der Weltfinanz auch dem einfachsten Kopf klarzumachen, noch kurz folgendes Beispiel:

Berlin braucht für die Sklareks, Buschs und marxistischen Großwürdenträger, außerdem für Erweiterung städtischer Betriebe, für die Erwerbslosen usw. — sagen wir — 100 Millionen. Die Steuerkraft der Bevölkerung ist bereits erschöpft, also tut man das, was alle Prominenten in Deutschland tun, man nimmt in Amerika eine Anleihe auf, d. h. man macht Schulden, der Pelzjäger Böß fährt nach Amerika, um das goldene Vlies heimzuholen, und kehrt zurück, sagen wir, mit einer Anleihe von über 20 Millionen Dollar.

Die Dollars kann Berlin gar nicht gebrauchen, da sämtliche Zahlungen der städtischen Kassen in Reichsmark zu erfolgen haben, — aber der Reparationsagent lauert schon auf diese deutschen Genies, die nun noch froh sind, wenn ihnen der Reparationsagent gnädigst die 20 Millionen Dollar in Mark umwechselt, von denen er ja aus den Taschen der deutschen Steuerzahler mehr wie genug hat. Die Dollars wandern dann auf dem schnellsten Wege zurück nach Amerika, die Berliner Erwerbslosen werden — natürlich — aus deutschen Steuergeldern bezahlt, es bleibt nur noch als schönes Andenken ein hochverzinslicher Schuldschein über 20 Millionen Dollar, dessen Verzinsung den Haushalt Berlins von nun ab mit jährlichen Zinsen belasten wird, —, außerdem wird ein Teil des Berliner Vermögens irgendeinem amerikanischen Bankjuden verpfändet.

Ausverkauf Deutschlands — Zinsknechtschaft über Deutschland.

Der Youngplan kennt im Gegensatz zum Dawesplan keinen sog. Transferschutz. Nach dem Youngplan muß Deutschland unter allen Umständen, und zwar ganz ohne

Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, Jahr für Jahr durchschnittlich zwei Milliarden Mark in Dollars (die genauen Jahreszahlungen siehe oben) bezahlen. Es ist nur eine Klausel vorgesehen, wonach ein Teil dieser Zahlungen, nämlich 1300 Millionen, auf längstens zwei Jahre gestundet werden kann — dann aber sind im dritten Jahre die gestundeten und laufenden Beträge auf einmal fällig — und dann ist der völlige Zusammenbruch unvermeidlich — dann muß Deutschland den Staatsbankerott anmelden — oder muß den Schwindel einer neuen Inflation machen — oder Deutschland muß mit Menschen bezahlen — wenn es mit Geld nicht bezahlen kann. Menschenexport zum Ausgleich der Youngzahlungen. Deutschland, das Sklavenreservoir für die phantastischen Pläne der Hochfinanz!

*

Werfen wir nun zum Schlusse noch einen Blick auf die Folgen der deutschen Erfüllungspolitik unter der Herrschaft des Dawespaktes und seiner Ergänzung, des Youngplanes.

Überflüssig zu sagen, daß alle Versprechungen der deutschen Regierung sich als fauler Zauber erwiesen haben — statt einer Erholung und Gesundung in wirtschaftlicher Hinsicht sind wir mitten in der fürchterlichsten Youngkrisis drinnen.

Hilferding, Moldenhauer, Dietrich traten fast alle Monate vor das Parlament mit neuen Steuerforderungen. Wehklagend stand vor Weihnachten Hermann Müller vor dem Reichstag mit dem dreisten Bekenntnis: Unser Kassendefizit beträgt 1700 Millionen!! und verlangt „Deckung". — Unter „Deckung" versteht man in Neudeutschland — Schatzwechsel! — Bankschulden — Schulden beim Reparationsagenten — Schulden bei Post und Eisenbahn — Schulden bei Ivar Kreuger, dem Zündholzmagnaten — Schulden und Deckung! Einen Monat später steht Moldenhauer vor dem Reichstag und erklärt, ein neues echtes Defizit entdeckt zu haben, und fordert neue Steuern — kurz vor Ostern werden von den deutschnationalen Helden als Hilfs-

truppen für das Kabinett Brüning aus Angst vor der Auflösung 526 Millionen, neue Millionen bewilligt. Es gingen keine zwei Monate ins Land. Vor Pfingsten erfreut Moldenhauer den Reichstag mit der neuerlichen Eröffnung: Nun brauche ich weitere 836 Millionen neuer Steuern. — Moldenhauer verschwindet in der Versenkung. Hindenburg ernennt Dietrich zum Steuerbüttel über Deutschland — auch er weiß nichts anderes zu tun, als, unterstützt von den *parlamentarischen Youngverbrechern*, die neuen Steuervorlagen dem Reichstag zuzuleiten. Steuerraub an den Beamten und Festbesoldeten (Reichshilfe nennt man dies), Zuschläge zur Einkommensteuer, Ledigensteuer, „Bürger"-steuer und Gemeindebiersteuer, Kürzung der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Leistungen der Sozialversicherung. Der Reichstag bockt — Hindenburg verfügt die Young-Hindenburg-Steuern mit Artikel 48. Der Reichstag macht nicht mit. Hindenburg greift zur Peitsche und haut den Reichstag auseinander.

Das organisierte Finanzpiratentum und seine Förderer haben gesiegt, Chaos über Deutschland, in Deutschland selbst Steuerbolschewismus, Finanzelend, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend, Zusammenbruch der Landwirtschaft, Zusammenbruch des Gewerbes, Zusammenbruch der Industrie, Verlustbilanzen in den Städten und Gemeinden, Defizit über Defizit in den Haushaltungen des Reiches und der Länder, Mord und Totschlag jeden Tag, Krisis des Parlamentarismus, Krisis der Regierung, Krisis der Rechtspflege, Krisis in der Kunst. Jüdisches Literatengeschmeiß kommt an die Oberfläche, Theater und Kino sind verderbt, frech macht sich Negerkultur breit, Juden, Bastarde, Schieber aller Sorten mit feistem Genick, marxistische minderwertige Funktionäre in hohen Staatsstellen, Korruption über Korruption.

Da scharen sich die letzten zusammen. Erbwissen regt sich! Wissen ist Macht, aber erst Wissen und Wille gebiert die Tat.

Das uralte Sonnenzeichen wird zum Symbol für neu aufsteigendes Leben. Deutschland erwacht in der nationalsozialistischen Bewegung.

Abrechnung mit der Erfüllungspolitik

Gottfried Feders große Reichstagsrede

Stenographische Berichte über die Reichstagssitzung am 4. Dezember 1930, vgl. „Die Flamme“ vom 11. Dezember 1930

Vor uns liegen, um zu dem Thema des heutigen Tages zu kommen, der Etat des Jahres 1931, ein dickes Buch von ungefähr 1000 Seiten, das erst gestern verteilt wurde, und zwei Notverordnungen, die Hunderte von Paragraphen aufweisen. Wir haben damit in diesem Jahre bereits die dritte Notverordnung vor uns, die eine, die abgelehnt worden ist vom alten Reichstag, die zweite, die am 26. Juli erlassen worden ist, nachdem der Reichstag nach Hause geschickt wurde, und nun die dritte vom 1. Dezember 1930. Aber merkwürdigerweise klafft hier eine Lücke. Der Etat des Jahres 1930 ist dem neuen Reichstag noch nicht vorgelegt worden, der darüber zu befinden hat. Sie wissen, daß die Beratungen im alten Reichstag bis zur Auflösung nur bis zur zweiten Lesung gediehen sind. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Verordnung des Reichspräsidenten kein Haushaltsgesetz im Sinne der Verfassung gemäß Artikel 85 ist. Ich möchte besonders noch den Hinweis darauf machen, daß auch die Notverordnung selbst die Feststellung enthält, daß der Haushalt vom Reichstag noch eigens festzustellen ist, wenn es der Reichstag verlangt. Darüber besteht gar kein Zweifel. Verzichtet der Reichstag auf dieses Recht, so verzichtet er letzten Endes auf seine Existenzberechtigung. Das Parlament ist ja seinem Wesen nach doch die Körperschaft, die über die Ausgaben eines Staates befinden soll. Das war die Entwicklungsgeschichte, bis schließlich im weiteren Verlauf das Parlament und die Volksvertretung alle Rechte der Gesetzgebung überhaupt an sich gerissen haben. Wenn Sie nun auf das

vornehmste, auf das erste Grundrecht dieses parlamentarischen Systems verzichten, meine Herren, dann können Sie sich selbst überhaupt ausschalten.

Es ist sehr bemerkenswert, was der Herr Reichsfinanzminister gestern am Schluß seiner Rede bemerkt hat:

„Die Reichsregierung hat in ihren Maßnahmen alles vermieden, was irgendwie mit der Verfassung im Widerspruch stünde, und wenn die Aufstellung des Etats begleitet ist von einer Notverordnung, so wird damit dem Parlament die Entscheidung nicht entzogen."

Die Notverordnungen sind also anzunehmen oder abzulehnen, debattiert wird nicht.

Aber die Regierung selbst ist an sich nicht verfassungsmäßig. Sie behauptet natürlich „rechtmäßig" zu sein. Dem will ich auch nicht widersprechen, indem ich das Wort trenne, sie ist recht mäßig. Aber damit scheint mir noch nicht das getroffen, was die Verfassung will. Bekanntlich bedürfen nach der Reichsverfassung die Minister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Um dem Parlament die Möglichkeit zu geben, ihnen dieses Vertrauen positiv auszusprechen, haben wir auf Drucksache Nr. 324 den Antrag eingebracht:

„Um die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Reichskabinetts Dr. Brüning zu schaffen und ihm die rechtmäßige Grundlage seiner Existenz endlich zu sichern, spricht der Reichstag, indem er über alle sonstigen auf die gegenwärtige Reichsregierung bezugnehmenden Anträge, Erklärungen und Formeln zur Tagesordnung übergeht, dem Reichskabinett Dr. Brüning das Vertrauen aus."

Sie haben also Gelegenheit, meine Herren und Damen, dazu Stellung zu nehmen. Sicher ist eines: Die Zusammensetzung der Regierung entspricht keineswegs der in der Septemberwahl zum Ausdruck gekommenen Volksmeinung. Die Regierung hat aber so getan, als ob diese Reichstagswahl für sie nicht existiere. Heute noch sitzen in diesem Kabinett Minister, die sich überhaupt noch nicht einmal auf eine kleine und kleinste Fraktion stützen können, wie Herr

Treviranus. Auch Herr Reichsfinanzminister Dietrich hatte bis gestern keine parlamentarische Existenzberechtigung. Ich will nicht unausgesprochen lassen, daß uns die Person des Herrn Treviranus oder des Herrn Dietrich zweifellos sympathischer ist, als es uns andere Persönlichkeiten sind, die in diesem Kabinett sitzen, wie der Mann, für den der Fahneneid nur eine Idee ist, und Herr Wirth, der sich wiederholt in einer Weise geäußert hat, auf die ich zum Schluß noch zu sprechen komme.

Besonders lustig ist in diesem Kabinett, daß die größte „Regierungspartei", die S.P.D., nicht darin vertreten ist. Bei jeder einzelnen Abstimmung können wir uns davon überzeugen, daß die S.P.D. der treueste Schleppenträger der Regierung Brüning ist. Leider aber sitzt sie draußen und kann nicht einmal mitregieren. Wir Nationalsozialisten lieben klare Fronten. Vielleicht wären nun Herr Treviranus, Herr Dietrich oder auch Herr Wirth bereit, der Sozialdemokratie das Portefeuille zu überlassen, wenn sie nunmehr für diese neue verschleierte Diktatur, die im Aufzug ist, wieder die Unterstützung der S.P.D. bekommen.

Meine Herren! Zwei Dinge gibt es, die die Menschen zusammenhalten, Idealismus oder gemeinsam begangenes Verbrechen. (Lebhafte Zurufe von den Sozialisten; Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Was dieses System heute noch zusammenkittet, ist die Angst vor der Abrechnung. Diese Angst ist die einzige Triebfeder für das, was sich vor uns abspielt. Diese Angst treibt die tollsten Blüten in diesem parlamentarischen System. Man hat sich sogar schon mit Staatsstreichgelüsten beschäftigt. Ich erinnere an die Äußerung, die dem General Hammerstein unterstellt wird. Ich kann sie nicht nachprüfen, jedenfalls aber darf man in einer solchen Stellung nicht Dinge reden, die zu Mißdeutungen Anlaß geben könnten. Ich erinnere daran, daß die Personen Brüning, Luther, Seeckt, Schleicher usw. genannt worden sind. Aber selbstverständlich, wenn es nicht notwendig ist, einen offenen Staatsstreich zu machen, um so

besser, wenn es so geht. Und wir freuen uns über Herrn Brüning, wie fein er die S.P.D.-Leute zu Paaren treibt, wie er sie kalt abwürgt, wie er ihnen den letzten Kredit im Volke nimmt. Mit Notverordnungen — um ein Wort Ihres alten Vorkämpfers Bebel zu gebrauchen —, mit Ausnahmegesetzen kann natürlich jeder Esel regieren. Ich behaupte nicht, daß ich damit die heutige Regierung meine. Ich will nur dieses interessante Zitat anführen. Tatsache ist, daß auf diese Weise natürlich alle parlamentarischen Schwierigkeiten überwunden werden können. (Abg. Dr. Goebbels: Es gibt noch Esel, die können selbst das nicht!)

Noch ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Dietrich. Herr Minister, Sie haben gemeint: es bestehe die Gefahr, daß ein Parlament, in dem große, nur verneinende Parteien sitzen, die jede Verantwortung ablehnen, in seinem Einfluß zurückgehe. Wir Nationalsozialisten freuen uns, daß diese Erkenntnis auch in Regierungskreisen langsam wächst, das Parlament gehe in seinem Einfluß zurück. Aber bitte schön, Herr Dietrich, geben Sie gefälligst nicht uns die Schuld daran, sondern nehmen Sie die Schuld ganz auf sich selbst, auf das parlamentarische System, das eben nicht fähig war, Deutschland aus dem Dreck herauszureißen, sondern es immer nur tiefer hat hineinschlittern lassen. Glauben Sie nicht etwa, daß wir Gegner der republikanischen Staatsform wären. O nein,

wenn der Führer dieser Republik einmal Adolf Hitler heißt und das Kabinett aus nationalsozialistischen und entschieden antimarxistischen Ministern besteht, haben wir nichts gegen die Republik einzuwenden.

Ein paar kurze Bemerkungen zu dem Etat 1931/32, der, wie Herr Dietrich sagte, dem Hause bereits vorliegt. Warum eigentlich diese verdächtige Eile? Es pressiert doch sonst absolut nicht. Man vergaß (!) — ich erwähnte das schon —, den Etat für 1930 vorzulegen. Nun liegt schon der

Etat 1931 vor. Will man damit über die unangenehme Geschichte des Etats 1930 hinwegkommen? Sie sagten, Herr Minister, — und das ist sehr schön zu hören — der Etat 1931 ist um 1153 Millionen im Ordinarium und 272 Millionen im Extraordinarium niedriger. Ja, wenn man dann Ihre eigene Begründung hört, ist es eine sehr peinliche Geschichte. Kürzung der Gehälter! Die Beamten werden Ihnen wenig Dank wissen für diese Herunterdrückung der Etatsziffer, wenn man ihre Gehälter kürzt. Kürzung der Überweisungen an die Länder! Man wird Ihnen draußen wenig Dank wissen, wenn Sie die Länder in ihren Rechten noch mehr verkürzen. Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung! Das ist natürlich ein Wunsch, den die Hochfinanz gehabt haben wird, um diesen „Unsicherheitsfaktor" aus dem Etat herauszustreichen. Und wenn Sie die Arbeitslosenversicherung auf sich selbst stellen, wenn Sie 6½ Prozent Beitrag verlangen, so frage ich: Wer muß denn die bezahlen? Doch wiederum die große Masse der Bevölkerung. Es handelt sich also doch nur um eine etatmäßige Erleichterung und Ermäßigung des Haushalts.

Sie haben erklärt, der Hauptgrund für die Verwirrung sei, daß Sie im Etat für 1930 nur mit 1,2 Millionen Arbeitslosen gerechnet hätten. Damit geben Sie doch zu, daß Sie sich geirrt haben, daß Ihre Voraussicht falsch war. Wir haben uns nicht geirrt. Auch Ihre spätere Angabe von 1,6 Millionen Arbeitsloser ist durch die grauenvolle Wirklichkeit um 100 Prozent übertroffen worden. Heute sind wir bereits weit über 3,2 Millionen Erwerbsloser. Das Gegenstück dazu ist natürlich der Rückgang der Einnahmen um 900 Millionen, und Sie freuen sich noch, daß diese Annahme nicht auch noch überschritten worden ist.

Nun kommen Ihre weiteren Mitteilungen über die Erhöhung der Einnahmeziffern, besonders auf dem Gebiet der Steuern auf entbehrlichen Genuß. Als einziges Geschenk glauben Sie Deutschland bringen zu können, daß für die kommenden Etatsjahre gleiche Etatsziffern für 1932 und 1933 verbindlich vorgeschrieben seien in Höhe von 10 867 Millionen Gesamtsumme. Über die Kernfrage,

wo man nun eigentlich sparen könnte, sind Sie leider recht rasch hinweggegangen. Sie haben sehr nett auseinandergesetzt, daß der eigentliche Reichshaushalt an sich sehr gering sei. *Es seien nämlich im Gesamtetat darin 3 Milliarden* durchlaufender Ziffern in Form von Überweisungen an die Länder, 4 Milliarden äußerer und innerer Kriegslasten, 1 Milliarde Zinsen und Tilgung enthalten, und nur 2½ Milliarden betrage eigentlich der Reichshaushalt. Daran ließe sich nun beim besten Willen gar nicht so sehr viel sparen, und Sie erwähnten dabei noch einmal Gehaltssenkung, Pensionskürzung, Einsparungen usw.

Recht unbefriedigend waren Ihre Äußerungen über die Kapitalflucht. Sie haben nur mitgeteilt, daß nur zum Teil wirkliche Kapitalflucht vorläge, daß weitaus die meiste „Kapitalflucht" auf Zurückziehung ausländischer Kredite zurückzuführen sei. Ich wäre sehr dankbar, wenn dem Reichstag diese Ziffern zugänglich gemacht werden würden, um zu erkennen, wie das Verhältnis der richtigen Kapitalflucht zu der ja noch an sich zu erwartenden selbstverständlichen Kapitalzurückziehung ist. Denn wenn man kurzfristige Kredite aufnimmt, *muß man wissen, daß man diese kurzfristigen Kredite wieder* abdecken muß.

Daß Sie die Kassenlage als günstig bezeichnet haben, ist ein frommer Glaube. Wenn Sie den vorjährigen Überbrückungskredit mit 350 Millionen zurückgezahlt haben und auch die Auslandskredite in der Höhe von 210 Millionen, dann dürfen Sie eigentlich an dieser Stelle nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß wir ja vor wenigen Wochen den neuen Überbrückungskredit mit 500 Millionen neu aufgenommen haben. Sie haben ferner das Geständnis abgelegt, daß

die indirekten und direkten Steuern das höchste Maß erreicht hätten,

das man einem Volk zumuten könnte. Aber Sie schließen dann mit der beruhigenden Mitteilung, daß „die Gefahren für Ihren Etat beseitigt" seien. Der Wille der Regierung sei, Ordnung zu schaffen,

damit wir im „Ausland kreditwürdig bleiben". Damit haben Sie ausgesprochen, wogegen wir am allermeisten immer wieder angehen müssen: Jehova, gib, daß wir im Ausland kreditwürdig bleiben! Grade das ist es, wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit stemmen und steifen, denn dies bedeutet Zinsknechtschaft für Deutschland.

Ich will nur noch mit ein paar Sätzen zurückkommen auf den zweiten und größten Teil des gesamten Reichshaushalts, auf die

4 Milliarden innerer und äußerer Kriegslasten.

Das ist ja gerade der Punkt, zu dem Sie und die ganze Regierung hätten Stellung nehmen müssen. Denn das ist es ja, was Staat und Volk und Wirtschaft in den Abgrund reißt. Aber kein Wort, nicht die leiseste Andeutung des Widerstandes gegen diese Tributpolitik, die uns in diesem Etatsjahr 1931 4000 Millionen kostet.

Und nun will ich Ihnen kurz die Rechnung für das Novemberverbrechen vom Jahre 1918 vorlegen, das zu dem finanziellen Endergebnis von heute geführt hat. Am Anfang dieser geschichtlichen Epoche Deutschlands steht die Novemberrevolution, steht der Satz: „Wir wollen nicht, daß Deutschland seine Kriegsflagge siegreich nach Hause bringt."

Das Ergebnis für Deutschland, das dann nach Ihrem Willen seine Fahne nicht siegreich heimbrachte, war der unendliche Verlust an materiellen Gütern; aber noch viel bitterer schmerzt uns Nationalsozialisten, daß durch diesen Friedensschluß deutsche Erde und deutsche Ehre verloren wurden, denn Entwaffnung heißt für jeden deutschen Mann Entehrung.

Nach dem Friedensvertrag kamen der Bürgerkrieg, Mord und Totschlag, Geiselmorde. Dann kamen die Konferenzen. Von Konferenz zu Konferenz hoffte man: Spa, Brüssel, Ostende, Genua; man hoffte auf die erste Londoner Konferenz, man hoffte auf Paris, und endlich war es so weit, daß die zweite Londoner Konferenz stattfinden konnte. Das

Ergebnis war, daß uns der Dawesplan einfach auferlegt wurde, ohne Diskussion, nach dem Rezept: Friß, Vogel, oder stirb! In diesem Hause haben wir es 1924 erlebt: keine Änderung war möglich, en bloc mußten diese Dawesgesetze angenommen werden. Das nannten Sie: Erfolg der Erfüllungspolitik.

Nebenher ging ein zweites Verbrechen,

das Verbrechen der Inflation, ein Verbrechen, das bewußt begangen worden ist.

Dieses Verbrechen mußte endigen und hat geendigt mit der vollständigen Blutleermachung der gesamten Wirtschaft, der ihr Betriebs- und Sparkapital vollständig entzogen worden war. Damit war die Voraussetzung für die Aufrichtung der Alleinherrschaft der alljüdischen Hochfinanz über Deutschland geschaffen. Wir verloren unsere Finanz- und Verkehrshoheit und haben dafür eingetauscht eine Tributlast von jährlich 2,5 Milliarden.

Als sich der Dawesplan als unhaltbar erwies, jetzt in der Epoche des Youngplans, behauptete man immer, unter dem Youngplan hätten wir weit weniger zu zahlen. Dazu möchte ich noch einmal ganz eindeutig feststellen, daß wir unter der Herrschaft des Dawesplanes im Jahre 1924/25 immerhin nur 1 Milliarde gezahlt haben, nicht, wie jetzt, 2 Milliarden. Im Jahre 1925/26 haben wir 1,2 Milliarden gezahlt, 1926/27 1,5 Milliarden, 1927/28 1,7 Milliarden. Als wir dann im Jahre 1928/29 zum erstenmal versucht haben, die 2,5 Milliarden zu zahlen, brach der ganze deutsche Reichsetat restlos zusammen.

Das Ergebnis sehen wir in der seit Jahren sich hinziehenden Kreditkrisis und Kassenkrisis. Vor einem Jahr stand hier der Reichskanzler Müller mit der peinlichen Erklärung: Ich „bin pleite“. 1700 Millionen Kassendefizit hatten wir damals. (Zuruf von Natsoz.: Herr Hilferding war dabei.) — Selbstverständlich, Herr Hilferding war immer der getreue Knappe von Müller. Wir haben dann erlebt, daß es selbstverständlich aus diesem verhängnisvollen Kreise kein Entrinnen mehr gab. Wenn Sie, Herr

Minister, diese 4 Milliarden als unverletzlich ansehen, werden Sie niemals aus dem Elend Deutschlands herauskommen.

Der Youngplan sollte dann nach Ihrer Meinung eine Verbesserung gegenüber dem Dawesplan sein. Und das Ergebnis ist der völlige Zusammenbruch. Überdies bedeutet der Youngplan den *Wegfall der Transferschutzklausel*, den *Wegfall der Goldklausel*, eine sehr gefährliche Sache, und schließlich als gefährlichstes Moment die Kommerzialisierung der deutschen Verpflichtungen, auf die ich im Zusammenhang noch einmal ganz besonders hinweisen möchte. Um die deutsche Bevölkerung an die Kandare zu kriegen, hielt man es für notwendig, die Lüge von der Kriegsschuld zu stipulieren, also eine moralische Schuld Deutschlands am Kriege festzustellen. Die Herren, die sich diese Lüge zu eigen machten und weitertrugen, wußten es ganz genau, daß es eine Lüge war. Aber man brauchte diese Lüge zunächst. Die *Hochfinanz wußte ganz genau, daß man auf eine moralische Schuld keine materiellen Forderungen aufbauen konnte. Also war es die Aufgabe der Konferenzen, aus dieser moralischen Schuld eine politische Schuld* zu machen. Aus der deutschen Kriegsschuld mußten deutsche verzinsliche Kriegsschulden werden. Das gelang durch die Konferenzen, insonderheit durch die erste Londoner Konferenz, als damals 132 Milliarden Kriegsschuld als politische Schuld festgestellt wurden. Aber die Eintreibung dieser Schuld schien unmöglich. Die weiteren Konferenzen brachten uns dann den Dawesplan, den Verlust der Finanzhoheit und der Verkehrshoheit, wodurch man diese Tribute sicherstellen und eintreiben konnte. Nachdem diese weitere finanzielle Sicherung der deutschen politischen Kriegsschuld gelungen war, war immer noch das unsichere Moment der „politischen" Schuld vorhanden, und die Bemühungen der ganzen Weltpolitik waren darauf gerichtet, diese politische Kriegsschuld zu kommerzialisieren, d. h. aus der *politischen* Kriegsschuld eine privatrechtliche, wechselrechtliche Verbindlichkeit zu machen. Dies geschah durch den Youngplan. Das ist eigentlich die Hauptbedeutung

des Youngplans gegenüber dem Dawespakt. Der Wegfall der Transferschutzklausel ist von uns schon wiederholt als besonders gefährlich gerügt worden; denn auf diese Weise hat die heutige Regierung sich selbst jeder Möglichkeit beraubt, eine Herabsetzung und Aufhebung der Tribute zu verlangen.

Wenn ich nun nach dieser geschichtlichen Entwicklung einen kurzen Querschnitt durch das Elend der deutschen Gegenwart ziehe, so sind drei Dinge die Grundlage für dieses Elend, nicht die Erwerbslosigkeit als solche, sie ist nur eine Folgeerscheinung, sondern folgende drei Grundtatsachen. (Zurufe von den Sozialisten: Erstens der verlorene Krieg!) — Ich habe Sie gerade daran erinnert. *Sie wollten ja nicht, daß Deutschland diesen Krieg gewinnen sollte.* Der von Ihnen so hochgefeierte Rathenau hat doch ebenfalls das Wort gesprochen, „die Weltgeschichte hätte an dem Tage ihren Sinn verloren, an dem Kaiser Wilhelm auf weißem Rosse als Sieger durch das Brandenburger Tor einritte!“ Drei Dinge sind es, die das politische und wirtschaftliche Geschehen bestimmend beeinflussen: erstens der *Steuerbolschewismus*, zweitens die Verschuldung und drittens der Zustand der deutschen Handelsbilanz. Ein Reichsetat in Höhe von 12 000 Millionen — die neuerliche Kürzung auf 10 876 Millionen ist ja sehr gefährlich, denn sie geht nur zu Lasten der Steuerzahler —, ein solcher Etat, der nur die Reichssteuern umfaßt, ist in keinem Lande der Erde überhaupt denkbar. Dazu gehören aber noch — ich bitte, das nicht zu vergessen — die nicht weniger beliebten Gewerbe- und Hauszinssteuern. Das sind noch einmal rund 4000 Millionen. Ferner die Abgabe der Reichsbahn für die Youngtribute in Höhe von 660 Millionen. Das sind rund und nett 16—17 Milliarden steuerlicher Abgaben an die öffentliche Hand. Unter einem *solchen Steuerdruck muß die Wirtschaft zugrunde gehen.*

Ich will mich auf Einzelheiten hier nicht einlassen und komme zu dem Zweiten, das immer allzusehr übersehen wird. Das ist die Verschuldung der öffentlichen Hand und die Verschuldung der Privatwirtschaft. Vor wenigen Tagen

erhielten wir dieses dicke Buch zugestellt, das die hübsche Überschrift trägt: „Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich". Vorn sind farbige Tafeln eingeordnet, und man teilt uns in diesem Buche mit, daß die Gesamtsumme der öffentlichen Schulden — heute die Höhe von 24 000 Millionen erreicht hat. Das ist nur die Verschuldung der öffentlichen Hand in Reich, Ländern und Gemeinden. Das ist aber noch längst nicht alles. Ich bitte, die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft dazuzunehmen, die heute ebenfalls rund 15 000 Millionen beträgt. Dazu gehört noch die Verschuldung von Gewerbe, Handel und Industrie, für die keine einwandfreien statistischen Ziffern vorliegen, die aber mindestens 20 000—25 000 Millionen beträgt. Das ist eine Gesamtverschuldung von Staat und Wirtschaft in Höhe von rund 50 000 bis 60 000 Millionen. Das wollen Sie bei der Beurteilung des Zustandes Deutschlands im Innern nie vergessen, das ist es, was wir „Zinsknechtschaft" nennen.

Diese Verschuldung ist besonders um deswillen so schwer, weil darin allein 26 Milliarden Auslandsverschuldung einbegriffen sind. Die Zinsen dafür müssen ja nach Ihrer Ansicht unter allen Umständen bezahlt werden. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 10 Prozent — das müssen wir bei den ausländischen Tributen rechnen — bedeutet das einen jährlichen Betrag von 2½ Milliarden Goldmark, die außer den Kriegstributen noch an das Ausland abzuführen sind. Die Gesamtbelastung Deutschlands erreicht also rund 5—6 Milliarden Goldmark, die Jahr für Jahr wie aus offener Wunde aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausrinnen in das Ausland. Das ist das Ergebnis Ihrer seit zwölf Jahren betriebenen Erfüllungspolitik.

Ein drittes wesentliches Moment noch ist der Zustand der deutschen Handelsbilanz. Wenn ein Staat duldet, daß jährlich für 600—700 Millionen ausländischer Weizen eingeführt wird, wenn er duldet, daß für eine halbe Milliarde Butter eingeführt wird, wenn er duldet, daß Obst und Gemüse, die in Deutschland erzeugt werden können, und

Südfrüchte für ¾ Milliarden eingeführt werden können, wenn die gesamte Einfuhr (Abg. Dr. Hilferding: Wie ist es mit der Ausfuhr?) — ich komme schon darauf, Herr Hilferding — an Lebensmitteln, die zum größten Teil in Deutschland erzeugt werden können, 4,2 Milliarden beträgt, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn die deutsche Handelsbilanz in so katastrophaler Weise passiv wird, wie dies in den letzten Jahren der Fall war. (Abg. Dr. Hilferding: Sie ist mit 1,2 Milliarden aktiv!) — Sie werden gleich rasiert, Herr Hilferding. (Abg. Dr. Hilferding: Das Gegenteil Ihrer Behauptung ist aber richtig!) Wir sind keineswegs so töricht, daß wir glaubten, wir könnten heute bei dieser gewaltigen Verflechtung der Weltwirtschaft gewissermaßen in einem geschlossenen Handelsstaat leben.

Wir Nationalsozialisten wissen sehr genau, daß wir außerordentlich viel Rohstoffe brauchen. Wir müssen Wolle und Baumwolle haben für unsere gewaltige Textilindustrie. Wir wollen nicht noch einmal Hunderttausende auf der Straße liegen haben. Wir brauchen selbstverständlich Jute und Kautschuk, Häute und Felle. Wir brauchen selbstverständlich Kupfer für die Elektroindustrie. Wir haben gerade genug zu tun, um diese zweifellosen Einfuhrnotwendigkeiten mit unserer Arbeit zu decken und zu bezahlen. Wir müssen unendlich viele Maschinen usw., Kali und pharmazeutische Artikel liefern, um diese Einfuhr, die notwendig ist, zu bezahlen. Also glauben Sie nicht, daß wir so vollständige wirtschaftliche Utopisten sind! Im Gegenteil, weil wir sozial und national denken und die Notwendigkeiten sehen, wissen wir auch die ungeheure Bedeutung zu schätzen, die der große Staatsmann Mussolini für sein Land darstellt. Ich halte es für eine der größten Taten Mussolinis, daß er durch sein Gesetz „bonifica integrale" es fertiggebracht hat, in wenigen Jahren den Ertrag der italienischen Landwirtschaft von 35 Millionen Doppelzentnern Brotgetreide auf 75 Millionen Doppelzentner zu steigern. Das hat der Duce in einem kurzen Jahrfünft erreicht in einem Lande, das keineswegs zu den fruchtbarsten gehört; denn abgesehen von einigen fruchtbaren Strichen ist Italien ein steiniges Land, von Norden bis Süden von Gebirgen

durchzogen. Das war eine Großtat allerersten Ranges. Kommen Sie nicht mit dem Einwand, wir hätten nicht genügend Land, um die notwendigen landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland selbst zu erzeugen! (Zuruf links.) — Sehr wohl, sorgen Sie dafür, daß das, was heute durch unsere Einfuhr dem Auslande zugute kommt, nur ein Jahr, nur ein halbes Jahr der deutschen Landwirtschaft zugute kommt, dann könnte man sehr wohl die deutsche Landwirtschaft, bei dem an sich so hohen Stand der deutschen Landwirtschaft, so in die Höhe bringen, daß sie leicht in der Lage wäre, Deutschland mit den Erzeugnissen zu versorgen, die wir heute einführen.

Zunächst, meine Herren, es ist selbstverständlich das gute Recht der Opposition, zu kritisieren. Wir haben als Opposition an sich nicht die Aufgabe, Ihnen unsere Wege anzugeben, die wir einmal einschlagen werden.

Die werden wir Ihnen *praktisch* einmal vorführen. Erst wenn wir einmal 12 Jahre in der Regierung gesessen haben, erst dann haben Sie das Recht zur Kritik, die wir heute an Ihnen üben. — Trotzdem haben wir uns nie versagt, wenn es galt, Ihnen Wege zu weisen, wo etwas zu machen und zu holen ist. Ich erinnere Sie daran, daß wir nicht erst jetzt, sondern schon im Jahre 1926 in diesem Hause einen Antrag auf *Wegsteuerung der Bank- und Börsengewinne einbrachten*. Im Jahre 1926/27 war ziffernmäßig der Mehrwert der Aktien am Ende des Jahres ungefähr 12 Milliarden. Der Wert der Aktienpakete in Deutschland stieg von etwa 10 bis 12 Milliarden auf 22 bis 23 Milliarden. Hätten Sie damals zugegriffen, dann hätten Sie manche Milliarde hereinholen und die Steuern auf Schultern legen können, die tragfähig waren. Aber damals hatte man nur Hohn und Spott für uns. Ich erinnere an unsere Anträge auf *Einziehung der Kriegsgewinne*, an unsere Vorschläge, gegen Schieber und Wucherer vorzugehen; ich erinnere an unsere Anträge auf *Wiederherstellung der durch die Inflation zerstörten Vermögen*. Vor allem erinnere ich an unsere politische Haltung, die in unbeirrbarer Gradlinigkeit die Ablehnung der gesamten bisherigen Erfüllungs-

politik, die Ablehnung des Dawespaktes, die Ablehnung des Youngplanes und überhaupt die Ablehnung der ganzen Schuldenwirtschaft verlangt.

Ich möchte wissen, ob das nicht genug praktische Vorschläge waren. Sie antworten besorgt: Was wäre passiert, wenn wir diesen Vertrag abgelehnt hätten? — Mein Gott, dann wäre eine andere Konferenz zusammengerufen worden. Was wäre passiert, wenn Sie in Paris „nein" gesagt hätten? Herr Dr. Schacht hat es selbst für unerträglich erklärt. In Ihrem Kabinett sitzen selbst Mitglieder, die des öfteren erklärt haben, die Lasten seien unerträglich. Ministerpräsident Braun in Preußen hat gesagt, er halte es für ausgeschlossen, daß Deutschland auch nur eine Belastung von 1640 Millionen für 37 Jahre aufbringen kann. Das sind doch Leute aus Ihren Kreisen. Trotzdem hat Severing, „der kleine Schlosser aus Bielefeld", wie ihn sein Freund Stampfer im „Vorwärts" bezeichnet, gemeint, daß man 2 Milliarden ganz gut bezahlen könnte.

Nein, meine Herren, auf diese Weise kann man keine Politik machen, wenn man immer den eigenen Vertretern draußen im Ausland von hinten den Dolch in den Rücken stößt. Dann müssen Sie sich eben damit abfinden, daß das Ausland nimmt, was es bekommt, und Ihnen noch Fußtritte versetzt.

Noch auf eins darf ich grundsätzlich hinweisen: auf Ihren Irrglauben, daß man die Tribute erleichtern würde, wenn der Haushalt in Ordnung ist. Wenn sich der Schuldner „saniert", dann wäre der Gläubiger ein Idiot, wenn er darauf verzichten würde, das Letzte aus ihm herauszuholen.

Sie haben kein Recht, uns nur verneinende Politik vorzuwerfen.

Unsere Politik bejaht die Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Ihre Politik, meine Herren, befriedigt durch ein Jahrzehnt hindurch immer nur die unverschämten Ansprüche unserer äußeren und inneren Feinde. Wir haben mit unseren Prophezeiungen immer recht behalten, Gott sei es geklagt,

und Sie haben immer unrecht behalten. Was hat Ihnen Herr Stresemann von diesem Platz aus über die Ausführung des Dawespaktes gesagt? Was hat Herr Luther über den Dawesplan für köstliche Dinge erzählt? Da hieß es: Bestimmt kommt eine Herabsetzung der Eisenbahntarife, eine Senkung des Steuerniveaus. Es war immer die gleiche Leier, und bald darauf kam immer wieder das bitterböse Erwachen, die breiten Massen mußten es bezahlen.

Wir haben unser Programm noch niemals revidieren müssen. Wir haben noch nie ein Jota an dem geändert, was wir grundsätzlich programmatisch erklärt haben.

— Sie dagegen treiben eine Politik der ewigen Aushilfe, eine Politik, die von der Hand in den Mund lebt.

Zum Schluß möchte ich noch einige kurze programmatische Erklärungen zur **Wirtschafts- und Finanzpolitik des kommenden nationalsozialistischen Staates** abgeben. Ich möchte gleich vorausschicken, daß ich Neugierige nicht befriedigen werde bezüglich spezieller Maßnahmen, die wir im kommenden Dritten Reich für die Wiederbelebung der Wirtschaft anwenden werden. Dazu haben Sie Gelegenheit, indem Sie sich einmal ein wenig mit unserer Literatur befassen. Ich glaube, daß das Programm der N.S.D.A.P. mit seiner Auflage von weit über 200 000 heute eines der meistgelesenen Bücher ist, also bitte bedienen Sie sich einmal und lesen Sie es einmal! Aber kommen Sie nicht mit der Redensart der ewig Gestrigen: „Ich kenne Ihre Theorien und Ideen nicht, aber ich verurteile sie!" Der stärkste Impuls für die Wiedererstarkung Deutschlands, besonders seiner Wirtschaft, ist die

Wiederherstellung des nationalen Selbsterhaltungswillens,

der durch Sie immer sabotiert worden ist.

Ich möchte heute nur auf verschiedene weitverbreitete Irrtümer und absichtliche Falschmeldungen über unser Programm eingehen und sie richtigstellen. Eines der belieb-

testen Kampfmittel gegen uns ist die Behauptung, die Nationalsozialisten seien eigentumsfeindlich. Der Nationalsozialismus steht grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums und stellt es unter staatlichen Schutz.

Es gibt — um dazu ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen — zwei Möglichkeiten, sich zum Privateigentum einzustellen. Die eine Möglichkeit lautet: Ich leugne das Privateigentum, ich erkenne es nicht an: „La propriété c'est le vol", wie Ihr Freund Proudhon (nach links) zum Ausdruck gebracht hat, „Eigentum ist Diebstahl". Die andere Möglichkeit der grundsätzlichen Einstellung zum Privateigentum ist die der unbegrenzten, uferlosen Anerkennung des Privateigentums, soweit es sich auf irgendwelche Rechtsmittel stützt. Das führt natürlich in letzter Konsequenz zur Enteignung einer ganzen Nation: denn die Rechtstitel, auf Grund deren heute Deutschland enteignet wird, heißen

Dawesplan, Youngplan, d. h.
Zinsknechtschaft über Deutschland,

vollständige Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft an das Ausland, Verelendung und Entpersönlichung der deutschen Wirtschaft unter der Herrschaft internationaler Sociétés Anonymes und internationaler Finanzgesellschaften. Daß mit der Anerkennung des Eigentumsrechts auch die Anerkennung des Erbrechtes verbunden ist, versteht sich für den Denkenden von selbst. Wir Nationalsozialisten erkennen das Eigentum grundsätzlich an, soweit es eigener Leistung und Tüchtigkeit entspringt, lehnen aber sogenanntes Raubeigentum aus Wucher, Schiebung und Betrug à la Barmat grundsätzlich ab.

Im Zusammenhang mit dieser grundsätzlichen Erklärung darf ich noch kurz unsere Einstellung zu den Fragen der Sozialisierung oder der freien Wirtschaft skizzieren. Auch hier stehen wir wiederum vor zwei absoluten Extremen. Man sagt links: „Alles muß sozialisiert" werden. Es ist nichts sozialisiert worden. Aber entsozialisiert worden ist das, was verstaatlicht werden

muß. Entstaatlicht wurde, was unbedingt in den Bereich des Staates gehört: das Geldwesen und das Verkehrswesen.

Auf diese beiden wichtigsten Dinge hat die Regierung verzichtet, und nachdem die Hochfinanz Reichsbank und Reichsbahn in der Hand hatte, konnte man auf die Sozialisierung des Produktionsprozesses verzichten. Wir Nationalsozialisten unterscheiden ganz scharf zwischen den Aufgabenkreisen, die unbedingt von allen staatlichen Beeinflussungen fernbleiben müssen, und den anderen Aufgabenkreisen. Der erste Aufgabenkreis ist das Gebiet der produzierenden Wirtschaft, bei der alle die Imponderabilien, die für den Ertrag wesentlich und wichtig sind, Fleiß, Tüchtigkeit, Ehre des ehrbaren Kaufmanns, Unternehmerinitiative, in Betracht kommen, von denen allein der Ertrag jeder Wirtschaft abhängt. Das, was zwischen Erzeugung und Verbrauch liegt, ist ein anderes Gebiet, das des Verkehrs- und des Geldwesens. Das Geldwesen ist neben dem Verkehrswesen der Allesbeweger, und hier kommen andere Momente in Frage. Das Geldwesen ist die allersozialste Angelegenheit: denn an einem sauberen, einwandfrei geleiteten Geldwesen ist jeder einzelne in gleicher Weise interessiert. Deswegen gehören diese Dinge in die Oberhoheit des Staates (Abg. Dauch-Hamburg: In der staatlichen Geldwirtschaft liegt doch eine Gefahr: wir haben ja die Inflation gehabt!) — Herr Kollege Dauch-Hamburg, ich wäre heute — das gestehe ich Ihnen offen — der schärfste Gegner des Gedankens, die Reichsbank etwa Herrn Hilferding wieder auszuliefern. Die Voraussetzung für eine organische Wirtschaft ist selbstverständlich, daß wir in einem organisch aufgebauten Staatswesen leben. Sozialisierung in den Dingen, die unbedingt für die Allgemeinheit von bestimmender Wichtigkeit sind, freie Wirtschaft in all den Teilen der Wirtschaft, wo sich die freie und selbstverantwortende Persönlichkeit auswirken muß!

Nun einige grundsätzliche Ausführungen über die Betriebsformen in der Wirtschaft. Es ist ganz klar, daß ein kompliziertes Wirtschaftssystem die verschiedenen Formen braucht.

Wir brauchen Klein-, Mittel- und Großbetriebe.

Gerade die lebendige Aufstiegsmöglichkeit aus Klein- zum Mittel-, vom Mittel- zum Großbetrieb hat die Vorkriegswirtschaft ausgezeichnet. Die Konzentrierung zu Mammutkonzernen ist dagegen immer der Tod einer lebendigen, freien Wirtschaft.

Noch eine Bemerkung zur Organisation des Bankwesens im kommenden Staat! Ja, glauben Sie doch nicht, daß wir etwa den soliden Privatbankier ausschalten, auf seine Mitarbeit verzichten könnten (Zurufe von den Kommunisten: Z. B. Herrn von Strauß! Herr von Strauß ist beruhigt!) Im Gegenteil, die Pflege des soliden Privatbankiers wird wesentlich zur Wiederbelebung des Personalkredits beitragen, der heute gar nicht mehr gepflegt werden kann; denn im Riesenbankkonzern geht es einfach nach bestimmten Vorschriften: Kredit bekommt nur, wer die nötigen Unterlagen geben kann, und nicht die Persönlichkeit, die das Vertrauen verdient.

Noch ein Wort über Ertrag und Zins! Man glaubt in unserer Gegnerschaft zum Zins auch eine Gegnerschaft gegen den wirtschaftlichen Ertrag sehen zu müssen. Nichts ist falscher als das. — Wir Nationalsozialisten wollen ja geradezu der deutschen Wirtschaft wieder zu ihrem größtmöglichen Ertragsreichtum verhelfen, indem wir die Zinsknechtschaft und damit die vollständige Aushöhlung unseres ganzen Wirtschaftslebens durch die Forderungen der internationalen Finanz beseitigen. Ich wundere mich, daß wir bei diesem Kampf gegen den Zins im Gegensatz zum Ertrag nicht auch das Zentrum an unserer Seite sehen. Denn das kanonische Zinsverbot war doch immer eine der schönsten Perlen in der Krone der Kirche. Die Reichspolizeiverordnungen von 1530, 1537 und 1570 haben bekanntlich auch für die Laien verbindlich gemacht, was das kanonische Recht schon seit Papst Leo I. dem Großen vorgeschrieben hat. Erst die moderne Scholastik hat sich bequemt, eine „akzidentelle Fruchtbarkeit des Geldes“ zu unterstellen, und

hat sich damit angeglichen an die Hoffnungen und Wünsche der Hochfinanz, die auf diese Weise natürlich eine bequeme Rechtfertigung findet für das, was die alten Kirchenlehrer immer als Sünde und als Wucher bezeichnet haben.

Noch ein paar kurze Randglossen zu den Fragen, welche die vier Professoren, die ja mit breitem Behagen durch die ganze deutsche Presse gehen, an uns gestellt haben. Die gelehrten Herren haben die Besorgnis, die Banken könnten bei einer Herabsetzung des Zinses gemäß unserem Antrag auf 5 Prozent ihren Einlegern nur mehr 2½ Prozent zahlen. Ja, wieviel bekam man denn jetzt von den Banken? Bis vor kurzem noch 1½ Prozent und seit kurzer Zeit 2½ Prozent! Wie war es denn früher? Haben Sie vielleicht in der Vorkriegszeit mehr als 2½ Prozent bis 3 Prozent in laufender Rechnung bei Sparkassen und Banken erhalten?

Über die Kapitalflucht ins Ausland habe ich vorhin schon kurze Ausführungen gemacht. Auch hier ist es selbstverständlich, daß nur eine starke, rücksichtslose Hand diese Kapitalflucht bannen könnte. Wer die Schieber nur mit Glacéhandschuhen anfaßt, wird nie erreichen, daß die großen Schieber davon ablassen, ihr Kapital ins Ausland zu bringen. Lassen Sie aber den ersten und zweiten aufhängen, dann werden sich die anderen überlegen, ob sie ihr Geld ins Ausland verschieben.

Brechung der Zinsknechtschaft

ist das Kernstück unserer ganzen Politik. Die Brechung der Zinsknechtschaft — ich möchte das ausdrücklich erklären — ist dem Auslande gegenüber selbstverständlich keine Frage des Geld- und Kreditwesens, sondern eine Machtfrage. Die heutige ohnmächtige Regierung wird niemals dazu in der Lage sein, von der Zinsknechtschaft gegenüber dem Auslande auch nur ein Gramm wegzunehmen. Wir haben bemerken können, in wie weitem Ausmaße bereits unser Wahlsieg das Ausland hat aufhorchen lassen, und es ist eine nationalsozialistische Regierung gewiß zu Konzessionen bereit. Das Ausland weiß, daß es in wenigen Jahren nur die Wahl zwischen

einem nationalsozialistischen Deutschland oder einem kommunistischen Deutschland hat. Etwas anderes gibt es nicht. Was dazwischen ist, wird unrettbar zerrieben werden.

Im Innern bedeutet die Brechung der Zinsknechtschaft eine grundstürzende Umgliederung wichtigster Organe im deutschen Volkskörper, mit einem Wort ausgedrückt: die Rückkehr zu den besten Traditionen deutscher Geschichte. Und Ihnen, Herr Kollege Dingeldey — ich sehe ihn gerade nicht — empfehle ich, daß, wenn Sie in Ihren Fraktionssitzungen über den Nationalsozialismus reden, Sie sich gefälligst auch einmal mit unserer Literatur befassen, denn Sie haben gar keine Ursache, uns irgendwie „sozialistische" Tendenzen zu unterstellen, so wie Sie es verstehen. (Stürmische Rufe bei den Sozialisten und bei den Kommunisten: Hört! Hört! — Abg. Torgler: Ausgezeichnet! Bravo! Das sollten die Millionen Arbeiter hören! Draußen sagen Sie das Gegenteil!) — Für die „sozialistischen" Tendenzen (zu den Sozialdemokraten und Kommunisten) bedankt sich das deutsche Volk! — Sie wissen ganz genau, was wir unter dem Ausdruck „Sozialismus" verstehen im Gegensatz zu Ihrem Volk und Staat zerstörenden Marxismus.

Ihnen, meine Herren von dieser zerbröckelnden Mitte, kann ich nur eines sagen: Sie müssen sich entscheiden. „Oh, daß ihr heiß oder kalt wäret, so ihr aber lau seid, will ich euch ausspeien aus meinem Munde." Und so wird es das deutsche Volk mit Ihnen machen, wenn Sie weiterhin die Politik der feigen bürgerlichen Mitte betreiben.

Zum Schluß übersehen Sie nicht, meine Herren — ich richte mich hier auch an das Zentrum —

den religiösen Grundzug unserer Bewegung,

der gekennzeichnet ist durch die höchsten sittlichen Eigenschaften des Menschen, durch Opfer, durch Hingabe, durch heiligen Zorn. Wir sind diejenigen, die sich als beste Nachfolger des Heilandes sehen, wenn wir die Wechsler und Judasse aus dem Tempel hinaushauen, und ich warne Sie,

meine Herren vom Zentrum, vor dem von Ihnen zum Teil angezettelten

Kulturkampf
gegen den Nationalsozialismus!

Sie treiben Millionen aus der Kirche heraus, wenn Sie so fortfahren, wie Sie in Mainz begonnen haben. Sie verbündeten sich mit dem politischen Atheismus zur Linken. Es wird höchste Zeit, daß Sie sich davon lösen, wie es auch der Wunsch des Vatikans ist. Der Zentrumsturm hat manche Risse und Löcher. Ich rate Ihnen, lösen Sie jetzt endlich diese unheilvolle Verbindung mit den Marxisten und Gottesleugnern! Man kann nicht dauernd mit Pestbazillen spielen, wenn man sich nicht anstecken will. Erfüllen Sie Ihre Anhänger mit dem heiligen Zorn gegen alles Niedrige und Gemeine! Dann allein können Sie mit uns das von Ihrem Herrn Wirth so sehr verfemte Schulgebet beten: Vater, in Deiner allmächtigen Hand steht unser Volk und Vaterland. Du warst der Ahnen Stärke und Ehr', bist unsere beste Waffe und Wehr, drum mach uns frei von Betrug und Verrat (Lachen und lärmende Zurufe links), mach uns stark zu befreiender Tat! Gib uns des Heilandes heldischen Mut! Ehre und Freiheit sei höchstes Gut! (Lachen und Heilrufe links.)

Unser Gelübde und unsere Losung sei: Deutschland erwache! Herr, mach uns frei!

Sozialdemokratie und Nationalsozialismus

Gespräch auf der „Deutschen Welle" am 3. Januar 1931 zwischen Prof. Erik Nölting von der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., Mitglied des Preußischen Landtags, und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dipl.-Ing. Gottfried Feder

Nach einer stenographischen Aufnahme, veröffentlicht in der „Flamme" vom 8. Januar 1932.

Feder: Herr Professor Nölting! Ein Berg von Zeitungsausschnitten, den uns heute die Direktion der „Deutschen Welle" vorgelegt hat, beweist, welch außerordentlichen Widerhall unser Gespräch vom 16. Dezember gefunden hat. Ein ebenso großer oder noch größerer Berg von persönlichen Zuschriften beweist mir das gleiche. Daraus scheinen mir drei Dinge von Wichtigkeit. Das eine ist die Äußerung des „8-Uhr-Abendblattes", das den ungeheuren Propagandawert für den Nationalsozialismus ausdrücklich bestätigt, *das andere ist (zu meinem Bedauern) eine persönliche Verunglimpfung* durch den „Vorwärts", der als einzige Zeitung nicht die Zurückhaltung gewahrt hat, wie sie von allen anderen Seiten gewahrt worden ist. Und das dritte ist, daß man mir vorhält: ich hätte auf die letzte Frage, die Sie an mich gerichtet haben, auf die Frage, wie wir zur Wirtschaftsdemokratie stehen, keine Antwort gegeben. So will ich in dieser Sache kurz meine Stellungnahme präzisieren. Wir lehnen sowohl die Betriebsdemokratie als auch die Wirtschaftsdemokratie im engeren Sinne ab, weil dadurch nichts erreicht wird als die Einführung parlamentarischer Formen in die Wirtschaft selbst. Dies aber führt notwendigerweise

zum Schaden der Arbeit und damit der Arbeiterschaft. Denn der Ertrag sinkt, wenn das Geschwätz anfängt. Wir haben an der politischen Demokratie und *deren parlamentarischer Ausdrucksform gerade genug;* die Wirtschaftsdemokratie würde vollends zerstören, was an Resten der Wirtschaft noch geblieben ist. Das heißt keineswegs, daß ich es nicht ganz besonders begrüßen würde, wenn die Arbeiter Gelegenheit finden sollten, sich in weitestgehendem Maße über die Gesamtlage der Unternehmungen, in denen sie beschäftigt sind, zu informieren. Diese Information wird selbstverständlich dann auch zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen. Aber unerträglich ist, daß in parlamentarischen Formen hier abgestimmt wird. Wir kommen da nur in Betriebsräte- und Soldatenratwirtschaft hinein.

Prof. Nölting: Herr Feder! Es ist sehr interessant, daß Sie sich bemüßigt fühlen, eine Zusatzdefinition zu geben zu dem, was Sie neulich sagten, aber ich weiß nicht, ob die Arbeiterschaft viel beglückter sein wird über das, was sie heute von Ihnen hört. Es ist interessant, daß Sie sagen: Jedes Mitreden der Arbeiter im Betriebe kann nur bloßes Geschwätz sein. Daß die Arbeiterschaft auf bloße nationalökonomische Kollegs angewiesen sein soll, wo sie harmlos aufgeklärt wird, — ich glaube, das entspricht nicht genügend ihrem Interesse. Ich habe im übrigen die Weihnachtszeit benutzt, um einmal in Ihrem Buche* nachzulesen, und ich muß sagen, mein Entsetzen über Ihre Ablehnung ist noch gestiegen. Denn Sie lehnen ja nicht nur die Wirtschaftsdemokratie, Sie lehnen die Betriebsräte ab. Hier auf S. 76 steht, daß Betriebsräte eine „Überbelastung des Betriebes mit einer Unzahl von Personen" wären, die „entbehrlich" seien. Sie lehnen Versicherungsbeamte ab, Sie sind gegen uferlose Arbeitslosenversicherung, so heißt es, gegen ein staatliches Existenzminimum. Und besonders erschüttert, Herr Feder, hat es mich, daß Sie ja die Wirtschaft des wilhelminischen Deutschlands in Bausch und Bogen schlucken wollen. Denn Sie erklären ausdrücklich

* „Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage", Verlag Eher Nachf., München.

auf S. 69: „Im großen und ganzen wurde die Gesamtvolkswirtschaft des Deutschen Reiches", soll heißen: des wilhelminischen Deutschlands, den „grundsätzlichen Anforderungen gerecht, die auch wir an eine gesunde Volkswirtschaft stellen." Sie haben also das Haar in der kapitalistischen Suppe erst gefunden vom 9. November 1918 an; bis dahin waren Sie mit allem einverstanden. Sie sind kein wirklicher Gegner des Kapitalismus, Herr Feder. Sie sind höchstens ein Savonarola, der Bußpredigten hält gegen ihn.

Feder: Herr Professor Nölting! Sie wissen ganz genau, daß der Arbeiter im alten Deutschland sich besser gestanden hat als in dem heutigen Deutschland. Der vollständige Zusammenbruch unserer Gesamtwirtschaft einschließlich der Arbeiterschaft drückt sich aus in den Arbeitslosenziffern. Aber wenn Sie gestatten, werde ich gleich auf das Thema „Zinsknechtschaft und Brechung der Zinsknechtschaft" eingehen. Dazu ist es notwendig, weil es sich um einen neuen, von mir geprägten Begriff handelt, daß ich kurz definiere, was man unter Zinsknechtschaft zu verstehen hat. Zinsknechtschaft ist der Zustand, in dem sich heute der deutsche Arbeiter befindet, die deutsche Wirtschaft befindet, der deutsche Bauer, die deutschen Städte, die deutschen Länder, das Deutsche Reich, d. h. eine maßlose Verschuldung gegenüber dem reinen Finanz- und Leihkapital: daß also das arbeit- und mühelose Einkommen aus reinem Geldbesitz über den Ertrag der Arbeit triumphiert. Es drückt sich das präzise in folgenden Formen aus: Als Erstes im Steuerbolschewismus, unter dem die ganze Nation, am ärgsten die Arbeiterschaft, zu leiden hat. Sie wissen ganz genau, daß in dem alten, wie Sie so gern sagen, „verruchten" System von früher der Arbeiter keine Lohnsteuer zu bezahlen hatte, Sie wissen, daß die Last der indirekten Steuern ein Minimum war gegenüber der heutigen Belastung durch indirekte Steuern, an deren Zustandekommen Sie im Reichstag immer mitgearbeitet haben. Sie wissen — als Zweites —, daß die Verschuldung von Reich, Ländern, Städten, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe ein Maximum erreicht hat, daß die Gesamtverschuldungsziffer heute so rund und nett sich mit

60 Milliarden GM. beziffert. Eine Ziffer, die sich noch dadurch besonders schwer auswirkt für Deutschland, daß davon nicht weniger als 26 000 Millionen Verschuldungen an das Ausland sind, das heißt: eine jährliche Zinslast von 2,6 Milliarden ungefähr ist aus dem deutschen Volkskörper abzuziehen lediglich als Zinsverpflichtung durch diese Auslandverschuldung. Ich kann bei der Kürze der Zeit nicht eingehen auf die Schädigungen, die die deutsche Wirtschaft durch den Zustand der deutschen Handelsbilanz der letzten Jahre erfahren hat — das wäre das Dritte —, ich erinnere aber nur noch als Wichtigstes — und das ist die Vollendung der Zinsknechtschaft — an die Tatsache des Bestehens des Youngplanes, dem Sie ja mit zur Annahme verholfen haben. Den Dawesplan haben Sie am 29. August 1924 als die größte Errungenschaft der sozialdemokratischen Politik bezeichnet. Die „Verbesserung" des Dawesplanes, wie Sie das immer so gerne in Ihren öffentlichen Verlautbarungen sagen, die Verbesserung durch den Youngplan bringt Deutschland eine Last von jährlich 2000 Millionen. Das verstehen wir unter Zinsknechtschaft.

Nölting: Herr Feder! Ich habe nicht den Eindruck, daß Ihr Begriff der Zinsknechtschaft wirklich solch eine absolut originelle Neuerfindung ist. Denn Sie haben eine geistige Ahnengalerie hier, die sogar auch jüdische Namen aufweist. Ich erinnere Sie an Proudhon, ich erinnere Sie an Marx*). Freilich muß man lesen bis zum dritten Band des „Kapitals", wo sich sehr harte Worte finden über die Börsenjobber. Ich erinnere Sie an Hilferding, an sein berühmtes Buch vom Finanzkapital, das bereits im Jahre 1910 erschien. Mir, dem Sozialisten, sollen Sie nicht vorwerfen, daß ich den Zinswucher nicht anerkenne. Natürlich gibt es Zinswucher. Aber, Herr Feder, es gibt auch Lohnwucher, es gibt Preiswucher, es gibt Bodenwucher, es gibt Pachtwucher, es gibt Zollwucher. Der Kapitalismus ist Nährboden für jede Art von Wucherei. Ich muß mich nur dagegen wenden, daß Sie die Welt so einseitig sehen. Wie

* Marx und Hilferding sind Juden; Proudhon, 1809—1865, der Begründer des Anarchismus, war Franzose.

ich Ihnen schon neulich sagte, daß nicht jede Fabrik gut ist, und daß jeder Geldschrank nicht immer schlimm ist, so muß ich Ihnen heute sagen: Es ist nicht jeder Darlehengeber ein Shylock und jeder Kreditnehmer ein armer Schlucker. Das ist eine mittelalterliche Vorstellung. Heute ist es gerade der Stärkste, Herr Feder, der Kredit aufnimmt. Und in Wirklichkeit besteht gar nicht diese Feindschaft zwischen raffendem und schaffendem Kapital, auf die Sie immer wieder zurückkommen; es besteht eine engste Verflochtenheit. Das ist gerade das Zeichen des Finanzkapitals, daß eine gemeinsame Herrschaftsausübung besteht, daß Austausch von Aktienpaketen und von Aufsichtsratssitzen jetzt von hüben und drüben erfolgt. Die Banken sind keineswegs überall die übergeordnete Macht, sie sind vielfach das Werkzeug der Produzenten. Ja, ich glaube überhaupt nicht, daß man gemeinhin von einer Zinsknechtschaft so abstrakt sprechen sollte. Es haben da interessante Machtverschiebungen in den letzten anderthalb Jahrzehnten stattgefunden. Während der Inflationszeit dienten die Banken als Werkzeuge für die Flucht in die Sachwerte, nach der Stabilisierung wendet sich dann das Blatt: die vom Betriebskapital entblößten Unternehmer geraten da in die Abhängigkeit von den Banken hinein. Und vielfach erhöht sich diese Abhängigkeit durch die Spekulationsverluste, die die Unternehmer dadurch erleiden, daß sie sich wenig um ihre Betriebe kümmern und viel zu sehr an der Börse sich aufhalten. Dann kommt das dritte Stadium, die Konzernbefestigung, und dadurch büßen die Banken, die die Konzerne flicken müssen, wieder vielfach ihre Herrschaftstellung ein. Die Konzerne kommen zu Extraprofiten, sie kommen zur Eigenfinanzierung: die J. G. hat sich selbständig gemacht, hat ihre eigenen Länderbanken.

Feder: Glauben Sie, Herr Professor, daß diese Deduktionen, daß diese Ausführungen von den Arbeitern verstanden werden, die heute zu Hunderttausenden an den Radioapparaten hängen? Das wird keiner verstehen. Wir haben uns jetzt darüber zu unterhalten, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die *Brechung der Zinsknechtschaft* durchzuführen. Gerade dieser Begriff Zinsknechtschaft ist so umfassend, *ist viel umfassender*

als Ihr Angriff auf das reine Unternehmerkapital. Diese Maßnahmen zur Brechung der Zinsknechtschaft sehen wir Nationalsozialisten innenpolitisch in folgenden Einzelmaßnahmen: Wir müssen verlangen und werden durchführen, wenn wir an der politischen Macht sind, die Verstaatlichung der Reichsbank. Es ist dies eine ganz selbstverständliche Forderung eines souveränen Staates, der nicht dulden kann, daß das reine Finanzkapital im Rahmen der Volksgemeinschaft, im Rahmen des Staates ein eigenes Leben führt. Sie sind mit politisch verantwortlich dafür, daß diese sogenannte Reichsbank heute kein Institut des Reiches, der Nation ist, sondern eine internationale Institution, die im wesentlichen doch nur großgeldmächtigen Interessen dient. Zweitens müssen wir endlich einmal davon abkommen, die Finanzierung der großen öffentlichen Aufgaben in der Weise durchzuführen wie bisher, nämlich durch Schuldenmachen. Wenn es nicht möglich ist, nach dem alten friderizianischen Rezept große öffentliche Aufgaben durch Steuermittel zu finanzieren, also durch Gemeinschaftsleistung an den Staat, dann ist eine Möglichkeit gegeben, die großen Aufgaben trotzdem durchzuführen, wenn wir uns der souveränen Finanzhoheit des Staates erinnern. Indem wir — nach meinem Vorschlag — die öffentlichen Aufgaben finanzieren durch die Ausgabe von Staatskassengutscheinen. Wir schöpfen also Geld aus eigenem Recht. Diese Geldschöpfung aus eigenem Recht ist zweifellos zulässig und wird nicht zu inflationistischen Erscheinungen führen, weil wir neue Werte schaffen. Die dritte Maßnahme, die wir ergreifen werden, ist die Errichtung sozialer Bau- und Wirtschaftsbanken, um gerade hier auf einem der allerwichtigsten Gebiete, dem der Wohnungsnot, durch eigene Kraft aus dem Sumpf herauszukommen, und damit werden wir in weitestem Maße die Arbeitslosigkeit beheben können. Der Grundgedanke ist der gleiche. Die Zeit mangelt aber, um diese wichtigen Dinge im einzelnen darzustellen. Eine vierte Aufgabe wird sein eine anständige, sozial gerechte Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage. Genau so wie Milliarden

von Werten durch den Betrug am Sparer zerstört worden sind, genau so ist es auch möglich, einen Großteil dieser Verluste wieder durch eine anständige Regelung der Aufwertungsfrage hereinzubringen. Eine weitere notwendige Maßnahme wird sein die Verstaatlichung des Realkredites. Eine weitere Notwendigkeit wird sich ergeben, wenn im nächsten Jahre die Aufwertungshypotheken zur Rückzahlung fällig sind. Hier ist es unbedingt notwendig, um nicht ein neues Chaos heraufzubeschwören, daß das Reich diese Hypotheken ablöst und eine Reichsanleihe dafür ausgibt.

Nölting: Herr Feder! Ich habe keine Sorge, daß die Arbeiter, die uns anhängen und die wir marxistisch geschult haben, mir nicht eben zu folgen vermocht haben. Ich will gerne auf das eingehen, was Sie sagten. Mit der Sozialisierung der Banken — herzlich gerne, wir sind einverstanden. Nur nicht eine isolierte Aktion, sondern parallel mit weitgehenden Sozialisierungsmaßnahmen in der Produktionssphäre, wie ich Ihnen schon neulich sagte. Als Ausfluß nationalökonomischer Erkenntnisse und nicht als Rachefeldzug gegen das jüdische Bankenkapital. Im übrigen aber, ich möchte Sie einmal fragen: Ist der Zeitpunkt gerade jetzt günstig gewählt? Wenn Sie die Banken zu Staatsorganen machen wollen, dann sorgen Sie vor allem für die Kreditwürdigkeit des Deutschen Staates in der Welt! Aber ich glaube, diese Kreditwürdigkeit ist durch die Androhungen, die von nationalsozialistischer Seite immer kamen, sehr herabgesetzt worden. Sehr interessant war das, was Sie von Ihrem Feder-Geld sagten. Ja, ich fürchte, es wird das Dritte Reich von Adolf Hitler ein toller Inflationsladen wieder werden, Herr Feder. Ich denke da an das alte Kindermärchen vom Es'lein-streck-Dich. Sie sagen, der Staat hat kraft seiner Münzhoheit das Recht, so viel Geld zu schaffen, wie er will. Ich darf Ihnen hier ein Beispiel sagen. Wenn Sie ein Haus bauen, das 100 000 Mark kostet, und dieses Haus bringt einen Mietertrag von 8000 Mark im Jahre, dann fließen Ihnen doch in den ersten Jahren nur diese 8000 Mark als Gegenwerte zurück, von allem anderen abgesehen. Die 92 000 Mark Bauscheine, die Sie aber außerdem ausgegeben haben, die bleiben ungedeckt und

wirken inflationistisch. Dann brauchen wir noch einen Währungsmaßstab von internationaler Bedeutung, Herr Feder. Bei dem gegenwärtigen Stand der Weltwirtschaft haben wir doch eine metallische Grundlage nötig. Das sagt selbst Knapp, Ihr Kronzeuge, auf den Sie sich so gerne berufen. Da kennen Sie vielleicht jenes Gesetz, das da sagt, daß das schlechtere Geld immer das bessere verdrängt. Das Volk würde sich mit dem Inflationsgeld begnügen müssen, während im Großverkehr wieder Devisen und Goldgeld umliefen. Das ist eine sehr gefährliche Situation. Ich habe das Gefühl, daß dann durch das Dritte Reich nicht nur das Rauschen von Wodans heiligen Hainen, Bäumen oder Eichen ginge, sondern auch das Rauschen der Rotationsmaschinen, die wieder an Tourenzahl zulegen müßten, um Inflationsgeld zu drucken, Herr Feder. Und da möchten wir gerne herauskommen. Es hat Gladstone einmal gesagt, daß an der Liebe und am Geld die meisten Menschen zum Narren werden. Wir wollen uns beide vor diesem Schicksal bewahren, Herr Feder.

Feder: Herr Professor Nölting! Die deutsche Bevölkerung denkt mit Grausen an die Herrschaft des sozialdemokratischen Finanzministers Dr. Hilferding, der ganz bestimmt Meister darin war, die Rotationspressen in Tätigkeit zu setzen. Nicht wahr? Also Sie haben gar keinen Grund, mir die Befürchtung der Inflation vorzuhalten. Denn im Gegensatz zu der marxistischen Geldpolitik des Herrn Hilferding stehen wir auf dem Grundsatz — und das versteht nämlich jeder, auch der einfache Mann versteht das —: Inflation entsteht nur, wenn ohne Schaffung neuer Werte neue Geldzeichen gedruckt werden. Inflation wird nicht entstehen, wenn man neue Werte schafft, und wenn ich mich in diesem Hinblick auf einen Kronzeugen berufen darf, so ist das der Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien, Professor Othmar Spann, der in sehr klarer Weise zum Ausdruck gebracht hat in bezug auf meine Theorien: „So kühn diese Gedankengänge Feders erscheinen mögen, so wird doch jeder, der nicht auf dem Boden des Metallismus steht, den Kern derselben für theoretisch richtig und prak-

tisch haltbar anerkennen müssen.“ Zweifellos kommt der auf Wirtschaftserweiterung gegründeten Banknote keine inflatorische Wirkung zu, wie es der Fall ist, wenn man einfach druckt, um nichtproduktive Staatsbedürfnisse zu decken, wie es der marxistische Staat getan hat.

Nölting: Ja, Herr Feder, ich glaube, wir wollen nicht wühlen in der Kiste der Vergangenheit. Wir sind alle gebrannte Kinder, die das Feuer scheuen. Wir haben an der Inflation wirklich genug und wollen keine neue Inflation bereiten. Und deshalb warnte ich Sie ja gerade. Im übrigen möchte ich Ihnen eine Frage einmal vorlegen: Geht es in den Ländern mit niedrigem Zinsfuß dem Arbeiter eigentlich so viel besser? Und die zweite Frage: Warum geht es ausgerechnet in den Ländern, die Diktatur haben, Polen, Ungarn, Italien, den Arbeitern so schlecht? In Italien lebt der Arbeiter mit 13 Mark Wochenlohn, wie wir neulich aus der Presse entnahmen.

Feder: Herr Professor! Unsere Aufgabe hier in Deutschland ist, für die deutschen Arbeiter zu sorgen. Wir können nicht immer den Blick hinauswenden, wie's dort draußen geht. Wir haben nicht die Aufgabe, zu untersuchen, welche speziellen Gründe dort für die schlechte Verfassung der Arbeiter maßgebend sind. Wir haben dafür zu sorgen, und das ist eben ein Weg, daß wir uns loslösen — um zurückzugreifen auf eine zweite Frage, die Sie vorhin stellten — von dem Goldwahne. Es ist wahnwitzig, wenn man auf das Gold die Währung basieren will. Wir selbst haben in Deutschland der Welt das Beispiel gegeben, daß man sich loslösen kann von dem Goldwahn, indem wir die Rentenmark schufen. Ja, die Rentenmark ist ja auch nicht gedeckt worden durch liquide Unterlagen, wie Sie vorhin verlangt haben für das „Feder-Geld“, wie Sie sich ausdrückten. Die Grundstücke sind ja auch nicht sofort einlösbar.

Nölting: Ja, aber, Herr Feder, wir haben nur einen Umlauf der Rentenmark von 400 Millionen im ganzen. Der Rentenmark ist jede praktische Feuerprobe erspart geblieben, weil sie jederzeit umtauschbar war in andere Banknoten. Deshalb hielt sich ihr Kurs. Aber, Herr Feder, ich glaube,

wir müssen eingehen auf das, was Sie vorhin über den Youngplan sagten. Ich möchte zunächst einmal feststellen: Es gibt in Deutschland keinen Menschen, der gerne zahlen möchte. Und auch wir Marxisten sind, weiß Gott, keine reparationswütigen Erfüllungssadisten, wie es von Ihnen so gerne dargestellt wird. Es ist eben das Problem das, Herr Feder, daß wir zahlen müssen. Der Möbelwagen des Feindes steht vor der Tür. Sich das Leben zu verschönern dadurch, daß man seine Schulden nicht bezahlt, das ist ein altes Studentenrezept. Wir haben vielleicht mal beide als Studenten diesen Versuch gemacht und sind wohl beide nicht sonderlich weit damit gekommen. Es läßt sich Außenpolitik nicht nach der Melodie: „O alte Burschenherrlichkeit" führen. Sicherlich ist der Erfüllungsweg ein Golgathaweg, aber er ist keine Sackgasse gewesen. Ich darf Sie an die Zahlen erinnern, Herr Feder. Ja, trotz Ihrem Widerspruch. Wir sind immerhin von den 340 Milliarden, von denen die Rede war damals in Versailles, auf die 123 Milliarden des Londoner Ultimatums und dann auf die 47 Milliarden des Youngplanes gekommen. Und auch wir haben den Eindruck, daß der Youngplan kein Definitivum sein darf, daß auch er nur eine Etappe ist. Daß dieses Europa seinen müden Leib noch an manchen Konferenztisch wird schleppen müssen. Ohne den Youngplan gingen wir hinter dem Leichenwagen Europas, so gehen wir hinter dem Krankenwagen Europas. Irgendwelcher Anlaß, darüber in Freude auszubrechen, besteht, weiß Gott, nicht. Und wenn Sie meinen, daß es nationale Unzuverlässigkeit war, die uns für den Youngplan stimmen ließ, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Hindenburg, dem gegenüber Sie ja wohl kaum diesen Vorwurf erheben dürften, seine Unterschrift daruntersetzte. Wollen Sie denn die einseitige Zerreißung des Versailler Vertrages? Das bedeutet Krieg, Herr Feder! Und die Schädelstätte würde noch höher sein als der Tributberg. Das Problem wäre geblieben, aber dann mit umgekehrten Vorzeichen.

Feder: Herr Professor Nölting! Nur ganz kurz zur Richtigstellung. Erstens ist es nicht richtig, daß nur 400 Millionen Rentenmark in Umlauf gewesen seien. Sie wissen

genau, es sind 2,3 Milliarden Rentenmarkscheine in Verkehr gebracht worden, und dann noch die 2,5 Milliarden Goldmarkscheine. Von den Goldmarkscheinen, die wir heute haben, war nur ein Drittel mit Gold gedeckt. Es sind also mindestens 4,5 Milliarden ohne sogenannte Deckung, wie Sie sie wünschen, in Umlauf gewesen. Ferner ist es unrichtig, wie Sie vorhin sagten: daß zu Beginn von 340 Milliarden Forderung die Rede gewesen ist. Das ist niemals der Fall gewesen. Lesen Sie im Versailler Vertrag nach, da werden Sie finden, daß man zuerst 40 Milliarden und, falls diese gezahlt werden, weitere 80 Milliarden noch dazu fordern wollte. Im ersten Londoner Vertrag sind 132 Milliarden — die Zahl haben Sie vorhin auch nicht richtig wiedergegeben — gefordert, und nunmehr sind durch den Dawesplan, der keine Endsumme festgesetzt hat, im Youngplan zu den bereits bis im vergangenen Jahr gezahlten etwa 50 Milliarden weitere 114 Milliarden dazugekommen. Sie haben mich dann gefragt: Glauben Sie, könnten wir nach außen uns da lösen? Ja, selbstverständlich, *nach außen ist die Brechung der Zinsknechtschaft* keine Frage des freien persönlichen deutschen Entschlusses. Denn da stoßen wir auf einen uns entgegengesetzten Willen. Es ist dies eine hochpolitische Frage und damit natürlich *eine reine Machtfrage.* Hier können wir nicht mehr mit irgendwelchen finanztheoretischen oder wirtschaftspolitischen Überlegungen kommen, hier ist es rein die Frage, ob wir die Macht haben, diese Ketten abzuwerfen. Werfen wir die Ketten nicht ab, dann steht am Ende dieses Golgathaweges, Herr Professor, wie Sie sich so poetisch ausgedrückt haben, die Kreuzigung und der Tod. Deshalb müssen wir diese Ketten abwerfen. Wir müssen außerdem sehr klar und deutlich unterscheiden zwischen den privaten Schuldverbindlichkeiten dem Ausland gegenüber und den politischen Schulden. Soweit es sich bei der deutschen Auslandsverschuldung, die ich vorhin mit 26 Milliarden beziffert habe, um tatsächliche private Darlehen handelt, die zum größten Teil in Deutschland in Werte und Anlagen umgesetzt worden sind, die uns volkswirtschaftlichen Ertrag bringen, so wird auch eine kommende nationalsozialistische

Regierung — nach genauer Prüfung der Sachlage — für eine möglichst beschleunigte Zurückzahlung der geliehenen Gelder sorgen, was natürlich keineswegs ausschließt, daß wir durch Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern eine Herabsetzung der Zinsraten und eventuell auch der ganzen Forderung anstreben. Das diente nur unserer Nation und damit dem deutschen Arbeiter. Es wird die kommende Regierung sich dabei von dem Grundsatze leiten lassen, daß Leistung und Gegenleistung in gerechtem Verhältnis zueinander stehen müssen. Darf ich nur darauf hinweisen, daß durch die erhöhte Kaufkraft, gemessen am Goldindex, heute schon unsere Lasten *bedeutend* schwerer geworden sind als seinerzeit? Soweit es sich bei den eingegangenen finanziellen Verpflichtungen um rein politische Forderungen handelt, denen keinerlei tatsächliche Leistungen auf seiten der alliierten und assoziierten Regierungen gegenüberstehen, erkennen wir eine Rechtsverbindlichkeit nicht an. Wenn Sie die Verlautbarungen der Tagespresse verfolgt haben zum ersten Januar, so konnte Ihnen nicht verborgen bleiben, daß der *Revisionsgedanke marschiert*, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt. Vor uns steht selbstverständlich als politisches Hochziel nicht nur die Revision, sondern die *Aufhebung* der Verträge, dieser grauenvollen Verträge, die nach meiner Überzeugung und auch nach der Überzeugung sehr vieler in der ganzen weiten Welt im letzten Grunde die tiefste Ursache sind für das wirtschaftliche Elend in Europa und in der ganzen Welt. Diese Lastenabschüttelung, diese Seisachtheia, ist unser politisches Hochziel. Dieses Hochziel kann natürlich — darüber sind wir uns ganz klar — nur Schritt für Schritt erreicht werden. Wir werden auf gewaltige Widerstände stoßen, die eben überwunden werden müssen, wir werden aber ebenso allenthalben Helfer finden. Mit Dank und Befriedigung gedenken wir Mussolinis, der in seiner Botschaft an das amerikanische Volk den Satz geprägt hat, *daß auch Verträge ihre Zeit haben*. Ich erinnere an die Äußerungen des Schweden Cassel und des Engländers Keynes und verschiedener amerikanischer Senatoren, die die Undurchführbarkeit der

Dawes- und Young-Zahlungen mit klaren Worten zum Ausdruck gebracht haben. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch natürlich die gegenseitige Garantieverpflichtung des Völkerbundes ausschließen. Wir müssen heraus aus diesem Völkerbund und uns national selbst besinnen. Wir Nationalsozialisten dürfen mit Stolz sagen: Wir haben jetzt die Nation wachgetrommelt. Mit Freude stellen wir fest, daß das Jahr 1930 ein Jahr des Erwachens gewesen ist, dem das Jahr 1931 als Jahr der Tat folgen wird.

Nölting: Herr Feder! Ich weiß nicht, ob es sehr angebracht war, diese Dankadresse an den italienischen Duce abzugeben. Wir kommen, wie mir scheint, aus der fürchterlichen Lage, in der wir uns befinden, nicht dadurch heraus, daß wir nun Europa wieder in zwei neue Heerlager spalten. Denn wir brauchen die Befriedung von Gesamteuropa. Dieses Sichanbiedern, dieses krampfhafte Suchen nach Bündnispolitik, dieses Nachlaufen hinter Mussolini mit erhobenem Zeigefinger: „Ich möchte mal gern!", das bringt uns nicht weiter, entspricht außerdem auch nicht der nationalen Würde. Denn es ist, glaube ich, nicht national würdevoll, sich als Landsknechte wieder in die Höhe zu dienern und zu schnappen nach den Brocken, die von dem Tische der Großen abfallen. Ich darf Sie darauf auch einmal hinweisen, daß Italien schon einmal unser Bundesgenosse gewesen ist. Was bleibt Ihnen außer Italien noch übrig? Vielleicht Sowjetrußland, Herr Feder? Eine merkwürdige Kombination: Herr Stalin auf der einen, Herr Hitler auf der andern Seite. Das würde ein tolles Durcheinander von Hitler-Rufen und „Heil-Moskau"-Rufen geben. Und Deutschland — das ist das Schlimme —, Deutschland eben würde das Aufmarschgelände werden bei einem solchen Krieg. Es ist immerhin anerkennenswert, daß Sie die privaten Schuldverpflichtungen wenigstens anerkennen wollen. Freilich, Ihre Rede war da sehr dunkel. Denn Sie werden es sich überlegen, sagen Sie, in welcher Weise Sie diese Schuldverpflichtungen nun später erfüllen werden. Ich glaube, eine einseitige Festsetzung von Ihrer Seite würde zu sehr schroffen Gegenwehraktionen führen. Es würde eine drei-

fache Sperre über Deutschland verhängt werden: die Rohstoffsperre, die Absatzsperre und die Kreditsperre. Und ich darf Sie daran erinnern, daß wir immerhin 6—7 Milliarden kurzfristiger Anleihen in Deutschland haben. Warum sind unsere Zinssätze so wucherisch? Die sind so wucherisch, weil eine ungeheure Risikoprämie aufgeschlagen wird. Und die wird aufgeschlagen, weil es brenzlig in Deutschland riecht, weil Sie den Geruch kommenden Bürgerkriegs in das Land gelegt haben. Es kommt eine Konvertierung nur, wenn man uns draußen wieder traut. Es muß erst der Sumpfboden unter unsern Füßen wieder festes Land geworden sein, bevor wir an solche Herabsetzung denken können. Aber dadurch, daß wir mit dem Säbel rasseln, oder dadurch, daß wir uns einseitig festlegen in einer bestimmten Aufmarschpolitik, dadurch kommen wir bestimmt nicht weiter, sondern dadurch verlieren wir den Boden, den wir hatten. Wenn Sie vorhin meinten, daß am Ende dieses Golgathaweges die Kreuzigung stände, dann hab' ich Ihnen nur zu antworten, daß man nicht aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen soll, daß Ihre Politik lediglich dahin führte, daß wir die Kreuzigung noch etwas eher hätten.

Feder: Herr Professor! Es ist seltsam, wenn ein Marxist als der Wahrer der deutschen Würde sich aufspielt. Nehmen Sie mir das nicht übel! Denn Ihr Genosse Crispien war der Mann, der das Wort geprägt hat: Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt. Aber gehen wir darüber hinweg. Sie unterstellen mir wiederum kriegerische Absichten. Ich muß mit aller Entschiedenheit feststellen, daß dieser unser Wille zur nationalen Selbstbesinnung und Selbsterhaltung keineswegs irgendeine Spitze gegen irgendeine Nation bedeutet. Uns bewegt nicht der Revanche-Gedanke, der zu kriegerischen Verwicklungen führen müßte, wir verlangen aber das Recht, unsere nationalen Verteidigungsmittel nach Maßgabe der Gefährdung unseres Volkes auszubauen, oder, was uns bedeutend lieber wäre, einen Abbau der Rüstungen der Gegner, wie es auch der Versailler Vertrag vorsieht. Aber das sind, wie gesagt, alles Machtfragen, die nicht durch theoretische Erörterungen und geistreiche Bemerkungen

gelöst werden können, sondern nur durch eine ganz klare Bündnispolitik. Sie lieben offenbar die „splendid isolation“, diese glänzende Vereinsamung Deutschlands, und wollen weder nach Italien noch nach irgendeiner Seite Anschluß suchen. Ehrliche und klare Worte wirken viel besser — auch im Ausland — auf unsere Kreditwürdigkeit als die immer wiederholten Unterwürfigkeitserklärungen und das dauernde Bemühen, unerfüllbare Forderungen zu erfüllen. Der letzte und tiefste Grund unserer fanatischen Gegnerschaft — um nur noch ganz kurz ein paar Worte zur Innenpolitik zu sagen — gegen die Erfüllungspolitik der Reichsregierung ist ja, daß die These der Brüning-Regierung und des Finanzministers Dr. Dietrich, die er in seiner Etatrede zum Ausdruck gebracht hat, immer wieder betont: *erst Sanierung, dann Revision*. Dem setzen wir Nationalsozialisten entgegen die *Forderung nach sofortiger Revision*, weil eben eine Sanierung der deutschen Finanzen *unmöglich ist*, solange die wahnsinnigen Tributlasten ohne jede Gegenleistung bestehen bleiben. Auch im Privatleben wird niemand einem Schuldner Nachlaß gewähren, wenn er sich saniert und diese Sanierung nur durch Schuldenmachen nach dem bewährten Rezept von heute vor sich geht, dann werden wir dem Ausland gegenüber in eine immer tiefere Knechtschaft und außerdem in den Ruf unehrlicher Partner kommen.

Nölting: Ich darf zum ersten nur sagen: Bündnispolitik führt immer an den Punkt, wo man in der Rüstung erstarrt, und wo dann die Gewehre von selbst losgehen. Aber zum zweiten: Sie machten mir wieder den Vorwurf mangelnden Nationalgefühls und wollten es dem Marxisten verargen, wenn er überhaupt von seinem Vaterland spricht. Es ist der alte Vorwurf: wir zerreißen die Nation. Die Nation ist zerrissen durch Klassengegensätze, die sie furchen. Und solange wir die nicht zuwerfen können durch eine Änderung der Besitzordnung, solange zerfällt die Nation in zwei Völker. Es gibt Volksgemeinschaft erst auf geebnetem Grund, und wenn Sie das Wort von Crispien eben erwähnten: „Der Arbeiter hat kein Vaterland“, so haben wir immer hinzugesetzt: „Nun wohl, dann wollen wir's

ihm schaffen." Es entsteht die Klasse nicht dadurch, daß wir sie soziologisch begrifflich entdeckt haben, und es wird die Klasse nicht dadurch abgeschafft, daß Sie sie leugnen. Solange es Klassengegensätze gibt, solange gibt es auch Klassenkampf. Denn die Machtverschiebungen können sich nur im Klassenkampf durchsetzen. Und erschrecken Sie doch nicht immer bei diesem Wort! Denn dieser Klassenkampf hat eine lange Registratur. Er reicht von *unserm* Stimmzettel bis zu *dem* Schafott, auf dem nach Herrn Hitlers Wort in Leipzig unsere Köpfe einmal rollen sollen, Herr Feder. Gehen Sie durch den Osten von Berlin und dann durch den Westen, dann wissen Sie, weshalb es Klassenkampf gibt. Wenn man die Arbeiterkinder von den höheren Schulen fernhält, wenn im alten Preußen unter 13 Oberpräsidenten sich *ein* Bürgerlicher befand, und der war noch konservativer und noch vertrottelter als die andern; wenn man uns Reichsfeinde nannte und uns nicht mal Nachtwächter werden ließ: dann war das auch Klassenkampf. Sie müssen einmal lernen, die Welt von der Kehrseite zu sehen. Der erste Mai ist genau so politisch, Herr Feder, wie's Kaisers Geburtstag ist. Und auch Sie treiben Klassenkampf. Denn Sie wühlen die kapitalistischen Zwischenschichten auf und fügen nur dem proletarischen Kampf noch den mittelständlerischen Klassenkampf hinzu. Und ob dieser Klassenkampf vornehmer geworden ist durch Ihre Geste, Herr Feder — ich sehe vorläufig nur, daß er lauter geworden ist.

Feder: Herr Professor Nölting! Der Klassenkampfgedanke ist gerade das, weshalb wir den Marxismus hassen. Der *Klassenkampfgedanke ist der furchtbarste Angriff auf die Einheitlichkeit und Geschlossenheit und Stoßkraft der Nation.* Wir hassen den Marxismus, *weil die theoretische Gleichmacherei und die materialistische Geschichtsauffassung eine Zerstörung der Persönlichkeitswerte bedeutet.* Wir hassen den Marxismus, *weil er alle seine großen Versprechungen zum Beginn dieser Epoche, in der wir heute stehen, nicht erfüllt hat.* Und nur

danach fragt der Arbeiter: Was hat ihm die deutsche Republik von heute gebracht? Millionen liegen auf der Straße und nicht Freiheit, Friede und Brot, wie Sie versprochen haben. Wir Nationalsozialisten pflegen den Selbsterhaltungswillen und den Gedanken der Volksgemeinschaft im Innern. Wir sind nach außen die Wahrer des deutschen Wehrgedankens, Sie sind nach außen die Wortführer für den Pazifismus, also für die Unterwürfigkeit. Wir wollen der deutschen Arbeit wieder zu ihrem Ertrag verhelfen. Weil wir Nationalsozialisten das Volk lieben, deshalb hassen wir den Marxismus. Weil uns die Ehre gegen Profit steht, weil uns die Volksgemeinschaft vor dem Klassenkampf kommt, und weil wir den Wehrwillen vor den Pazifismus setzen. Und wenn Sie heute noch lächeln über unsere Gedankengänge, Herr Professor: Die Utopien — wie Sie sie nennen — von heute sind die Realitäten von morgen. Die Geschichte wird einmal darüber entscheiden, wer recht behalten hat.

Nölting. Es ist sehr hübsch, daß Sie Ihre Volksgemeinschaftsansage damit beginnen, daß Sie unauslöschlichen Haß gegen die Marxisten verkünden. Ich sagte Ihnen eben schon: so billig ist Volksgemeinschaft nicht zu haben, durch lediglich Deklamationen, und der Klassenkampf, den wir anerkennen, unterscheidet sich dadurch von den andern Klassenkämpfen, daß er uns nicht ein endloses, sich immer wiederholendes Geschehen ist, sondern über der marxistischen Klassenlehre liegt der Schimmer sozialer Prophetie. Sie tendiert dahin, sich selbst aufzuheben. Denn mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel werden auch die Existenzbedingungen der Klassengegensätzlichkeit beseitigt. Und so wächst Friede aus Kampf, und so entquillt dem Haß Liebe. Denn es ist die Klasse nicht nur ein Gefäß, in dem sich negative Affekte sammeln, Haß gegen Könige, Haß gegen Ausbeuter, sondern es ist der Klassenkampf die Form, in der wir diese aufgespeicherten Affekte umsetzen in motorische Kraft. Aus

unserem Haß gegen Institutionen wächst jene geschichtliche Bewegung, die bessere Zustände heraufführen soll.

Feder: Das ist die Romantik eines sterbenden Systems, Herr Professor.

Grundsätzliches über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

Erster Druck im Jahrbuch für 1932

1. Aufgabe und Sinn der Wirtschaft

Die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit hat die Aufgabe, in erster Linie die drei Urbedürfnisse aller Volksgenossen an Nahrung, Wohnung und Kleidung in angemessener Weise zu decken und darüber hinaus alle Bedürfnisse kultureller und zivilisatorischer Art nach Maßgabe des jeweiligen Standes der Technik und der Einkommensverhältnisse zu befriedigen. Die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit ist dienendes Glied im Gesamtorganismus des Volkes, sie ist im besten Sinne Dienst am Volk für die Größe und Wohlfahrt der Nation.

Die Wirtschaft eines Volkes ist nicht Selbstzweck, sie ist nicht dazu da, um die einzelnen Wirtschaftsführer zu bereichern auf Kosten ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter, noch weniger ist sie dazu da, um als Ausbeutungsobjekt für die internationale Hochfinanz zu dienen.

2. Form der Wirtschaft

Drei Möglichkeiten gibt es, Wirtschaft zu treiben:

1. Freie Wirtschaft ohne jede Bindung (kapitalistisch-liberal),

2. gefesselte, gebundene Planwirtschaft (marxistisch-kollektivistisch),

3. ständisch gegliederte, echte Volkswirtschaft (universalistisch-nationalsozialistisch).

Die völlig ungebundene kapitalistische Wirtschaftsform führt zu immer schärferen Gegensätzen zwischen arm und reich, sie erzeugt Ausbeutungsmethoden, die in eine Entpersönlichung und Entedelung der ganzen Wirtschaft ausmünden, und entfesselt fortgesetzte Wirtschaftskämpfe, denen der Staat selbst machtlos und untätig zusehen muß. Die gefesselte, planmäßig gebundene, marxistische Wirtschaftsform der Sozialisierung der Produktionsmittel führt zu einer Ausschaltung des mächtigsten Wirtschaftsfaktors, der schöpferischen Persönlichkeit. Eine solche Wirtschaft verödet und sinkt in ihrem Ertragsreichtum.

Nur die organisch gegliederte nationalsozialistische Wirtschaft allein, die der schöpferischen Persönlichkeit wieder die Bahn frei macht von kapitalistischer Ausbeutung und marxistischer Gleichmacherei, kann unter sorgsamer staatlicher Fürsorge eine Quelle echter Wohlfahrt für die Volksgesamtheit werden.

Die klassenkämpferische Spaltung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß überbrückt werden durch die nationalsozialistische Parole:

Arbeiter der Stirn und Faust, vereinigt Euch!

Nur so wird jeder an seinem Platz das Beste für sein Volk leisten können und damit auch für sich selbst.

3. Staat und Wirtschaft

Im liberalistischen Zeitalter wurde die organische Wirtschaftsführung aufgelöst, und es entwickelte sich ein wilder Machtkampf zwischen Staat und Wirtschaft.

Dieser Machtkampf kann zwei Ergebnisse zeitigen: Entweder rein materialistisch-kapitalistische Interessen siegen über den Staat und damit über die Bevölkerung (Zins-

knechtschaft), oder die politischen Machthaber reißen den ganzen Wirtschaftsapparat an sich (sozialisieren ihn), dann wird der ganze Staat selbst zur Wirtschaftsmaschinerie und sinkt auf die Stufe eines Arbeitszwangsinstituts herunter, wie in Rußland.

Der Nationalsozialismus weist dem Staat unbedingt die Vorrangstellung vor der Wirtschaft an, denn der Staat als Repräsentant, als Hüter von Macht, Ehre und Ansehen der Nation, als Mehrer des Reiches darf sich nicht selbst betätigen in der produktiven Wirtschaft, da er dann allzubald in die Interessenwirtschaft einzelner Wirtschaftszweige hineingezogen würde und nicht mehr frei für das Allgemeinwohl sorgen könnte.

Daraus ergibt sich im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft 1. das Aufsichtsrecht des Staates über die Wirtschaft und 2. das Eingriffsrecht des Staates durch polizeiliche, verwaltungsrechtliche und finanzpolitische (steuerliche) Maßnahmen, falls das Gesamtinteresse des Staates dies verlangt.

4. Grundlagen der Wirtschaft

Die schöpferische, schaffende Arbeit, die Arbeit der Stirn und Faust, ist Grundlage aller Wirtschaft. Ihr, der Arbeit, gebührt deshalb der erste, der Ehrenplatz in der ganzen Wirtschaft. Vermögen, Eigentum, Besitz, Gewinn materieller Güter aller Art, Geld, Kapital, Häuser, Fabriken, Produktionsmittel, Maschinen, ja selbst Bau- und Kulturland sind alles erst Früchte der schaffenden Arbeit. Die vornehmste Aufgabe des kommenden Staates wird der Schutz der schöpferischen Persönlichkeit und der Schutz der Arbeitskraft vor Ausbeutung sein. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert, und jede Arbeit muß ihren angemessenen Ertrag abwerfen. Daraus folgt, daß die Erträgnisse fleißiger und tüchtiger Arbeit, sei es urbar gemachter Boden, seien es Werkzeuge und Güter, in den freien Besitz und das Eigentum des

Schaffenden übergehen und ihm durch Gesetz und Recht geschützt werden. Dasselbe gilt für geistige Urheberrechte.

Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.

Er bindet aber das Eigentumsrecht an sittliche Pflichten gegenüber der Volksgesamtheit.

Der Nationalsozialismus erkennt auch das Erbrecht an, da für ihn die Familie die wichtigste staatliche Zelle ist.

Das Recht auf den Arbeitsertrag darf nicht so aufgefaßt werden, als sei es jemals möglich, den Verkaufswert eines Produktes zur Lohngrundlage zu machen. In den Preisen (Verkaufspreisen) der Produkte müssen die sehr zahlreichen Posten mitenthalten sein für Rohstoff, Maschinenabnützung und -erneuerung, Gebäude, Hilfsarbeiter, kaufmännische und technische Leitung, soziale und sanitäre Einrichtungen, ferner für Erziehung und Nachwuchs, Alters- und Krankenfürsorge, für die Staatseinrichtungen zur Ermöglichung und Sicherung der Produktion, Rechtspflege, Handelsverträge, ja auch der nationalen Produktion durch Polizei und Heer usw.

Neben dieser am meisten verbreiteten Form des Privateigentums ist selbstverständlich auch kollektivistisches Eigentum möglich in Gestalt von Staats- und Kommunaleigentum, genossenschaftlichem oder Eigentum von Rechtspersönlichkeiten nach bürgerlichem Recht usw. Im Gegensatz zu dem kapitalistischen und marxistischen System wird es der nationalsozialistische Staat jedem Schaffenden wieder ermöglichen, zu Eigentum zu gelangen.

Die besitzlosen Proletarier sollen im nationalsozialistischen Staat durch Fleiß und Tüchtigkeit zu Besitz gelangen. Sie sollen spüren, daß sie Vollbürger und Teilhaber an der gesamten nationalen Produktion sind.

5. Arbeit und Kapital

Der Kapitalismus hat es verstanden, sich die Arbeit völlig zu unterjochen, sie auszubeuten und zinspflichtig zu machen. Er hat damit das natürliche und gesunde Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital (Geld) geradezu auf den Kopf gestellt. Der heutige Zustand im Staat, in den Gemeinden, in der Wirtschaft zeigt die furchtbarsten Folgen dieser ungesunden, ja tödlichen Entwicklung. Der Nationalsozialismus nennt diesen Zustand: *Zinsknechtschaft.*

Die Despotie des Leihkapitals begnügt sich nicht mehr mit den einfachen Formen der *Geldleihe,* längst hat sie durch Anonymisierung (Umwandlung der Wirtschaftsbetriebe in Aktiengesellschaften) die schöpferischen Persönlichkeiten um den besten Teil ihrer Wirkungsmöglichkeiten gebracht und *die Wirtschaft von ihrer ursprünglichen Aufgabe der Bedarfsdeckung auf den reinen Profitstandpunkt umgestellt.* Darüber hinaus ist es dem Finanzkapital gelungen, auch die Finanzgebarung der öffentlichen Hand ganz auf das unheilvolle Anleihewesen (lies: Schuldenmachen) umzustellen, und in weltweitem Ausmaß bedeuten die grauenvollen Staatsverträge zwischen Deutschland und den Alliierten (Versailler Vertrag, Dawespakt und Youngplan) die Vollendung der *Zinsherrschaft der Hochfinanz über die deutsche Arbeit.*

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist die größte und bedeutungsvollste wirtschaftspolitische Aufgabe, die der nationalsozialistische Staat zu lösen hat. Sie ist die Voraussetzung für die Wiedergesundung der Wirtschaft. Einzelheiten über die von der N.S.D.A.P. beabsichtigten Maßnahmen sind zur Genüge in den parteioffiziellen Schriften dargestellt.

In der Übergangszeit wird der nationalsozialistische Staat in maßvoller Weise von seinem Geldschöpfungsrecht Gebrauch machen für die Finanzierung großer öffentlicher Aufgaben und des Wohnungsbaues im Sinne meiner bekannten Vorschläge (Bau- und Wirtschaftsbank usw.).

6. Die organische Volkswirtschaft

Der nationalsozialistische Wirtschaftsaufbau: Die Wirtschaft ist ein kunstvoller Gliederbau. Die heute bestehenden Querverbindungen (Arbeiterschaft, Angestellte, Beamte, Unternehmer, Syndikate) führen zur Aufspaltung der Wirtschaft in verschiedene Interessentengruppen, die in offenem oder verstecktem Kampf gegeneinander stehen.

Die echte, wahre Wirtschaft strebt nach Auflösung dieser unorganischen Querverbindungen und nach Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den verschiedenen Wirtschaftszweigen im Sinne einer berufsständischen Gliederung.

Der nationalsozialistische Staat betrachtet es als eine seiner allerwichtigsten Aufgaben, das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der vergifteten Atmosphäre des Klassenkampfes und Kastendünkels herauszuheben und alle im Produktionsprozeß Beschäftigten in Treue und Verantwortlichkeit auf das gemeinsame Ziel der nationalen Arbeit einzustellen.

Unter Einräumung weitgehender Selbstverwaltung werden die Berufsstände die Regelung der Lohn- und Urlaubsverhältnisse durchzuführen haben; sie werden vor allem auch für die Wiedererweckung der Berufsehre wirken und alle persönlichen Beziehungen der in den Betrieben Beschäftigten und sie Leitenden regeln. Diese Berufsstände werden in Bezirks-, Kreis- und Landesverbände zusammengefaßt und in einer zentralen Stelle im Reich ihre Spitze finden.

Neben diesen die persönlichen Beziehungen regelnden Berufs- und Ständekammern werden als Neuerscheinung im Wirtschaftsleben die sog. Wirtschaftskammern gebildet aus unabhängigen, an der Wirtschaft selbst persönlich in keiner Weise interessierten oder davon abhängigen Männern. Die Wirtschaftskammern haben die

Aufgabe, die Bedeutung der einzelnen Berufszweige zu prüfen, zu überwachen im Sinne und im Dienste der Interessen der Allgemeinheit.

Eine besonders wichtige Aufgabe dieser Wirtschaftskammern wird die Pflege des inneren Marktes und die sorgsame Überwachung des Außenhandels sein.

Die Wirtschaftskammern werden im Reichswirtschaftsrat zusammengefaßt, der die Allgemeininteressen der ganzen Nation gegenüber Sonderwünschen und Interessen einzelner Wirtschaftszweige wahrt.

Beispiel:

In den Jahren 1925—1930 hatte die sächsische Textilindustrie eine außerordentliche Konjunktur durch die Mode der hellen Damenstrümpfe, die in die ganze Welt hinausgingen. Zu gleicher Zeit haben die deutschen Wirkmaschinen-Industriellen ihre Wirkmaschinen auf der ganzen Welt angeboten. Jede ins Ausland verkaufte Wirkmaschine bedeutet für die deutsche Textilindustrie Konkurrenz der deutschen Textilarbeiter, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Die Wirtschaftskammern des Dritten Reiches werden die Aufgabe haben, einen derartigen gegenseitigen Konkurrenzkampf unmöglich zu machen, Wirkmaschinen, die dem deutschen Textilarbeiter das Brot wegnehmen, dürfen nicht ausgeführt werden. Ein modernes Beispiel großen Stils sind die Aufträge Sowjet-Rußlands, welche an die deutsche Industrie erteilt wurden, um damit einen furchtbaren Konkurrenzkampf gegen die deutsche Wirtschaft eröffnen zu können.

7. Handelspolitik

Grundsatz der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik ist:

Alle Erzeugnisse, die in Deutschland wachsen oder hergestellt werden können, dürfen nicht vom Ausland bezogen werden. Das bedeutet den Schutz der deutschen Wirt-

schaft in Stadt und Land vor ausländischer Konkurrenz.

Wenn heute Deutschland für rund 4000 Millionen ausländische Nahrungsmittel (Weizen, Gerste, Obst, Gemüse, Butter, Eier, Käse, Fleisch usw.) einführt, so bedeutet dies Elend und Not in der deutschen Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit und dauernden Aderlaß am deutschen Nationalvermögen. (Beispiel: Die Gefrierfleischeinfuhr.) Ebenso unerhört ist die Tatsache, daß für über 2000 Millionen Fertigwaren (Kleider, Wäsche, Maschinen, Automobile, Eisenwaren usw.) vom Ausland nach Deutschland eingeführt wurden. Ein Deutscher, der ein teures ausländisches Auto kauft, bezahlt damit zirka 3000 RM. Löhne an ausländische Arbeiter. Die deutschen Arbeiter, die das gleiche leisten könnten, werden erwerbslos, und die deutschen Steuerzahler müssen noch 2000 RM. Erwerbslosenunterstützung auf jeden derartigen Autokauf drauflegen. Das Verbot, überflüssige ausländische Waren einzuführen, bedeutet keineswegs eine törichte und undurchführbare Abschließung gegen das Ausland und gegen den Weltmarkt, sondern ebenso wie das Ausland die hochwertigen deutschen Qualitätserzeugnisse noch auf eine lange Reihe von Jahren braucht, benötigen wir dringend die Rohstoffe, deren unsere Veredelungsindustrie unbedingt bedarf: Baumwolle, Wolle, Kupfer, Häute, Felle, Mineralöle, Eisenerze usw.

8. Übergangsmaßnahmen

Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Der Nationalsozialismus wird bei der Übernahme der politischen Macht eine geradezu furchtbare Lage der deutschen Wirtschaft antreffen. Eine 5-Millionen-Armee von Arbeitslosen fordert die Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß, die Staatsfinanzen sind zerstört, Staat und Wirtschaft vollständig verschuldet, die Steuer- und Kaufkraft der Bevölkerung ist erlahmt, die Staatskassen sind leer, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe sind am Zusammenbruch. Dazu herrscht ein System der

Verantwortungslosigkeit, Korruption und parteipolitischen Futterkrippenwirtschaft, und der Geist ist vergiftet vom Klassenkampfgedanken. Da gilt es zunächst eine gewaltige Reinigungs- und Erziehungsarbeit durchzuführen.

Arbeit und Brot gilt es zu schaffen.

Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird zunächst eine halbe Million deutscher Volksgenossen vom Fluch der Arbeitslosigkeit erlösen. Der notwendige Abbau der Mietgesetzgebung wird zunächst in der Form erfolgen, daß die Hauszinssteuerpflichtigen mindestens zur Hälfte von ihrer Steuerpflicht befreit werden, wenn sie für die freigestellten Beträge die Quittungen beibringen über Reparaturarbeiten an ihrem Anwesen. Es würden Hunderttausende in Nahrung gesetzt und Hunderttausende wieder in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert werden.

Im Anschluß daran wird das Baugewerbe Beschäftigung finden durch Förderung des Bau- und Siedlungswesens, durch die Bereitstellung billiger (zinsloser) Kredite nach meinen Vorschlägen durch Errichtung sozialer Bau- und Wirtschaftsbanken.

Unter staatlichem Druck wird eine ausgiebige Einfuhreinschränkung durchgeführt und die Nachfrage auf den inneren Markt gelenkt werden. Die Landwirtschaft wird nachdrücklichst durch Zinsabbau, Umschuldung, Steuererleichterung und durch die Bereitstellung billiger Kredite in die Lage gesetzt, die Einfuhr von Eiern, Obst, Gemüse, Fleisch, Butter usw. auf deutschem Grund und Boden zu erzeugen und auf den Markt zu bringen. Es muß gelingen, mindestens 2 Milliarden Lebensmitteleinfuhr durch Eigenerzeugung überflüssig zu machen. Dies würde aber die Wiedereingliederung von mindestens 1 Million Erwerbsloser in die Produktion gestatten. Das gleiche Ziel wird erreicht durch Ausschaltung der Einfuhr ausländischer Industrieerzeugnisse auf dem deutschen Binnenmarkt. Und wieder werden Hunderttausende in der sich wiederbelebenden Wirtschaft Beschäftigung finden. Auf finanzpolitischem Gebiet werden die stärksten Antriebe und Erleichterungen erfolgen durch Ab-

bau der hohen Zinsen, dadurch, daß zunächst die Reichsbank und die übrigen Notenbanken verstaatlicht werden.

Die Verstaatlichung des Realkredits und die Umwandlung (Konvertierung) der hochverzinslichen Pfandbriefe wird eine gewaltige Belebung auf dem Immobilien- und Baumarkt bringen.

Die Verstaatlichung bzw. die Stellung der Großbanken unter Staatsaufsicht wird eine Lockerung und Lösung weitester Wirtschaftskreise aus ihrer zinspflichtigen Verschuldung anbahnen.

Die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung wird eine ganz bedeutende Herabsetzung der Strompreise nach sich ziehen und auf die gesamte Produktion belebend einwirken.

Neben diese Maßnahmen, die eine gewaltige Belebung des Binnenmarktes bedeuten, treten die großen außenpolitischen Aufgaben, die hier nur angedeutet werden können:

Die Aufhebung der Youngtribute, Vergrößerung unseres Wirtschaftsraumes durch Zollabkommen usw. Eine kraftvolle Bündnispolitik wird die Wiederaufrichtung eines deutschen Staates der Arbeit und Leistung gewährleisten, der, fern von imperialistischen Zielen, sein einziges Ziel darin sehen wird, der deutschen Bevölkerung Arbeit und Brot in Freiheit und Ehre zu sichern.

Nationalsozialismus und Eigentum

Erster Druck in „Die Deutsche Volkswirtschaft" vom März 1932 (Nr. 2)

Der Nationalsozialismus versteht ganz im Sinne der historischen Entwicklung des Begriffs unter Eigentum: „die geordnete Verfügungsmacht über Sachen". Mit dem Ausdrucke „geordnet" wächst der Eigentumsbegriff in die Sphäre der Rechtseinrichtungen hinein, und so wird man den allgemeinsten Begriff des Eigentums als rechtliche Regelung der Verfügungsmacht über Sachen bezeichnen. Aber zweifellos ist eine Behinderung der freien Verfügungsmacht über Sachen beim einzelnen ebenso wie bei Gemeinschaften durch Einwirkung von außen möglich, so daß es sich beim Eigentum im letzten Grunde niemals um eine unbeschränkte Verfügungsmacht handeln kann. Als formal richtigste und zutreffendste Erklärung des „Eigentums" wird demnach wohl die anzusehen sein, die im Eigentum nur das letzte Recht der Entscheidung über eine Sache erblickt, nachdem vorher andere Personen oder die öffentliche Hand Rechte geltend machen können, die praktisch unter Umständen die freie „Verfügungsgewalt über Sachen" im weitesten Umfange aufzuheben vermögen.

Von größter Wichtigkeit erscheint mir in diesem Zusammenhange die Rangordnung der Ansprüche anderer. In erster Linie ergibt sich jeweils der Vorrang der öffentlichen Hand, dann folgen die Einschränkungen des Eigentums durch die Ansprüche von Privatpersonen in Form von Hypotheken oder Verpfändung von Ansprüchen. Ganz besonders einschneidend für unsere Be-

trachtung ist zweifellos der Vorrang der öffentlichen Hand bzw. des Staates. Zweifellos kann der Staat das Eigentum des einzelnen völlig aufheben, da er durch Enteignung einen Eingriff in das Privateigentum auf dem Wege eines obrigkeitlichen Zwangsaktes bis zur völligen Aufhebung des Eigentums vornehmen kann.

Dagegen schützt auch keineswegs ein noch so schönes Staatsgrundgesetz, das, wie der Artikel 153 der Reichsverfassung, das Privateigentum als unverletzlich erklärt.

Nach diesen ganz allgemeinen kurzen Richtlinien und formalen Betrachtungen über den Begriff des Eigentums, das man trotz der gemachten starken Einschränkungsmöglichkeit als

das in letzter Linie maßgebliche Rechtsverhältnis an sich

wird bezeichnen müssen, wird ein ganz kurzer Rückblick über die Geschichte des Eigentums notwendig sein, dies um so mehr, als der Nationalsozialismus es grundsätzlich ablehnt, irgendwelche utopischen Forderungen aufzustellen oder Begriffe zu bilden, die nicht historisch aus einer organischen Gestaltung und Betrachtung des Volkstums herauswachsen.

Im alten deutschen Recht gab es kein Eigentum an Grundbesitz. Das Land war Volksland, das an die einzelnen zum Lehen gegeben wurde. Erst bei dem Eindringen des Justinianischen Rechts wurde auch der Grundbesitz zum Individualeigentum erklärt, um ihn gegen Fürstengewalt und Kabinettsjustiz zu sichern. Diese Verankerung des Privateigentums auch an Grund und Boden in den Rechtssätzen des Mittelalters wurde nicht einmal durch die französische Revolution durchbrochen, und ich möchte an dieser Stelle mit allem Nachdruck gegenüber marxistischer Phraseologie und bolschewistischer Praxis darauf hinweisen, daß Artikel 17 der „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen" (Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte) ausdrücklich bestimmt: „Das Eigentum als ein unverletzliches und heiliges Recht kann nur aufgehoben werden, wenn eine öffentliche Notwendigkeit, die rechtmäßig fest-

gestellt ist, dies ausdrücklich verlangt und nur unter der Bedingung einer angemessenen Entschädigung."

Es kann also nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die allgemeine Vorstellung von der Anerkennung und dem Schutze des Privateigentums als der Grundlage der menschlichen Gesellschaft bis in die jüngste Zeit Gemeingut aller zivilisierten Nationen gewesen ist.

§ 903 des „Bürgerlichen Gesetzbuches" bestimmt: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder die Rechte anderer entgegenstehen, nach Belieben mit einer Sache verfahren und dritte Einwirkungen ausschließen."

An dieser Rechtsauffassung des heute in Deutschland geltenden Rechts scheint mir besonders bemerkenswert die ausdrückliche Bestimmung, daß der Eigentümer „nach Belieben" und unter Ausschluß der Einwirkungen „Dritter" über seine Sache verfügen könne, während die Möglichkeit gesetzlicher Beschränkung oder die Einschränkung durch Vorrechte anderer nur in einem Nebensatz erwähnt wird. Freilich hat die Praxis der letzten Jahrzehnte den deutschen Eigentümer von Sachen oder Grundbesitz in recht unliebsamer Weise belehrt, daß dieser Nebensatz nachgerade zum Hauptsatz geworden ist und die deutsche schaffende Volkheit in eine Epoche zügellosester Enteignung eingetreten ist.

Die schärfste und klarste Begründung für das Privateigentum im Gegensatz zur theoretischen Auflösung jedes Privateigentums im Anarchismus hat Aristoteles gegeben, indem er erklärt: „Alle Gemeinschaft ist gefährlich und bedingt leichter und stärker Streit als die rechtlich gesonderte Stellung des einzelnen. Das gesonderte Eigentum wird ein Anreiz zur Arbeit sein, da jeder dann diese für sich tut. Aber auch in bezug auf die Freude und Verpflichtung am Besitz steht die Vorstellung, es sei etwas unser eigen, sehr viel höher, zumal dadurch die Tugend der Freigebigkeit allein ermöglicht wird, die bei kommunistischem Leben ganz dahinfällt."

Im alten Rom rechneten die Juristen das Privateigentum zu den Institutionen des „ius gentium": ein Recht, das bei allen Völkern gehütet wird. In geistvoller Weise

hat Hobbes das Eigentum zweckhaft begründet — indem er allerdings zuerst von der kommunistischen Idee des „omnia omnibus“, „alles gehört allen“, „jeder kann frei zugreifen, soweit es in seiner Macht steht und er das in Besitz Genommene verteidigen kann“ — ausgeht, dann aber sofort die Erkenntnis daranschließt, daß dies einen Krieg aller gegen alle bedeutet. Das Recht aller auf alles könne daher nicht aufrechterhalten werden, und nur die Errichtung eines Privateigentums, also einer rechtlichen Regelung der Verfügungsmacht über Sachen, weise jedem einzelnen sein Rechtsgebiet an.

Hierin ist die Verbindung der Sache mit der Person gegeben, das Eigentum wird im Sinne und nach der Auffassung der modernen Rechtslehre gewissermaßen ein Stück der Persönlichkeit.

Gegen diese Begründung und Verankerung des Eigentumsbegriffs aus der Idee der geordneten menschlichen Gesellschaft heraus erhoben sich Angriffe, von denen kurz folgende zu nennen sind: Man unterstellt, daß das Urchristentum das Privateigentum verworfen habe. Dies ist indes keineswegs richtig, nur war das karitative Moment sehr stark ausgebildet, die Mitglieder der Gemeinde unterstützten sich brüderlich und halfen sich gegenseitig. Bei verschiedenen Sekten des Mittelalters, so bei den Katharern, Waldensern, den böhmischen Adamiten, den Wiedertäufern und anderen, tritt der Zwang zur Gemeinsamkeit des Lebens an die Stelle der freien Liebestätigkeit. Dagegen hat die katholische Kirche niemals Gütergemeinschaft verlangt oder das Privateigentum als Hindernis des Heils verdammt. Nur war diese Anerkennung des Privateigentums immer verbunden mit dem Hinweis, daß der Eigentümer vor Gott nur der Verwalter seiner Besitztümer sei, aus denen er den bedürftigen Mitmenschen mitteilen solle, die auszubeuten kraft seines Besitzes besonders verwerflich sei. Hierin ist auch die Augustinische Zinslehre verankert, die außerordentlich nahe verwandt mit der nationalsozialistischen Auffassung ist.

Die Utopien des Thomas Morus, des „Sonnenstaates“ des Campanella, worin auch Weibergemeinschaft gefordert

wird, bis zu Bellamys „Rückblick aus dem Jahre 2000“ können als romanhafte Gedankengebäude füglich übergangen werden. Dagegen erscheint der utopische Sozialismus Babeufs als geistiger Nährboden der marxistischen Theorien bemerkenswert. Babeuf läßt alle Güter dem Volke gehören und hat den Satz geprägt: „Allen steht ein Recht auf alles zu, die vollkommenste Gleichheit der Güter wird eingeführt.“ Das gleiche fordert Fourier, der die Beseitigung alles Privateigentums verlangt, und von Proudhon stammt das geflügelte Wort: „La propriété c'est le vol“ („Eigentum ist Diebstahl“).

Der marxistische Sozialismus schließlich sieht im Sinne seiner materialistischen Geschichtsauffassung im Privateigentum an den Produktionsmitteln eine ungerechte Zwangseinrichtung, durch die der Eigentümer über die Früchte der Arbeit Dritter verfügen kann und auf Kosten der Arbeiter einen Mehrwert erzielt.

In konsequenter Weiterentwicklung dieser Gedanken hat der Bolschewismus das Privateigentum aufgehoben. Er hat damit allerdings die Ausbeutung nicht beseitigt, sondern nur an Stelle der möglichen und geschehenen Ausbeutung der Arbeiter durch einzelne die Ausbeutung der Arbeiter durch die Masse gesetzt.

Dieser kurze geschichtliche Rückblick über Begriff und Inhalt des Privateigentums, über Begründung und Ablehnung des Privateigentums war unerläßlich, um die Stellung des Nationalsozialismus zum Privateigentum erklären, darstellen und begründen zu können. Die bisherigen Auffassungen ließen sich zweifellos in den beiden Extremen fassen: Anerkennung des Privateigentums und Ablehnung des Privateigentums. Die Leugnung des Privateigentums führt zu kollektiv-kommunistischer Wirtschaft, zu Zwang und Elend. Eine schrankenlose Anerkennung des Privateigentums, wie sie der westliche Kapitalismus gefordert hat und wie er sie sich durch bevorrechtigte Forderungen durch Staatsverträge (Dawes-, Youngplan) hat garantieren zu lassen versucht, führt ebenfalls für die einzelnen zur Auflösung des Privateigentums und damit zu Jammer und Elend.

Der Nationalsozialismus steht, wie unser Programm klar und eindeutig besagt, auf der Grundlage der Anerkennung des Privateigentums mit der ausdrücklichen generellen Beschränkung, soweit dieses eigener Tüchtigkeit und Leistung seine Entstehung verdankt, wobei mein Kommentar noch ausdrücklich die Vorleistung der Väter und Vorväter mit einbezieht. Das Erbrecht wird sohin ebenfalls anerkannt. Allerdings auch dieses wiederum mit der grundsätzlichen Einbeziehung der sittlichen Verpflichtung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen."

Der Nationalsozialismus strebt also eine Versittlichung des Eigentumsbegriffes an sowohl nach der Richtung, daß er im Sinne des allgemeinen Leistungsprinzips die Forderung aufstellt der eigenen Wertschöpfung und andererseits die soziale Verpflichtung einbezieht, die eine unbeschränkte Verfügung über das Privateigentum nur zuläßt, wenn sie im Dienste der Allgemeinheit erfolgt: „Gemeinnutz vor Eigennutz!"

Noch ein drittes Moment ist von ganz besonderer Bedeutung: der Vorrang des Staates sowie sein Eingriffsrecht und gegebenenfalls Enteignungsrecht über schlecht oder zum Schaden der Allgemeinheit verwaltetes Privateigentum. Gerade der letzte Gedanke soll, wird und muß die Vorstellungswelt des Individualismus mit seiner liberalistisch-kapitalistischen Rücksichtslosigkeit in der schrankenlosen Ausnützung des Privateigentums ablösen. Besonders die Tendenzen zu rücksichtsloser und schrankenloser Ausbeutung, die durch die modernen Formen des reinen Finanz- und Leihkapitals in die Wirtschaft hineingetragen worden sind, müssen verschwinden. Die Anonymisierung, die Form der Aktiengesellschaft in der Wirtschaft, führte zu einem geradezu erschreckenden Verfall der Wirtschaft, zu einer Entpersönlichung und Entedelung, die der gefährlichste Nähr- und Sumpfboden für marxistisch-kommunistische Ideen werden mußte.

So wird der Nationalsozialismus, der die Persönlichkeit

als bedeutendsten Faktor im Staats- und Wirtschaftsleben anerkennt, gegenüber Massenwahn und Geldmacht zu scharfer Kampfstellung gedrängt gegen gewisse Formen heute anerkannten Privateigentums.

Der Nationalsozialismus sieht in einer Rechtsordnung, die dem Fleißigen und Tüchtigen den Erwerb von Privateigentum ermöglicht und den Besitz des Erworbenen garantiert, die beste Grundlage für das Wiedererstarken der Wirtschaft, der Persönlichkeit und damit auch die Voraussetzung und Grundlage aller Kultur. Die Eingriffe des Staates sollen im allgemeinen nur dann erfolgen, wenn höhere Staatsnotwendigkeiten dies gebieterisch verlangen, und auch dies soll im allgemeinen nur gegen entsprechende Entschädigung geschehen, falls nicht allgemeine Opfer im Interesse der Gesamtheit (Kriegssteuern) verlangt werden müssen. Daß der Staat selbst sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften Kollektiveigentum besitzen können, versteht sich von selbst, ja, es wird der nationalsozialistische Staat im Sinne des Parteiprogramms, das in Artikel 13 die Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe verlangt, verschiedene Arbeitsgebiete verstaatlichen, die bisher während ihres wirtschaftlichen Aufbaues in Privathand lagen, wie z. B. die Elektrizitätsversorgung und die Kraftstoffversorgung. Es muß hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß eine Verstaatlichung im Bereiche der Produktionssphäre nicht beabsichtigt ist, da diese in ihrem Ertragreichtum durch die freie, selbstschöpferische Persönlichkeit getragen wird.

Ganz andere Grundsätze gelten dagegen im Bereiche der Zirkulation, also auf dem Gebiete der Verwaltung und der Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Bedarfsgütern im Bereiche des Verkehrs und vor allen Dingen auf dem Gebiete des Geldwesens. Die Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens ist geradezu zum Angelpunkt des nationalsozialistischen Programms geworden, und alle entgegenstehenden oder halben

Lösungen, die das Geldwesen dem Finanzkapitalismus oder einzelnen Berufsgruppen überlassen möchten, werden grundsätzlich abgelehnt. Man wolle ganz besonders bedenken, daß in der Hand des Leihkapitals der Zinswucher eines der gefährlichsten Instrumente war, um das Privateigentum und den Haus- und Grundbesitz zu enteignen, wie nicht weniger als 100 000 Konkurse in Deutschland während des letzten Jahrzehnts beweisen. Die grauenvolle Enteignungsaktion in der Nachkriegszeit durch die Inflation ist ein weiterer Beweis, wie gefährlich marxistische Ideologie im Verein mit kapitalistischem Raubrittertum für die Erhaltung des Privateigentums sich auswirkt.

Die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums im nationalsozialistischen Staat wird in nichts erschüttert durch den von unseren Gegnern immer wieder mit Vorliebe zitierten Artikel 17 unseres Programms, der von der Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Grund und Boden spricht. Eine Regierung, die nicht den Mut hat, unrechtmäßig erworbenen Besitz, auch wenn dieser die Gestalt rechtlich anerkannter Eigentumsformen angenommen hat, zu enteignen, und zwar ohne Entschädigung, ist nicht in der Lage, das ehrlich erworbene Eigentum vor Wucher, Raub und Diebstahl, besonders in den modernen Formen des Bank- und Börsenhyänentums, zu schützen.

Alles in allem steht sohin der Nationalsozialismus auf der Grundlage des Privateigentums, das er unter staatlichen Schutz stellt. Das Wohl des Volkes zieht aber der maßlosen Reichtumsanhäufung in den Händen einzelner eine Grenze. Wucher- und Schiebertum sowie die rücksichtslose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes wird mit dem Tode bestraft.

Durch die Brechung der Zinsknechtschaft, d. h. durch Befreiung des Staates und der Wirtschaft von seinen furchtbaren außenpolitischen Zins- und Tributverpflichtungen (ein politischer Akt), durch Verstaatlichung des Geld- und Kreditwesens mit dem Endziel der Zurverfügungstellung billiger, ja zinsloser Kredite für volkswirt-

schaftlich wichtigste Aufgaben, Umschuldung, Zinsen- und Steuernachlaß für die bedrängte Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie, wird erst wiederum der Aufbau des Privatvermögens ermöglicht werden, das in den letzten Jahren in allen Bevölkerungskreisen bis in seine Grundfesten erschüttert, belastet und gänzlich enteignet worden ist.

Eine grundstürzende Neuordnung des Geld- und Kreditwesens in Verbindung mit der Loslösung vom Goldstandard, zunächst auf dem inneren Markte, und damit eine Ermöglichung von Geld- und Kreditschöpfung, entsprechend den Erfordernissen der Volumensvergrößerung der Produktion, wird erst wieder die Voraussetzungen schaffen für die Wiedereingliederung von Millionen heute dem Fluch der Erwerbslosigkeit ausgelieferter Volksgenossen in den Produktionsprozeß. Die Nutzbarmachung bedeutsamer technischer Neuerungen wird den Arbeitsmarkt ungeahnt befruchten und die zweifellos bestehende Weltwirtschaftskrise auf dem Gebiete der technischen Produktion einer bedeutsamen Nachblüte zuführen, die es den Völkern gestattet, auf einem höheren Kulturniveau für die Wohlfahrt aller Volksgenossen zu sorgen.

Von ganz besonderer Bedeutung wird diese Grundeinstellung des Nationalsozialismus zum Eigentum für die heute besitzlosen Handarbeitermassen sein.

Der nationalsozialistische Staat wird sein ganz besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Arbeiterschaft aus ihrer hoffnungslosen Entwurzelung in den Großstädten wieder durch Seßhaftmachung mit der deutschen Heimaterde verwachsen kann. Sie soll wieder bodenständig werden, soll in den Besitz kleiner, hygienisch und wohntechnisch einwandfreier eigener Siedlungshäuser gelangen; sie soll dabei so viel Bodenfläche bekommen, daß sie in der Lage ist, durch Gartenbau und Kleintierzucht sich selbst über Krisen- und Notzeiten zu erhalten. In guten Zeiten wird ihr der eigene Garten eine höchst willkommene Erhöhung des Einkommens bedeuten.

Selbstverständlich setzt dies eine systematische Umschichtung der Bevölkerung voraus im Sinne einer Auflockerung der Großstädte und Rücksiedelung aufs

Land und in kleinere Landstädte im Sinne der großen, von Adolf Hitler inaugurierten Bevölkerungspolitik.

In einer möglichst großen Anzahl freier, selbständiger Existenzen sieht der Nationalsozialismus das beste und sicherste Fundament eines kraftvollen, wiederaufblühenden, körperlich und geistig gesunden und rassisch hochstehenden Staates der Arbeit und Leistung.

Eine spätere Zeit wird auch einmal auf dem Gebiete der Neugestaltung des Eigentumsbegriffes in dem nationalsozialistischen Gedanken eine Großtat erkennen, die unendlich viel Haß und Streit aus dem Völkerleben entfernt, indem sie klare Rangordnungen und Abgrenzungen zwischen Staatsmacht und Privateigentum schafft, indem sie Raub- und Wuchereigentum enteignet und damit eine neue Rechtssicherheit im Volk und unter den Völkern schafft.

Grundsätzliches zur Finanzierungsfrage des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Erster Druck in „Die Deutsche Volkswirtschaft" vom Mai 1932 (Nr. 5)

Eine Antwort an Dr. Brüning

Gregor Straßer hat in der Reichstagssitzung am 10. Mai 1932 die Grundzüge eines nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms verkündet. Der Reichskanzler Brüning hat in der Sitzung am folgenden Tage darauf u. a. folgendes erwidert: „Ich habe die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Straßer außerordentlich interessiert angehört, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch decken mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung in Vorbereitung hat. Herr Straßer hat gesagt, daß er in bezug auf die Arbeitsbeschaffung mit den Herren auf dieser Seite (nach links weisend) einig sei; deshalb brauche ich wohl nicht auszusprechen, daß ich mit ihnen einig sei. Die Geister scheiden sich allerdings in der Finanzierungsfrage. Ich für meine Person werde es unter allen Umständen ablehnen, und zwar aus innen- und außenpolitischen Gründen, irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen könnte, was vorübergehend populär machen könnte, was aber die Währung in schwerste Gefahr bringen würde . . . wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind."

Der Herr Reichskanzler hat durchaus recht mit seiner Forderung, in der Finanzierungsfrage ganz klare Wege zu wählen. Ich und mit mir die N.S.D.A.P. haben gerade in der Frage der staatlichen Finanzwirtschaft von jeher

Klarheit gefordert und die *Scheidung der Geister — mit Erfolg* — herbeizuführen gestrebt. Ich möchte daher im folgenden als *älteste und berufenste Autorität der N. S. D. A. P.* auf dem Gebiete der *Geld- und Kreditpolitik* dem Herrn Reichskanzler Brüning zur Vermeidung von Mißverständnissen und zur Erkenntnis der Frage, in welchem Lager nun eigentlich Klarheit über die Finanzierungsfrage herrscht, einiges Grundsätzliche erwidern. Der Herr Reichskanzler hat es für richtig befunden, in den letzten Wahlkämpfen der N.S.D.A.P. und *speziell mir persönlich* den Vorwurf zu machen, daß wir eine *Inflation* herbeiführen wollten. Den Beweis für diese Behauptung erblickt der Herr Reichskanzler — wie so viele andere, die ebenfalls die genannte Behauptung erhoben haben und noch erheben — in dem sogenannten „Federgeld", das die N.S.D.A.P. nach erfolgter Machtübernahme *angeblich* einführen wolle.

Rein formal ist zunächst festzustellen, daß seitens der N.S.D.A.P. von verantwortlicher Stelle die *Einführung einer neuen Geldart* nach der Machtübernahme *niemals* beabsichtigt oder angekündigt worden ist. Das Wort und der Begriff „*Federgeld*" *ist von meinen Gegnern geprägt worden*, um meine geld- und kreditpolitischen Thesen zu diffamieren. So hielt die *Lüge vom Federgeld* ihren Einzug in das Schlagwortarsenal der politischen Kämpfe der letzten Jahre. Das „*Federgeld*" wurde zu einem nicht mehr wegdenkbaren Begriff der geld- und währungspolitischen Diskussion, so daß schließlich heute *jeder* Vorschlag auf geld- und währungspolitischem Gebiet, der irgendwie gegen die sakrosankten Grundsätze der *goldwährungsfreundlichen Reichsbankleitung* und Großbankleiter Front macht, unter den Begriff „*Federgeld*" subsumiert wird. Das „*Federgeld*" ist zum Prototyp alles „unechten" Geldes gestempelt worden.

Es steht außer Zweifel, daß die heutige Wirtschaftskrise *keine gewöhnliche Konjunkturkrise* ist. Die Wirtschaft ist *nicht* imstande, aus sich selbst heraus die Kräfte zu akkumulieren, die zur Ueberwindung des

jetzigen Zustandes nötig wären. Auch die früher angewandten Stimulationsmittel, wie: Diskontsenkung, Steuererleichterungen u. dgl., wären nicht mehr geeignet, „ankurbelnd" zu wirken. Selbst die *staatliche Subventionspolitik* war nicht imstande — trotz bisher nicht gesehener Aktivität —, den Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft aufzuhalten. Der Druck der grauenvollen Arbeitslosigkeit — fast jeder Dritte in Deutschland lebt irgendwie aus öffentlichen Unterstützungsmitteln — ist heute so stark geworden, daß die Regierung gezwungen ist, gegen ihren Willen und ihren Geist, aktiv gestaltend in die Produktion einzugreifen. *Es soll durch den Staat Arbeit beschafft werden.* Soweit besteht nach den Feststellungen des Herrn Reichskanzlers unter den großen Parteien Einigkeit. Keine Einigkeit dagegen besteht über die *wichtigste* Organisationsfrage der ganzen Aktion: *die Geldbeschaffungsfrage.*

Für die N.S.D.A.P. ist der Weg, der begangen werden muß, derjenige, der eine durchaus *klare, radikale Gesamtlösung* bedeutet. Vor jeder Inangriffnahme einer wirksamen Aktivierung der Produktion sind zunächst die *Reichsbanken und die Großbanken restlos zu verstaatlichen*, sodann hat Deutschland unverzüglich den *Goldstandard aufzugeben* und den Außenwert der Reichsmark den Erfordernissen anzupassen, die mit Rücksicht auf die deutsche Arbeiterschaft und die veränderten valutarischen Weltverhältnisse (fast die halbe Welt hat den Goldstandard aufgegeben) notwendig geworden sind. Es muß endlich einmal der Mut aufgebracht werden, sich von der *Fiktion des stabilen Wechselkurses* zu lösen und jene *verhängnisvolle* Politik zu beenden, die auf der von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther einmal ausgesprochenen These beruht: *auch die letzte Note aus dem Verkehr zu ziehen*, wenn die „Stabilität der Währung" es erfordere.

Sind die erwähnten Voraussetzungen geschaffen, so hat *eine streng kontrollierte Kreditausweitung* (Giralgeldschöpfung) die Grundlage zu bilden für die Durchführung der großen Aufgaben des *national*=

sozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Träger der Giralgeldschöpfung werden die von mir geplanten „Bau- und Wirtschaftsbanken“ sein, die entweder neu zu begründen sind oder unter Übernahme des Apparates der verstaatlichten Großbanken aus diesem heraus gebildet werden können.

Wenn ich oben sagte, daß die Verstaatlichung der Banken die Voraussetzung für die Durchführung jeder großen Arbeitsbeschaffung sei, so hat das seinen Grund in folgendem:

Der nationalsozialistische Staat wird die volle „Münzhoheit“ beanspruchen, das heißt, das ausschließliche Geldschöpfungsrecht besitzen. Der heutige Staat hat dieses Recht nicht. Er hätte es selbst dann nicht gehabt, wenn die sogenannte Reichsbank in ausschließlichem Besitz des Reiches gewesen wäre. Man vergegenwärtige sich einmal: die Reichsbank beschränkte ihre Tätigkeit im wesentlichen auf die Emission von Papiergeld, während sie die Schöpfung von Giralgeld den Großbanken völlig frei überließe! Das bedeutete, daß der Staat sich im wesentlichen darauf beschränkte, die Zahlungsmittel der Verbrauchswirtschaft (Konsumentengeld nach Ad. Wagner) zur Verfügung zu stellen. So betrugen von rund 6,4 Milliarden staatlicher Zahlungsmittel die kleingestückelten Noten (bis einschließlich 100-RM.-Scheine) einschließlich Scheidemünzen allein 5,16 Milliarden RM. (Ende 1930). Der Rest besteht aus großgestückelten Noten (1000-RM.- und 500-RM.-Scheinen). Das Reichsbankgiralgeld ist von gänzlich untergeordneter Bedeutung. Dagegen wird das Großbankgiralgeld in normalen Zeiten durchgängig auf etwa das Fünffache des gesamten staatlichen Geldes geschätzt. Bei 6,5 Milliarden staatlichen Geldes haben wir demnach etwa 33 Milliarden Großbankgiralgeld. Der liberalistische Staat hatte somit die Schöpfung des Geldes der Erwerbswirtschaft (Produzentengeld) den privaten Großbanken überlassen. Zwar hatte der Staat den Großbanken das Recht der Notenemission genommen, aber mit Einführung und Durchsetzung des bargeldlosen Verkehrs konnten die Zahlungen, die früher nur mit

Hilfe der Übertragung der Noten bewirkt werden konnten, in gleicher Weise dadurch erfolgen, daß Giroguthaben von Konto zu Konto überschrieben wurden. Berücksichtigt man ferner die Tatsache, daß die Banken in normalen Zeiten im Durchschnitt mit einem Kassenvorrat an staatlichem (barem) Gelde von vielleicht 8—10 v. H. auskamen, so ist ersichtlich, welch gewaltige Kreditpyramide die Kreditschöpfungsbanken aufbauen konnten. Die Einräumung eines Guthabens auf Kontokorrent — sei es nun gegen Sicherheit oder auf reiner Vertrauensbasis — war infolge der veränderten Zahlungssitte dasselbe wie früher die *Ausgabe neuer Banknoten. Die wesentliche Funktion* der Großbanken im Laufe der hochkapitalistischen Entwicklung bestand nun darin, daß sie durch zusätzliche Giralgeldschöpfung über die eigenen Mittel und Einlagen hinaus — auch unter Umständen über die Aktiva der Wirtschaft hinaus! — die Finanzierung aller großen technischen Neuerungen und Erfindungen ermöglichten, ebenso wie auch rein spekulative und fallweise betrügerische Manipulationen finanziert werden konnten. Es war dies zwar nicht die einzige, aber die wichtigste Finanzierungsmethode des Kapitalismus. Alle großen Investitionen wurden zunächst so ermöglicht. Die Mittel, die die normale Spartätigkeit zur Verfügung stellte, hätten kaum ausgereicht, die technischen Revolutionen durchzuführen. Die künftigen höheren Gewinne und die erhöhte Spartätigkeit wurden durch die Giralgeldschöpfung gewissermaßen vorweggenommen und überhaupt erst ermöglicht. Damit ist erwiesen, daß der Kapitalismus — selbst die Schöpfung des „Großgeldes" der Erwerbswirtschaft durchaus nach den Prinzipien vorgenommen hat, die ich vorgeschlagen habe. Die Regeln der sogenannten „klassischen" Geldschöpfung (Notenschöpfung auf der Grundlage des Warenwechsels) galten nur für das (staatliche) Kleingeld der Verbrauchswirtschaft.

Wenn also „Federgeld" „unechtes Geld" sein soll, dann ist alles Giralgeld der kapitalistischen Wirtschaft „unechtes" Geld und damit „Federgeld" gewesen. Wenn erklärt wird, alle zusätzliche

Geldschöpfung für Investitionszwecke bedeute Inflation, dann war die Inflation die „Initialzündung" der kapitalistischen Wirtschaft par excellence; wenn gesagt wird, das „Federgeld" schaffe Kapital „aus der Luft", dann haben die Großbanken nichts anderes getan. Warum soll nach erfolgter Verstaatlichung der Großbanken *das* Ketzerei sein, was *vorher legalste Praxis war*?

Wenn im kapitalistischen System die Kreditausweitung primär gegenüber einer erhöhten Spartätigkeit war, warum soll in Zukunft das Umgekehrte allein richtig sein?

Wenn man mir heute mit den Ammenmärchen nationalökonomischer Lehrbücher des vergangenen Jahrhunderts kommt und entgegenhält: Investitionen können nur mit Spargeldern durchgeführt werden, so kann ich nur die Ignoranz oder Frechheit meiner Kritiker bewundern. Es ist einfache Binsenwahrheit, daß, wenn man z. B. die heutige Lage zugrunde legt, man erst einmal die Wirtschaft in Gang setzen muß, um eine Spartätigkeit erst zu ermöglichen. *Also, die Giralgeldschöpfung ist primär gegenüber der Spargeldansammlung. Nicht umgekehrt.*

Die Befürchtung, daß nach erfolgter Verstaatlichung der Großbanken für den Staat die Begrenzung der Giralgeldschöpfung, die bisher für die Banken in der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf eine genügende Liquidität gegeben war, fortfiele, ist durchaus grundlos. Der *nationalsozialistische Staat* wird vielmehr dadurch, daß die zusätzliche Giralgeldschöpfung lediglich nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen wird, strengere Prinzipien für die Geldschöpfung anwenden als die bisherige Praxis. Ich habe — wie ich das hier gegenüber den Einwänden zahlreicher Gegner meiner Gedanken ausdrücklich feststelle — *niemals* die Ansicht vertreten, daß ich die *Golddeckung* durch eine *Sachwertdeckung* ersetzen wolle. Ich habe vielmehr das *Geld* als „*Anweisung auf geleistete Arbeit*", d. h. wirtschaftliche Güter, bezeichnet. Nach dieser Ansicht hat die „Deckung" *einer Währung mit dem Wert des Geldes oder der Wertsicherung des Geldes unmittelbar*

nichts zu tun. Jede Währung vielmehr, die auf Grund und Boden oder beliebig vermehrbaren Sachgütern basiert ist, beschwört die Gefahr einer Inflation herauf. So ist das sogenannte „Wunder der Rentenmark" nicht dadurch zu erklären, daß der Grund und Boden als Deckung den stabilen Wert der Rentenmark bewirkte; allein die Tatsache, daß die Rentenmark in relativ geringer und fest begrenzter Höhe ausgegeben wurde, kann die Stabilität dieses Geldes erklären.

Wenn ich in meinem Buch „Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" verschiedentlich auf die „Sachwertdeckung" des von der geplanten „Bau- und Wirtschaftsbank" zu emittierenden Geldes hingewiesen habe, so sollte das nicht heißen, daß es auf die „Deckung" ankomme, die der Geldschöpfung vorangehe, die gewissermaßen die Basis der zusätzlichen Emission darstelle — Geld kann niemals durch bereits vorhandene Sachwerte „gedeckt" werden —, sondern es soll heißen, daß es auf die „Deckung" ankommt, die die Geldschöpfung erst schaffen soll. Auf die Verwendung der zusätzlichen Geldschöpfung kommt es entscheidend an, ob diese zu produktiven oder zu konsumtiven Zwecken erfolgt.

Wenn daher Helfferich als Kronzeuge gegen meine Ideen angeführt wird, indem man folgende Stelle aus einer seiner Reichstagsreden zitiert: „Wenn Sie glauben, daß das Reich ein realfundiertes, ein ‚wertbeständiges' Zahlungsmittel schaffen könne, indem es die Erfassung der Sachwerte in die Tat umsetzt, dann irren Sie sich, denn Sie können Sachwerte erfassen, soviel Sie wollen, damit haben Sie noch kein Geld in der Hand, und aus den Sachwerten werden Sie auch niemals Geld machen können", so sind die betreffenden, die es tun, auf dem Holzwege. Ich bin in diesem Punkte ganz im Gegenteil durchaus der Ansicht Helfferichs. Ich habe die verhängnisvolle Ansicht, die da meint, aus Sachwerten oder auf der Basis von Sachwerten Geld schöpfen zu können, stets strikt abgelehnt.

Das „Federgeld" hat daher mit Projekten, die auf eine Bodenmark, eine

Roggenmark, eine Eisenmark, eine Arbeitsrentenmark oder dergleichen mehr abzielen, nichts zu tun.

Was nun die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms anlangt, so kommt angesichts der Milliardenbeträge, um die es sich dabei nur handeln kann (wenn die Aufgabe überhaupt umfassend und wirkungsvoll gelöst werden soll), in erster Linie nur der Weg der zusätzlichen Giralgeldschöpfung in Betracht — unter den Voraussetzungen, die ich bereits oben erwähnt habe.

Die Freien Gewerkschaften und die Regierung Brüning haben diesen Weg abgelehnt und geglaubt, den Weg der Beschaffung der Mittel durch eine Anleihe (Prämienanleihe) wählen zu müssen. Alle Vorschläge, die auf eine Währungsreform oder auch nur auf die Forderung nach redeflationistischer Bankpolitik sich beschränkten, wurden samt und sonders mit großem Pathos entrüstet zurückgewiesen, wobei man mir die Ehre gab, hinter allen diesen Vorschlägen die Wirkung meiner Gedankengänge aufzuspüren.

So sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende Eggert auf dem Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften folgendes: „Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe müßte so ausgestattet sein, daß sie die gehorteten Gelder aus dem Strumpf herausholt. Soweit die Anleihestücke nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollten sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Diese Zwischenfinanzierung geschieht in der Form, daß von den mit den Arbeiten betrauten Unternehmern Wechsel auf die zu gründenden Kreditnehmergesellschaften gezogen werden. Die mit der Durchführung der Emission der Anleihe beauftragten Banken diskontierten diese Wechsel, wobei ihnen die Anleihestücke als zusätzliche Sicherheit dienen. Die Banken ihrerseits können die hereingenommenen Wechsel bei der Reichsbank diskontieren."

Es ist selbstverständlich auch Herrn Eggert klar gewesen, daß die Volkstümlichkeit der vorgesehenen Anleihe ebenso wie diese selbst eine *sehr problematische* Angelegenheit sein wird. Flüssige Gelder in einer Höhe von 1,5 bis 2 Milliarden aus dem Privatpublikum herausholen zu können, ist zur Zeit reine Phantasie. Das Wichtigste ist bei dem Projekt zweifellos die *Zwischenfinanzierung*. Diese kann nichts anderes bedeuten als zusätzliche Ausgabe von Zahlungsmitteln (d. h. Giralgeld plus staatliches Geld). Das ist sicher eine Notwendigkeit. Weshalb aber der Staat noch überdies mit einer Schulden- und Zinslast in der gleichen Höhe belastet werden soll, ist einfach unerfindlich. Wenn also überhaupt aus der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung eine Inflationsgefahr erwachsen kann, dann nicht aus der Tatsache der zusätzlichen Geldschöpfung, wohl aber aus der *völlig unsinnigen und überflüssigen vorhergehenden Konstituierung einer Staatsschuld in Höhe der zu bewirkenden Geldschöpfung*.

Wladimir Woytinsky, der Theoretiker der Freien Gewerkschaften, bemerkt im Januar-Heft der „Arbeit" sehr treffend: „Wer Arbeitsbeschaffung sagt, hat von Kreditschöpfung gesprochen." Woytinsky entwickelt einen komplizierten Finanzierungsplan, auf den ich hier nicht näher eingehe, bei dem aber auch eine Arbeitsbeschaffungsanleihe die entscheidende Rolle spielt. Woytinsky ist aus Angst vor dem „Federgeld" in das Gestrüpp der liberalistischen Theorie geraten und hat sich darin hoffnungslos verstrickt. Ich bin mit ihm durchaus einer Meinung, wenn er beteuert, daß es sich bei der ganzen Frage nicht um „die zügellose Ausnutzung der Notenpresse, sondern lediglich um den Versuch der Organisation der wirtschaftlichen Kräfte" handele. Daß es aber notwendig sein soll, daß der Staat sich die Mittel *leiht*, die einfach *geschaffen* werden müssen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, ist mir unbegreiflich. Woytinsky scheint Ähnliches empfunden zu haben, denn er sagt: „Der Anleiheweg bedeute nicht, daß nun die Arbeitsbeschaffungsaktion davon ab-

hängig zu machen wäre, in welchem Maße es gelingt, den Kapitalmarkt im Inlande oder Auslande an der Sache zu interessieren." (Märzheft der „Arbeit".)

Nein, Herr Woytinsky, hier gibt es nur ein Entweder-Oder! Entweder eine echte Anleihe — oder eine echte Kreditausweitung. Jedes Kompromiß ist eine höchst gefährliche Angelegenheit! Woytinsky sagt: „Statt Anleihen könnte ich ‚Kredite' oder ‚Kreditausweitung' sagen", und: „Die Anleihen stellen die beste ökonomische Grundlage und zugleich die einfachste banktechnische Form der Kreditausweitung dar." Das ist theoretische Begriffsspielerei mit dem Ziel, aus der Not eine Tugend zu machen. Ich habe bereits vor zehn Jahren darauf hingewiesen, daß die Begebung von Staatsanleihen aufzuhören habe, da sie des Staates unwürdig seien und überdies nur ein Betrugsmanöver des Finanzkapitals begünstigten, daß unter Ausnutzung der Giralgeldschöpfungsquelle der Banken doch letzten Endes die flüssigen Mittel für die Anleihen aus zusätzlicher Kaufkraft stammten. Es ist dem Marxisten Herrn Woytinsky vorbehalten geblieben, den ganzen Anleiheschwindel zu glorifizieren und ihn als „beste ökonomische Grundlage" der Kreditausweitung zu bezeichnen. Das Gegenteil ist der Fall. Staatsschuldverschreibungen sind — wie überhaupt Wertpapiere — keineswegs die beste Grundlage für neu zu schaffendes Giralgeld. Zwar haben die Großbanken aus technischen Gründen den „gedeckten" Kredit in ihrer Geschäftspraxis bevorzugt, tatsächlich aber waren bei sachkundiger Geschäftsführung die „ungedeckten" Kredite einer Bank stets die besten. Ganz abgesehen davon, daß es sich bei der Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage der Anleihestücke doch nur um einen verschleierten Blankokredit handeln würde.

Man hat mir vorgeworfen, meine Finanzierungsgrundsätze würden bewirken, daß „Kapital aus der Luft" geschaffen würde. Demgegenüber kann ich nur erwidern, daß niemals mehr Kapital „in die Luft gegangen ist" als in der Deflationsperiode,

daß, wenn man schon von *Luftkapital* sprechen will, diese Bezeichnung haarscharf auf eine „*Anleihe*“ zutrifft, *für die keine Anleihezeichner da sind* (Sozialversicherungsträger und Sparkassen, die etwa zwangsweise Anleihestücke übernehmen würden, schalten doch als echte Anleihezeichner aus, denn insofern fände ja nur eine Kapitalverschiebung statt). Wenn, was nicht mehr zweifelhaft sein kann, die Arbeitsbeschaffungsanleihe nur eine von der Regierung offenbar für richtig gehaltene „banktechnische Form der Kreditausweitung“ ist, dann kann ich nur sagen, daß es die *volkswirtschaftlich ungünstigste* und *für die Gesamtheit teuerste, ja geradezu gefährlichste Form der Kreditausweitung ist*. Denn man stelle sich einmal das Bild einer volkswirtschaftlichen Bilanz vor: auf der *Aktivseite* die volkswirtschaftlich-technischen Sachwerte, Grund und Boden, sonstige Gebäude und Inventar, Warenvorräte, die Sach- und Dienstleistungen; auf der *Passivseite* die gesamte Kaufkraft (Geldvermögen im umfassendsten Sinne), und zwar *potentielle* (nicht auf den Warenmarkt wirkende) und *aktuelle* Kaufkraft (hauptsächlich Geld). Bei der Finanzierungsmethode, wie sie Woytinsky und offenbar der Regierung vorschwebt, wird das Kaufkraftvolumen vor jeder Aktivisierung der Produktion und Wertebeschaffung plötzlich durch eine einzige Notverordnung um einen Milliardenbetrag erhöht (entsprechend der Neuverschuldung des Reichs in gleicher Höhe), und gerade in dieser Tatsache erblicke ich die *große Gefahr inflationistischer Wirkung*. Hinzukommt die zusätzliche Giralgeldschöpfung in annähernd gleicher Höhe sowie wahrscheinlich eine weitere zusätzliche Notenemission bzw. Silbermünzenprägung, um die zusätzlichen, nicht unbeträchtlichen Zins- und Tilgungsbeträge für die Anleihe aufzubringen. *Dagegen fällt bei meinem Vorschlag die Schaffung zusätzlicher potentieller Kaufkraft völlig fort*, ebenso natürlich die Neuverschuldung des Reichs und die Zins- und Tilgungslasten; die *Giralgeldschöpfung wird sich in strenger Anpassung an das Tempo der*

Werteschaffung folgemäßig vollziehen. Mit Inflation — *die immer nur aus dem Budget kommt*, also ihre letzten Ursachen in der zu- und überhandnehmenden Verschuldung der öffentlichen Hand hat — hat das gar nichts zu tun. Es ist geradezu lächerlich, immer von Inflation zu reden, wenn von Giralgeldschöpfung zu produktiven Zwecken die Rede ist. Solche Gefahr könnte doch höchstens dann gegeben sein, wenn die staatliche Investitionstätigkeit zu Fehl- oder Überinvestitionen führen würde. Aber das ist kein Einwand gegen die *theoretische Richtigkeit* meiner These. Außerdem kann von solcher Gefahr nicht gesprochen werden, wenn man sich vor Augen hält, daß im letzten Jahr und in den Monaten des laufenden Jahres nicht einmal die laufenden Ersatzinvestitionen auch nur annähernd durchgeführt worden sind. Das bedeutet, daß die *Aktivseite der volkswirtschaftlichen Bilanz sich verringert hat.* Das heißt, daß die marxistische Wirtschaft ihre Fehlbeträge bereits aus der deutschen Wirtschaftssubstanz deckt.

Wir haben brachliegende Arbeitskräfte und Rohstoffe im Lande, wir haben den Investitionsbedarf, der trotzdem nicht befriedigt werden kann, weil „*kein Geld da ist*“. Vor der Inflation hat das ausgepowerte Volk keine Angst mehr, wohl aber vor der *Fortsetzung jener wahnsinnigen wertezerstörenden Deflationspolitik*, die die gefürchtete *wirtschaftliche Leukämie* herbeigeführt hat, an der wir zugrunde zu gehen drohen.

Klare Wege müssen gegangen werden — Sie haben recht, Herr Brüning! — Klar ist allein unser Weg ..., der Ihrige ist dunkel und unbekannt.

Die letzten Ursachen der Weltwirtschaftskrise

Seit Jahren zerbrechen sich die Gelehrten, Politiker und Staatsmänner die Köpfe über die Gründe der sogenannten Weltwirtschaftskrise, die Siegerländer und besiegte Länder in der gleichen Weise ergriffen hat. Zweifellos genügen auch die bisherigen Erklärungen politischer und allgemein-wirtschaftlicher Art nicht, um das außerordentlich starke Einsetzen der Weltwirtschaftskrise zu erklären.

Wenn ich in nachstehendem die zutiefst liegende und daher so wenig beachtete letzte Ursache für die Weltwirtschaftskrise aufzeige, so möchte ich ausdrücklich erklären, daß dadurch nicht etwa die bekannten Krisengründe hinfällig werden, die besonders in Deutschland so verheerende Wirkungen gezeigt haben, im Gegenteil, gerade weil bestimmte und zum Teil unabwendbare Krisengründe bestehen, hätten weitblickende Staatsmänner und Politiker erst recht für Beseitigung der politischen Gründe für das allgemeine Weltelend sorgen müssen. Nachgerade begreifen auch die rachgierigsten Politiker auf der Seite unserer Kriegsgegner, daß die wahnsinnige Reparationslast, die man Deutschland auferlegt hat, zur Ausblutung der deutschen Wirtschaft führen mußte. Es ist auch in großen Teilen des deutschen Volkes bereits Gemeingut geworden, daß man in dem roten Wahnsinn der Nachkriegszeit die Hauptursache für den politischen und damit auch für den wirtschaftlichen Verfall Deutschlands zu suchen hat. Die Zusammenbrüche der Großbanken und die Dauerkrisis auf dem Kapitalmarkt beweisen, daß besonders auf diesem Gebiete außerordentlich große Fehler gemacht worden

sind. Daß die erbärmliche Parteipolitik ihr gut Teil Schuld an der Zerstörung der deutschen Wirtschaft trägt, ist ebenfalls einer der vielen Gründe für das deutsche Elend. Alle diese Gründe würden aber nicht genügen, um die unerhört große Erwerbslosigkeit in Deutschland und in fortschreitendem Maße auch in den übrigen Ländern der Welt zu erklären. Da müssen wir tiefer sehen. Zweifellos ist der Grund für diese Erscheinung die Tatsache, daß wir im Ausklang des technischen Zeitalters stehen.

Alle großen, bedeutenden Erfindungen des technischen Zeitalters sind anscheinend gemacht, die Welt ist im wesentlichen mit den Errungenschaften des technischen Zeitalters ausgestattet, auf den unerhörten Aufstieg des technischen, industriellen Zeitalters ist ein Absturz auf dem Gebiete der gesamten technischen Installation gefolgt. Die Kapazität der industriellen Anlagen ist riesenhaft gesteigert, während die Aufnahmefähigkeit des Marktes immer mehr nachläßt.

Ich habe dies bereits vor Jahren durch ein Kurvenbild wiedergegeben. (Vgl. die Zeichnung auf S. 19.) Die Linie der Entwicklung der Industrie im Laufe der letzten 70 Jahre zeigt zunächst einen mächtigen Anstieg, dann aber eine S-förmige Krümmung wieder abwärts. Diese Kurve gilt als Gesamtablauf für die gesamte technisch-industrielle Entwicklung und ebenso für fast alle bedeutsamen Einzelerscheinungen des technischen Zeitalters. Als Beispiel diene die Entwicklung des Eisenbahnwesens, die ja als prototypisch für das Zeitalter des Verkehrs und der Technik gelten kann.

Am Ausgangspunkt der Kurve der Eisenbahn steht natürlich die Erfindung. Wie bei allen Erfindungen bedeutet es die größte Schwierigkeit, die erste Zeit sich durchzusetzen, und unendlich langsam und mühevoll kämpft sich auch die heute Gemeingut gewordene Idee der Eisenbahn gegen den Widerstand der Zeitgenossen durch. Bekannt geworden ist das berüchtigte Gutachten des Erlanger Medizinalkollegiums gegen die Eisenbahn, wonach das Eisenbahnfahren unmöglich sei, außerordentlich große Gefahren für die Gesundheit der Mitfahrenden und für die

Zuschauer mit sich brächte, so daß man mindestens die Eisenbahnstrecke mit Brettern einzäunen müßte. Bekanntlich sind von diesen Bretterzäunen nur die Bretter vor den Gehirnen der damaligen Gelehrten der Nachwelt erhalten geblieben. Das Eisenbahnwesen und Eisenbahnfahren setzte sich langsam und mühevoll durch. Bald aber überzeugte sich jedermann von den außerordentlichen Vorteilen der Eisenbahn, überall entstanden neue Eisenbahnen, die Eisenbahn wurde öffentliches Verkehrsmittel, und die gesamte Industrie stürzte sich auf dieses riesengroße Betätigungsfeld. Ohne Unterlaß wurden neue Lokomotivfabriken, Waggonfabriken, Schienenwalzwerke, Hilfsfabriken für technischen Eisenbahnbedarf errichtet, zahllose Eisenbahnbauunternehmen wurden gegründet. Die Eisenkonstruktionsunternehmungen hatten Milliardenaufträge für Brückenbauten, die riesenhaften Bahnhofshallen in allen deutschen Großstädten entstanden, das Bauwesen blühte auf, Tunnelbau-Unternehmungen hatten Arbeit in Hülle und Fülle, und zahlreiche Hilfsfabriken für die benötigten Kuppelungen, Beleuchtungen und die innere Einrichtung der Wagen sind entstanden, und tatsächlich ist es diesem ursprünglichen Unternehmer- und Schaffensgeist gelungen, in wenigen Jahrzehnten ganz Deutschland mit einem Eisenbahnnetz zu überziehen. Die kleinste deutsche Stadt erhielt ihren Bahnhof, und Schienenstränge von Haupt- oder Nebenbahnen führten fast in jedes Dorf. Immer neue Fabriken für Eisenbahnbedarf wurden errichtet, die Umsatzziffern zeigten eine immer mehr anschwellende Steigerung, die deutschen Unternehmer ließen sich dadurch zu immer neuen Investitionen verleiten, als ob dies ewig so weiterginge. Nach wenigen Jahrzehnten aber war Deutschland — es fällt dies etwa um die Jahrhundertwende — saturiert, brauchte keine neuen Eisenbahnlinien mehr. Die Ersatzlieferungen waren in keiner Weise geeignet, die Fabriken und Unternehmungen voll zu beschäftigen. Die vorzügliche Qualität der erzeugten Lokomotiven, Waggons und des Gleisenetzes garantierte eine Lebensdauer von 30, 40 und mehr Jahren, die großen stationären Anlagen, die Bahnkörper, Bahnhöfe und Bahnhofshallen, die Direktionsge-

bäude usw. waren für Jahrhunderte gebaut. Da brach verhältnismäßig rasch und unvermittelt der Bedarf in Deutschland ab — *aber die Welt war groß und weit, und* in kühnem Unternehmergeist drangen die deutschen Eisenbahnbauer auf den Weltmarkt vor, um draußen in der weiten Welt die Industrialisierung weiterzutreiben und in erster Linie die Bahnen zu bauen. Dabei stieß man aber zum erstenmal gewaltig zusammen mit der englisch-amerikanischen und französischen Eisenbahnindustrie, die genau den gleichen Entwicklungsgang hinter sich hatte und nun auf der ganzen Erde ihren Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse suchte. In zähem Ringen gelang es auch der deutschen Eisenbahnindustrie, sich gewaltige Absatzgebiete und Lieferungen zu sichern, bis es den gesteigerten, im Konkurrenzkampf bis zur letzten Rationalisierung gehenden Bemühungen der Welteisenbahnindustrie etwa um das Jahr 1914, in dem historischen Augenblick des Ausbruchs des Weltkrieges, gelang, den ganzen Erdball mit allen wichtigen und bedeutenden Eisenbahnlinien zu umgürten. Alle großen Bahnen sowohl in Europa, Amerika wie auch in Asien und Afrika waren gebaut, soweit sie in den letzteren Erdteilen weltpolitisches Interesse hatten.

Damit war der Kulminationspunkt erreicht: die Welt war mit Eisenbahnen saturiert. Die Kapazität, die Leistungsfähigkeit aller Werke war ins Gigantische gesteigert worden, und hätte der Weltkrieg nicht noch einen *gewaltigen Verschleiß von rollendem Material mit sich* gebracht und die Nachkriegszeit nicht einen gewaltigen letzten Auftrag für den Ersatz der in der Kriegszeit zerstörten Eisenbahnmaterialien notwendig gemacht, so wäre schon damals, wie er dann um das Jahr 1925 herum eintrat, ein gewaltiger Abbruch erfolgt. Es gibt keine Macht der Erde, die dieser Entwicklung Halt zu gebieten vermöchte.

Was für die Eisenbahn gilt, gilt für fast alle großen technischen Investitionen und Installationen der hinter uns liegenden Hochblüte des technischen Zeitalters. In dem gleichen Zeitraum wurden — wir bleiben zunächst bei Deutschland — beispielsweise fast alle deutschen Großstädte,

mittleren Städte und Kleinstädte und auch der größte Teil der Dorfgemeinden mit Wasserleitungen versehen. Auch diese großen Installationen in Deutschland hatten Milliardenaufträge für die deutsche Eisen- und Bauindustrie im Gefolge. Hunderttausende von Kilometern Wasserleitungsrohre vom größten bis zum kleinsten Durchmesser, Millionen von Muffen und Fittings, von Wechseln und Abzweigen, von Wassermessern und Auslaufhähnen mußten erzeugt und eingebaut werden. Gewaltige Aufträge für Beton- und Eisenbetonindustrie waren mit der Errichtung von Tausenden von Speicherungsanlagen, Wassertürmen und Wasserfassungsanlagen verbunden. Auch damit ist es heute zu Ende. Eine Wasserleitung, die nicht mindestens hundert Jahre tadellos hält, hat keine Existenzberechtigung. Aber nach der Leistungsfähigkeit der Rohr- und Walzwerke, der Bauunternehmungen und Installationsfirmen könnte man heute in einem Jahrzehnt ganz Deutschland zum zweiten Male mit Wasserleitungen versehen.

Das gleiche kann man von der Anlage der Gasanstalten in allen deutschen Städten sagen. Auch diese Installation fällt in die gleiche kurze Zeitspanne, im wesentlichen in die Jahre von 1860 bis 1910. Der riesige Ausbau des Telegraphen-, Telephon- und Postnetzes war ein weiterer gewaltiger Impuls. Hand in Hand damit ging die Motorisierung der ganzen deutschen Wirtschaft. Hunderttausende und Millionen von Pferdestärken wurden durch Dampf, Wasser und schließlich Elektrizität ersetzt. Das jüngste und stolzeste Kind der Technik, die Elektrotechnik, nahm in noch schnellerem Lauf den Siegeszug durch Deutschland. Es war ein Glück, daß der Ausbau der ganz großen Überlandleitungen und Großkraftwerke in die Zeit nach dem Krieg fiel, weil auf diese Weise für die schwerste Übergangszeit ebenso wie für die Eisenbahnen noch für viele Milliarden Arbeiten zu leisten waren. Die Technisierung der Landwirtschaft, Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie machte viele Arbeitskräfte frei zugunsten der Maschinen. Schließlich war die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Industrie auf allen Gebieten so sehr ge-

steigert, daß überhaupt keine Nachfrage mehr groß genug war, die nicht von der Produktionskraft der deutschen Industrie hätte befriedigt werden können. Inzwischen war jedoch die Installation ganz Deutschlands vollendet, in der Welt draußen hatten sich ebenfalls die nationalen Industrien der industriellen Länder so weit vervollkommnet, daß um jeden Brocken Auftrag im fernen Ausland die schwersten Konkurrenzkämpfe geführt wurden. Auch das Ausland hatte sich in der Hauptsache technisch installiert. *Die Maschinen hatten in breitem Ausmaß den Menschen verdrängt, und der erwerbslos gewordene Mensch hatte keine Kaufkraft, um sich die übrigen Güter zu kaufen, und legte nun von sich aus wiederum die Maschinen still.* Dem gewaltigen Aufschwung des technischen Zeitalters mußte mit unerbittlicher Folgerichtigkeit ein Absteigen, ja ein Absturz folgen. *Rein technisch gesehen ist die Weltwirtschaftskrise bedingt durch die Diskrepanz zwischen der Kapazität der Weltindustrie und der rapid gesunkenen Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes.* Man möge ja nicht glauben, daß es sich hier nur um eine vorübergehende Erscheinung handle, die einem neuen gewaltigen technischen Aufstieg Platz machen werde. Die ganz großen technischen Aufgaben liegen hinter uns. Die Eroberung der Luft ist gewiß noch eine letzte große technische Aufgabe, die aber auch im Prinzip schon gelöst ist. *Eine letzte, ganz große Aufgabe bietet sich allerdings noch in einer technisch vollendeten Versorgung der Bevölkerung mit Wärme.*

Wer mit offenen Augen die großen technischen Ausstellungen der letzten Jahrzehnte miterlebte, dem mußte es auffallen, daß die letzten technischen Messen trotz unendlich vieler technischer Vervollkommnungen und Einzelheiten doch gewissermaßen einen müden, dekadenten Zug aufwiesen. Nichts wirklich Großes und Neues wird mehr gezeigt, was die ganze Welt aufhorchen ließe und der ganzen Weltindustrie neue Impulse gäbe. Wer sich zurückerinnert,

welchen gewaltigen Eindruck es gemacht hat, als das erste Fahrrad, das erste Automobil, der erste Elektromotor gezeigt wurden, wer sich daran erinnert, welch umwälzende Bedeutung der ersten Dampfturbine zukam, dem Dieselmotor, dem ersten elektrischen Scheinwerfer, der ersten großen Schnellzugsmaschine, wird zugeben müssen, daß demgegenüber auch die großen Sensationen der letzten Jahre, Rundfunk und Film, von weit geringerer Bedeutung gewesen sind. Wir müssen dieser Entwicklung ins Gesicht sehen. Wir müssen wissen, daß das große technisch-*industrielle Zeitalter im Ausklang sich befindet,* daß es wie andere große Epochen der Weltgeschichte eine imponierende Einmaligkeit darstellt, die nicht wiederkehren wird, so wenig wie die schönheitstrunkene Kunst des alten Hellas, der imperialistische Machtrausch Roms, das gewaltige Wiederaufleben der Renaissance, um nur einige wenige große Erscheinungen zu nennen. Der weitblickende Staatsmann muß sich darauf einrichten, daß die Industrie nie mehr die Millionenheere der industriellen Arbeiterschaft wird beschäftigen können, wie es das vergangene Zeitalter ermöglicht hat. Gewiß wird noch außerordentlich viel technische Arbeit zu leisten sein für die Sicherstellung der Erneuerung, Ersatzteillieferung für den laufenden Verschleiß, gewiß werden noch manche bedeutsame technische Neuerungen besonders auf dem Gebiet des Auto- und Flugwesens Beschäftigung geben, aber man täusche sich nicht darüber, daß gerade auch das Auftauchen neuer verkehrstechnischer Möglichkeiten den vorigen in weitem Umfang Leistungen wegnehmen wird. Jeder Tonnenkilometer und jeder Personenkilometer, der heute vom Kraftwagen oder Flugzeug befördert wird, nimmt der Eisenbahn die entsprechende Beförderungsmenge weg. Der Zusammenbruch der ganzen deutschen Lokomotiv- und Waggonfabriken, zuletzt der Borsigwerke, ist gerade bei diesen Industrien weit mehr eine Folge der eben dargelegten technischen Gründe als eine Folge der politischen Mißwirtschaft. Keine Macht der Erde, keine

Finanzierung weder mit Anleihemitteln noch mit „Federgeld", noch die Übernahme der Werke durch die Arbeiterschaft können Industrien wieder beleben und zum alten Glanz führen, für die eben kein Bedarf mehr vorliegt. Wohlgemerkt, kein Bedarf, der die ungeheure Kapazität der Werke ausschöpfen könnte und den Tausenden wieder dauernd Arbeit zu bringen vermöchte. Die wenigen Ersatzbauten vermögen kaum 10 v. H. der Leistungsfähigkeit derartiger Werke zu beschäftigen.

Sicher ist, daß dieser verhältnismäßig jähe und fast unvermittelte Abbruch des Bedarfs durch eine großzügige staatliche Oberaufsicht hätte abgebremst werden können, und daß die verheerenden Folgen der Arbeitslosigkeit zum Teil hätten ausgeglichen werden können, wenn man nach großzügigen Plänen, wie sie Adolf Hitlers Bevölkerungspolitik inauguriert, verfahren wäre.

Diese Bevölkerungspolitik, die eine Wiederseßhaftmachung der entwurzelten Großstadtbevölkerung vorsieht, die nicht in romantischen Gedanken von Klein- und Randsiedelung sich ergeht, verlangt eine ganz großzügige Reagrarisierung des deutschen Jungvolkes. Gewiß soll nicht unterschätzt, sondern im Gegenteil in seiner ganzen grausamen Bedeutung unterstrichen werden, welch verheerenden Anteil an dieser Entwicklung des technischen Zeitalters das Finanzkapital genommen hat. Hierüber gibt uns sehr einleuchtend Aufschluß die zweite der in dem erwähnten Schaubild gezeigten Kurven, die Zins- und Zinseszinskurve, die in sich wiederum beispielhaft ist für die Entwicklung des ausgesprochen leihkapitalistischen Zeitalters. Die aufgezeigte Kurve ist mathematisch eine Kurve zweiten Grades, also $x = y^2$, die nach anfänglich sehr langsamem Ansteigen bald immer schärfer hinaufsteigt, um schließlich sich der Unendlichkeit zu nähern.

Ich wiederhole das Beispiel des Pfennigs, der seit Christi Geburt auf Zins und Zinseszins angelegt sein soll, so daß alle 15 Jahre eine Verdoppelung der ursprünglichen Größe des Kapitals eingetreten sein soll. Heute wäre dieser Pfennig, auf Zins und Zinseszins angelegt, auf einen Wert gewachsen, zu dessen Darstellung unser ganzer Erdball aus reinem Gold nicht annähernd genügte. Erst sämtliche Planeten und die Sonne zwanzigmal aus purem Golde entsprächen ungefähr dem Wert dieses seit Christi Geburt auf Zins und Zinseszins angelegten Pfennigs.

Man sieht daraus die phantastische Utopie der Zinswirtschaft an sich. Theoretisch läßt sich diese Kurve leicht zeichnen und errechnen, praktisch ist aber der Zins immer gebunden an die Arbeit, niemals also kann der Zinsertrag über die Arbeitsleistung hinaussteigen. Die Zinskurve zeigt gewissermaßen, wie schleichend und tückisch ein falsches, wirtschaftsfeindliches Prinzip Platz gegriffen hat, wie es zunächst langsam und unscheinbar weit unterhalb des Ertragsreichtums der Industrie zurückblieb, wie sich das Leihkapital in den ersten Jahren der technischen Entwicklung mit bescheidenem Zinssatz zufrieden gab, während die Industrie den Ertragsreichtum in ganz gewaltigen Dividenden-Prozenten zum Ausdruck brachte, die den Appetit des Finanzkapitals immer mehr wachriefen.

Jetzt drängte das Leihkapital der Wirtschaft seine Kapitalien geradezu auf, immer neue Investitionen wurden finanziert, die Anonymisierung der Wirtschaft machte immer weitere Fortschritte, persönliche Initiative und Unternehmertüchtigkeit wurden immer mehr ausgeschaltet, an Stelle der großen Wirtschaftsführer der aufsteigenden Epoche traten die Generaldirektoren, Aufsichtsratsvorsitzenden usw. Die Unternehmungen wurden Dividendenfabriken an Stelle von Bedarfsdeckungsstätten. Mit gierfunkelnden Augen förderte die internationale Hochfinanz dieses tolle Treiben in der Erwartung, auf diese Weise den Ertrag aller Arbeit an

sich zu reißen. Schließlich durchstieß gewissermaßen die Zinskurve die Kurve des Ertragsreichtums der gesamten technisch-industriellen Wirtschaft. Durch Korruption des öffentlichen Lebens versuchte man die Wirtschaftskraft der Technik vollkommen in den Dienst der Finanz zu zwinge'n. In einem tollen Wirbel erhob sich gewissermaßen wie eine Wasserhose die Forderungsgier der Hochfinanz über die Produktion der Welt; aber wie eine Wasserhose keinen inneren Halt, keine innere Struktur hat, und wie sich an ihr sehr bald die sogenannten Stauchungserscheinungen zeigen, so auch zeigt sich nun schon seit Jahren diese Reihe von krisenhaften Erscheinungen auf dem Gebiete der Hochfinanz. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Weltfinanz von einer gewaltigen Krise erfaßt ist, von der Krise des kapitalistischen Zeitalters, einer Krisis, die mit unerbittlicher Folgerichtigkeit auch die Industrien, die die Finanz tragen sollen, in den Abgrund reißen wird.

Hier setzt die geschichtliche Aufgabe des Nationalsozialismus ein, durch Brechung der Zinsknechtschaft und Umbau des kapitalistischen Systems der Welt neue Wege zu zeigen für die Finanzierung großer öffentlicher Aufgaben und für die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Übergangszeit, um dann in einem auf weite Sicht eingestellten volkswirtschaftlich-technischen Programm die Reagrarisierung unseres Volkes vorzubereiten, damit in ein bis zwei Jahrzehnten unser ganzes Volk auf höherer Zivilisations- und Kulturstufe wieder in eine friedlichere Epoche, in Schollenverbundenheit und Vaterlandsliebe hineinwachse.

Goldwährung?

Erster Druck im „Völkischen Beobachter“ vom 2. Juli 1932

Es gehört mit zu den festest eingefressenen Vorurteilen, daß man im Gold gewissermaßen einen Wertmesser von allgemeiner Gültigkeit besitze, der — ähnlich wie das Metermaß zum Messen von Längen — geeignet sei, Werte zu messen. Aus diesem Grund hat man auch geglaubt, die Währungen der einzelnen Länder in ein bestimmtes Verhältnis zu einer bestimmten Menge Goldes bringen zu müssen, um damit eine verhältnismäßig sichere Bemessung des Wertes der einzelnen Waren in ihrem Austauschverhältnis festlegen zu können.

Wir haben es hier mit einem der gefährlichsten Irrtümer zu tun, der wegen seiner außerordentlich großen Verbreitung auch außerordentlich schädlich ist. Man muß sich vor allen Dingen gründlich über eines klar sein: Werte kann man nicht messen, sondern nur bewerten. Schon der Ausdruck „Wertmesser“ ist deshalb ein Widerspruch in sich selbst. Überall da, wo subjektive persönliche Momente mitspielen, wo Angebot und Nachfrage, wo Mangel und Überfluß, wo Seltenheit und Alter, Dauerhaftigkeit und schnelle Verderblichkeit mitspielen, kann von einem exakten Messen, wie wir es in der Naturwissenschaft kennen, keine Rede sein.

Daß unsere materialistische, technisierte Welt glaubt, Werte messen zu können, und glaubt, das Gold sozusagen als Maßstab anwenden zu können, ist noch keineswegs ein Beweis für die Richtigkeit oder auch nur Möglichkeit solches Vorgehens. Gold ist zunächst Ware, und zwar als Edelmetall eine edle Ware, in seiner gleichbleibenden Qualität besonders geeignet, aufbewahrt zu werden, in seiner besonderen Begehrtheit besonders geeignet, als Tauschmittel

zu fungieren, und als „begehrteste Ware" war es in früheren Zeiten dazu auch sicherlich geeignet.

Gold ist aber auch Währungsmetall, und als Währungsmetall erhält es den seltsamen Doppelcharakter als Geld und als Ware.

Geld als Funktion der Gesellschaft, Geld als „Anweisung auf geleistete Arbeit" ist zweifellos unabhängig von dem inneren Warenwert der Geldzeichen. Historisch gesehen haben Kaurimuscheln, Teepäckchen, Sklaven und Sklavinnen, Vieh, Silber, Banknoten zweifellos die gleichen Dienste getan wie Goldmünzen, und in der modernen gesteigerten Wirtschaft hat sich schließlich das Geld vollständig freigemacht von seinem Substrat und dient der Wirtschaft als Giralgeld oder in Form des bargeldlosen Zahlungsausgleiches ganz genau in derselben Weise wie das Gold.

Die Verankerung im Golde für die Währungseinheit stellt sich heute als ein unerhörtes Hemmnis heraus für die unerläßlich notwendige Kreditausweitung zur Arbeitsbeschaffung. Die Verankerung im Golde als Wertmaßstab ist aber auch, wie uns gerade die letzten Monate lehrten, ein Selbstbetrug der dem Goldwahnsinn huldigenden Nationalwirtschaft.

Das, was mit dem goldenen Wertmaßstab erreicht werden sollte, ist nicht erreicht worden und kann nicht erreicht werden, wie uns allein schon die Geschichte der letzten Jahre beweist. Der Goldpreis ist im Laufe der letzten Jahre um rund 70 Prozent gestiegen, und die Waren, die man angeblich mit dem Golde messen kann, sind um 30, 40, 50 und mehr Prozent gesunken. Wichtig ist es, gleich hier zu erkennen, daß von einer einheitlichen Preisbewegung gar keine Rede ist, obwohl doch angeblich das Gold die magische Kraft haben soll, für alle übrigen Werte ein gleichheitliches Maß abzugeben. Man muß eben endlich einmal begreifen, daß es im Bereich der Werte und Güter kein Absolutum gibt, sondern nur ein Relativum.

Exakt messen kann man nur Objekte im Bereich der exakten Wissenschaften. Man kann die Größe eines

Tisches, eines Hauses exakt messen. Man kann das Gewicht irgendeines Gegenstandes genau in Kilogrammen oder Grammen, in Pfunden oder Unzen messen, welche Maßeinheiten ihrerseits wieder in einem ganz exakten Umrechnungsverhältnis zueinander stehen. Man kann verbrauchte elektrische Energie ganz exakt nach Kilowattstunden messen, die Leistung einer Maschine ganz genau nach Meterkilogrammen und Pferdestärken. *Wer vermag aber exakt anzugeben den Wert eines Kleidungsstückes, einer Mahlzeit, eines Schluckes Wasser, eines Heilmittels, einer staatspolitischen Leistung* usw.? In welch festem Verhältnis soll stehen der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Wert der Erzeugnisse von Gewerbe, Handwerk und Industrie? Die Bemessung und das Austauschverhältnis all dieser Werte ist von so viel persönlichen, menschlichen, subjektiven Faktoren abhängig, daß eine exakte, allgemein gültige Wertung unmöglich ist. Es sind zu berücksichtigen Quantität und Qualität, Zeit und Umstände, Notlage des zum Zwangsverkauf Getriebenen, Interesse oder Begierde des zum Kauf Entschlossenen, größere oder kleinere Geldbörse des Käufers sowie zahllose Momente spekulativer Art. All diese Überlegungen zeigen, daß der sogenannten Währungseinheit lediglich die Funktion eines vom Staate festgesetzten Nenners zukommt, daß aber diesem festgesetzte Maßqualitäten keineswegs eignen. Es müßte doch sonst z. B. verboten sein, daß auf *Versteigerungen* mit dem angeblichen staatlichen Maßstab Güter verschleudert werden, daß im Falle von natürlichem Mangel eine natürliche Teuerung eintritt, oder daß im Falle künstlichen Mangels durch Schieberei und Wucher die Bevölkerung plötzlich sehr viel mehr Werteinheiten ausgeben muß, um das gleiche kaufen zu können.

Gewiß kann und muß gefordert werden, daß die Preise nicht andauernd willkürlich schwanken. Aber die sämtlichen Fanatiker, die sich für eine unbedingt gleichbleibende Kaufkraft der Währungseinheit einsetzen, und die die Garantie dafür immer nur in der Golddeckung sehen, sind jederzeit begeistert und nehmen gerne an, wenn gewisse Waren ge=

mäß dem „Goldmaßstab" billiger werden. Billiger werden dürfen die Waren; das akzeptieren die Golddeckungsfanatiker gerne. Sie bedenken aber nicht, daß sie damit ihren Wertmesser Gold selber entthront haben.

Die Relativität des Goldmaßstabes wird vielleicht noch besser erkannt, wenn man sich folgendes vor Augen hält. Man kann sagen: 10 Goldeinheiten (ob Mark oder Schilling oder Frank oder Gulden, sei hier gleichgültig) ermöglichten im Jahre 1928 den Kauf von 10 Ztr. Weizen, im Jahre 1929 nur von 8 Ztr., im Jahre 1930 aber von 12 Ztr., und umgekehrt mit genau der gleichen Berechtigung kann man sagen: Für eine Tonne Weizen erlöste der Landwirt im ersten Jahre 30 Goldeinheiten, im Jahre darauf 23 Goldeinheiten und im dritten Jahre 36 Goldeinheiten; damit ist bewiesen, daß es sich um ein in weitestem Maße dehnbares Wertverhältnis zwischen Gold und Weizen handelt, daß also der Glaube, man könnte mit Gold Werte oder Preise messen, vollständig abwegig ist.

Nationalwirtschaftlich gesehen möchte es dem kommenden Staatsmann wichtiger und wertvoller erscheinen, daß er für die Ernährung seines Volkes immer eine bestimmte Menge Brotgetreide zur Verfügung hat als eine bestimmte Menge Gold als Währungsgrundlage. Gold ist keine Währungsgrundlage, ist kein Wertmesser. Gold ist eine Ware wie tausend andere Waren auch, die in ihrem Wert im Verhältnis zu anderen Gütern genau so schwankt, genau so relativ ist wie irgendein anderes Gut. Die Preisschwankungen der Güter sind von ganz anderen Faktoren und Gründen abhängig als von der Golddeckung einer Währung.

Das Billigerwerden von Schuhen und Kleidern, von Radioapparaten u. a. m. ist abhängig von technischen Errungenschaften. Ob die Äpfel und Kirschen billiger werden, ist abhängig von dem Reichtum der Natur, aber nicht davon, wieviel Gold in den Kellern der Reichsbank liegt. Zu welchem Preis wir Baumwolle, Wolle,

Kupfer und Eisenerz vom Auslande beziehen, ist wiederum nicht abhängig davon, wieviel Gold in der Welt vorhanden ist und wie die Währungen der Staaten untereinander zum Dollarkurs stehen, sondern davon, wie die Produktion in den betreffenden Rohstoffländern und die Nachfrage in den verbrauchenden Industrieländern ist, kann abhängig sein von Machinationen der Hochfinanz an den Baumwoll- und Metallbörsen, ist abhängig von der Erfindung von Ersatzstoffen usw.

Wo bleibt also der „Wertmesser" Gold bei dem Zusammenbruch der Rohstoffpreise auf der ganzen Erde? Wo ist der „Wertmesser" Gold bei der Bewertung staatspolitischer Leistungen oder genialer Erfindertätigkeit? War das Gold als Wertmaßstab nötig gewesen bei der Einführung der Rentenmark? Nein! Ohne jede Golddeckung wurde die Rentenmark nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland als Edelvaluta, vollwertig und stabil, anerkannt.

Wird heute Frankreich durch seinen ungeheuren Goldschatz davor bewahrt, daß die Erwerbslosigkeit auch dort Fortschritte macht? Haben die phantastischen Goldmengen, die in den amerikanischen Banken aufgestapelt sind, verhindern können, daß die Arbeitslosigkeit in Amerika riesenhafte Ausmaße angenommen hat und die Rohstoffpreise katastrophal zusammengebrochen sind?

Für das Leben des Volkes ist das Vorhandensein von Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeitswille und Arbeitsfreudigkeit unendlich viel wichtiger als ein noch so großer Haufen Gold.

Die Relation der Werte beim Güteraustausch läßt sich niemals fixieren, sonst verlören die Sprachbegriffe „billig" und „teuer", „preiswert" und „angemessen" ihren Sinn. Auf der einen Seite schwände sogar der Anreiz zur Verbilligung der Produktion, wenn die Preise staatlich festgenagelt würden, auf der anderen Seite bräche unter einer Notzeit von Mißwachs und Hagelschlag doch ein staatlich

fixiertes Preisgebäude zusammen. Das Höchste, was durch staatliche Manipulation der Währung erreicht werden kann, ist eine verhältnismäßig gleichbleibende durchschnittliche Höhe der Lebenshaltungskosten. Die Verankerung der Währung im Gold ist dazu gänzlich ungeeignet, führt nur zu einer höchst gefährlichen Verknappung der Zahlungsmittel und dient im Grunde ausschließlich den Interessen der Goldbesitzer, der Hochfinanz. Für einen nationalsozialistischen Staat ist die Loslösung von der Goldwährung Voraussetzung und Selbstverständlichkeit für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

Im Austausch mit dem Ausland ist die Qualität und die Überlegenheit der deutschen Fertigwaren unendlich viel wichtiger als die Goldbasis für die Möglichkeit, die benötigten Rohstoffe vom Ausland zu erhalten, das ja seinerseits ebenfalls ein Interesse daran hat, seine überschüssigen Rohstoffmengen einzutauschen gegen Fertigwaren, die es nicht selbst erzeugen kann.

Nicht das Gold ist das Weltgeld. Das Weltgeld war, ist und wird immer sein die Ware. Jüdisches Denken hat das Gold in den Mittelpunkt gestellt. Die Verankerung der Währungen im Golde hat die Völker des westlichen Kulturkreises dem Finanzkapital zins- und tributpflichtig gemacht. Brechung der Zinsknechtschaft wäre unmöglich ohne die Loslösung vom Golde.

Die Notwendigkeit der Golddeckung ist ein Irrglauben. Grundfalsch ist die Meinung, als ob Gold geeignet sei, ein Wertmesser zu sein.

Die Loslösung vom Golde ist die Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft im Dritten Reich, in der der Arbeit wieder der Vorrang vor dem Geld eingeräumt werden muß, in einem Staat, dem die Wohlfahrt der Bevölkerung vor dem Profit der Bankiers geht.

Arbeitsbeschaffung

Erster Druck in der „Deutschen Wochenschau“ 1932

„Ein jedes Volk bestimmt sich selbst
sein Los zur Freiheit oder Sklaverei.“

Neben politischer Versklavung ist das furchtbarste Los, das ein Volk treffen kann, wenn Millionen von Volksgenossen keine Arbeit mehr finden. Arbeit ist letzter und höchster Lebensinhalt des schaffenden nordischen Menschen. Arbeitslosigkeit ist geistiger Tod. Als soziales und wirtschaftliches Problem bedeutet die Arbeitslosigkeit Untergang und Verelendung der ganzen Nation, bedeutet völlige Aushöhlung der Wirtschaftskraft eines Volkes und birgt in sich den Keim zu gefährlichen Revolten, die schließlich zur Auflösung des gesamten Staates führen müssen.

Wenn sich in früheren Zeiten der Staat um vorübergehend oder auch auf längere Zeit erwerbslos gewordene Mitbürger nicht angenommen, sondern diese „Armen“ der öffentlichen Mildtätigkeit und der privaten oder gemeindlichen Wohlfahrtspflege überlassen hat, so ist in der Gegenwart die Sorge für die Arbeitslosen zu einem sozialpolitisch, staatspolitisch und wirtschaftspolitisch gleich großen Problem allererster Ordnung geworden.

Rund ein Drittel der deutschen Gesamtbevölkerung (!) muß heute aus öffentlichen Mitteln erhalten werden. Rund 6 Millionen Vollerwerbslose, das heißt mit Frauen und Kindern *und unter Anrechnung* der Erwerbslosenunterstützung beziehenden arbeitslos gewordenen Angehörigen des gewerblichen und industriellen Mittel-

standes also rund 20 Millionen Deutsche, haben keine Arbeit. Durch alleräußerste steuerliche Ausplünderung der noch in Arbeit befindlichen deutschen Bevölkerung, durch tiefe Eingriffe in die Vermögenssubstanz, durch immer weiter gehende Verschuldung ist versucht worden, diese Unglücklichen durch die Erwerbslosenunterstützung auf einem jammervollen Existenzminimum durchzuhalten, das durch die immer größer werdende Finanznot des Reichs, der Länder und Gemeinden heute längst unter dem für deutsche Menschen erträglichen Maß auch nur der primitivsten Lebensbedürfnisse liegt.

Im Grunde sind die bisherigen Regierungen an ihrer Unfähigkeit, das Arbeitslosenproblem zu lösen, gescheitert. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird zum Zentralproblem für jede Staatsregierung, und sie wird es ganz besonders für uns Nationalsozialisten, die wir mit schärfster Opposition und mit schärfster Kritik den Regierungen der letzten dreizehn Jahre gegenübergetreten sind. Es darf in unserem Kreis keinen Zweifel darüber geben, daß eine spätere Geschichte ihr Urteil über den Nationalsozialismus davon abhängig machen wird, wie der Nationalsozialismus diese Frage gelöst hat.

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist aber keineswegs nur eine Frage der rein materiellen Arbeitsbeschaffung mit irgendwelchen technischen Mitteln. Sie ist eine ungeheuer weit ausgreifende Staatsaufgabe, die ebensosehr in *handelspolitische, weltwirtschaftliche* Beziehungen hineingreift, wie sie innenpolitischer, wirtschaftspolitischer und technischer Art ist, wie sie auch ebensosehr in ihrer Totalität eingreift in die Strukturwandlungen unserer Wirtschaft, und nicht minder ist sie eine Aufgabe finanztechnischer Art, denn ohne die Lösung der Finanzierungsfrage der Arbeitsbeschaffung ist die Ankurbelung der gesamten Wirtschaft unmöglich. Arbeitsbeschaffung hat deshalb zur Voraussetzung die Erkenntnis der Hauptursachen, die zum jetzigen Zustand geführt haben. Sie sind im einzelnen:

1. Die Ursachen außenpolitischer Art

Dazu zählen die Folgen des Versailler Diktats, die Abzapfung von deutschem Volksvermögen durch die Entente und die dadurch entstandene Blutleere im deutschen Wirtschaftskörper.

2. Ursachen außenhandelspolitischer Art

Die liberalistisch-weltwirtschaftliche Einstellung ließ es zu, daß unter Vernachlässigung des deutschen Binnenmarktes die Hauptintensität auf die Eroberung der Auslandsmärkte gelegt wurde unter gleichzeitiger Verkümmerung der deutschen Ernährungs- und Rohstoffgrundlage. In Verbindung damit stand eine sinn- und planlose Einfuhr von Lebensmitteln, die im Land hätten erzeugt werden können, und von Fertigfabrikaten, die mindestens in gleicher Qualität in Deutschland selbst hätten hergestellt werden können.

3. Gründe innenpolitischer Art

Diese Gründe sind:

a) Steuerliche Gründe. Ohne Rücksicht auf die immer wieder schmäler werdende Produktionsgrundlage wurden immer mehr Steuern für den übertrieben aufgeblähten Verwaltungsbedarf herausgeholt, immer neue Steuerarten wurden geschaffen, die Steuersätze immer mehr erhöht bei gleichzeitigem Absinken des Gesamtaufkommens.

b) Die Verschuldung der Nation, sowohl der öffentlichen Hand wie der Wirtschaft in Stadt und Land, die schließlich mit einer Gesamtverschuldung zum 1. Januar 1932 in Höhe von 95 Milliarden Goldmark zu beziffern war und in furchtbarster Weise die Tatsache der Zinsknechtschaft über Deutschland offenbart.

c) Korruptions- und Fäulniserscheinungen, Steuer- und Kapitalflucht.

4. Die Tatsache, daß wir uns im Ausklang des „Technischen Zeitalters“ befinden

Gerade dieser letzte Grund ist von außerordentlicher Bedeutung. Eine ganze Reihe großer und wichtiger, allumfassender technischer Einrichtungen ist vollendet, wie das Eisenbahnnetz, das Postnetz, die Errichtung der Elektrizitätswerke für Licht und Kraft, Wasserleitungen, Gaswerke, Straßenbahnen usw., während die Leistungsfähigkeit des deutschen technischen Produktionsapparates (die Kapazität) durch Rationalisierung, technische Neuerungen usw. derart gestiegen ist, daß die laufend benötigten Ersatzarbeiten und Nachlieferungen nur einen verschwindend geringen Bruchteil der vorhandenen Erzeugung ausnützen können.

Wenn es nicht gelingt, eine Übergangszeit hindurch der Industrie neue große Impulse technischer Art zu geben (dies ist möglich), wird man auch trotz intensivster Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Landeskultur, Eigenheimbewegung, des Straßenbaues usw. nicht sämtliche Erwerbslose in den Produktionsprozeß dauernd wieder eingliedern können.

5. Das zinskapitalistische System

Dieses ist seinem Wesen nach unfähig, die Arbeitslosigkeit zu beheben, denn gerade dieses System hat mit seiner irrsinnigen Anleihe- und Zinswirtschaft zur Ausdörrung der deutschen Wirtschaftskraft hauptsächlich mit beigetragen.

Die außerordentliche Vielgestaltigkeit der Ursachen der Arbeitslosigkeit erfordert selbstverständlich auch eine große Reihe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, und diese müssen organisch unter einer zentralen Leitung zusammengefaßt sein, müssen ebenso wirtschaftspolitischer wie handels- und finanzpolitischer Natur sein und gleichzeitig eingeordnet sein in die Gesamtheit dessen, was die nationalsozialistische Finanz- und Wirtschaftspolitik in einem deut-

schen Staat der Arbeit und Leistung einmal durchführen muß.

Keine der zu treffenden Maßnahmen darf daher außerhalb des großen Rahmens der grundlegenden Zielsetzungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik liegen. Jede einzelne Maßnahme muß jetzt schon an der richtigen Stelle für das Gesamtbild eingesetzt werden. Von besonderer Wichtigkeit wird in diesem Zusammenhange auch die Reihenfolge und der Zeitablauf der einzelnen Maßnahmen sein. Die und jene Maßnahmen müssen sofort gleichzeitig und überall in Deutschland in Angriff genommen werden, andere werden auf Jahre und Jahrzehnte zu verteilen sein, und einzelne große Spezialaufgaben werden erst nach entsprechender technischer Vorbereitung in Angriff genommen werden können; wieder andere Maßnahmen werden mehr psychologisch-politischer Art sein und die Voraussetzungen schaffen müssen für eine organische Wirtschaft und für eine gewisse geistige Umstellung in der Richtung der Bevorzugung deutscher Fabrikate und Nahrungsmittel und Getränke vor ausländischen.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Erkenntnis, daß eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Aufgaben in Staatshand übergeleitet (sozialisiert) werden müssen, daß eine Reihe von wirtschaftlich-technischen Maßnahmen aus der Sphäre der Privatwirtschaft von selbst in die Verstaatlichungsreife hineinwachsen, so die Versorgung der Bevölkerung mit Licht, Kraft und Wärme; die Erkenntnis, daß der nationalsozialistische Staat die Pflicht hat, das deutsche Brot für die deutsche arbeitende Bevölkerung sicherzustellen, und vor allen Dingen, daß das Geld- und Kreditwesen restlos unter die Aufsicht des Staates gestellt werden muß.

Betrachtet man die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im einzelnen, so hat auf dem Gebiete der Handelspolitik als oberstes Gesetz zu gelten: Bodenerzeugnisse und Fertigwaren, die in Deutschland selbst in genügender Menge wachsen oder erzeugt werden können, dürfen nicht vom Ausland bezogen werden.

Diese kategorische Zielsetzung besagt keineswegs, daß der

Nationalsozialismus sich stur von der übrigen Weltwirtschaft abschließen will. Auch ein nationalsozialistischer Staat könnte dies gar nicht, da vor allem eine Reihe von Rohstoffen unter allen Umständen aus dem Auslande bezogen werden müssen, während umgekehrt auch die deutsche Exportindustrie ihrerseits mit Recht verlangen kann, daß ihr der Weltmarkt nicht durch die zu erwartenden Gegenmaßnahmen gegen eine starre Autarkiebewegung verbaut werden dürfe.

Es betrug auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes die Einfuhr im Jahre 1928 (dieses Jahr ist gewählt, da es ein Jahr eines insgesamt noch guten internationalen Güteraustausches war, während den Ziffern aus den Katastrophenjahren 1930 und 1931 keine wirkliche Beweiskraft für die tatsächlichen Verhältnisse innewohnt): 4,5 Milliarden Goldmark, ein Betrag, mit dessen viertem Teil der deutschen Landwirtschaft in weitestem Ausmaße hätte geholfen werden können.

Die Duldung einer Weizeneinfuhr im Betrage von 561 Millionen Goldmark zu einer Zeit, da im Osten die Landwirtschaft zugrunde ging, weil sie ihren Roggen nicht oder nur zu ungenügendem Preise absetzen konnte, die Tatsache, daß für Obst und Gemüse nicht weniger als 755 Millionen Goldmark ins Ausland gingen, während der deutsche Obst- und Gemüsebau zum Erliegen gebracht wurde, die weitere Tatsache, daß für Milchprodukte und Eier 951 Millionen Goldmark (!) ins Ausland gingen, während die Not der deutschen Viehzüchter und Hühnerzüchter immer höher stieg, beweisen, daß ein geradezu irrsinniges, volkswirtschaftsfeindliches Wirtschaftssystem vorgewaltet hat. Nach übereinstimmender Ansicht der hervorragendsten landwirtschaftlichen Sachverständigen besteht kein Zweifel, daß durch Intensivierung der deutschen Landwirtschaft in Verbindung mit großzügigen Landeskulturarbeiten, Moorentwässerungen, durch große Gemüsebau- und Treibhausanlagen, durch rationelle Hühnerzucht in wenigen Jahren nahezu der gesamte deutsche Lebensmittelbedarf im Lande gedeckt werden könnte.

Die Einfuhr von ausgesprochenen Südfrüchten könnte

selbstverständlich schlagartig gesperrt werden. Man wird bei Maßnahmen in dieser Richtung jedoch darauf Rücksicht zu nehmen haben, welche Südfrucht-Importländer besonders als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse in Frage kommen. Das gleiche gilt von der Einfuhr von Tabak.

Als ganz besonderer Skandal muß es bezeichnet werden, daß im Jahre 1928 die Einfuhr von Fertigwaren die Riesensumme von 2459 Millionen Goldmark erreichte. Unsere hochentwickelte Textilindustrie macht bestimmt die Einfuhr ausländischer Garne, Kunstseide, Kleider, Wäsche usw. überflüssig, die mit einer Gesamtsumme von 863 Millionen Goldmark Hunderttausende deutscher Textilarbeiter brotlos machte; dasselbe ist der Fall bei der Einfuhr ausländischen, insbesondere tschechischen Schuhwerks, von Pelzen, Kraftfahrzeugen und Uhren.

Die Einfuhr von Eisenwaren im Betrage von 338 Millionen (!) nach Deutschland mutet an wie ein Stück aus dem Tollhaus, und daß für 148 Millionen (!) Farben und chemische Fertigfabrikate eingeführt wurden, ist eben nur möglich, wenn einer schrankenlosen Ausländerei beim Kauf von Parfüms, Lippenstiften, Puder, pharmazeutischen Produkten usw. von Staats wegen keinerlei Riegel vorgeschoben wird.

Anders verhält es sich bei der Einfuhr von Rohstoffen und Fertigfabrikaten, die unsere deutsche Erde nicht oder nicht in genügender Menge zu geben vermag. Die müssen selbstverständlich eingeführt werden, allen voran die Rohstoffe der Textilindustrie, Baumwolle und Wolle mit rund 1,5 Milliarden, Ölfrüchte und Ölkuchen mit 954 Millionen, Mineralöle mit 247 Millionen, Kautschuk mit 113 Millionen, Eisenerze mit 243 Millionen, Kupfer mit 376 Millionen, Häute mit 324 Millionen, Felle mit 235 Millionen, Seide mit 145 Millionen, Kleie, Bauholz, Steinkohle, Tabak.

Dieses riesige Kontingent von Rohstoffen, das im Jahre 1928 die Ziffer von 7243 Millionen Goldmark erreichte, öffnet ohne weiteres dem deutschen Exporthandel auf dem Gebiete der Fertigwaren, Textilwaren, Lederwaren, von Pelzen, Möbeln, Papier, Farben, Chemikalien, Porzellan,

Glas und vor allen Dingen Eisenwaren, die mit 1629 Millionen, und Maschinen, die mit 1600 Millionen im Jahre 1928 in unserer Außenhandelsbilanz standen, in reichlichem Maße Ausfuhrmöglichkeiten.

Es muß also in das Gebiet unsachlichen Geredes verwiesen werden, wenn man von den nationalsozialistischen Autarkiebestrebungen eine Schädigung des deutschen Exporthandels erwartet. Daß ein deutscher Export von für Deutschland lebensnotwendigen Artikeln, also von Weizen (59 Millionen), Hafer (63 Millionen), Mehl (35 Millionen), zu unterbleiben hat, ist selbstverständlich. Daß die Ausfuhr von Pelzwaren, Steinkohle (472 Millionen), Koks, schwefelsaurem Ammoniak, chemischen Produkten und Kali von uns gefördert werden wird, versteht sich ebenfalls von selbst.

Aus dem kurz Gesagten und ziffernmäßig Belegten geht hervor, daß die in jeder Hinsicht maßvollen Autarkiebestrebungen des Nationalsozialismus eine Gefährdung der deutschen Exportinteressen keineswegs nach sich ziehen müssen, während die Ablehnung jeder unnötigen Einfuhr geradezu eines der wichtigsten Fundamente für die indirekte Arbeitsbeschaffung darstellt. Man kann rechnen, daß auf durchschnittlich 2000 M. Einfuhr eine deutsche Arbeiterfamilie erwerbslos wird. Bei einer Annahme von rund 6 Milliarden unnötiger Lebensmittel- und Fertigwareneinfuhr im Jahre 1928 bedeutet dies, daß bei einer Nichteinfuhr in dieser Höhe und gleichzeitigem Verbrauch in Deutschland rund 3 Millionen (!) deutscher Arbeiterfamilien Arbeit und Brot gehabt hätten.

Die Maßnahmen, die hier zu ergreifen sind, brauchen durchaus nicht gewaltsam und kämpferisch ergriffen zu werden. Einfuhrsperren, Einfuhrverbote, Aufhebung oder Bruch von Handelsverträgen scheinen mir hier durchaus ungeeignete Mittel zu sein, falls nicht politische Zielsetzungen im einzelnen Falle dies verlangen. *Weitaus das Hauptgewicht wird zu legen sein auf die Erziehung.* Die deutsche Frauenschaft wird hier vorbildlich voranzugehen haben in der Ablehnung ausländischer Waren sowie Lebens- und Genußmittel. Im posi-

tiven Sinne wird eine Förderung des Baues von Gewächshauskulturen mit staatlichen Mitteln vorzusehen sein. Besondere Fürsorge muß der Landwirtschaft, Gärtnerei und Hochseefischerei zukommen. Es muß verhindert werden, daß, während fast die ganze Hochseefischflotte aufliegt, aus Dänemark Fische mit Lastwagen bis nach Berlin, Magdeburg und Halle gebracht werden.

Eine sehr scharfe Waffe und Hilfe für die Bereinigung unserer außenhandelspolitischen Beziehungen wird die Schaffung einer Devisenzentrale sein, die eben nur für die Einfuhr von Gütern, die lebensnotwendig sind, Devisen zuteilt, während sie solche für die Einfuhr von unerwünschten Artikeln nicht bewilligen wird. Die Begründung einer staatlichen Außenhandelsstelle scheint mir unerläßlich, damit von dieser Stelle im Rahmen der oben geschilderten Gesichtspunkte eine genaue Prüfung der Handelsbeziehungen mit den außerdeutschen Ländern vorgenommen werden kann.

Den Maßnahmen auf dem Gebiete der Handelspolitik müssen solche im Lande selbst entsprechen. Die hauptsächlichsten davon möchte ich einzeln betrachten.

Umlenkung der Hauszinssteuer

Die Umlenkung der Hauszinssteuer ist als eine Maßnahme zu bezeichnen, die sofort wirksam werden kann und an einer besonders wirksamen Stelle ansetzt. Der Vorgang ist dergestalt gedacht, daß den Hauszinssteuerpflichtigen 50 oder mehr Prozent ihrer Hauszinssteuern erlassen werden, wenn sie die erlassenen Beträge zur Vergebung von Reparaturarbeiten an den eigenen Gebäuden verwenden und hierüber amtlich nachzuprüfende Nachweise vorlegen. Nach dem Musterbeispiel, das in der Ingenieurtechnischen Abteilung für Baden durch den dortigen Gaufachberater, Professor Dr.-Ing. Karl Flügel von der Technischen Hochschule in Karlsruhe, durchgerechnet worden ist, sind allein für Baden auf diese Weise 11 500 Mann unterzubringen. Bei Umrechnung auf das ganze Reich ergibt sich eine Zahl

von rund 300 000 Bauhandwerkern und Arbeitern, die wieder in Tätigkeit gesetzt werden könnten.

Wichtig ist, daß sich gerade bei dieser Maßnahme sehr bald auch der sogenannte „zweite Mann" von selbst in die Wirtschaft wieder eingliedern wird. Denn wenn erst das Baugewerbe — das wichtigste Schlüsselgewerbe — in Betrieb gesetzt ist, werden die üblichen gewerblichen Betriebe sowie die Lieferanten von Zement, Kalk, Ziegeln, Eisen, Draht, Nägeln, Türbeschlägen, Blitzableitern und die Installationsunternehmer usw. wieder alsbald Aufträge erhalten.

Spezialfragen bezüglich der Behandlung ausländischen Hausbesitzes, abbruchreifer und abbrucherwünschter großstädtischer Wohnquartiere, Ausnahmen für in gutem Zustande befindliche Häuser und dergleichen bleiben reichsgesetzlicher Regelung vorbehalten.

Siedelung und Heimstättenbewegung

Die so elementar in der wirklich oft rührenden Pflege des kleinen Heimgartens zum Ausdruck kommende Sehnsucht der Großstadtbevölkerung nach dem eigenen Heim, die großzügige nach dem Osten gerichtete Bevölkerungspolitik der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eröffnen ein weiteres riesengroßes Gebiet für Arbeitsbeschaffung durch Heimstättenbau und Siedelung.

Grundsätzlich muß hier allerdings unterschieden werden zwischen der Stadtrandsiedelung und der bäuerlichen Siedelung. Während landwirtschaftliche Siedlerstellen aus nationalpolitischen und produktionspolitischen Gründen zur Hebung unserer Erzeugung dienen müssen, kann die Stadtrandsiedelung nur insoweit befürwortet und gefördert werden, als es sich dabei um Volksgenossen handelt, die selbst für die Errichtung der Eigenheimbauten Geldmittel zur Verfügung stellen können, die noch in Arbeit sind oder der Wiedereingliederung in die Arbeit in der Stadt mit Bestimmtheit entgegensehen können.

Die Auflockerung unserer Großstädte würde am einfachsten und wirksamsten durch diese Förderung des Eigenheim-

baues erreicht. Mit dieser Förderung wird gleichzeitig erreicht, daß auch die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung sich das wesentlichste Eigentum, dessen der Mensch bedarf, das eigene Heim auf eigenem Grund und Boden, erwerben kann. Außerdem wirkte der Eigenheimbau belebend auf das gesamte Baugewerbe ein, ganz so wie die Umlenkung der Hauszinssteuer.

Durch eine umfassende Landeskulturarbeit vermag der Ertrag unserer Landwirtschaft um 1/6, d. i. um 1,5—2 Milliarden Mark im Jahr gesteigert zu werden. Gleichzeitig wird damit ein großer Teil unserer Landwirtschaft in hohem Maße gekräftigt. Zugleich könnte damit etwa 500 000 Mann auf 10 Jahre Arbeit beschafft werden.

Straßenbau

Ein gewaltiges Gebiet, das ebenfalls sofort an Tausenden von Stellen in Angriff genommen werden kann, ist der Straßenbau. Das deutsche Straßennetz umfaßt etwa 220 000 Kilometer, während das deutsche Eisenbahnnetz nur etwa 60 000 Kilometer Betriebslänge aufweist.

Landstraßenbau ist dasjenige technische Gebiet, das gleich zu Beginn einer Arbeitsbeschaffungsaktion in kürzester Zeit rund 500 000 Arbeitslose, verteilt auf das ganze Gebiet Deutschlands, aufnehmen kann. Besonders wertvoll ist die Augenfälligkeit der sofort einsetzenden Arbeiten (Mussolini).

Der jährliche Umfang eines Landstraßenbauprogramms kann mit 1 Milliarde Mark festgesetzt werden. (Verstärkter Umfang des Ausbauprogramms in den Jahren 1928 und 1929.) Hiermit könnten untergebracht werden: rund 4—500 000 Saisonarbeiter, hiervon rund 300 000 über die Saison hinaus nahezu ganzjährig beschäftigte Arbeiter, die teilweise in den angrenzenden Industrien verwendet würden.

Ein Bauprogramm für den Ausbau des vorhandenen Straßennetzes ist ein begrenztes. Mit einem Betrag von 5—6 Milliarden Mark verteilt auf 5—6 Jahre ist das derzeitige deutsche Straßennetz in einen haltbaren Zustand zu versetzen. Die Neuanlage größerer Straßenzüge (reiner

Automobil-Durchgangsstraßen) ist übrigens in einem derartigen Programm noch nicht enthalten. Zu den erforderlichen Arbeiten gehört auch die Aufrichtung sogenannter landwirtschaftlicher Verbindungswege von angemessenem Zustande, die in einzelnen Gegenden Deutschlands in einem die Landwirtschaft sehr hemmendem Maße noch fehlen.

Die Verbesserung des vorhandenen Straßennetzes eignet sich weniger für die vorausgesehene Arbeitsdienstpflicht, da eine große Zahl kleiner, kurzfristig betriebener Baustellen, verteilt auf ganz Deutschland, einzurichten ist. Der Arbeitsdienstpflicht bleiben solche Arbeiten vorbehalten, wo es sich um die Neuschaffung ganzer Straßenkörper handelt (z. B. Umgehungsstraßen).

In technischer Hinsicht ist eine sorgfältigere Überwachung einzuführen. Die Behörden müssen einheitliche Richtlinien erhalten. Die Forschungsinstitute sind von ihrer Industriegebundenheit zu befreien und neutral zu besetzen. Die Uneinheitlichkeit in der Straßenverwaltung, die umfangreichen Regiebetriebe der Verwaltungsbehörden sowie unsaubere Begleiterscheinungen in der beliefernden Industrie sind durch eine geeignete Überwachungsstelle zu beseitigen.

Es wäre anzustreben, daß nach beendetem Ausbau die Kosten für den Unterhalt der fertiggestellten Straßen aus den Mitteln der Automobilsteuer bestritten werden.

Wasserkraftnutzung, Staffelflußbau und Wasserstoffwirtschaft

Ein Aufgabenkreis mit jetzt noch ganz unübersehbaren Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten ergibt sich auf den drei Gebieten der Wasserkraftnutzung, des Staffelflußbaus und der Wasserstoffwirtschaft.

Der Hochwasserschutz erfordert die Eindeichung der Flüsse und Ströme. Eine Ausnutzung der großen deutschen Ströme galt bisher als für die Kraftgewinnung technisch unmöglich wegen der zu geringen Gefälle. Durch den sogenannten Staffelflußbau, der die vorhandenen Hochwasserdämme benützt, durch Querdämme in Abständen von 5—10 Kilometer

jeweils absperrt, entsteht gewissermaßen ein langgezogenes System von Seen, die eine vorzügliche Wasserhaltung für die Gewinnung von Spitzenstrom gestatten. Durch die Lawaczeckschen Umformer werden diese geringen Gefälle technisch hundertprozentig ausnutzbar, die großen Flüsse werden bis weit hinauf schiffbar bei gleichmäßiger Fahrtrinnentiefe im Sommer und im Winter, die Hochwasser werden gefahrlos über die Dammkronen mittels der Saugheber abgeführt. Es können auf diese Weise in Deutschland 8 Millionen kW (rund 10 Millionen PS) gewonnen werden, die die Grundlage für eine dezentralisierte Kraft-, Licht- und Wärmeversorgung bieten.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Möglichkeit der Erreichung und Festhaltung gleichmäßiger Grundwasserhöhe, die Möglichkeit, in allen Flußsystemen für die nötige Vorflut zu sorgen, die wiederum die Voraussetzung ist für technisch einwandfreie Moorkultivierungs- und Entwässerungsarbeiten. Auch hier handelt es sich um Arbeiten, die fast über ganz Deutschland verteilt an allen Flußläufen gleichzeitig in Angriff genommen werden, trotzdem aber über viele Jahre, ja sogar Jahrzehnte sich verteilen. Die benötigten Mittel für diese Bauvornahmen sind nur zum Anfang aus den Mitteln der Bau- und Wirtschaftsbank durch produktive Kreditschöpfung zu entnehmen; denn sehr bald — da es sich um Hunderte und Tausende von kleinen Wasserkraftwerken handelt, die ein in sich geschlossenes Ganzes bilden — werden die Erträgnisse dieser dezentralisierten Wasserkraftwerke den weiteren Ausbau der übrigen Staffeln aus den Überschüssen der ersterstellten Werke gestatten. Die Möglichkeiten, die in der Umwandlung des Überschußstromes zu Wasserstoff und Sauerstoff liegen (nach den Plänen von Dr. Lawaczeck durch Druckelektrolyse), sollen hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Die Durchführung einer das ganze Land überspannenden Wasserstoffversorgung wird ebenso der Schwerindustrie durch die Lieferung von Hunderttausenden von Kilometern Röhren wie den Installationsunternehmern, den Ofen- und Brennerfabrikanten auf Jahrzehnte hinaus Arbeit geben.

Kanalbauten

Kanalbauten werden die einzelnen Flußsysteme zusammenschließen. Der Ausbau des Mittellandkanals und vor allen Dingen der Hansakanal werden für Zehntausende von Arbeitslosen Arbeit bringen auf Jahre hinaus.

Große Einzelaufgaben

Der eben genannte Hansakanal wird das Rückgrat für eine großzügige Ostraumpolitik werden. Es ist zu wenig bekannt, daß wegen des Mangels einer Wasserstraßenverbindung vom Ruhrgebiet nach dem Ostseebecken die deutsche Ruhrkohle mit der englischen Kohle in der Ostsee (Stettin, Danzig, Königsberg) nicht konkurrieren kann. Eine direkte Wasserstraße vom Ruhrgebiet über Bremen und Hamburg nach Lübeck stellte mit einem Schlage die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kohle gegenüber der englischen Kohle her und brächte dauernd Zehntausende deutscher Arbeiter in den Kohlenbergwerken des Ruhrgebiets wieder in Arbeit; zugleich verbesserte dies die deutsche Handelsbilanz.

Die Wiedergewinnung von Alt-Nordfriesland und die Auflandung des Jadebusens sind zwei spezielle Aufgaben von sehr großem Ausmaß, die gestatten, neues Land in der Größe des Großherzogtums Hessen (12 000 Quadratkilometer) lediglich durch Ziehung von Dämmen aus Eisenbeton wiederzugewinnen; bis zur völligen Auflandung nach Jahrzehnten könnten Ebbe und Flut zur Kraftgewinnung genützt werden.

Die Durchführung derartiger Spezialaufgaben wird selbstverständlich in ihrer Auswirkung außerordentlich große Aufträge für die deutsche Zement- und Eisenindustrie, die Turbinen- und Generatorenfabriken bedeuten.

Ausbau unserer Wehrmacht

Der Ausbau unserer Wehrmacht darf als Antrieb für Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende nicht vergessen

werden. Über die Frage der wirtschaftlichen Rentabilität von neu zu bauenden Panzerkreuzern lassen wir eine Diskussion nicht zu. Wenn eine Lieferung von Schienen im Sinne der heutigen händlerischen Wirtschaft ohne weiteres auf dem Umwege über den Warenwechsel als Deckungsgrundlage angesehen wird für die Ausgabe von neuen Reichsbanknoten, so werden wir die Lieferung von Panzerplatten für die Erbauung eines Panzerkreuzers erst recht im höchsten Sinne als Währungsgrundlage ansehen.

„Volks"wirtschaft

Erster Druck in der Volkswirtschafts-Sonderfolge der „Deutschen Hochschul-Zeitung" vom 1. Dezember 1923

Wir haben heute an unseren deutschen Hochschulen nicht „voraussetzungslose" Wissenschaft zu treiben, sondern als Deutsche für unser Volk zu denken, zu forschen, Geist und Willen in deutschem Geist zu bilden, damit wir als Führer unserem Volke dienen können.

Wenn unser armes Volk, verführt von fremder Geistigkeit, in die furchtbarste politische und wirtschaftliche Knechtschaft geraten, wieder frei werden will — und welcher Deutsche würde dies nicht mit glühender Seele wünschen! —, so ist es gerade die Aufgabe der akademischen Kreise, sich mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen vertraut zu machen, in denen wir heute leben.

Nun ist aber gerade der deutsche Mensch, wie er überhaupt in seiner Gesamtheit aus lauter Extremen zusammengesetzt ist, Spezialist und Phantast, grüblerisch sinnend und schrankenlos in die Zukunft stürmend, historisch-pedantisch und philosophisch-spekulativ im engen Kreise lebend und zufrieden und wiederum ins Unendliche schweifend und heroisch einer Idee dienend — wenig geeignet, die Dinge der Gegenwart richtig und wichtig zu nehmen und in das Gesamtbild der Welt einzufügen. So forscht der Deutsche unermüdlich, so ist er Spezialist in seinem Fache und leistet darin Vorzügliches — dann wieder opfert er freudig Gut und Blut dem Vaterland, wenn es ruft —, aber seltsamerweise, das Vaterland muß ihn immer rufen, das Gefühl des dauernden Verbundenseins mit seinem Volke, das schlummert im deutschen Alltag, im deutschen Alltag der Arbeit und des Forschens, hier fehlt die beständige lebensvolle Wechselbeziehung zwischen Volkstum und Ein-

zelwesen. Und doch — „Das Vaterland ruft täglich!“, so sagte kürzlich Ludendorff zu einer Abordnung vaterländischer Verbände.

Dieser Ruf des Vaterlandes muß lebendig und wach sein besonders in unserer studierenden Jugend, sie darf die Wissenschaft nicht als Selbstzweck, nicht ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Broterwerbes betrachten, sondern immer muß der Gedanke wach sein an Volk und Heimat, immer sind die Betrachtungen beim Studium weiterzudehnen ins Überpersönliche. Gerade die Lehrer und Schüler unserer Hochschulen dürfen das Wohl des Volkes nie aus dem Auge verlieren. Nur aus solcher Geistesverfassung heraus werden uns aus unseren Hochschulen die Führer erstehen, die unser Volk zu führen vermögen aus Schande, Not und Knechtschaft in eine bessere Zukunft.

Der Duft der heimatlichen Scholle muß in die Hörsäle der Universitäten dringen, der ganze lebendige Organismus des Lebens und der Arbeit des Volkes muß bildhaft deutlich über aller wissenschaftlichen Forschung sichtbar sein; nur so wird die geistige Oberschicht der Nation auch wieder den verlorengegangenen Anschluß an das Volk finden.

Ein Zweig der Wissenschaft hat nun ganz besonders diesen Zusammenhang mit dem Volke verloren, bei dem dieser Mangel um so auffälliger ist, als das Gebiet dieses Zweiges der Wissenschaft sich gerade mit den Dingen des täglichen Lebens des Volkes befaßt — die Nationalökonomie.

Mit „Wirtschaftswissenschaft“ übersetzen die zünftigen Jünger und Lehrer dieser Wissenschaft dieses Fremdwort, obwohl es doch viel richtiger mit „Volkswirtschaft“ zu übersetzen wäre. Freilich, was in den dicken nationalökonomischen Lehrbüchern steht, hat mit dem Volke und seiner Wirtschaft, seinen Bedürfnissen und Nöten recht herzlich wenig zu tun. Trockene Abstraktionen und Definitionen über wirtschaftliche Dinge, unendlich viel historischer Ballast füllen diese Werke — denen damit ja keineswegs die „Wissenschaftlichkeit“ abgesprochen werden soll —, aber nirgends spürt man den lebendigen Hauch des Lebens und der Arbeit des Volkes, nirgends sind Be-

trachtungen angestellt, ob das, was man aus den wirtschaftlichen Erscheinungen abgeleitet hat, auch richtig ist und vor allen Dingen dem Wohle der Gesamtheit dient. Noch viel weniger ist von nationalökonomischer Seite der Versuch gemacht worden, aus den gewonnenen Erkenntnissen schöpferisch aufbauend neue Wege zu weisen, zu zeigen, welche Grundfehler in unserer Wirtschaft herrschen, und wie diese zu vermeiden seien.

Also gerade in dem, was eine Wirtschaft erst für die Allgemeinheit wertvoll machen würde, versagt die offizielle Wirtschaftswissenschaft vollkommen. Nicht mit Unrecht wird daher von Männern, die praktisch und schöpferisch als Wirtschaftsführer und Wirtschaftsdenker bahnbrechend waren und sind, die Frage aufgeworfen, ob die Nationalökonomie überhaupt den Ehrennamen einer Wissenschaft verdient.

Weder die Tätigkeit des Chronisten, die Berichte über die wirtschaftlichen Zustände in der Vergangenheit bringt, noch die Tätigkeit des Journalisten, die Zustandsschilderungen der Gegenwart aufzeichnet, rechtfertigt den Anspruch darauf, Vertreter einer Wissenschaft zu sein.

Die Nationalökonomie wird erst dann zu einer wirklichen Wissenschaft, wenn sie aus den gefundenen Zuständen der Volkswirtschaft der Gegenwart im Zusammenhalt mit den erforschten Verhältnissen in der Vergangenheit große Grundlinien abgesteckt hat, dann diese Verhältnisse kritisch untersucht und geprüft hat auf die treibenden Momente, wenn sie daraus erkannt hat, welche Fehler gemacht worden sind, vor allen Dingen, welcher Mißbrauch getrieben worden ist. Sie muß dies alles betrachten unter der einzig möglichen Einstellung, daß die wirtschaftlichen Erscheinungen dem allgemeinen Wohl — und nicht nur der privaten Bereicherung einzelner dienen.

Aber damit noch nicht genug muß die Nationalökonomie noch sagen, wie die Gesamtwirtschaft gestaltet werden muß, damit sie ihrer Aufgabe — die vielfältigen Bedürfnisse einer durch Geschichte, Schicksal und Blut zusammengehörigen Nation zu decken — am besten gerecht werden könne.

Erst dann, wenn die Nationalökonomie auf die dreifache große Frage, die bei allen Zeitfragenbehandlungen großen

Stiles gestellt werden muß, Antwort zu geben vermag, kann sie als Vollwissenschaft anerkannt werden, die berufen ist, Führer zu sein und Führer zu bilden. Diese dreifache Frage lautet: Wie steht's? Wie kam's? Was nun?

Es wäre verführerisch, gleich hier diese dreifache Frage zu stellen im Hinblick auf die Gesamtrichtung der jetzigen Wirtschaftswissenschaft. Die Frage also aufzuwerfen: Wem dient denn dieser jetzige Zustand der Nationalökonomie, wer sind die Personen, die vornehmlich als Lehrer in diesem Fache wirken, und dient denn dieser Zustand nicht ganz ausgezeichnet den jetzigen herrschenden wirtschaftlichen Gewalten?

Trotzdem wir uns grundsätzlich und von vorneherein auf unseren rein deutschen Standpunkt gestellt haben, wollen wir hier nicht näher auf diese Dinge eingehen, sondern rein sachlich nur unter dem Gesichtspunkte, ob die heutige Struktur der Wirtschaft dem Wohle der Gesamtheit dient bzw. dienen kann, die Grundrichtung unserer Volkswirtschaft nachprüfen.

Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist die Bedarfsdeckung.

Es mag im ersten Augenblick geradezu paradox erscheinen, daß diese Selbstverständlichkeit eigens als *die* Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet wird. Dem natürlich empfindenden Menschen kommt gar nicht der Gedanke, daß die gesamte Volkswirtschaft heute in eine ganz andere Grundrichtung eingestellt worden sein könnte, nämlich — *auf Rentabilität*. Und noch ist gerade dieser Grundzug unserer gesamten Wirtschaft das Bezeichnende für die heutige Wirtschaftsführung.

Nicht zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmen in erster Linie die Produktion — sondern die Rentabilität. Es ist dies die natürliche Folge davon, daß heute nicht mehr das Wohl der Gesamtheit, sondern das Interesse des Großleihkapitals entscheidet. Was heute auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten noch angepackt wird, geschieht nicht unter dem Gesichtswinkel dringenden Bedarfes, sondern vornehmlich unter dem Gesichtswinkel, ob die in ein solches

Unternehmen hineingesteckten Gelder sich auch tüchtig verzinsen. Das Großleihkapital macht seine Entschließungen nur von der zu erwartenden Rentabilität abhängig. — Ob diese Renten aus einem produktiv schaffenden Betrieb oder aus einem Kinounternehmen oder aus einem völlig unproduktiven Kreditinstitut oder aus Unternehmungen fließen, die geradezu gegen das Interesse der Gesamtheit gerichtet sind, wie die auf volkswirtschaftlichen Wucher hinauslaufenden Syndikate und Trusts, die ihre Riesengewinne aus künstlicher Verknappung der Nähr- und Verbrauchsgüter ziehen — das ist den Geldgewaltigen völlig gleichgültig.

Nichts illustriert diese wirtschaftmordende Tatsache mehr als ein Blick auf die ungeheure Entwicklung des volkswirtschaftlich völlig unproduktiven Bankwesens — während gleichzeitig das Volk hungert und die fürchterlichsten Wirtschaftskrisen die gesunde produktive Wirtschaft fast zum Erliegen bringen.

Im deutschen Mittelalter war die Handwerkskunst, die Baukunst, Bildhauerei und Malerei auf einer Höhe, wie sie nie mehr erreicht worden ist, staunend stehen wir noch heute vor den Zeugen aus jener Zeit — Stephansdom und Kölner Münster, Nürnbergs Kunstschätze lehren uns dies — frei und stolz waren die Bürger der Reichsstädte —, der Geldhandel aber war ein unehrliches Gewerbe, das dem Juden überantwortet war. Heute liegt das Handwerk völlig danieder, es hat dem plattesten Kitsch des Maschinenzeitalters Platz machen müssen, Kunst und Wissenschaft gehen nach Brot und sind ihrer heiligsten Aufgabe untreu geworden, geniale Werke zu schaffen unabhängig von der Zweckhaftigkeit rein wirtschaftlicher Tätigkeit, die Entgottung und Materialisierung der Menschheit macht rasende Fortschritte, aber die Banken blühen und wachsen nur so aus dem Boden, wie Schimmelpilze nach einem warmen Regen.

Der Geldhandel ist heute zum alleinigen Selbstzweck geworden, nur eingestellt auf die Rentabilität des Leihkapitales. Der volkswirtschaftliche Sinn des Kredits ist in sein Gegenteil verkehrt. Das ehrliche Bankier- und Geldvermittlungsgewerbe, das die wichtige Aufgabe zu erfüllen gehabt hatte, Spargelder zu treuen Händen

dahin auszuleihen, wo größere wirtschaftliche Tüchtigkeit durch die Vergrößerung der geldlichen Hilfsmittel eine *erhöhte Erzeugung und Bedarfsdeckung vornahm, ist ganz* verschwunden. An seine Stelle ist das gigantische Netz der Großbanken getreten, die heute die Wirtschaft vollkommen in einer derartig diktatorischen Weise beherrschen, daß es einzig und allein von ihnen abhängt, welche Industrien arbeiten können und dürfen. Längst ist das Kleingewerbe verarmt und volkswirtschaftlich als wesentlicher Faktor ausgeschaltet, die mittleren Betriebe sind völlig in der Abhängigkeit der Banken, und auch die Großindustrie arbeitet in der rein hochzinskapitalistischen Form der Aktiengesellschaft in allererster Linie nur für die Aufbringung der Bankzinsen. *Es gibt kein großes Unternehmen mehr, in* welchem nicht der Vertreter einer Großbank an maßgebender Stelle im Aufsichtsrat säße, keine Aktiengesellschaft, deren innere Werte nicht in Form der Aktie an die Börse ausgeliefert wären.

Nicht die Arbeit, nicht die Schöpferkraft des Geistes und der Hände bestimmt heute den Gang der Wirtschaft, das Geld — dieses Hilfsmittel für die Gütererzeugung — ist heute nicht mehr **Diener** der Wirtschaft, sondern ihr **Herr**; **nicht** mehr **Meister** und Geselle, nicht mehr Ingenieur und Werksbesitzer kommen in den Genuß der *Früchte ihrer organisatorischen und technischen Arbeit* — **sondern** mühe- und arbeitslos schöpfen heute der **Aktionär** und Aufsichtsrat den Gewinn ab. Der Aktionär, der in der Regel gar nicht weiß, in welchem Betriebe eigentlich sein Geld „arbeitet", der die Aktien wahllos zusammenkauft nach dem Kurszettel oder auf die Empfehlung seines Bankiers.

Das Leihkapital folgt nur einem Gesetz — dem Gesetz der **Zinsen**. **Rentabilität** ist das einzige und **oberste Prinzip**. Die Bedarfsdeckung kommt nur ganz nebensächlich und nur insofern in Frage, als eben diese innerste Notwendigkeit und Aufgabe der Volkswirtschaft der Antrieb ist und der Schöpfer und Schaffer der Mehrwerte, die dann mit der unwiderstehlichen Gewalt einer Saugpumpe aus dem Wirtschaftskörper der schaffenden Völker

herausgepumpt werden in den unergründlichen Rachen der überstaatlichen Geldmächte. Je größer der Hunger, je größer die Not, desto größer die Rentabilität des Weltwucherkapitals, *desto größer — der Zins*. Je reicher der Boden Früchte trägt, je besser das allgemeine und öffentliche Wohl steht, desto größer der Ertrag der Arbeit für den Wirtschaftskörper selbst — desto geringer der Bedarf nach Leihgeld, d. h. nach Schuldenmachen —, *desto kleiner der Zinsfuß*.

So stehen sich heute zwei Wirtschaftsformen als grundsätzliche und unerbittliche Feinde gegenüber — *die zinskapitalistische Wirtschaft* — und *die gesunde und natürliche zinsfreie Bedarfsdeckungswirtschaft*.

Noch eine dritte Wirtschaftsform müssen wir hier kurz erwähnen, die in der Gegenwart ihr zerstörendes Wesen in größtem Stile geoffenbart hat — *die kommunistische Wirtschaftsform*.

Beide Extreme — die hochkapitalistische und die kommunistische Wirtschaft — vernichten auf die Dauer jede gesunde Bedarfsdeckungswirtschaft, weil sie beide die Freiheit der Persönlichkeit, die Schöpferkraft und Verantwortung Staat und Volk gegenüber vernichten.

Ungeheuer ernst und schwer sind diese Fragen, sie greifen weit hinaus über das engere wirtschaftliche Gebiet in letzte geistige und völkische Fragen. Unserer akademischen Jugend wird die Aufgabe zufallen, in diesem Kampf des untergehenden Abendlandes die Fahnen voranzutragen für die Erlösung der leidenden Menschheit aus Zinsknechtschaft und moralischem Niedergang in eine lichtere Zukunft, in der der nationale Gedanke der Wehrhaftigkeit und des Stolzes auf Heimat und Volk sich zusammenfinden wird mit dem sozialen Gedanken der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen.

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der N.S.D.A.P.

Mit Verfügung Adolf Hitlers vom 17. 9. 1932 wurde eine Neuordnung der Wirtschaftspolitischen Abteilung der N.S.D.A.P. nach den staatswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen. Zum Leiter der Hauptabteilung IV A (Staatswirtschaft) wurde Gottfried Feder ernannt, während Walther Funk zum Leiter der Hauptabteilung IV B (Privatwirtschaft) ernannt wurde mit der Maßgabe, daß die beiden Hauptabteilungsleiter sich gegenseitig zu vertreten haben.

Damit sollte die **Einheitlichkeit der gesamten Wirtschaftspolitik der N.S.D.A.P.** garantiert werden. Als erste Maßnahme wurde von Walther Funk in Zusammenarbeit mit Gottfried Feder das nachfolgende „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der N. S. D. A. P." verfaßt und zusammen mit den von Gottfried Feder bereits im „Nationalsozialistischen Jahrbuch" von 1932 gegebenen grundsätzlichen Ausführungen über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik mit Verfügung des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer gesamtverbindlich für alle Gauleitungen, Fachredner, wirtschaftspolitischen und ingenieurtechnischen Gaufachberater der N.S.D.A.P. erklärt.

Ferner wurde noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle nicht im Parteiverlag Eher erscheinenden Schriften, die sich mit nationalsozialistischen Wirtschaftsproblemen befassen, keinen parteiamtlichen Charakter tragen und diesen auch dadurch nicht erlangen, daß der Verfasser sich auf eine Funktion innerhalb der Partei beruft.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erstrebt einen Neubau des Staates und der Wirtschaft auf nationalsozialistischer Grundlage, was nur durch eine tiefgreifende Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems in einer Totallösung zu erreichen ist. Die Regierung Papen beschränkt sich auf unzulängliche Einzelmaßnahmen, die sich nicht als Ganzes auswirken und deshalb nicht zum Erfolg führen können. Wir gehen bei der Bekämpfung der Wirt-

schaftskrise davon aus, daß diese Krise nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern eine Staatskrise, ja eine Volkskrise darstellt. Wir unterscheiden uns daher grundsätzlich von der Regierung Papen sowohl in der Auffassung vom Wesen der Krise wie in der Zielsetzung für die Wirtschaftspolitik.

Die Regierung Papen glaubt die deutsche Wirtschaft retten zu können, indem sie die augenblickliche Struktur der Wirtschaft beibehält und an dem heutigen Wirtschaftssystem keine Änderungen vornimmt.

Wir sind überzeugt, daß die deutsche Wirtschaft einer grundlegenden Strukturänderung unterzogen werden muß, und daß das deutsche Wirtschaftssystem in seiner jetzigen Verfassung nicht aufrechtzuerhalten ist. Darüber hinaus aber glauben wir, daß jede Wirtschaftssanierung von vornherein ein Mißerfolg sein muß, wenn nicht gleichzeitig eine weitgreifende Änderung der Reichs- und Staatsverwaltung sowie der kommunalen und der berufsständischen Selbstverwaltung eintritt, und wenn nicht der Wirtschaftsverwaltung neue Formen und ein neuer Inhalt gegeben werden. Dieser vollständige Neubau der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und des sozialen Lebens muß auf der Grundlage nationalsozialistischer Weltanschauung erfolgen und von nationalsozialistischem Geiste erfüllt sein.

Bei dem

Neubau der deutschen Volkswirtschaft

sind zunächst die staatspolitischen und psychologischen Voraussetzungen durch die Errichtung der Stabilisierung einer starken, vom Volkswillen getragenen Regierungsgewalt zu schaffen. Die politische Führung muß der Wirtschaftsführung erst die Bahn frei machen für eine durchgreifende Erneuerung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland durch Beseitigung der äußeren und inneren Hemmungen, durch Überwindung der sozialen Kämpfe und durch eine Neugestaltung

der verfassungsmäßigen und verwaltungsrechtlichen Grundlagen im Deutschen Reiche.

Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik muß sein die Erhaltung und Stärkung der nationalen Volks- und Bodenkräfte, so daß jeder Deutsche von seiner Arbeit wieder Nutzen hat, und zwar jeder einzelne nach seiner Leistung. Nach diesem Grundprinzip muß die deutsche Wirtschaftspolitik einheitlich geführt werden.

Um dies zu erreichen, ist ein weitgehender Neubau sowohl der Struktur der deutschen Wirtschaft wie der einzelnen wirtschaftlichen Einrichtungen notwendig. Hierbei wird die Wirtschaftspolitik organisch und dynamisch zu verfahren haben und das, was lebensfähig ist, erhalten und pflegen.

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der N.S.D.A.P. ist fundiert in folgenden Grundforderungen:

1. Direkte Arbeitsbeschaffung für zirka zwei Millionen Menschen auf Grund von Auftragserteilung für staatliche und private Neuinvestitionen im Ausmaße von 5 Milliarden RM. Besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm liegt vor.
2. Produktive Kreditschöpfung in Höhe von 3 Milliarden RM. durch die Reichsbank, die in der Hauptsache Giralgeld und nur im Ausmaße von 300 bis 500 Millionen RM. Umlaufgeld darstellen. Diese Gelder fließen nach einer Befruchtung der Wirtschaft automatisch wieder in die Reichsbank zurück. Also keine Inflation, sondern Wiederherstellung einer gesunden Währung und einer gesunden produktionfördernden Geld- und Kreditwirtschaft.
3. Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens einschließlich des Giralgeldes und ein Ausbau des staatlichen Verrechnungsverkehrs.
4. Umschuldung der gesamten deutschen Wirtschaft durch Zentralisierung aller öffentlichen und privaten Schuld-

verhältnisse in einem Generalumschuldungsinstitut. Heilung der Inflationsschäden durch ein Rentnerversorgungsgesetz.

5. Allgemeine Zinssenkung im Sinne unseres großen Hochzieles der Brechung der Zinsknechtschaft unter weitgehender Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse in der Wirtschaft.

6. Änderung der Stillhalteabkommen und einheitliche Regelung der Auslandsschulden mit einer Anpassung der Zinsen und Amortisationen an das deutsche Devisenaufkommen.

   Der gesamte Zahlungsverkehr mit dem Auslande wird in die Hände eines

7. Außenhandelsamts und einer Devisenzentrale gelegt, die eine Abteilung der Reichsbank bilden soll. Es gibt keine Binnenwährung und Außenwährung, sondern nur eine deutsche Währung und eine Währungsbank, die wiederverreichlichte Reichsbank.

8. Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande unter Voranstellung der Lebensnotwendigkeiten des Binnenmarktes, aber unter Berücksichtigung des für Deutschland unentbehrlichen Exports. Das von der Regierung eingeleitete Kontingentierungssystem ist im Prinzip richtig, aber völlig unzulänglich, weil in dieses System in widersinniger Weise die Meistbegünstigung eingeschaltet ist und zur Durchführung sowohl der außenpolitische Machtfaktor wie der innenpolitische Lebenswille fehlen. Wir sind außenpolitisch völlig isoliert und innenpolitisch ohne einheitlichen Volkswillen.

9. Steuerentlastung durch Milderung oder völlige Beseitigung der produktionhemmenden Steuern, die die Preise unmittelbar beeinflussen, Vereinfachung und

Vereinheitlichung des Steuersystems und dynamische Gestaltung der Steuersätze je nach den Bedürfnissen einer produktiven Wirtschaftsgestaltung.

10. Wiederherstellung des deutschen Staatskredites:
    a) Sanierung der öffentlichen Finanzen unter Einschluß der öffentlichen Versicherungen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nach erfolgreicher Arbeitsbeschaffung die Milliardenausgaben für die Arbeitslosen fortfallen.
    b) Beseitigung der jetzigen unhaltbaren Methoden der Etatsbalancierung. Wiederherstellung der Bilanzwahrheit und -klarheit.

11. Staatliche Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft (Neuorganisation des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte und des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, des Lager-, Transport-, Molkerei-, Veredelungs-, Konservierungswesens und der Tier- und Pflanzenzüchtung. Getreidebewirtschaftung).

12. Wiederaufbau des Haus- und Grundbesitzes unter Berücksichtigung der Neuordnung des Hypothekarkredits (Reichshypothekenbank) und des Steuerwesens nach den Gesichtspunkten der Produktivität und der Volksgesundheit.

13. Planmäßige Umstellung der industriellen und gewerblichen Produktion unter Berücksichtigung der vom Staate kontrollierten Betriebe und der nationalpolitisch besonders wichtigen Industriezweige.

    Bereitstellung von Arbeitsbeschaffungsmitteln für die Erweiterung der deutschen Rohstoffgrundlage und für neue nationale Industrie- und Gewerbezweige sowie für technische und fabrikatorische Umstellungen (gewerbliche Mittelstandspolitik).

14. *Nationale Verkehrswirtschaft.* Verreichlichung der Reichsbahn, Neuordnung der Tarife nach nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten, einheitliche Verkehrspolitik (Automobilverkehr, Schiffahrt) und zentralisierte Energiewirtschaft.

Begründung

Eine Entschuldung der Wirtschaft kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß man die Bankbilanzen säubert und der Industrie Subventionen zuführt, und der Landwirtschaft kann nicht dadurch geholfen werden, daß man für einen Teil der landwirtschaftlichen Verschuldung die Zinsen um 2% senkt und mit dem Ausland über die Mindereinfuhr von ein paar tausend Zentnern oder auch Tonnen landwirtschaftlicher Produkte verhandelt. Auch der angeordnete Vollstreckungsschutz muß unwirksam bleiben, wenn nicht gleichzeitig der Boden, auf dem der Bauer baut, gesund und ertragsfähig gemacht und die Zukunft der deutschen Bauern gesichert wird. Das alles wird mit den Maßnahmen der Papenregierung *nicht* erreicht.

Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß es keine Gesundung der deutschen Landwirtschaft geben kann, wenn nicht die gesamte deutsche Wirtschaft gesundet. Und es kann keine wirksame Entschuldung der Landwirtschaft geben, wenn nicht die gesamte deutsche Wirtschaft aus der Verkrampfung und Schuldenverfilzung befreit wird, in der sie sich seit Jahren befindet. Die Struktur der deutschen Wirtschaft ist ungesund, und das System der Wirtschaft ist falsch und überlebt, und deshalb ist es notwendig, zu viel tiefer gehenden Maßnahmen zu greifen, als es die Regierung Papen tut, um den notwendigen Neubau der Wirtschaft herbeizuführen, ohne den auch jeder Versuch einer Gesundung der Landwirtschaft zum Scheitern verurteilt ist.

Wir müssen neben der politischen auch die wirtschaftliche Generalbereinigung in Angriff nehmen. Diese hat von dem Grundsatz auszugehen, daß das oberste Ziel jeder Wirtschaftspolitik die Erhaltung und Stärkung der nationalen Volks- und Bodenkräfte sein muß. Es kann keinen gesunden Export geben, wenn der Binnenmarkt krank ist. Wir sind nicht so töricht, die Notwendigkeit eines Exportes für Deutschland nicht anzuerkennen. Aber auch für den Export muß erst eine neue, gesunde Grundlage geschaffen werden, denn der heutige Export ist überwiegend Verarmungs- und Verschleuderungsexport. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist ein gesunder Binnenmarkt, und das Rückgrat des Binnenmarktes ist ein gesundes deutsches Bauerntum.

Wir wollen keineswegs Wirtschaftsgebilde, die lebensfähig sind, zerstören, sondern wir wollen diese Gebilde erhalten und pflegen, aber wir glauben es nicht verantworten zu können, wenn wirtschaftliche Unternehmungen mit staatlichen Subventionen durchgeschleppt werden, die auf einem überlebten Wirtschaftssystem aufgebaut sind. Das gilt nicht nur von einigen Wirtschaftsformen, wie den vertikalen Konzernen, sondern auch von einzelnen Wirtschaftszweigen, die nur zu einem schädlichen Import zwingen und bei deren Produkten die deutsche Arbeitskraft in gar keinem Verhältnis zu dem Gesamtwert des Erzeugnisses steht.

Wenn die Regierung Papen ihr Hauptaugenmerk auf die Sanierung der Banken richtet, so sind wir auch der Überzeugung, daß ein gesundes Geld- und Kreditsystem den Ausgangspunkt für eine Wirtschaftsgesundung bilden muß. Aber wir sind der Ansicht, daß das jetzige privatkapitalistische Bankensystem nicht aufrechterhalten werden kann, sondern daß der gesamte Geldverkehr unter der Hoheit des Staates stehen und das Bankwesen unter Staatsaufsicht gestellt werden muß. Nur unter dieser Voraussetzung kann eine wirksame Entschuldung der Wirtschaft herbeigeführt werden, die sich auf alle Schuldverhältnisse

erstrecken muß. Wir werden dem Staate nicht zumuten, daß er Milliardenbeträge für die Sanierung der Banken verausgabt, die Durchführung dieser Sanierung aber einigen wenigen Privatleuten überläßt, denen das ganze wirtschaftliche Geschehen in verantwortungsloser Weise ausgeliefert wird. Den Neubau der deutschen Wirtschaft sollen nicht einige Bankdirektoren, sondern soll die Regierung durchführen, die vom Vertrauen des Volkes getragen wird und ihre Macht nach nationalen und sozialistischen Grundsätzen gebraucht. Wir wollen keine Staatswirtschaft, auch keinen Staatssozialismus im Sinne der kommunistischen und marxistischen Lehren, sondern wir wollen eine nationalsozialistische Wirtschaft, die den Volkskörper vor äußeren und inneren Gefahren schützt und eine planvolle Gemeinschaftsarbeit aller Erwerbszweige und aller Stände zur Förderung des Gesamtwohles zuläßt.

Von diesen allgemeinen Grundsätzen aus wird der Neubau der deutschen Wirtschaft durchgeführt werden, und diese Grundsätze müssen auch bei den Maßnahmen zur Gesundung der Landwirtschaft zur Anwendung kommen. Deshalb wird die Umschuldung die ganze Wirtschaft erfassen und einer im staatlichen Geld- und Kreditsystem verankerten Generalumschulungskasse übertragen werden, jedoch so, daß die Durchführung im einzelnen auf *berufsständischer* Grundlage erfolgt und nicht von Leuten und Instituten vorgenommen wird, die außerhalb der landwirtschaftlichen Berufssphäre stehen. Zur Durchführung einer wirksamen Ent- und Umschuldung gehören staatliche Machtfaktoren, über die die Regierung Papen gar nicht verfügt, und eine Umschuldung kann keinen nachhaltigen Erfolg zeitigen, wenn nicht auch die *Zinssenkung* zentral in einem staatlichen Geld- und Kreditsystem durchgeführt wird. Nur unter diesen Voraussetzungen kann die *Rechtssicherheit* im Geld- und Kapitalverkehr wiederhergestellt werden und ein gerechter Ausgleich zwischen Gläubiger und Schuldner geschaffen werden. Nur eine generelle, von staatlichen Geldinstituten durchgeführte Umschuldung gibt die Gewähr dafür, daß diese Maßnahme nicht zu einer Erschütterung des Vertrauens und zu ungerechtfertigten

und unerträglichen Kapitaleinbußen oder Kapitalabwertungen führt. Wir werden im Gegenteil hierdurch eine höhere und sicherere Bewertung des Besitzes an Grund und Boden, des Hausbesitzes und des sonstigen Kapitalbesitzes erreichen, als dies heute der Fall ist. Die Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft wird, wenn sie erst aus der Schuldenverkrampfung erlöst und von unerträglichen Zinslasten befreit ist, wieder aufatmen. Dann werden die notwendigen weiteren Lastensenkungen, insbesondere Steuererleichterungen, und der Schutz der nationalen Produktion vor unnützer und schädlicher Einfuhr erst voll zur Auswirkung kommen. Gleichzeitig jedoch wird die Arbeitsbeschaffung von zentralen Stellen aus einzusetzen haben auf Grund der produktiven Kreditschöpfung (Federgeld), durch die erst eine gesunde Untermauerung unserer Währung geschaffen wird, die heute keineswegs vorhanden ist. An die Stelle der illiquiden Finanzwechsel, die heute bei der Reichsbank als Golddekkung liegen, müssen Produktionswechsel und Regierungssicherheiten treten, die ein gesundes Durchbluten der Wirtschaft herbeiführen und den Goldstrom in bestimmten Zeitabständen wieder zur Reichsbank zurückleiten, während er jetzt irgendwo in der illiquiden verkrampften Wirtschaft versackt, wodurch die Störungen im Geld- und Kreditverkehr und die Verluste an Besitz und Einkommen durch die deflationistischen Methoden entstehen. Notwendig sein wird weiterhin eine völlige neue Regelung der Auslandsschulden, die auch nur in erträglicher Weise durch eine Änderung des gesamten Geld- und Kreditsystems herbeigeführt werden kann. Eine staatliche Regelung des Geldverkehrs mit dem Auslande ist keineswegs identisch mit einer Verstaatlichung des Außenhandels. In dem Wirtschaftssystem, das wir aufbauen werden, wird der einzelne in viel stärkerem Umfange, als es heute der Fall ist, seine Initiative entfalten können. Der Neubau der Wirtschaft, wie wir ihn auf Grund einer neuen Wirtschaftsstruktur und eines neuen Wirtschaftssystems durchführen werden, wird in erster Reihe eine Entproletarisierung breitester Massen der arbeitenden Be-

völkerung, des Bauerntums und des Mittelstandes zum Ziele haben. Das Realeinkommen wird in dem Umfange steigen, wie die unerträglichen Zins- und Steuerlasten fortfallen und die Arbeitslosigkeit abnimmt. Es liegt auf der Hand, daß durch solche Maßnahmen auch die Produktion eine starke Anregung erhält, worauf Bedacht zu nehmen ist, daß das Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Produkte beseitigt wird. In dem heutigen System hat die Kreditwirtschaft eine allgemeine Preissteigerung zur Folge, der man nur durch einen Druck auf die Löhne beizukommen glaubt. In unserem Wirtschaftssystem wird der Warenmarkt von den Lasten und Fesseln befreit, die eine schlechte öffentliche Verwaltung und eine falsche Wirtschaftsführung bedingen, und die Preise werden eine Auflockerung erfahren, ohne daß die Kaufkraft vermindert und das Realeinkommen geschmälert wird. Und schließlich werden wir nach vollendetem Umbau unserer Wirtschaft erreichen, daß das Sparen wieder einen Sinn hat, und wir werden die Spartätigkeit auch durch staatliche Maßnahmen fördern.

Die Regierung Papen hat sich in den letzten Tagen aus einzelnen Wirtschaftskreisen, insbesondere auch von dem Zentralverband der Banken, bescheinigen lassen, daß die von ihr verordneten Maßnahmen von der Wirtschaft gebilligt werden. Von diesen Beifallskundgebungen sollte die Regierung Papen sich nicht täuschen lassen, vor allem aber darf das deutsche Volk darüber nicht hinweggetäuscht werden, daß mit den Maßnahmen der Regierung Papen nur ein Zustand krampfhaft aufrechterhalten wird, der auf die Dauer doch nicht durchgehalten werden kann. Der Rückschlag und die Enttäuschung werden dann um so schwerer sein. Die ganze Unzulänglichkeit der Papenschen Maßnahmen wird besonders augenfällig für das Bauerntum. Der Bauer weiß ganz genau, daß er aus seinem furchtbaren Notzustande nicht mit diesen kleinlichen Hilfsmaßnahmen gerettet werden kann. Er bleibt schließlich doch den Banken und den bodenfremden Gläubigern ausgeliefert und hat keine Gewähr dafür, daß er auf eigenem freien Grund und Boden sich wieder eine gesunde und sichere Existenz

aufbauen kann. Aber auch alle anderen Wirtschaftskreise, die einsichtig genug sind, um zu erkennen, daß erst etwas grundlegend Neues geschaffen werden muß, um in Deutschland eine gesunde Wirtschaft wieder aufbauen zu können, stehen den Maßnahmen der Regierung Papen äußerst skeptisch gegenüber, soweit sie nicht aus einer engen und kalten politischen Einstellung heraus sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hingeben. Die Furcht vor der letzten Entscheidung ist heute in der Wirtschaft leider noch ebenso groß wie in der Politik. Um diese letzte Entscheidung kommen wir aber nicht herum, wenn wir nicht das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft dem bolschewistischen Chaos oder der ausländischen Versklavung ausliefern wollen. Und zu dieser letzten Entscheidung gehört es auch, daß man ein überlebtes Wirtschaftssystem preisgibt. Die Weltwirtschaft, wie sie auf Grund einer freien Geld- und Kreditwirtschaft und unter Betonung internationaler Gesichtspunkte für den Handelsverkehr der Völker untereinander sich entwickelt hat, ist durch den Weltkrieg und die strukturellen Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftsgebieten der Welt in ihren wesentlichen Bestandteilen zerstört worden. Diese Zerstörung hat auch die einzelnen Volkswirtschaften ergriffen, allerdings diejenigen am wenigsten, die rechtzeitig die nationalen Notwendigkeiten begriffen und sich durch staatliche Maßnahmen geschützt haben. Die deutsche Wirtschaft und in erster Linie die deutsche Landwirtschaft sind dieser Zerstörung fast schutzlos zum Opfer gefallen. Jetzt ist es notwendig, zunächst einmal eine nationale Wirtschaft wieder aufzurichten. Erst dann kann der Handelsverkehr mit dem Auslande neu geregelt werden, und zwar in einer Weise, die den nationalpolitischen und nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht wird. Wir haben in Deutschland genügend nationales Kapital. Und wir können durch Arbeit neues Kapital schaffen, so daß unser Volk leben und sich weiter entwickeln kann. Auf das internationale Kapital können und müssen wir verzichten, und wir haben darüber hinaus die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft von den Fesseln des internationalen Kapitals zu befreien.

Der deutschen Landwirtschaft und ebenso der gesamten deutschen Wirtschaft kann nur geholfen werden durch den nationalen Staat, nicht aber durch international verzinste Banken. Da wir ein nationales Geld- und Kreditsystem nicht haben, müssen wir es uns schaffen. Das gleiche gilt von allen Wirtschaftsgebilden, die internationalen Einflüssen unterstehen. Die Wiederaufrichtung einer nationalen deutschen Wirtschaft auf der Grundlage eines international gebundenen Geld- und Kreditsystems, wie es jetzt die Regierung Papen versucht, ist ein Unding und eine unverantwortliche Kurzsichtigkeit. Der erste, der unter diesem System vollends zusammenbricht, wird der deutsche Bauer sein. Aber Industrie, Handel und Gewerbe werden nachfolgen. Den notwendigen Neubau der deutschen Wirtschaft kann nur eine Regierung durchführen, die, vom Vertrauen des Volkes getragen, mit unerbittlicher Konsequenz die nationalen und sozialistischen Grundsätze durchführt, die heute allein die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers zu eigen hat.